D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 2
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

15. Januar 1982
Preis 1,80 DM



Das neue Regime sieht immer älter aus

Passiver Widerstand in Polen hält an – muß ihm nicht durch Forderung nach Boykott entsprochen werden?

Von Gerd Koenen

Die Reaktion ähnelt einer schrägen Ebene, schrieb Marx in Beobachtung der französischen Politik nach der Niederschlagung der Pariser Kommune 1871; jene republikanischen Politiker, die sich einmal auf den Weg der Konterrevolution begeben hatten, landeten schließlich unaufhaltsam bei der monarchistischen Restauration.

Der blutige „Neuanfang" des Generals Jaruzelski erinnert schon jetzt, vier Wochen nach dem Putsch, mehr an das alte Regime als irgend etwas anderes; und er sieht täglich älter aus. Eins gibt da das andere.

Wenn es tatsächlich die Absicht gewesen sein sollte, unter der autoritären Herrschaft der Armee einen neuen „Gesellschaftsvertrag" zu schließen, ein „Warschauer Abkommen" sozusagen nach dem von den Arbeitern erzwungenen Danziger Abkommen von 1980, dann erscheint das, nach allem was bereits geschehen ist, jetzt als ganz undenkbar. Walesa läßt sich nicht, wie die Prager Reformer 1968, zu irgendeiner Hilfsrolle degradieren, um dann nach ein, zwei Jahren ganz abserviert zu werden. Die Kirchenführung hat ihre Vermittlung zu einem letzten politischen Kompromiß angedient (und dafür unter den Arbeitern harte Kritik geerntet); aber sie hat keinen Moment lang daran gedacht, selbst etwa die Stütze einer neu zurechtgezimmerten „Front der nationalen Verständigung" abzugeben.

Die PVAP, soweit sie noch eine Massenmitgliedschaft hatte, verzeichnet die größte Austrittswelle einer herr-

dem Weg der „Befreiung der Arbeit" im ersten, elementaren Sinne, nämlich der Freizügigkeit, freien Berufswahl etc., und dann, im weiteren Sinne, durch befreite Formen des Zusammenwirkens der Produzenten, durch die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe, lösen. Das Regime dagegen sucht die Mobilität der Arbeiter staatlich zu erzwingen, und nutzt sie als ein unmittelbares Disziplinierungsmittel. Diese Sorte polizeilich-bürokratischer Reform mag einige kurzfristige Dienste tun. Aber auf mittlere Sicht schon kann eine moderne Arbeiterklasse, eine fortgeschrittene industrielle Produktionsweise schwerlich damit leben.

Dieser jetzt schon recht offen verfolgte Restaurationskurs wird ohne jede Rücksicht auf die sozialen Kosten durchgezogen. Vom geheimen Partei- und Pressezaren Olszowski ist z.B. kolportiert, daß er von den 7000 Journalisten nur ca. 1500 für politisch brauchbar und weiterverwendbar hält. Ohnehin soll die Zahl der Publikationen drastisch reduziert werden. Wenn alle diese Pläne wahr werden sollten, dann würde es sich um den fast bizarren Versuch handeln, im Namen ausgerechnet des Kommunismus die Gesellschaft mitten in Europa eine ganze Kulturstufe niedriger zu drücken, um sie beherrschen zu können. Der Staat erklärt der Gesellschaft selbst, auf deren Boden er sich erhebt, den Krieg. So haben es auch die polnischen Gewerkschafter Wochen vor dem Putsch zunehmend empfunden (vgl. den Artikel von Z. Kowalewski auf Seite 9).

Um Polen herum findet gegenwärtig ein kompliziertes Spiel der Kräfte statt.



Düsseldorf. 4000 Lehrer, Lehramtsanwärter und Lehrerstudenten nahmen am 12.1. an einer Demonstration gegen die Streichungen im Bundes- und im Landeshaushalt teil. Auf der Kundgebung sprachen der GEW-Bundesvorsitzende Wunder und Landesvorsitzender Hammelrath. Sie forderten Stopp der Kürzungen, sonst seien Kampfmaßnahmen notwendig.

Ganz verschiedene ‚Beschäftigungsprogramme'

Das Programm des DGB ist besser als sein Ruf / SPD-Fraktion will Investitionsförderung

Von Friedemann Bleicher

Seit die 1,7 Millionen Arbeitslosen amtlich sind, steht auch das beschäftigungspolitische Programm des DGB wieder auf der Tagesordnung. An einer aktiven Beschäftigungspolitik führe kein Weg vorbei, hat Heinz-Oskar Vetter diesen Dienstag bekräftigt. Die Bundesregierung müsse sich bis zur Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts

Da werden z.B. umfassende Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur rationellen Energieverwendung verlangt. Im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus wird eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Ballungsgebieten und des Ersatzbaus von Mietwohnungen in innerstädtischen Sanierungsgebieten verlangt. Lärmschutzmaßnahmen in den Städ-

die Bildung von Wahlbündnissen berechtigterweise im Zentrum steht, mit denen sich Bürgerinitiativen und Komitees herumschlagen. Hier läßt sich eine Verbindung herstellen. Die Wachstumsdiskussion etwa läßt sich so anhand von Aufgaben dikutieren, deren hervorragende Bedeutung weithin anerkannt ist. Örtlich unterschiedliche Diskussionen lassen sich auf einen ein-

terrevolution begeben hatten, landeten schließlich unaufhaltsam bei der monarchistischen Restauration.

Der blutige „Neuanfang" des Generals Jaruzelski erinnert schon jetzt, vier Wochen nach dem Putsch, mehr an das alte Regime als irgend etwas anderes; und er sieht täglich älter aus. Eins gibt da das andere.

Wenn es tatsächlich die Absicht gewesen sein sollte, unter der autoritären Herrschaft der Armee einen neuen „Gesellschaftsvertrag" zu schließen, ein „Warschauer Abkommen" sozusagen nach dem von den Arbeitern erzwungenen Danziger Abkommen von 1980, dann erscheint das, nach allem was bereits geschehen ist, jetzt als ganz undenkbar. Walesa läßt sich nicht, wie die Prager Reformer 1968, zu irgendeiner Hilfsrolle degradieren, um dann nach ein, zwei Jahren ganz abserviert zu werden. Die Kirchenführung hat ihre Vermittlung zu einem letzten politischen Kompromiß angedient (und dafür unter den Arbeitern harte Kritik geerntet); aber sie hat keinen Moment lang daran gedacht, selbst etwa die Stütze einer neu zurechtgezimmerten „Front der nationalen Verständigung" abzugeben.

Die PVAP, soweit sie noch eine Massenmitgliedschaft hatte, verzeichnet die größte Austrittswelle einer herr-schenden Partei im Ostblock seit je. In den Betrieben, heißt es, sind nach dem Putsch Waschkörbe für die zerrissenen Parteiausweise herumgegangen. Das sagt einiges über die allgemeine Stimmung unter den Arbeitern. Gegen den offensichtlich anhaltenden passiven Widerstand in den Betrieben wendet das die Macht ausübende Direktorium (4 Generäle, 4 Parteileute) jetzt außer dem militärischen nun den denkbar brutalsten sozialen Zwang an – Massenentlassungen. Augenzeugen haben in Schweden berichtet, daß in Stettin z.B. 3000 bis 4000 Arbeiter, die entlassen worden sind, vor der Werft mit ihren Frauen und Kindern zusammen demonstriert haben. Arbeitslosengeld kennt der „reale Sozialismus" nicht (Arbeitslosigkeit tatsächlich seit langem). Die Entlassenen sind gestellungspflichtig; sie bekommen neue Arbeitsplätze zugewiesen. Und es herrscht allgemeine Arbeitspflicht. Man könnte gerade so gut sagen: allgemeine Staatssklaverei. Nicht umsonst wird das Militärregime nur als „die Okkupation" bezeichnet, und in diesem Begriff ziehen sich geschichtliche Erfahrungen vom Zarismus über die faschistische deutsche Besetzung bis zur unmittelbaren Nachkriegsperiode zusammen.

Offenbar ist es eine der Hauptstrategien, die ganze Gesellschaft umzukrempeln und große Bevölkerungsverschiebungen in Gang zu setzen. Das ist die administrativ verzerrte Form, wie sich objektive Notwendigkeiten der Reorganisation des ganzen Apparates der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion jetzt ausdrücken. „Solidarność" wollte diese notwendige schmerzhafte soziale Operation auf

lösen. Das Regime dagegen sucht die Mobilität der Arbeiter staatlich zu erzwingen, und nutzt sie als ein unmittelbares Disziplinierungsmittel. Diese Sorte polizeilich-bürokratischer Reform mag einige kurzfristige Dienste tun. Aber auf mittlere Sicht schon kann eine moderne Arbeiterklasse, eine fortgeschrittene industrielle Produktionsweise schwerlich damit leben.

Dieser jetzt schon recht offen verfolgte Restaurationskurs wird ohne jede Rücksicht auf die sozialen Kosten durchgezogen. Vom geheimen Partei- und Pressezaren Olszowski ist z.B. kolportiert, daß er von den 7000 Journalisten nur ca. 1500 für politisch brauchbar und weiterverwendbar hält. Ohnehin soll die Zahl der Publikationen drastisch reduziert werden. Wenn alle diese Pläne wahr werden sollten, dann würde es sich um den fast bizarren Versuch handeln, im Namen ausgerechnet des Kommunismus die Gesellschaft mitten in Europa eine ganze Kulturstufe niedriger zu drücken, um sie beherrschen zu können. Der Staat erklärt der Gesellschaft selbst, auf deren Boden er sich erhebt, den Krieg. So haben es auch die polnischen Gewerkschafter Wochen vor dem Putsch zunehmend empfunden (vgl. den Artikel von Z. Kowalewski auf Seite 9).

Um Polen herum findet gegenwärtig ein kompliziertes Spiel der Kräfte statt. Es wird noch einmal eine Aufgabe für sich sein, die treibenden Motive der einzelnen Beteiligten genauer herauszupräparieren und genauer zu untersuchen, wer in diesem Geflecht von Schulden, Abhängigkeiten und Verpflichtungen da wen zu erpressen in der Lage ist – die Banken die Gläubiger, oder auch die Gläubiger die Banken, zum Beispiel.

Es ist ein unbedingtes Erfordernis jeden Fortschritts, sowohl auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Staaten wie auch der internationalen Arbeiterbewegung, daß die Restauration, die sich in Polen abzeichnet, nicht durchkommt. Wenn man das feststellt, dann wird man sich in den Auseinandersetzungen um die Frage eines Boykotts des Militärregimes nicht einfach neutral stellen können, auch nicht, wo die Handelnden kapitalistische und imperialistische Staaten und ihre jeweiligen Regierungen sind. Was nützt den polnischen Arbeitern am meisten? Sicher nicht der regelrechte Wirtschaftszusammenbruch, etwa in Folge eines Wirtschaftskrieges zwischen Ost und West. Andererseits aber auch keine „Normalisierung" nach außen. Fast durchweg verlangen die polnischen Stimmen in dieser Diskussion einen Boykott der Junta, mindestens an ihren industriellen und finanziellen Achillesfersen. Das geht mit der Taktik des passiven Widerstands in Polen zusammen. Dabei kann es sogar richtig sein, wie es jetzt die Bundesregierung und die EG tut, größere Hilfen in Aussicht zu stellen, *wenn* – ja, *wenn* das Kriegsrecht aufgehoben, die Internierten freigelassen, die Gewerkschaft wiederzugelassen wird. Aber sonst eben nicht!



Düsseldorf. 4000 Lehrer, Lehramtsanwärter und Lehrerstudenten nahmen am 12.1. an einer Demonstration gegen die Streichungen im Bundes- und im Landeshaushalt teil. Auf der Kundgebung sprachen der GEW-Bundesvorsitzende Wunder und Landesvorsitzender Hammelrath. Sie forderten Stopp der Kürzungen, sonst seien Kampfmaßnahmen notwendig.

Ganz verschiedene ‚Beschäftigungsprogramme'

Das Programm des DGB ist besser als sein Ruf / SPD-Fraktion will Investitionsförderung

Von Friedemann Bleicher

Seit die 1,7 Millionen Arbeitslosen amtlich sind, steht auch das beschäftigungspolitische Programm des DGB wieder auf der Tagesordnung. An einer aktiven Beschäftigungspolitik führe kein Weg vorbei, hat Heinz-Oskar Vetter diesen Dienstag bekräftigt. Die Bundesregierung müsse sich bis zur Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts entscheiden. Der DGB werden in seinem Drängen nicht nachlassen.

Auch die andere Seite versucht die Situation zu nutzen. „Pionier- und Investitionsgeist" aus der Mottenkiste kapitalistischer Gründerzeit werden beschworen, belebt wirkend allenfalls gegenüber dem maroden Ergebnis sozialdemokratischer Reformpolitik. Der Sachverständigenrat hat gefordert, den volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt *für eine Reihe von Jahren* ausschließlich für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hansjörg Häfele, entwirft ein „Jahrzehnt des Jätens und Säens" und schreibt: „Die wirtschaftliche Lage unseres Landes gebietet indes, Entscheidungen ins Auge zu fassen, welche bislang den Stempel ‚unmöglich' trugen." Er spricht von einer allgemeinen Lohn- und Gehaltserhöhungspause, vom „Abbau überzogener Schutzgesetze", von Neuregelung der „Zumutbarkeit" usw.

Leider ist das DGB-Programm weniger bekannt, als es diese und ähnliche Kraftsprüche sind. Selbst in der Gewerkschaftspresse sucht man vergeblich nach Einzelheiten, und es ist auch einer der verbreiteten Vorbehalte gegenüber dem „Beschäftigungsprogramm", daß es vor allem hinter verschlossenen Türen mit Regierungen, Kapitalisten oder Bundesbank verhandelt wird. Tatsächlich aber führt es einen ganzen Katalog gesellschaftlicher Aufgaben auf, die nicht am grünen Tisch entworfen sind, sondern mit denen sich Millionen bereits im Kampf gegen die herrschende Ordnung auseinandersetzen. Und zwar gerade nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung.

Da werden z.B. umfassende Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur rationellen Energieverwendung verlangt. Im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus wird eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Ballungsgebieten und des Ersatzbaus von Mietwohnungen in innerstädtischen Sanierungsgebieten verlangt. Lärmschutzmaßnahmen in den Städten und Gemeinden werden gefordert. Im Bereich des Verkehrs müßten die Mittel zugunsten der Bundesbahn und der öffentlichen Nahverkehrsmittel verstärkt werden, Radwege sollen ausgebaut werden; im Fernstraßenbau müßten die Mittel auf die Beseitigung von Engpässen, die Verbesserung der Verkehrssicherheit, des Umweltschut-

Beilage mit Material zur Lohn- und Preisentwicklung und zum Tarifkampf

zes und der Erhaltungsinvestitionen konzentriert werden. Bezüglich des Umweltschutzes wird ein bedarfsgerechter Ausbau der Entsorgungssysteme (Sammelkanalisation, Kläranlagen, Abfallbeseitigung) und Fortführung von Maßnahmen zur Sanierung von Flüssen und Seen verlangt. Eine weitere Reihe von Forderungen steht unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung. Neue Schulen, mehr Lehrer, Verbesserung der Voraussetzungen zur Eingliederung ausländischer Kinder in das Bildungswesen werden u.a. verlangt. Bei der Forschung werden Mittel vor allem für die Infrastrukturbereiche gefordert, für Energieforschung, Verkehrstechnologie und Fertigungstechnik.

Über einiges muß man sich bestimmt streiten, und manches klingt angesichts der Praxis führender Gewerkschaftsvertreter nicht so richtig glaubwürdig. Insgesamt aber ist damit seitens der und für die *Gewerkschaft* der Katalog an Themen genannt, der die wichtigsten Zukunftsprobleme umfaßt, der auch bei der Auseinandersetzung um die Bildung von Wahlbündnissen berechtigterweise im Zentrum steht, mit denen sich Bürgerinitiativen und Komitees herumschlagen. Hier läßt sich eine Verbindung herstellen. Die Wachstumsdiskussion etwa läßt sich so anhand von Aufgaben dikutieren, deren hervorragende Bedeutung weithin anerkannt ist. Örtlich unterschiedliche Diskussionen lassen sich auf einen einheitlichen Rahmen beziehen.

Demgegenüber würde man eine Chance verspielen, wollte man in dem Programm bloß eines der üblichen halbherzigen Manöver des DGB-Vorstandes sehen, so wie es dieser eben selbst betreibt.

Es ist nicht schwer, dem Programm Reformismus nachzuweisen. Reformistisch ist es dort, wo es als bloßes „Beschäftigungsprogramm" steht, wo es behauptet, die „Geißel der Arbeitslosigkeit auszurotten" (wie Vetter sagt), und wo es nur von seinem finanziellen Umfang her gesehen wird. Seiner ganzen Richtung nach aber widerspricht das Programm vollständig den Absichten, die die Vertreter der Kapitalisten verfolgen. Ihnen geht es darum, die Verwertung des Kapitalwerts wieder flott zu machen, das DGB-Programm dagegen will einen anderen Einsatz der gesellschaftlichen Arbeitskraft und einen anderen Einsatz der Produktionsmittel. Es setzt nicht an der Wert- sondern an der stofflichen Seite, am Gebrauchswert an, insofern es nicht „Investitionen" will, sondern ganz bestimmte *stofflich qualifizierte* Investitionen.

Vorsicht ist notwendig, wo dies „übersehen" wird. So will auch die SPD-Fraktion ein „Beschäftigungsprogramm". Als Kernstück hat ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, der Ex-Juso Wolfgang Roth, ein Sonderabschreibungsprogramm zur gezielten Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen genannt. Nach alter Manier wird hier das Heil der Gesellschaft im Bauchpinseln des Kapitals gesehen. Man muß jetzt genau hinsehen, wenn von „Beschäftigungsprogramm" die Rede ist.

Nachrichten von der anderen Supermacht

Von Bernhard Peters

In den USA hat eine umfangreiche Ausbildung von Soldaten aus El Salvador begonnen. Geschult werden die salvadorianischen Armee-Soldaten bevorzugt bei den US-,,Elite"-Einheiten namens ,,Green Berets", die sich schon in Vietnam einschlägige Kenntnisse und Verdienste erworben haben. Bereits jetzt haben allerdings die salvadorianischen Regierungstruppen von ihren US-Vorbildern gelernt. Als es ihnen im Dezember in der Nordostprovinz Morazán nicht gelang, die in diesem Gebiet operierenden Guerillastreitkräfte zu stellen und zu schlagen, hielten sie sich an die Zivilbevölkerung. Nach Angaben der Befreiungsfront FMLN wurden acht Dörfer weitgehend dem Erdboden gleichgemacht. Einem Massaker in dem Dorf El Mozote fielen unter unerhörten und doch inzwischen schon gewohnten Greueln 472 Menschen zum Opfer. Die Operationen gehen weiter. Die Regierungsjunta will rechtzeitig vor den für den 28. März angesetzten Wahlen das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten ändern.

Letzten November berichtete die Presse, daß US-Außenminister Haig ,,Optionen" für ,,mögliche militärische Aktionen" gegen Kuba und Nicaragua prüfen ließ, wegen ihrer angeblichen (immer noch unbewiesenen) Einmischung in El Salvador. Das US-Außenministerium beschuldigte Nicaragua, ebenso wie Kuba zu einem Stützpfeiler einer sowjetisch gesteuerten Intervention und Militarisierung in Mittelamerika und der Karibik geworden zu sein. Die Rüstungsanstrengungen Nicaraguas überstiegen die Notwendigkeiten ,,legitimer Selbstverteidigung" bei weitem.

Aus Nicaragua kommen beunruhigende Nachrichten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und innere Spannungen nehmen zu. Innenminister Borge sprach Anfang des Monats von der Möglichkeit der Ausrufung eines militärischen Notstands oder Kriegszustands. Nicaragua baut seine Streitkräfte vor allem mit kubanischer, sowjetischer und osteuropäischer Unterstützung aus. Die sandinistische Zeitung ,,Barricada" interpretierte die Vorgänge in Polen in der Tendenz als Zerschlagung einer Konterrevolution. Die Beurteilung dieser Vorgänge ist schwierig. Zweifellos fördern aber amerikansiche Drohungen und Einmischungen die Tendenz, sich beim mächtigen Gegenspieler der USA anzulehnen. Wer will jedoch sagen, was ,,übertriebene Aufrüstung" heißt angesichts der US-Interventionsdrohungen, angesichts von Söldnern und Freiwilligen, die in Honduras und in den Sümpfen Floridas (mit Duldung der US-Behörden) für den Einsatz in Nicaragua trainieren? Vielleicht sollte Nicaragua seine Mittel in größerem Umfang für wirtschaftliche und soziale Maßnahmen verwenden, die für Stabilität und Unabhängigkeit des Landes wichtiger sind. Auch das ist aus der Ferne schwer zu entscheiden.

Sicher ist nur, daß alles getan werden muß, um den Druck der USA auf Mittelamerika zu lockern. Nun hat die französische Regierung der Lieferung von Waffen im Wert von 100 Mio. Francs an Nicaragua zugestimmt. Die Motive der französischen Waffen-Exportpolitik in die Dritte Welt sind oft dubios; aber immerhin demonstriert diese Aktion ein ziemliches Maß an Konfliktbereitschaft mit den USA.

Ein nützlicheres Beispiel solcher Konfliktbereitschaft hat Frankreich allerdings zusammen mit Mexiko im letzten August gegeben, als die beiden Staatspräsidenten einen Vorschlag für Verhandlungen zwischen der salvadorianischen Befreiungsfront FDR/FMLM und der Regierungsjunta machten, in dem die Befreiungsfront als ,,repräsentative politische Kraft" anerkannt wurde. Aufgegriffen wurde der Vorschlag von der FDR/FMLN, von der Sozialistischen Internationale und vom Sozialausschuß der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung überging ihn. Ende November empfing Genscher den Justizminister der salvadorianischen Junta, um ihm die Wiederentsendung des bundesdeutschen Botschafters nach San Salvador und die Wiederaufnahme der eingestellten BRD-Wirtschaftshilfe an die Junta in Aussicht zu stellen. Begründung: Die Junta bereite Wahlen vor, von denen eine Demokratisierung zu erwarten sei ...

Rodung und Baubeginn im Tegeler Forst

Vermummungsverbot: Wer Halstuch trägt, wird ,,vorbeugend" festgenommen

kea. Westberlin. Nachdem am 7. Januar das Berliner Oberverwaltungsgericht einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die Rodung des Tegeler Forstes abgelehnt hat, hat der Berliner Senat sofort den Baubeginn des Autobahnzubringers durch den Tegeler Forst eingeleitet und als erstes unter gewaltigem Polizeischutz mit der Rodung des Waldes auf dem Gelände der Polizeikaserne Schulzendorf begonnen. Bis zur endgültigen Gerichtsentscheidung durch das Normenkontrollverfahren hat der Senat damit zunächst freie Hand, durch weitgehende Baumaßnahmen Tatsachen zu schaffen, die eine gegenteilige Entscheidung im Hauptverfahren als absurd erscheinen lassen. Die jetzige Begründung des Oberverwaltungsgerichts gegen den Antrag auf einstweilige Anordnung: eine einstweilige Anordnung sei nur dann zu treffen, ,,wenn die Gefahr bestehe, daß durch eine Veränderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts der Antragsteller vereitelt" würde. Das träfe aber bei der Rodung von zunächst 1600 Bäumen nicht zu. Wohl würden durch die ,,bauvorbereitende Maßnahme" ,,teilweise schwerwiegende Eingriffe in die tatsächlichen Gegebenheiten" vorgenommen, damit würden aber ,,keine so weitgehenden Veränderungen" vorgenommen, als daß nicht bei einer ablehnenden Entscheidung im Hauptverfahren ,,eine Beseitigung der Autobahn und eine Wiederaufforstung" möglich sei. Weiter hieß es in der Begründung des Gerichts, daß demgegenüber die nachteiligen Folgen, die sich aus einer weiteren Verzögerung des Baubeginns ergeben würden, vom Senat glaubhaft nachgewiesen worden seien. Insbesondere seien bezüglich dieser Vorentscheidung die Verträge der Bundesrepublik und des Senats mit der DDR über den geplanten Autobahnbau höher einzuschätzen, als die Interessen der Klageführer (der Vertrag über den Bau der Autobahn Berlin-Hamburg war 1978 unterzeichnet worden). Schließlich seien die Verkehrsverbindungen Berlins für die Stadt lebenswichtig.

Aufgrund dieses Urteils wurde bereits am nächsten Morgen unter massivem Polizeischutz mit den Rodungen im Tegeler Forst begonnen. Trotz mehrerer Demonstrationen am Baugebiet und in der Stadt hat der Bausenat bis jetzt sein Rodungs- und Bauprogramm durchgezogen, indem jeder Widerstand mit übermächtiger Polizeigewalt erstickt wurde. Sowohl für die Demonstration am Freitagabend, als auch auf der größeren Demonstration am Sonntag, an der ca. 4000 teilnahmen, wurde erstmalig ein Vermummungsverbot als Auflage erteilt. Außerdem wurde das Tragen von Helmen als ,,passive Bewaffnung" ebenfalls untersagt. Bereits vor Beginn der Demonstration wurden Personen in der U-Bahn ,,vorbeugend" festgenommen, da sie Helme oder Halstücher trugen. Der Westberliner Senat hat sich in den letzten Tagen ein weiteres Mal zum Vorreiter neuer Polizeistaatssitten gemacht. Auch die konkrete Polizeitaktik zielt immer bewußter auf die Terrorisierung der Demonstranten und die völlige Demoralisierung des Widerstandes: Statt Räumungen wurden gruppenweise Demonstranten durch Greiftrupps festgenommen und teilweise erst nach zehn Stunden wieder freigelassen. Insbesondere Demonstranten, die in kleinen Gruppen auf dem Weg nach Hause waren, suchte sich die Polizei als Opfer aus. Greiftrupps aus Zivilpolizisten rasten mit PKW's auf die Menschen los, die sich oft nur mit Mühe davor retten konnten, überfahren zu werden, um dann von aus den Autos herausstürmenden Schlägerbanden mit Holzknüppeln verprügelt zu werden.

Die Autobahngegner sind jetzt in einer schwierigen Situation. In den letzten Wochen vor der jetzigen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes konnte zunächst einmal eine gewisse Öffentlichkeit des Widerstandes gegen das Autobahnprojekt geschaffen werden. Die Möglichkeiten des Senats, sich durchzusetzen, hatten sich verschlechtert. Das jetzige Gerichtsurteil in Verbindung mit seiner brutalen polizeilichen Umsetzung hat jedoch eine demoralisierende Wirkung gehabt und man sieht jetzt, daß der bis jetzt mobilisierte Widerstand noch lange nicht reicht, um gegen den Senat wirklich zum Erfolg zu kommen. Die Autobahngegner müssen jetzt versuchen, durch eine erweiterte Öffentlichkeitsarbeit den Widerstand doch noch so zu verbreitern, daß bis zur Entscheidung im Normenkontrollverfahren die Kräfteverhältnisse geändert werden können.



,,Optionen" für ,,mögliche militärische Aktionen" gegen Kuba und Nicaragua prüfen ließ, wegen ihrer angeblichen (immer noch unbewiesenen) Einmischung in El Salvador. Das US-Außenministerium beschuldigte Nicaragua, ebenso wie Kuba zu einem Stützpfeiler einer sowjetisch gesteuerten Intervention und Militarisierung in Mittelamerika und der Karibik geworden zu sein. Die Rüstungsanstrengungen Nicaraguas überstiegen die Notwendigkeiten ,,legitimer Selbstverteidigung" bei weitem.

Aus Nicaragua kommen beunruhigende Nachrichten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und innere Spannungen nehmen zu. Innenminister Borge sprach Anfang des Monats von der Möglichkeit der Ausrufung eines militärischen Notstands oder Kriegszustands. Nicaragua baut seine Streitkräfte vor allem mit kubanischer, sowjetischer und osteuropäischer Unterstützung aus. Die sandinistische Zeitung ,,Barricada" interpretierte die Vorgänge in Polen in

reitschaft mit den USA.

Ein nützlicheres Beispiel solcher Konfliktbereitschaft hat Frankreich allerdings zusammen mit Mexiko im letzten August gegeben, als die beiden Staatspräsidenten einen Vorschlag für Verhandlungen zwischen der salvadorianischen Befreiungsfront FDR/FMLM und der Regierungsjunta machten, in dem die Befreiungsfront als ,,repräsentative politische Kraft" anerkannt wurde. Aufgegriffen wurde der Vorschlag von der FDR/FMLN, von der Sozialistischen Internationale und vom Sozialausschuß der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung überging ihn. Ende November empfing Genscher den Justizminister der salvadorianischen Junta, um ihm die Wiederentsendung des bundesdeutschen Botschafters nach San Salvador und die Wiederaufnahme der eingestellten BRD-Wirtschaftshilfe an die Junta in Aussicht zu stellen. Begründung: Die Junta bereite Wahlen vor, von denen eine Demokratisierung zu erwarten sei ...

lehnenden Entscheidung im Hauptverfahren ,,eine Beseitigung der Autobahn und eine Wiederaufforstung" möglich sei. Weiter hieß es in der Begründung des Gerichts, daß demgegenüber die nachteiligen Folgen, die sich aus einer weiteren Verzögerung des Baubeginns ergeben würden, vom Senat glaubhaft nachgewiesen worden seien. Insbesondere seien bezüglich dieser Vorentscheidung die Verträge der Bundesrepublik und des Senats mit der DDR über den geplanten Autobahnbau höher einzuschätzen, als die Interessen der Klageführer (der Vertrag über den Bau der Autobahn Berlin-Hamburg war 1978 unterzeichnet worden). Schließlich seien die Verkehrsverbindungen Berlins für die Stadt lebenswichtig.

Aufgrund dieses Urteils wurde bereits am nächsten Morgen unter massivem Polizeischutz mit den Rodungen im Tegeler Forst begonnen. Trotz mehrerer Demonstrationen am Baugebiet und in der Stadt hat der Bausenat bis jetzt sein Rodungs- und Bauprogramm durchgezogen, indem jeder Widerstand mit übermächtiger Polizeigewalt erstickt wurde. Sowohl für die Demonstration am Freitagabend, als auch auf der größeren Demonstration am



CDU/CSU-Politiker fordern Koalitionswechsel

kvz. In einem Brief an die CDU-Kreisverbände hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die FDP aufgefordert, in Bonn die Koalition zu wechseln oder den Weg für Neuwahlen freizumachen. Zwischen CDU und FDP gebe es keine politisch unüberbrückbaren Gegensätze mehr. Dies gelte für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In der Außen- und Verteidigungspolitik seien die Gemeinsamkeiten zwischen der FDP und der CDU sogar noch größer als zwischen Freien Demokraten und Sozialdemokraten. Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann forderte nach der Jahrestagung der CSU-Bundestagsabgeordneten in Kreuth eine ,,noch härtere Linie" gegen die Bundesregierung. Deutlich wurden Widersprüche zur CDU, als die Besorgnis geäußert wurde, durch zuviel Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung (etwa beim Kompromiß über den Bundeshaushalt im Vermittlungsausschuß, wo man ,,für eine paar Silberlinge" der Koalition geholfen habe, an der Macht zu bleiben) würde die Opposition an Profil verlieren. Der Sturz der Koalition sei wahrscheinlich nach dem Ausgang der Wahlen in Hamburg im Juni oder im Hessen im September, könne aber ebenso schon möglich sein bei der Beratung des Nachtragshaushalts oder im Zusammenhang der Auseinandersetzung um ein Beschäftigungsprogramm, sagte Zimmermann. An die FDP gerichtet äußerte er, eine SPD in der Opposition würde die Alternative zur FDP in Gestalt der Grünen verhindern und diese Gefahr für die FDP beseitigen.

Das ist die Berliner Luft...

nia. Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats ist am vergangenen Montag in Westberlin Smog-Alarm der Stufe I ausgerufen worden. (Bisher hatte es nur ein einziges Mal überhaupt Smog-Alarm gegeben, seit die Schadstoffe gemessen werden.) Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Hassemer, forderte die Berliner auf, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen und das Heizen einzuschränken (bei 15 Grad Minus). Nach dem letzten Smog-Alarm Mitte Dezember hatte der Senat die Smog-Verordnung dahingehend geändert, daß für die Auslösung eines Smog-Alarms nicht mehr die Hälfte *aller* Meßpunkte, sondern schon die Werte der zehn in der besonders belasteten Innenstadt liegenden Meßstellen für Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid ausreichen. – Aber besser wird die Luft davon auch nicht. Wenn der Umweltschutzsenator ein ernsthaftes Interesse an der Reinhaltung der Luft hätte, sollte er z.B. auf den geplanten Kraftwerksneubau auf den Ruhlebener Wiesen verzichten, und die Rodungen für die Autobahn durch den Tegeler Forst stoppen.

GEW-Bayern gegen Radikalenerlaß

kvz. Der Radikalenerlaß ist nach Ansicht des Landesverbandes Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) das hervorstechendste Symptom für eine allgemeine Entwicklung zum Überwachungs- und Polizeistaat. Bei der Vorlage einer Dokumentation anläßlich des bevorstehenden 10. Jahrestages des Ministerpräsidentenbeschlusses über Radikale im öffentlichen Dienst wurde auf einer Pressekonferenz der GEW in München darauf hingewiesen, daß Bayern in der Bundesrepublik ,,erklärtermaßen eine Vorreiterrolle" einnehme. In ihrer Dokumentation begründet die GEW anhand von Einzelfällen, Statistiken und Gerichtsentscheidungen, warum sie die Praxis des Radikalenerlasses in die Tradition von 200 Jahren Demokratenverfolgung in Deutschland stellt. Der stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern, Kurz, äußerte Hoffnungen auf eine künftige Änderung des Beamtenrechts. Im ,,Kampf für die Wiederherstellung politischer Grundrechte" stellt die GEW aber zunächst die Mobilisierung gegen den Radikalenerlaß in den Vordergrund. Für den 25. Januar kündigte die GEW eine Großkundgebung in der Münchener Bayernhalle an.

Ärztekongreß in Westberlin

kvz. Als Folgetreffen zu dem Hamburger Ärztekongreß ,,Ärzte warnen vor dem Atomkrieg" wird am 23./24. Januar in Westberlin ein weiterer Kongreß durchgeführt. Die Themen des Kongresses sollen sein: Erfahrungsaustausch, Möglichkeiten der Koordination, Stellung innerhalb der Friedensbewegung, Einflußmöglichkeit auf Standespolitik, Gesundheitssicherstellungsgesetz.

mine · Termine · Termine · Termine · Ter

Januar

16. **Osnabrück.** Vorbereitungstreffen für den Bundeskongreß der autonomen Friedensinitiativen im März (bis 17.1.)
    Hannover. Landeskonferenz der ,,Grünen" Niedersachsen
18. **Bad Nauheim.** Tarifverhandlung Metallindustrie Hessen
    Travemünde. Tarifverhandlung Metallindustrie Nordverbund
    Bonn. Treffen DGB – Bundesregierung
19. **Bonn.** Treffen DGB, Regierung, Kapitalisten
20. **Wolfsburg.** Tarifverhandlungen VW-Werk
22. **Bad Kreuznach.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz
23. **Berlin.** Folgetreffen des Medizinischen Kongresses zur Verhinderung des Atomkrieges (bis 24.1.)
    Frankfurt. Zentrales Polen-Seminar des Koordinationsausschusses ,,Solidarität mit Solidarność"
26. **Brüssel.** EG-Außenminister beraten u.a. Welttextilabkommen
27. Vor 15 Jahren ratifizierten die Großmächte einen Vertrag über friedliche Zusammenarbeit im Weltraum
    Bonn. Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts durch das Bundeskabinett (oder 3.2.)
29. **Offenburg.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg
    Bonn. 10 Jahre Berufsverbote
    Dortmund. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen
30. **Londonderry, Nordirland.** Vor 10 Jahren wurden am ,,Blutsonntag" 12 Zivilisten von britischen Soldaten erschossen, Anlaß zur Ausweitung des Befreiungskampfes
    Köln. Treffen der Unterstützer der Kampagne für ein atomwaffenfreies Europa (bis 31.1.)
    Saarbrücken. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Saar
    ,,Tag der Solidarität", Aufruf von Funktionären der ,,Solidarność"

Februar

6. **Bonn.** Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa, auf Einladung der Aktion Sühnezeichen / Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (bis 7.2.)

mine · Termine · Termine · Termine · Te



Streit in der Bewegung: Wie geht es weiter?

Seit der Abgabe der 220000 Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die Startbahn West und der Flughafenaktion am 15.11.1981 herrscht weitgehend Ruhe im Lande Hessen. Der Staatsgerichtshof, bei dem nun der Widerspruch der AG Volksbegehren „Keine Startbahn West" gegen Börners Ablehnungsbescheid anhängig ist, wird sich wahrscheinlich noch bis Ende Januar Zeit lassen mit seiner Entscheidung. Kaum jemand rechnet mit einer Zulassung des Volksbegehrens, obwohl auch die juristischen Gründe für die Startbahngegner sprechen.

kow. Frankfurt. Momentan sind die Aktivitäten der BI etwas am Boden. Einige radikale Startbahngegner brechen jede Nacht ein paar Streben aus der Betonmauer, am Wochenende sind es mehr. Das Plenum der BIs hat beschlossen, bei Beginn des Bauloses 2, d.h. bei Umzäunung und Rodung des nächsten Waldabschnitts, diesen Bauplatz zu besetzen. Das Für und Wider einer Besetzung wird dennoch ziemlich konträr diskutiert, ebenso die weitere Perspektive des Widerstandes, wenn der Staatsgerichtshof das Volksbegehren ablehnt. Von seiten der Startbahnbefürworter wird verlangt, von manchen Gegnern (Kirchen-, Parteienvertreter, Kreistagsabgeordnete, z.T. Umweltschutzverbände u.a.) empfohlen, daß mit einem negativen Bescheid des Gerichtes Schluß zu sein habe mit dem Widerstand, weil dann alle rechtlichen Mittel erschöpft seien.

Nachwehen der sog. „brennenden Autobahn"

Am Sonntag, dem 15.11. waren nach einer disziplinierten Blockade des Flughafen-Terminals Einheiten der Polizei und des Bundesgrenzschutz brutal eingeschritten und hatten versprengte Haufen von Demonstranten mehr oder weniger auf die Autobahn getrieben. Dort hatten sich vereinzelt Leute an kleinen Feuern gewärmt und z.T. auch gegen Übergriffe der Staatsmacht Widerstand geleistet.

Ein Genosse schreibt im Frankfurter „Pflasterstrand" über die nachfolgende Diskussion in den BIs:

„Wie in Deutschland nicht anders zu erwarten, wird dieses grundlegende Problem (wie es weitergeht, d.Verf.) an der sog. Gewaltfrage festgebunden. Die Gewaltfrage avanciert so zum Erpressungsmittel gegen jeden Widerstand, der nicht splitternackt vor der Herrschaft steht und stehen will. Statt die Legitimität und Legitimation der großhessischen Bürgerkriegspolitik anzugreifen, lassen sich viele unter dem inquisitorischen Druck der Massenmedien in die Sackgasse einer Legalitäts- und Gewaltdiskussion locken, die fast immer damit endet, daß der Protest wieder ein Stück Handlungsfähigkeit verliert. Selbst biblische Friedfertigkeit wird noch von denen als rechtswidriges und gewalttätiges Handeln ausgelegt, die uns ihr Gesetz des Handelns aufzwingen wollen. Dieses Gesetz sieht uns nur als Opfer bzw. ohnmächtige Zuschauer vor."

Von einigen wird gefordert, man müsse sich in Zukunft so lieb verhalten, daß die Presse gezwungen werde, von ihrer Legendenbildung („brennede Autobahnen") abzulassen. Dabei ist doch offensichtlich das Problem, ob wir es schaffen, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Der zitierte Genosse polemisiert gegen diese „ewigen moralischen Sieger" und stellt die Alternative:

de Diskussion in den BIs:
„Wie in Deutschland nicht anders zu erwarten, wird dieses grundlegende Problem (wie es weitergeht, d.Verf.) an der sog. Gewaltfrage festgebunden. Die Gewaltfrage avanciert so zum Erpressungsmittel gegen jeden Widerstand, der nicht splitternackt vor der Herrschaft steht und stehen will. Statt die Legitimität und Legitimation der großhessischen Bürgerkriegspolitik anzugreifen, lassen sich viele unter dem inquisitorischen Druck der Massenmedien in die Sackgasse einer Legalitäts- und Gewaltdiskussion locken, die fast immer damit endet, daß der Protest wieder ein Stück Handlungsfähigkeit verliert. Selbst biblische Friedfertigkeit wird noch von denen als rechtswidriges und gewalttätiges Handeln ausgelegt, die uns ihr Gesetz des Handelns aufzwingen wollen. Dieses Gesetz sieht uns nur als Opfer bzw. ohnmächtige Zuschauer vor."
Von einigen wird gefordert, man müsse sich in Zukunft so lieb verhalten, daß die Presse gezwungen werde, von ihrer Legendenbildung („brennede Autobahnen") abzulassen. Dabei ist doch offensichtlich das Problem, ob wir es schaffen, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Der zitierte Genosse polemisiert gegen diese „ewigen moralischen Sieger" und stellt die Alternative:

„Gewaltfreier Widerstand als demonstrativer Appell an die demokratische Öffentlichkeit oder Revolte gegen institutionalisierte Gewalt. Dazwischen liegt, trotz aller Verwischungen ein Graben, der übersprungen sein will." (Pflasterstrand Nr. 120, S. 11 f.)

Diesen Graben gab es schon immer, mit der Konzeption des „aktiven, gewaltfreien Widerstandes", wie von den BIs beschlossen, ist versucht worden, einen Kompromiß zu finden, der Massenbeteiligung ermöglicht. Zu diesem Konzept gehörte von Anfang an die Losung: Was die FAG im Wald aufbaut, reißen wir wieder ein. Dahinter wollen heute einige zurückgehen.

Die Platzbesetzung

Die Mehrheit in den BIs ist jedenfalls für die Platzbesetzung, die jetzt von der „Arbeitsgruppe Waldverteidigung" vorbereitet wird. Die Ortsgruppen der BI beginnen jetzt mit der politischen Vorbereitung dieser Aktion. Anders als bei den letzten Aktionen soll die Bevölkerung darauf vorbereitet und möglichst politisch dafür gewonnen werden, statt daß sich die BI nur hinterher für die Aktion rechtfertigt. Ein Sprecher sagte auf der Delegiertenversammlung am Sonntag, 10.1., auch bei früheren Aktionen, wie z.B. dem ersten Hüttenbau sei die Lage so gewesen: die Mehrheit in der BI dafür, möglicherweise die Mehrheit der Bevölkerung dagegen. Nach breiter propagandistischer Vorbereitung wurde der erste Hüttenbau zu einem großen politischen Erfolg.

Die Platzbesetzung selber am Samstag nach Beginn des Bauloses 2 soll keine Entscheidungsschlacht werden über Sieg oder Niederlage, sondern nur ein Höhepunkt einer Reihe von Aktionen. Die BI will sofort bei Baubeginn Alarm auslösen, Barrikaden auf dem Gelände bauen und den Vormarsch von Polizei und Holzfällern behindern, um dann am Samstag bundesweit zu mobilisieren, und dann möglichst viel Gelände halten, Hindernisse bauen usw. Der Bau dauert Jahre, und ohne aktiven Widerstand im Wald wird auch die politische Auseinandersetzung um Volksbegehren zum Wortgeplänkel.

Das eigentlich Dumme an der gegenwärtig etwas gespaltenen Situation innerhalb der Gesamt-BI ist, daß die politischen Rahmenbedingungen dieser Lage viel zu wenig bedacht werden. Die Diskussion konzentriert sich fast ganz auf die Platzbesetzung und abstrakt auf die Gewaltfrage, der eigentliche Gegner ist aus dem Schußfeld. Scheinbar stehen sich zwei Alternativen gegenüber. Die einen („Wehrfix"), besonders in der AG Waldverteidigung, werfen den anderen („Gewaltnix") Kapitulation, Legalismus, Karrierismus usw. vor, im Einzelfall zu recht. Umgekehrt geht an den sozusagen linken Widerpart, die sich oft als fanatische Liebhaber des deutschen Waldes geben, der Vorwurf, sich keine Gedanken zu machen über Gewinn und Verlust von Sympathie und Verbindungen mit der „normalen" Bevölkerung, auch da ist was dran.

Höhepunkt einer Reihe von Aktionen. Die BI will sofort bei Baubeginn Alarm auslösen, Barrikaden auf dem Gelände bauen und den Vormarsch von Polizei und Holzfällern behindern, um dann am Samstag bundesweit zu mobilisieren, und dann möglichst viel Gelände halten, Hindernisse bauen usw. Der Bau dauert Jahre, und ohne aktiven Widerstand im Wald wird auch die politische Auseinandersetzung um Volksbegehren zum Wortgeplänkel.
Das eigentlich Dumme an der gegenwärtig etwas gespaltenen Situation innerhalb der Gesamt-BI ist, daß die politischen Rahmenbedingungen dieser Lage viel zu wenig bedacht werden. Die Diskussion konzentriert sich fast ganz auf die Platzbesetzung und abstrakt auf die Gewaltfrage, der eigentliche Gegner ist aus dem Schußfeld. Scheinbar stehen sich zwei Alternativen gegenüber. Die einen („Wehrfix"), besonders in der AG Waldverteidigung, werfen den anderen („Gewaltnix") Kapitulation, Legalismus, Karrierismus usw. vor, im Einzelfall zu recht. Umgekehrt geht an den sozusagen linken Widerpart, die sich oft als fanatische Liebhaber des deutschen Waldes geben, der Vorwurf, sich keine Gedanken zu machen über Gewinn und Verlust von Sympathie und Verbindungen mit der „normalen" Bevölkerung, auch da ist was dran.

Zur politischen Entwicklung

Bis Ende November waren Presse, Rundfunk und Fernsehen jeden Tag voll mit Schlagzeilen über den Kampf gegen die Startbahn. Ständig neue Erklärungen dagegen und weitere Argumente. Dann die Regierungserklärung: Börner wägte scheinbar alle Faktoren für und wider noch einmal ab, verbreitete in groß aufgemachten Presseanzeigen Ungeheuerlichkeiten über die angeblich faschistische Gefahr, die von der direkten Volksgesetzgebung ausgehe, entschied dann, schweren Gewissens, gegen das Volksbegehren (VB), im Interesse der Allgemeinheit, der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. Dann liegt die Sache beim Staatsgerichtshof, der läßt sich Zeit, regt ein Moratorium an (das keines ist, aber die Autorität des Gerichts als überparteilicher Instanz wird damit aufgepäppelt), man erwartet rundherum etwas gediegenes, unter dem Niveau von Börners Erklärung können sie es nicht machen.

Obwohl unter den Startbahngegnern kaum einer etwas Gutes vom Staatsgerichtshof erwartet, – die Richter sind nach Parteienproporz im hessischen Landtag ausgesucht, darunter 150%ige Startbahnbefürworter – herrscht trotzdem Ruhe in Hessen. In der breiten Öffentlichkeit zumindest steht der Staatsgerichtshof als oberster Souverän über die Bewegung und die Landesregierung da.

Einige Startbahngegner meinen nun, diesen Zustand, durch unsere Untätigkeit mitverschuldet, müsse man realistischerweise als unabänderlich festschreiben: Wenn der Staatsgerichtshof ablehnt, haben wir die aktuelle Auseinandersetzung verloren. Der Widerstand wird einen Großteil seiner legitimatorischen Basis verlieren — so der bisherige Pressesprecher der BI.

Das Gericht als Souverän über das Volk

Bisher hat noch jede negative Entscheidung der Landesregierung, jeder Gerichtsbeschluß die Bewegung nicht gestoppt, sondern nach entsprechender Reaktion verbreitert. Sollen oder müssen wir uns jetzt einem Gerichtsurteil beugen, soll die Niederlage mit dem Spruch eines Gerichts über die Zulässigkeit eines Volksbegehrens besiegelt sein, wobei das Gericht im Gegensatz zur Regierung nicht einmal vom Volk gewählt ist? Und die „legitimatorische Basis", die einige in der Rechtsprechung sehen, lag und liegt schon immer, wie der Name „Basis" schon sagt, in der Bevölkerung des Rhein / Main-Gebiets.

In der BI muß das Bewußtsein geschärft werden, daß wir durch unsere eigene Untätigkeit den ohnehin vorhandenen Schein, die Landesregierung und noch mehr der Staatsgerichtshof verträten uns gegenüber die Allgemeininteressen dieser Gesellschaft, ver-

Basis verlieren — so der bisherige Pressesprecher der BI.
Das Gericht als Souverän über das Volk
Bisher hat noch jede negative Entscheidung der Landesregierung, jeder Gerichtsbeschluß die Bewegung nicht gestoppt, sondern nach entsprechender Reaktion verbreitert. Sollen oder müssen wir uns jetzt einem Gerichtsurteil beugen, soll die Niederlage mit dem Spruch eines Gerichts über die Zulässigkeit eines Volksbegehrens besiegelt sein, wobei das Gericht im Gegensatz zur Regierung nicht einmal vom Volk gewählt ist? Und die „legitimatorische Basis", die einige in der Rechtsprechung sehen, lag und liegt schon immer, wie der Name „Basis" schon sagt, in der Bevölkerung des Rhein / Main-Gebiets.
In der BI muß das Bewußtsein geschärft werden, daß wir durch unsere eigene Untätigkeit den ohnehin vorhandenen Schein, die Landesregierung und noch mehr der Staatsgerichtshof verträten uns gegenüber die Allgemeininteressen dieser Gesellschaft, ver-

stärkt haben. Hier der Staatsgerichtshof – dort die Polizei, die vollendete Tatsachen schafft, droht die Bewegung zwischen diesen beiden Mühlsteinen zerrieben zu werden. Wir müssen der Landesregierung durch Kritik von Börners Regierungserklärung und dem Staatsgerichtshof durch Aufdeckung seiner angeblichen Überparteilichkeit in aller Öffentlichkeit abstreiten, im Namen der Allgemeinheit zu sprechen, sich zum Souverän, zum Schiedsrichter über das Volk zu machen, sonst sind die Kräfte gelähmt. Wenn das Urteil ansteht und in Vorbereitung dessen, sollten möglichst öffentlichkeitswirksame Aktionen stattfinden.

Die Verfassung

In einigen Flugblättern der BI wird ausgeführt, daß Börner den Staatsgerichtshof durch vollendete Tatsachen unter Druck setzt, dessen Unabhängigkeit gefährdet, der eigentlichen Entscheidung vorgreift und mit der Ablehnung des VB die hessische Verfassung bricht. Das ist sicher wahr — nur ist es ein Schuß nach hinten, die Polemik so zu führen, daß die BI auf der reinen unverfälschten Gewaltenteilung und der Einhaltung der Verfassung bestehen. Denn die Verfassung und die Ausführungsbestimmungen zum VB sind es gerade, die bezüglich des VB den direkten Volksgesetzgeber einem nicht gewählten Gericht unterstellen.

Klarer als bisher stellt sich die Frage: Wie muß die politische Verfassung aussehen, welche Rechte sind nötig, damit die betroffene Bevölkerung ihren Willen durchsetzen kann. Ein Vetorecht ohne Einschränkung durch Gerichte und Gesetze. Welche juristische Form muß das haben?

In den BIs kursiert der Vorschlag, falls der Staatsgerichtshof wie erwartet das VB ablehnt, ein „autonomes Volksbegehren" durchzuführen, eine Volksbefragung etwa derart:

– Bis Du für einen Volksentscheid in Hessen über die Startbahn West?
– Bis Du für ein Vetorecht der betroffenen Bevölkerung einer Region?

Darüber muß die BI bald entscheiden, oder sich ein anderes politisches Mittel überlegen, womit der Widerstand zu verbreitern ist.

zu führen, daß die BI auf der reinen unverfälschten Gewaltenteilung und der Einhaltung der Verfassung bestehen. Denn die Verfassung und die Ausführungsbestimmungen zum VB sind es gerade, die bezüglich des VB den direkten Volksgesetzgeber einem nicht gewählten Gericht unterstellen.
Klarer als bisher stellt sich die Frage: Wie muß die politische Verfassung aussehen, welche Rechte sind nötig, damit die betroffene Bevölkerung ihren Willen durchsetzen kann. Ein Vetorecht ohne Einschränkung durch Gerichte und Gesetze. Welche juristische Form muß das haben?
In den BIs kursiert der Vorschlag, falls der Staatsgerichtshof wie erwartet das VB ablehnt, ein „autonomes Volksbegehren" durchzuführen, eine Volksbefragung etwa derart:
– Bis Du für einen Volksentscheid in Hessen über die Startbahn West?
– Bis Du für ein Vetorecht der betroffenen Bevölkerung einer Region?
Darüber muß die BI bald entscheiden, oder sich ein anderes politisches Mittel überlegen, womit der Widerstand zu verbreitern ist.

Die Startbahn – ein kapitalistisches Wahnsinnsprojekt

Um zu enthüllen, daß weder Landesregierung noch Staatsgerichtshof im Interesse der Allgemeinheit handeln, muß die Öffentlichkeit ein klareres Bild bekommen, in wessen Interesse die Startbahn gebaut werden soll. In Veröffentlichungen der BI werden oft die Vernunft, die Gesundheit und das Verantwortungsgefühl proklamiert gegenüber den „gewissenlosen Technokraten" und „Machtpolitikern", die auf die Startbahn setzen. Die eindeutigen und einmütigen Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammern und der hessischen Arbeitgeberverbände für die Startbahn deuten jedoch schon darauf hin, daß es sich nicht um ein „Fehlurteil" der Regierung, sondern um gegensätzliche Interessen handelt. Aus der Sicht der Bevölkerung ist der Bau Wahnsinn, sowohl wegen der wirtschaftlichen wie der umweltzerstörenden Folgen. Den Kapitalisten allgemein dagegen erscheint gerade in der Krise eine Minimierung ihres toten, im Transportwesen steckenden Kapitals, eine Verbesserung ihrer Infrastruktur und eine Verkürzung ihrer Umschlagszeiten für Waren und Kapital unverzichtbar (das ist nur ein Aspekt). Wobei die Folgekosten und erst recht die Folgeschäden der Gesellschaft aufgehalst werden sollen. Einig ist sich die ganze Klasse der Besitzenden über die Sache zudem, weil die Bevölkerung beansprucht, über ihre Umwelt, den Wald, der aber einer Aktiengesellschaft gehört, zu bestimmen, weil also die heiligen Eigentümerrechte, über den Wald nach geschäftlichem Gutdünken zu entscheiden, einmal und damit prinzipiell bedroht sind. Hier ist tatsächlich notwendig, die unterschiedlichen Interessen genauer herauszuarbeiten in der Öffentlichkeit, sonst bleibt die Hoffnung, Börner könne durch Einsicht von seiner „Starrsinnigkeit" abrücken, oder zumindest der Staatsgerichtshof würde hier etwas zurechtrücken.

Auch die Frage der Exportorientierung der BRD, die angeblich die Startbahn so notwendig macht, hat die BI nicht untersucht und öffentlich behandelt. Ebenso die ganzen infrastrukturellen Probleme des Rhein-Main-Ballungsgebietes, wie sie entstehen. Die Aufblähung des tertiären Sektors der Wirtschaft, bisher geringe Arbeitslo-

Transportwesen steckenden Kapitals, eine Verbesserung ihrer Infrastruktur und eine Verkürzung ihrer Umschlagszeiten für Waren und Kapital unverzichtbar (das ist nur ein Aspekt). Wobei die Folgekosten und erst recht die Folgeschäden der Gesellschaft aufgehalst werden sollen. Einig ist sich die ganze Klasse der Besitzenden über die Sache zudem, weil die Bevölkerung beansprucht, über ihre Umwelt, den Wald, der aber einer Aktiengesellschaft gehört, zu bestimmen, weil also die heiligen Eigentümerrechte, über den Wald nach geschäftlichem Gutdünken zu entscheiden, einmal und damit prinzipiell bedroht sind. Hier ist tatsächlich notwendig, die unterschiedlichen Interessen genauer herauszuarbeiten in der Öffentlichkeit, sonst bleibt die Hoffnung, Börner könne durch Einsicht von seiner „Starrsinnigkeit" abrücken, oder zumindest der Staatsgerichtshof würde hier etwas zurechtrücken.
Auch die Frage der Exportorientierung der BRD, die angeblich die Startbahn so notwendig macht, hat die BI nicht untersucht und öffentlich behandelt. Ebenso die ganzen infrastrukturellen Probleme des Rhein-Main-Ballungsgebietes, wie sie entstehen. Die Aufblähung des tertiären Sektors der Wirtschaft, bisher geringe Arbeitslo-

sigkeit, aber ungeheure Verkehrsprobleme und weitere Disproportionen, die der Kapitalismus geschaffen hat, weil nicht für die Bedürfnisse der Menschen produziert wird. All diese Faktoren kann Börner bisher als Argumente für seine Wirtschafts- und Verkehrspolitik nutzen, obwohl sie dagegen sprechen.

Um weitere Fortschritte im Zusammenschluß zu erzielen, wird die Bewegung nicht umhin kommen, diese Probleme genauer zu untersuchen und *Alternativen* zu entwickeln und in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Die Leute fragen sich nämlich, wie es anders gehen soll, wie die Wirtschaft und Infrastruktur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aussehen muß. Und man kann nicht sagen, daß zusammenhängende Vorstellungen alternativ zu Börners Kurs der sog. „Arbeitsplatzsicherung" durch Kernkraft, Startbahn und Autobahnbau verbreitet wären.

Besonders angesichts der drückenden Arbeitslosigkeit und der künstlichen Spaltung zwischen dem Kampf gegen die Startbahn West und der offiziellen Arbeiterbewegung stößt die Bewegung an einen toten Punkt, wenn sie der Regierung nur punktuell trotzt. Die größte Gefahr sehe ich darin, daß sich das Nebeneinander und teilweise Gegeneinander von Gewerkschaften und Kampf für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verhärtet. Aber das muß nicht sein, hier sind die Möglickeiten noch lange nicht ausgeschöpft, erst wenige arbeiten hier an einer bewußten Verbindung.

Zur Organisationsstruktur
Neben politischen Differenzen, die es gibt, tritt m.M. nach das Problem
reichen. Die Meinungsverschiedenheiten z.B. über die Platzbesetzung haben hier einen zusätzlichen Grund.

Zur Organisationsstruktur

Neben politischen Differenzen, die es gibt, tritt m.M. nach das Problem der Organsationsstruktur der BI immer mehr in den Vordergrund, als Hindernis für die politische Diskussion und Beschlußfassung. Bisher werden alle wichtigen Entscheidungen auf dem Gesamtplenum bei ca. 500 bis 800 Anwesenden getroffen, deren Zusammensetzung zufällig ist und nicht unbedingt repräsentativ sein muß für die Startbahngegner. Leute aus Walldorf und Mörfelden fühlen sich z.T. überfahren, befürchten zu recht, daß sie den maßgeblichen Einfluß auf die Bewegung verlieren, z.T. muß man schon politisch ein Fuchs sein, um etwas zu erreichen. Die Meinungsverschiedenheiten z.B. über die Platzbesetzung haben hier einen zusätzlichen Grund.

Seit längerer Zeit wird die Einführung eines solchen Organisationsmodells an der weit verbreiteten Auffassung, die größte Versammlung sei auch die demokratischste, anderwie entstünden nur „Obergurus". M.M. muß jedoch der Delegiertenrat das eigentliche verantwortliche Entscheidungsgremium der BI werden. Das ist sowohl wesentlich demokratischer, wie es auch verhindern hilft, daß beständig massenhaft Arbeitskraft in der Luft verpufft, weil das Plenum mit 500 bis 800 Leuten weder richtig diskussions- noch entscheidungsfähig ist.

Woher die Schwierigkeiten der Linken mit der Polensolidarität?

Von Hans-Gerhart Schmierer

Daß sich die Linke in der Solidarität mit der Arbeiterbewegung und den demokratischen Bewegungen in Osteuropa und der Sowjetunion schwer tut, ist kein neues Phänomen.

Ich erinnere mich zum Beispiel, daß ich 1968 bei zwei Gelegenheiten gegen Demonstrationen gesprochen habe, die sich gegen den „real existierenden Sozialismus" und die Sowjetunion richten sollten. Innerhalb des Heidelberger SDS hatten einzelne Genossen im März 1968 vor, eine Solidaritätsdemonstration mit den polnischen Studenten durchzuführen, deren Bewegung für mehr demokratische Freiheiten in Warschau gerade zusammengeknüppelt worden war. Die Mehrheit des Heidelberger SDS, obwohl sie in keiner Weise mit der sich gerade formierenden DKP verbunden war, widersprach solchen Absichten entschieden. Eine Solidaritätsdemonstration mit den polnischen Studenten könne nur Wasser auf die antikommunistischen Mühlen der westdeutschen Bourgeoisie lenken und womöglich die Infiltrationsbemühungen der NATO mittels „neuer Ostpolitik" ermutigen.

Als am 21. August 1968 die Truppen von fünf Staaten des Warschauer Paktes unter Führung der Sowjetunion in der CSSR einmarschierten, um die Reformbewegung niederzuschlagen und die CSSR auf Dauer zu besetzen, forderten noch am Morgen des 21. August italienische und französische Studenten, die in Heidelberg Ferienkurse besuchten, den AStA auf, sofort zu einer Solidaritätsdemonstration aufzurufen. Der AStA bestand aus Mitgliedern des SDS. Wir waren gegen eine Demonstration und riefen stattdessen für den Abend zu einem teach-in auf. Auf diesem großen teach-in mit etwa 900–1000 Teilnehmern wurde schließlich auf Antrag des SDS einstimmig eine Resolution verabschiedet, die zwar die russische Militärintervention eindeutig verurteilte, aber den Hauptstoß gegen die westdeutsche Bourgeoisie und die NATO richtete und zur Wachsamkeit gegen *ihre* Interventions*absichten* aufrief. Die Entwicklung in der CSSR bis zur Intervention des Warschauer Paktes wurde ebenso entschieden kritisiert, wie die Militärintervention selber verurteilt wurde.

Die Argumentationslinie war ungefähr: den sowjetischen Revisionisten sei es wie dem Zauberer mit seinen Lehrlingen ergangen. Die Revisionisten um Dubcek hätten die in der Sowjetunion selber eingeleitete Restauration des Kapitalismus so weit getrieben, daß die Sowjetunion schließlich ein Abdriften in den Westen hätte befürchten müssen und aufgrund ihrer eigenen revisionistischen Politik nichts anderes mehr in petto gehabt hätte als die militärische Intervention, um eine solche Entwicklung zu verhindern. In

ner Solidaritätsdemonstration aufzurufen. Der AStA bestand aus Mitgliedern des SDS. Wir waren gegen eine Demonstration und riefen stattdessen für den Abend zu einem teach-in auf. Auf diesem großen teach-in mit etwa 900–1000 Teilnehmern wurde schließlich auf Antrag des SDS einstimmig eine Resolution verabschiedet, die zwar die russische Militärintervention eindeutig verurteilte, aber den Hauptstoß gegen die westdeutsche Bourgeoisie und die NATO richtete und zur Wachsamkeit gegen *ihre* Interventions*absichten* aufrief. Die Entwicklung in der CSSR bis zur Intervention des Warschauer Paktes wurde ebenso entschieden kritisiert, wie die Militärintervention selber verurteilt wurde.

Die Argumentationslinie war ungefähr: den sowjetischen Revisionisten sei es wie dem Zauberer mit seinen Lehrlingen ergangen. Die Revisionisten um Dubcek hätten die in der Sowjetunion selber eingeleitete Restauration des Kapitalismus so weit getrieben, daß die Sowjetunion schließlich ein Abdriften in den Westen hätte befürchten müssen und aufgrund ihrer eigenen revisionistischen Politik nichts anderes mehr in petto gehabt hätte als die militärische Intervention, um eine solche Entwicklung zu verhindern. In

dieser komplizierten Situation, wo die NATO nur darauf zu lauern schien, die ideologische und politische Schwäche der Sowjetunion auszunutzen, um ihrerseits zu intervenieren, schien dem teach-in unter Hinweis auf die Hetze der Springerpresse etc. eine Demonstration als ungeeignetes Mittel des Protestes gegen die russische Militärintervention. Nur in ganz wenigen Städten kam es zu Protestdemonstrationen, in vielen Städten gab es nicht einmal große Protestveranstaltungen wie in Heidelberg, obwohl die demokratische Bewegung 1968 ihr stärkstes Jahr hatte. Die heutige Schwäche der Linken in der Solidarität und Unterstützung von Kämpfen gegen die sozialimperialistische Unterdrückung hat also eine lange Geschichte und tiefgreifende Wurzeln in der Entstehung der Neuen Linken in Westdeutschland.

„Antikommunismus" als Waffe der Reaktion und Verteidigung der Sowjetunion und des „real existierenden Sozialismus" als Beginn jeder Linkswendung in den 50er und 60er Jahren

Mit der Gründung der BRD und dem kapitalistischen Wiederaufbau war es der westdeutschen Reaktion gelungen, Ökonomie und Politik der Sowjetunion, insbesondere die Eingliederung Osteuropas und der späteren DDR in den Herrschaftsbereich der Sowjetunion als *die* Früchte *des* Kommunismus darzustellen, den Kommunismus als außenpolitisches Instrument der Sowjetunion anzuprangern und im Inneren als Kraft der Revolution oder auch nur der entschiedenen Opposition nahezu völlig auszuschalten. Gleichzeitig näherten sich CDU/CSU und SPD als staatstragende Parteien zunehmend an.

Jeder, der eine kritische Position jenseits dieser Parteienkonstellation gegenüber dem Kapitalismus und der herrschenden Staatsordnung einnehmen wollte, mußte sich wohl oder übel als erstes mit dem antikommunistischen Syndrom auseinandersetzen, das den ideologischen und politischen Kitt dieser Kräftekonstellation ausmachte. In Auseinandersetzung mit der pauschalen Hetze gegen die Sowjetunion und den „Kommunismus" schlug dabei eine ganze Generation von Linken zunächst wohl oder übel den Weg der Rechtfertigung und Verteidigung der Ökonomie und Politik der Sowjetunion ein. Gegenüber der Hetze wurde „Verständnis" für die Sowjetunion und ihre Politik entwickelt und wurde alles daran gesetzt, dieses Verständnis zu verbreiten, um der Reaktion und dem Revanchismus – den es ja gab – den ideologischen und politischen Nährboden zu entziehen. In dem Bemühen, die *inneren* Ursachen der Reaktion zu entlarven und die *eigenen* Interessen der westdeutschen Bourgeoisie an Abbau von Demokratie und „Formierung der Gesellschaft" herauszuarbeiten, wurde von der Linken die Ergebnisse von Jalta und die Spaltung in Blöcke nachvollzogen: Die Unterdrückung im sozialistischen Lager wurde, wenn nicht gerade gerechtfertigt, so doch jedenfalls zu dessen innerer Angelegenheit erklärt, um der herrschenden Klasse die Möglichkeit zu nehmen, ihre Politik mit irgendwelcher angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion zu rechtfertigen.

In dieser Zeit der Herausbildung der Neuen Linken wurzelt ihre anhaltende Unfähigkeit, die Widerstandsbewegungen in Osteuropa und anderswo gegen den Sozialimperialismus konsequent zu unterstützen. „Verständnis" für die Sowjetunion und Fähigkeit zur inneren Opposition schienen sich gegenseitig zu bedingen. Von daher existiert auch eine unterschwellige Verbindung zwischen den Positionen der Neuen Linken gegenüber der Sowjetunion und der DKP als deren Agentur fort, eine Verbindung, die weder durch den Einmarsch in der CSSR und die wiederholte Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung, noch durch die Überfälle auf das Demokratische Kampuchea und Afghanistan wirklich gekappt wurde. Mit der Warnung, doch nicht das Spiel der Reaktion und der

mierung der Gesellschaft" herauszuarbeiten, wurde von der Linken die Ergebnisse von Jalta und die Spaltung in Blöcke nachvollzogen: Die Unterdrückung im sozialistischen Lager wurde, wenn nicht gerade gerechtfertigt, so doch jedenfalls zu dessen innerer Angelegenheit erklärt, um der herrschenden Klasse die Möglichkeit zu nehmen, ihre Politik mit irgendwelcher angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion zu rechtfertigen.

In dieser Zeit der Herausbildung der Neuen Linken wurzelt ihre anhaltende Unfähigkeit, die Widerstandsbewegungen in Osteuropa und anderswo gegen den Sozialimperialismus konsequent zu unterstützen. „Verständnis" für die Sowjetunion und Fähigkeit zur inneren Opposition schienen sich gegenseitig zu bedingen. Von daher existiert auch eine unterschwellige Verbindung zwischen den Positionen der Neuen Linken gegenüber der Sowjetunion und der DKP als deren Agentur fort, eine Verbindung, die weder durch den Einmarsch in der CSSR und die wiederholte Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung, noch durch die Überfälle auf das Demokratische Kampuchea und Afghanistan wirklich gekappt wurde. Mit der Warnung, doch nicht das Spiel der Reaktion und der

USA mitzumachen, erzielt die DKP immer noch Erfolge, sobald es darum geht, einen Internationalismus im Ansatz zu blockieren, der sich auch auf die Arbeiterbewegung in Osteuropa und die Befreiungsbewegungen gegen den Sozialimperialismus erstreckt.

Der kritische Anstoß durch die chinesischen Kommunisten wirkte befreiend, ging jedoch in die falsche Richtung

Mit der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung durch die KPdSU, als sich die KPCh den Befehlen der sowjetischen Machthaber nicht länger bedingungslos fügen wollte, wurde die verhängnisvolle Gleichung von Kampf gegen Antikommunismus und Verteidigung der Sowjetunion international und auch in der sich entwickelnden Neuen Linken erstmals wirkungsvoll aufgebrochen, während sich gleichzeitig im Inneren die Widersprüche zwischen der Neuen Linken und dem legalistischen Krebsgang der DKP verschärften. Taktisch folgte die KPCh in ihrer Polemik der Devise „den Sack schlagen und den Esel meinen", d.h. sie richtete das Hauptfeuer der Kritik nicht auf die KPdSU und die Sowjetunion, sondern auf das „revisionistische Jugoslawien" und auf die KPI, d.h. gerade auf jene Kräfte innerhalb der von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen Weltbewegung, die sich von der Abhängigkeit zu befreien versuchten.

Damit wurde aber nicht die sowjetische Vorherrschaft selber angegriffen, sondern die Tatsache, daß sich unter dieser Vorherrschaft Revisionismus entwickelte. Im Rahmen dieser Taktik wurde die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes gerechtfertigt. Die Widersprüche zwischen der Reformbewegung in der CSSR und der sozialimperialistischen Supermacht wurden als Auseinandersetzung zwischen zwei revisionistischen Cliquen der Dubcek- und der Breschnew-Clique, angeprangert, statt den sozialen und nationalen Inhalt sowohl des ungarischen Aufstandes als auch der Reformbewegung in der CSSR positiv zu würdigen. Dies paßte gut in das Schema der westdeutschen Linken, den Kampf gegen den Antikommunismus mit dem „Verständnis" für die Sowjetunion zu verbinden.

Analytisch faßte die KPCh die Entwicklung der Sowjetunion seit dem XX. Parteitag als Restauration des Kapitalismus. Also hatte vorher Sozialismus bestanden. Damit aber war weder die Entwicklung vor dem XX. Parteitag noch danach zu begreifen, wo ja nur kosmetisch behandelt wurde, was unter Führung Stalins als Gesellschaftsformation mit gewaltsamen Methoden geschaffen worden war. Alle Bewegungen aber, die zu wirklichen Veränderungen des unter der Herrschaft der Sowjetunion entstandenen Produktionsverhältnisses, des Staatsmonopols, übergehen wollten, konnten in diesem analytischen Ansatz nur als besonders konsequente Kräfte der kapitalistischen Restauration erscheinen, die die sowjetische Revisionisten-Clique selber betrieb und nur bremsen wollte, wenn sie ihre Vorherrschaft zu gefährden drohten. Die Reformbewegung in der CSSR erschien so als faules Ei, das sich die Sowjetrevisionisten selber ins Nest gelegt hatten. Alle Bewegungen, die an dem herrschenden Produktionsverhältnis in ihrer Kritik ansetzten, erschienen als noch größere Reaktionäre als die herrschende sowjetische Revisionisten-Clique. Daß es in Polen nicht gelungen war, den gigantischen gewaltsamen Enteignungsprozeß der Bauern zu wiederholen, der am Ursprung der heutigen sowjetischen Gesellschaftsformation steht, erschien als der entscheidende Geburtsmangel der Volksrepublik Polen.

OSTEUROPA-INFO
SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

Produktionsverhältnisses, des Staatsmonopols, übergehen wollten, konnten in diesem analytischen Ansatz nur als besonders konsequente Kräfte der kapitalistischen Restauration erscheinen, die die sowjetische Revisionisten-Clique selber betrieb und nur bremsen wollte, wenn sie ihre Vorherrschaft zu gefährden drohten. Die Reformbewegung in der CSSR erschien so als faules Ei, das sich die Sowjetrevisionisten selber ins Nest gelegt hatten. Alle Bewegungen, die an dem herrschenden Produktionsverhältnis in ihrer Kritik ansetzten, erschienen als noch größere Reaktionäre als die herrschende sowjetische Revisionisten-Clique. Daß es in Polen nicht gelungen war, den gigantischen gewaltsamen Enteignungsprozeß der Bauern zu wiederholen, der am Ursprung der heutigen sowjetischen Gesellschaftsformation steht, erschien als der entscheidende Geburtsmangel der Volksrepublik Polen.

Jede Arbeiterbewegung und politische Oppositionsströmung in Osteuropa muß erst einmal nachweisen, daß sie am herrschenden Staatsmonopol nichts zu ändern gedenkt, bevor sie als unterstützungswürdig erscheint und nicht von weiten Teilen der Linken als tendenziell oder direkt antisozialistisch enttarnt wird. Forderungen nach demokratischen Freiheitsrechten auf dem Weg zur Revolutionierung des herrschenden Staatsmonopols erscheinen verdächtig, bloß weil sich im Kapitalismus gezeigt hat, daß noch so viel demokratische Rechte allein nicht ausreichen, um den Kapitalismus in den Sozialismus umzuwandeln.

Und gerade das Staatsmonopol erscheint als das Ergebnis der sozialistischen Entwicklung. Von einer revolutionären Bewegung in den „real existierenden sozialistischen Ländern" kann aber in Wirklichkeit erst die Rede sein, wenn sie dieses Staatsmonopol als eigentliches Hindernis der Emanzipation der Arbeit begreift.

Die apologetische Kategorie der „Übergangsgesellschaft"

Obwohl die Polemik der KPCh und die Kulturrevolution auf alle Teile der Neuen Linken einen befreienden Einfluß hatten, wurde der Ansatz der Kritik der KPCh längst nicht von der ganzen Neuen Linken geteilt. Stattdessen wurden die Sowjetunion und die von ihr beherrschten Länder weithin als „Übergangsgesellschaften" analysiert. Gegenüber den wirklichen Verhältnissen hat diese Kategorie längst rein apologetischen Charakter. Wohin soll denn das Staatsmonopol, das von der herrschenden Klasse als dessen Funktionär mit Zähnen und Klauen verteidigt wird, übergehen? Es ist selber eine Mißgeburt der revolutionären Entwicklung, durch dessen Entstehung die Übergangsperdiode zum Sozialismus beendet wurde; eine gesellschaftliche Sackgasse, die in Stagnation und Fäulnis mündet, aber nicht im Sozialismus. Das herrschende Staatsmonopol basiert auf der massenhaften und gewaltsamen Enteignung der Bauern und der

Kulturrevolution auf alle Teile der Neuen Linken einen befreienden Einfluß hatten, wurde der Ansatz der Kritik der KPCh längst nicht von der ganzen Neuen Linken geteilt. Stattdessen wurden die Sowjetunion und die von ihr beherrschten Länder weithin als „Übergangsgesellschaften" analysiert. Gegenüber den wirklichen Verhältnissen hat diese Kategorie längst rein apologetischen Charakter. Wohin soll denn das Staatsmonopol, das von der herrschenden Klasse als dessen Funktionär mit Zähnen und Klauen verteidigt wird, übergehen? Es ist selber eine Mißgeburt der revolutionären Entwicklung, durch dessen Entstehung die Übergangsperdiode zum Sozialismus beendet wurde; eine gesellschaftliche Sackgasse, die in Stagnation und Fäulnis mündet, aber nicht im Sozialismus. Das herrschende Staatsmonopol basiert auf der massenhaften und gewaltsamen Enteignung der Bauern und der

Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, die bloß durch politische Zwangsverhältnisse zusammengebracht werden. Mit der Kategorie der „Übergangsgesellschaft" aber wird davon ausgegangen, daß die sowjetische Gesellschaftsformation einen qualitativen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus darstelle. Gleichzeitig wird behauptet, daß mit dem Kapitalismus die Basis des Imperialismus überwunden sei. Politisch dient die Kategorie dazu, alle möglichen „Deformationen" der „Übergangsgesellschaft" als Ergebnis der feindlichen Einflüsse des Kapitalismus zu verstehen und zu beschönigen und die Aufgabe der Linken und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern dahin zu bestimmen, daß sie alles tun müßten, damit sich dieses Experiment der Übergangsgesellschaft möglichst ungestört entfalten könne.

Entspannungspolitik

Obwohl die Sowjetunion oder gerade weil die Sowjetunion alle Hände voll zu tun hat, ihren bisherigen Herrschaftsbereich unter Kuratel zu halten, ist sie in den letzten Jahren dazu übergegangen, die Aufteilung der Welt, wie sie von den beiden Großmächten der Antihitlerkoalition in Jalta vorgenommen wurde, zu revidieren und den Versuch einer Neuaufteilung der Welt einzuleiten. Die Sowjetunion ist mit ihrer gewaltsamen Einverleibung fremder Nationalitäten und militärischen Besetzung abhängiger Länder die letzte klassische Kolonialmacht und als solche Kolonialmacht versucht sie zu expandieren. Wie jede Kolonialmacht tut sie dies unter dem Zeichen des Fortschritts, ja sogar des Fortschritts der Weltrevolution. Bekanntlich war die Linke, zum Beispiel Teile der deutschen Sozialdemokratie lange vor 1914 schon immer empfänglich für solche kolonialistische Propaganda. Sie ist es auch heute noch, wenn sich der Kolonialismus gegen das „Völkermordregime" des Pol Pot oder „reaktionäre Muslime" in Afghanistan richtet, die Regierungsbeamte massakrierten, und wenn dieser Kolonialismus von der Sowjetunion ausgeht. Solange in dieser Hinsicht „Verständnis" für die „fortschrittliche" sowjetische Supermacht aufgebracht wird, braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in den osteuropäischen Ländern als innere Angelegenheit des sozialistischen Staatenblocks erscheint und es die Hauptaufgabe bleibt, Einmischungsversuche der USA und der NATO zu verhindern und die Ergebnisse von Jalta anzuerkennen, weil sie die Garantie des Friedens in Europa darstellen.

Auf diese Art können linksradikale Beckmessereien an der „real existierenden" Arbeiterbewegung in den „sozia-

abhängiger Länder die letzte klassische Kolonialmacht und als solche Kolonialmacht versucht sie zu expandieren. Wie jede Kolonialmacht tut sie dies unter dem Zeichen des Fortschritts, ja sogar des Fortschritts der Weltrevolution. Bekanntlich war die Linke, zum Beispiel Teile der deutschen Sozialdemokratie lange vor 1914 schon immer empfänglich für solche kolonialistische Propaganda. Sie ist es auch heute noch, wenn sich der Kolonialismus gegen das „Völkermordregime" des Pol Pot oder „reaktionäre Muslime" in Afghanistan richtet, die Regierungsbeamte massakrierten, und wenn dieser Kolonialismus von der Sowjetunion ausgeht. Solange in dieser Hinsicht „Verständnis" für die „fortschrittliche" sowjetische Supermacht aufgebracht wird, braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in den osteuropäischen Ländern als innere Angelegenheit des sozialistischen Staatenblocks erscheint und es die Hauptaufgabe bleibt, Einmischungsversuche der USA und der NATO zu verhindern und die Ergebnisse von Jalta anzuerkennen, weil sie die Garantie des Friedens in Europa darstellen.

Auf diese Art können linksradikale Beckmessereien an der „real existierenden" Arbeiterbewegung in den „sozia-

listischen" Ländern – sie solle sich gefälligst erst mal vom Einfluß des Katholizismus befreien, als ob nicht vorwärtstreibende Strömungen der Arbeiterbewegung wie etwa die französische CFDT oder die chilenische MAPU ebenfalls aus dem Katholizismus hervorgegangen wären – hervorragend verbunden werden mit chauvinistischem Spießertum, dem es egal ist, wenn die polnische Arbeiterbewegung unterdrückt wird, solange nur Frieden und Entspannung in Europa herrscht. Daß es keinen Frieden geben kann, solange die beiden Rivalen um die Weltherrschaft Europa spalten und beherrschen, bleibt irrelevant, weil ein blockfreies Europa souveräner Staaten sowieso noch nicht den Sozialismus ausmacht. Wie wahr. Der Sozialismus wird aber auf diese Weise nur zu einer Ausrede, die die Isolationsbestrebungen der Sowjetunion gegen die polnische Arbeiter- und Unabhängigkeitsbewegung fördert.

Ein Schock konsequenten und internationalistischen Demokratismus täte der Linken wie der Friedensbewegung wirklich gut. Sie würde damit endlich ihre verbliebenen Fäden zu Positionen der DKP kappen und in ihrer Furcht vor der Reaktion nicht darauf verzichten, für eine Aktionseinheit auch diejenigen Kräfte z.B. in der katholischen Jugend zu gewinnen, als deren Sprecher sich Strauß, Blüm und Kohl solange aufspielen können, als die Linke genauso mit zweierlei Maß mißt, wie dies für Strauß und Konsorten selbstverständlich bleibt. Nur so rum, auf Basis eines konsequenten Demokratismus, kann der Antikommunismus überwunden werden.

„Es geht auch anders!"

Bericht über den Stand der bundesweiten Energiebroschüre

wiv.Kiel. In einer Erstauflage von 500000 Stück soll eine Broschüre zu Energieprogramm und Energiepolitik der Bundesregierung erstellt werden. Die Broschüre ist in Vierfarbdruck mit einem Umfang von 16 Seiten geplant. Vorbild ist eine ähnliche Aktion dänischer Bürgerinitiativen, die auf großes Interesse bei der Bevölkerung gestoßen ist.

„Die Broschüre soll dabei als Hauswurfsendung verteilt und, wenn möglich, parallel dazu Veranstaltungen und Aktionen gemacht werden", heißt es in einem Begleitschreiben zum Vorentwurf.

Dieser politische und propagandistische Schritt wird von verschiedenen Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet getragen, vor allem aus Bremen, Göttingen und dem Ruhrgebiet und wird bereits seit gut einem Jahr vorbereitet. Der Vorentwurf wurde im Herbst '81 an diverse Initiativen verschickt. Über 200 Kritiken und Verbesserungsvorschläge und täglich rund 200 DM Spendeneingang zur finanziellen Absicherung belegen das große Interesse an der geplanten Aktion.

Unter dem Titel „Es geht auch anders! Energieversorgung ohne Atomkraft" hat der von einer festen Redaktionsgruppe erstellte Vorentwurf folgende inhaltliche Schwerpunkte:

– Zunächst wird über 2 Seiten eingeleitet mit „11 guten Gründen gegen Atomenergie"

– Dann folgt eine Darstellung „Wie die Energie verpufft" und wird Position bezogen gegen die energetische Verschwendung des „Heizen mit Strom"

– Als nächstes eine Gegenüberstellung der „Bonner Perspektiven" (Ausbau von Kohle und Kernenergie) zu einem alternativen Energieszenario „Es geht auch anders", in dem der Energiebedarf im Jahre 2030 ausschließlich durch Kohle und regenerative Energien ohne Senkung des Lebensstandards gedeckt wird

– „Kraft – Wärme – Kopplung", „Leben mit dem halben Energieverbrauch" und „Energiequellen der Zukunft" (v.a. Sonne und Wind) folgen über 4 Seiten

– Das Arbeitsplatzargument und „Stromlücke = Stromlüge" werden dann dargestellt, und am Schluß der Broschüre wird versucht, die Frage „Warum werden Atomkraftwerke gebaut" zu beantworten.

Am 12.12. fand in Osnabrück ein öffentliches Treffen statt, auf dem die Kritiken an dem Vorentwurf besprochen wurden. Vier Hauptpunkte der Kritik wurden festgehalten und von allen als berechtigt eingeschätzt:

– teilweise zu fachlicher Stil, kein roter Faden erkennbar, Wissenschaftsgläubigkeit

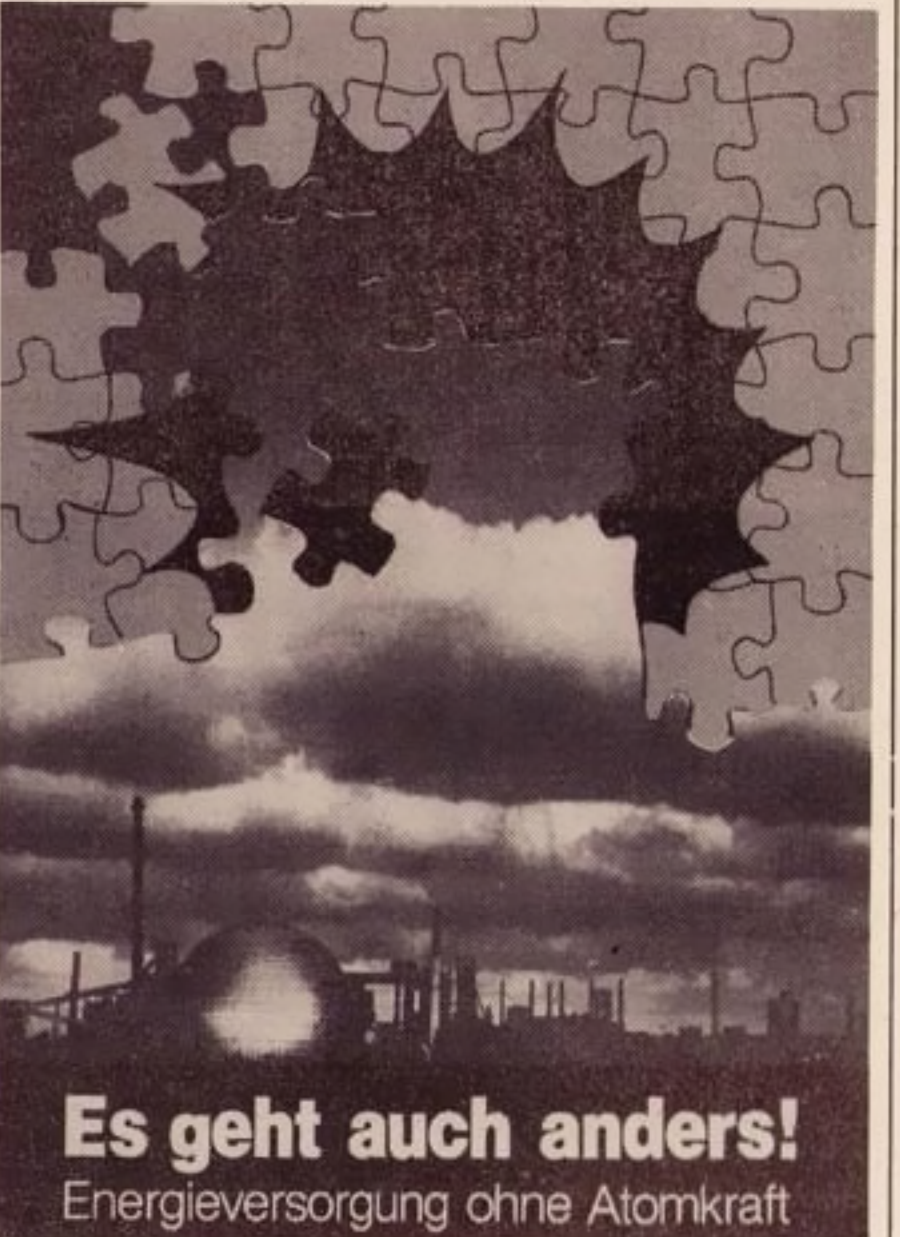
– die Frage der Energieversorgung ist primär ein politisches und kein technisches Problem, was die Broschüre aber vermittelt

– die Frage des Gesellschaftssystems wird kaum aufgeworfen

– die Tendenz der Broschüre muß positiv in dem Sinne sein, daß wir *für* etwas kämpfen und soll gegen die Haltung gerichtet sein „man kann doch nichts machen".

Auf dem Treffen selber gab es einen heftigen Streit darüber, ob die Einarbeitung der Kritiken in den Vorentwurf überhaupt möglich sei oder nicht. In der Diskussion stellte sich heraus, daß es zwischen der Absicht und den Hauptgliederungspunkten der Vorlage einerseits und einem dort vorgelegten kompletten Alternativentwurf (der BBA-Gete-Gruppe aus Bremen) andererseits keine entscheidenden Differenzen gibt und daß so oder so beide Entwürfe überarbeitet werden müssen.

Inhaltlich ausführlicher wurde das Problem „Haus – Leben mit halbem Energieverbrauch" behandelt. Der Vorentwurf ist stark technisch ausgerichtet mit Schwerpunkt auf Tips zur besseren Nutzung der Energie. Da gibt es erheblich besseres und das kann auch gerade nicht der Sinn der Broschüre sein. Es wurde schließlich eine Konzeption ausdiskutiert, die sich vor allem befaßt mit dem Problem der Durchsetzbarkeit bestimmter Maßnahmen, den politischen Widerständen staatlicherseits (z.B. mit Bauverordnungen) sowie den Erfahrungen und Möglichkeiten im Rahmen von Mieterinitiativen usw.



Ausführlicher behandelt wurde auch die Einleitung bzw. die Zielsetzung der Broschüre. Der Vorentwurf krankt daran, daß er in der Einleitung „Liebe Leser" vor allem darauf abhebt, daß es sich bei der Energiepolitik um „... eine Frage der Information und nicht des Glaubens" handelt. Diese eingeschränkte Sichtweise soll nun überarbeitet und präzisiert werden in folgende Richtung:

– Information und Anregung zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema (z.B. durch ein gutes Literaturverzeichnis)

– Förderung und Unterstützung einer aktiven Haltung und Praxis

– Beitrag zur Klärung und Vereinheitlichung der weiteren Arbeit und des Widerstands. Sei es in Bürgerinitiativen, in den Gewerkschaften, in den Parteien und der Kirche oder in der alternativen Wahlbewegung vor Ort.

Diese politisch konkrete Stoßrichtung der Broschüre wird es auch erleichtern, unter den jeweiligen örtlichen Bedingungen Veranstaltungen in Gang zu bringen, die über den Kreis und Einfluß der beteiligten Bürgerinitiativen hinausgehen, was ja erklärte Absicht ist und der nach wie vor notwendigen inhaltlichen Auseinandersetzung um die verschiedenen Fragen nur förderlich sein kann.

Darüber hinaus verdeutlicht die Auseinandersetzung um die bundesweite Energiebroschüre, daß die bislang eher von Ab- und Ausgrenzung bestimmte Gesamtbewegung in Fluß geraten ist:

Die begrenzten Möglichkeiten von Bürgerinitiativen, die hier praktisch vollzogene Zusammenarbeit zwischen Vertretern des BBU und autonomer Initiativen, die Entwicklung in den Gewerkschaften, die Anforderungen der alternativen Wahlbewegung um den Punkt kommunaler Energieprogramme und Forderungen – diese *Gesamtbewegung* und ihr gemeinsames Interesse kommen zusehends in den Mittelpunkt der weiteren Strategiedebatte, auch in den autonomen Bürgerinitiativen. Dieser Diskussionsprozeß, der bislang erst am Anfang steht, der gekennzeichnet ist von Fragen und dem Austausch von Erfahrungen, weniger schon von fertigen Antworten, ist ein enormer politischer Fortschritt, der den Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung an allen Fronten erneut beleben wird.

Das nächste öffentliche Treffen findet am 23./24. Januar in Bremen statt. Dort soll die Diskussion von Osnabrück fortgesetzt werden, um in bezug auf die einzelnen Bestandteile der Energiebroschüre zu möglichst vereinheitlichten, konkreten Aussagen bzw. Arbeitsaufträgen zu kommen. Eine zügige zeitliche Planung ist auch erforderlich, damit die Broschüre nach rund 1½ Jahren Vorbereitungszeit im späten Frühjahr 1982 auch endlich herauskommen kann.

Der Ablauf, Ort und Zeit des Treffens sind über folgende Adressen in Erfahrung zu bringen (übrigens können dort auch Exemplare des Vorentwurfs der Energiebroschüre bestellt werden):

– Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) – Energiebroschüre – 2800 Bremen, St. Pauli-Str. 10/12, Tel. 0421/700144

– Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie – Energiebroschüre – 3400 Göttingen, Postfach 45, Tel: 0551/7700158

Lockerung des Kontaktsperregesetzes?
kvz. Nachdem Schmude vor eineinhalb Wochen im Hessischen Rundfunk angekündigt hatte, er wolle das Kontaktsperregesetz zwar nicht aufheben, aber doch etwas lockern, hat Baum diese Absicht nachhaltig unterstützt. Baum ist dafür bekannt, daß er wesentlich an der Änderung oder Aufhebung bestimmter Bestimmungen der sog. Terroristengesetze beteiligt war, so bei der Aufhebung des § 88a. Baum verwies darauf, daß die Lockerung des Kontaktsperregesetzes „ein zweiter wesentlicher rechtspolitischer Aspekt der Koalitionsvereinbarungen von 1980"
Bürgerbegehren gegen „Weißen Kreis"
Kein gesetzliches Recht / Mieterverein erhofft politische Wirkung
nia. Westberlin. Die Durchführung eines Bürgerbegehrens gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin will der „Berliner Mieterverein e. V." beantragen.
Nach der derzeit geltenden gesetzlichen Regelung soll in Westberlin ab 1985 der Weiße Kreis eingeführt, d.h. die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen aufgehoben werden. Bei Umzug sollen die Mieten schon ab 1983
Bezirks zu allen Angelegenheiten, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Beschlüsse fassen kann, Empfehlungen an die BVV richten können. Antrag auf die Durchführung eines solchen Bürgerbegehrens kann gestellt werden, wenn 2% der Wahlberechtigten eines Bezirks ihn unterstützen. Das Bürgerbegehren muß dann vom Bezirk durchgeführt werden, und ist zustande gekommen,
Veranstaltungen
Frankfurt
Veranstaltung des Arbeitskreises Dritte Welt über Uganda. Es spricht Dan Vadette Nobudere, Prof. der Ökonomie, mehrmals Minister, jetzt im Exil. Brotfabrik, Frankfurt-Hausen, Bachmannstr. 2–4
Samstag, 30.1.1982, 20.00 Uhr
Rundreise der Vertreterin der Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans, Frau Kamal (s. letzte KVZ). Weitere Veranstaltungsorte liegen jetzt fest: Frankfurt, 5.2.82, Bürgertreff Westend, Ulmenstraße 20, Raum 12, 19.30 Uhr – Karlsruhe, 21.1.82, Universität, Hörsaal 37, 18.00 Uhr
Arbeitsgruppen:
Arbeitskreis „Ökologie"
Samstag, Sonntag 16./17.1., Beginn Samstag, 13.00 Uhr

kraft" hat der von einer festen Redaktionsgruppe erstellte Vorentwurf folgende inhaltliche Schwerpunkte:
– Zunächst wird über 2 Seiten eingeleitet mit „11 guten Gründen gegen Atomenergie"
– Dann folgt eine Darstellung „Wie die Energie verpufft" und wird Position bezogen gegen die energetische Verschwendung des „Heizen mit Strom"
– Als nächstes eine Gegenüberstellung der „Bonner Perspektiven" (Ausbau von Kohle und Kernenergie) zu einem alternativen Energieszenario „Es geht auch anders", in dem der Energiebedarf im Jahre 2030 ausschließlich
was kämpfen und soll gegen die Haltung gerichtet sein „man kann doch nichts machen".
Auf dem Treffen selber gab es einen heftigen Streit darüber, ob die Einarbeitung der Kritiken in den Vorentwurf überhaupt möglich sei oder nicht. In der Diskussion stellte sich heraus, daß es zwischen der Absicht und den Hauptgliederungspunkten der Vorlage einerseits und einem dort vorgelegten kompletten Alternativentwurf (der BBA-Gete-Gruppe aus Bremen) andererseits keine entscheidenden Differenzen gibt und daß so oder so beide Entwürfe überarbeitet werden müssen.
Inhaltlich ausführlicher wurde das
Zielsetzung der Broschüre. Der Vorentwurf krankt daran, daß er in der Einleitung „Liebe Leser" vor allem darauf abhebt, daß es sich bei der Energiepolitik um „... eine Frage der Information und nicht des Glaubens" handelt. Diese eingeschränkte Sichtweise soll nun überarbeitet und präzisiert werden in folgende Richtung:
– Information und Anregung zur wei-
Es geht auch anders!
Energieversorgung ohne Atomkraft
Gang zu bringen, die über den Kreis und Einfluß der beteiligten Bürgerinitiativen hinausgehen, was ja erklärte Absicht ist und der nach wie vor notwendigen inhaltlichen Auseinanderset-
derlich, damit die Broschüre nach rund 1½ Jahren Vorbereitungszeit im späten Frühjahr 1982 auch endlich herauskommen kann.
Der Ablauf, Ort und Zeit des Treffens sind über folgende Adressen in Erfahrung zu bringen (übrigens können dort auch Exemplare des Vorentwurfs der Energiebroschüre bestellt werden):
– Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) – Energiebroschüre – 2800 Bremen, St. Pauli-Str. 10/12, Tel. 0421/700144
– Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie – Energiebroschüre – 3400 Göttingen, Postfach 45, Tel: 0551/7700158

Lockerung des Kontaktsperregesetzes?

kvz. Nachdem Schmude vor eineinhalb Wochen im Hessischen Rundfunk angekündigt hatte, er wolle das Kontaktsperregesetz zwar nicht aufheben, aber doch etwas lockern, hat Baum diese Absicht nachhaltig unterstützt. Baum ist dafür bekannt, daß er wesentlich an der Änderung oder Aufhebung bestimmter Bestimmungen der sog. Terroristengesetze beteiligt war, so bei der Aufhebung des § 88a. Baum verwies darauf, daß die Lockerung des Kontaktsperregesetzes „ein zweiter wesentlicher rechtspolitischer Aspekt der Koalitionsvereinbarungen von 1980" sei. Schmude hatte als Maßnahme vorgeschlagen, daß das Gericht nach freiem Ermessen einen ihm bekannten Anwalt als Kontaktperson während der Kontaktsperre bestellen könne. Rechte des Verhafteten sind das wahrlich nicht. Und ob der so bestellte Anwalt „Vertrauensperson" des Gefangenen sein wird, darf nach den Gepflogenheiten westdeutscher Gerichte bezweifelt werden. Nach wie vor bestehen, auch nach einigen kosmetischen Operationen an den in aller Hast verabschiedeten „Antiterrorgesetzen", die wesentlichen Einschränkungen.

Polizei-Dienstzeit war zu lang

kvz. Die Frankfurter Polizeiführung hat im letzten November bei den Einsätzen auf dem Gelände der geplanten Startbahn West die Mitbestimmungsrechte des Personalrats der Polizei mißachtet. Das hat das Verwaltungsgericht Frankfurt festgestellt, das vom Personalrat angerufen worden war, nachdem die Polizeiführung den Beamten Dienstzeiten bis zu 21 Stunden abverlangt hatte, ohne auf die Mitbestimmungsrechte des Personalrats bei Mehrarbeit und Aufstellung der Dienstpläne Rücksicht zu nehmen. Die Polizeiführung hatte das u.a. mit Gründen der Geheimhaltung zu rechtfertigen gesucht. Das Gericht stellte fest, die Rechte des Personalrats gingen allerdings nicht so weit, daß die Polizeiführung sich vor jedem einzelnen Einsatz mit den Personalvertretern abstimmen müsse. Es müsse jedoch gewährleistet werden, daß Rahmenregelungen vereinbart werden könnten.

Bürgerbegehren gegen „Weißen Kreis"

Kein gesetzliches Recht / Mieterverein erhofft politische Wirkung

nia. Westberlin. Die Durchführung eines Bürgerbegehrens gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin will der „Berliner Mieterverein e. V." beantragen.

Nach der derzeit geltenden gesetzlichen Regelung soll in Westberlin ab 1985 der Weiße Kreis eingeführt, d.h. die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen aufgehoben werden. Bei Umzug sollen die Mieten schon ab 1983 frei vereinbar sein. Aufgrund des massiven Protestes der Westberliner Mieterinitiativen und -organisationen hatten sich die Parteien letztes Jahr im Wahlkampf genötigt gesehen, eine erneute Verlängerung der Mietpreisbindung bis1990 zu versprechen. Doch wie es mit den meisten Wahlversprechen so geht – im November 81 einigten sich CDU und FDP darauf, daß es eine Preisbindung nur bis 1987 geben soll; eine „Preisbindung" in einer Form, die – nach Berechnungen des Mietervereins – bis 1987 schon zu einer Verdoppelung der Mieten führen wird, denn unter den Gesichtspunkten von Lage, Standard und Instandsetzungszustand der Wohnung sollen die Mieten erhöht werden können. Außerdem sollen die Betriebskosten wie bei Neubauten in voller Höhe auf die Grundmiete aufgeschlagen werden. Darüberhinaus soll es jedes Jahr gesetzliche Mieterhöhungen geben.

Dagegen fordern die Mieterinitiativen und -organisationen *als Mindestes* die Beibehaltung der jetzt geltenden Mietpreisbindung bis 1990. Um das zu erreichen, hat jetzt der Berliner Mieterverein vorgeschlagen, dazu ein Bürgerbegehren zu beantragen.

Die Möglichkeit eines Volksbegehrens oder Volksentscheids in *Sachfragen* (wie z.B. in Hessen gegen die Startbahn West) ist in Westberlin seit der Auseinandersetzung um die Polikliniken Anfang der siebziger Jahre aus der Verfassung gestrichen. Aber im Bezirksverwaltungsgesetz ist das Mittel des „Bürgerbegehrens" vorgesehen, mit dem die Wahlberechtigten eines Bezirks zu allen Angelegenheiten, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Beschlüsse fassen kann, Empfehlungen an die BVV richten können. Antrag auf die Durchführung eines solchen Bürgerbegehrens kann gestellt werden, wenn 2% der Wahlberechtigten eines Bezirks ihn unterstützen. Das Bürgerbegehren muß dann vom Bezirk durchgeführt werden, und ist zustande gekommen, wenn 10% der Wahlberechtigten innerhalb von vier Wochen unterschrieben haben. Über den Inhalt des zustandegekommenen Bürgerbegehrens entscheidet die BVV dann innerhalb von drei Monaten.

Durch das vom Mieterverein geplante Bürgerbegehren sollen die BVVen aufgefordert werden, eine Empfehlung an den Senat zu beschließen, die Mietpreisbindung beizubehalten. BVV-Beschlüsse haben dem Senat gegenüber keine bindende Wirkung, und das ganze Verfahren bietet keine direkte Eingriffsmöglichkeit auf die Gesetzgebung. Doch erhofft sich der Mieterverein von der Durchführung des Bürgerbegehrens auf jeden Fall eine propagandistische Wirkung gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung, die zur Zeit hinter den Instandbesetzungen fast völlig aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist. Könnte erreicht werden, daß sich ein großer Teil oder sogar die Mehrheit der 12 BVVen positiv zu der Forderung nach Verlängerung der Mietpreisbindung verhalten, so würde damit ein erheblicher politischer Druck auf Senat und Bundesregierung ausgeübt werden können.

An diesem Wochenende will der Mieterverein, unterstützt von der Alternativen Liste, mit der Unterschriftensammlung beginnen. Ziel ist, bis zu den „wohnungspolitischen Tagen" vom 22.–25.1. die 2% Unterschriften zu haben, die für den Antrag auf Durchführung des Bürgerbegehrens notwendig sind. Bei 20000 eingeschriebenen Mitgliedern sind die Aussichten dafür gut.

Veranstaltungen

Frankfurt
Veranstaltung des Arbeitskreises Dritte Welt über Uganda. Es spricht Dan Vadette Nobudere, Prof. der Ökonomie, mehrmals Minister, jetzt im Exil. Brotfabrik, Frankfurt-Hausen, Bachmannstr. 2–4
Samstag, 30.1.1982, 20.00 Uhr

Hamburg
Solidaritätsveranstaltung zu den Brodorf-Prozessen. Mit Angeklagten, H. Gehrke (IG Druck), Prof. Norman Paech (Vereinigung Demokratischer Juristen), H. Voß (Landwirt, Kläger gegen das AKW Brokdorf). Veranstalter: AStA und Aktionseinheit gegen das AKW Brokdorf. Hamburg, Audi-Max, von Melle-Park
Freitag, 22.1.1982, 19.00 Uhr

Heidelberg
Diskussionsveranstaltung „Wirtschaftliche Lage – Strategie der Gewerkschaften". Gesellschaftshaus, Pfaffengrund
Freitag, 22.1.1982, 20.00 Uhr

Rundreise der Vertreterin der Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans, Frau Kamal (s. letzte KVZ). Weitere Veranstaltungsorte liegen jetzt fest: **Frankfurt,** 5.2.82, Bürgertreff Westend, Ulmenstraße 20, Raum 12, 19.30 Uhr – **Karlsruhe,** 21.1.82, Universität, Hörsaal 37, 18.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Arbeitskreis **„Ökologie"**
Samstag, Sonntag 16./17.1., Beginn Samstag, 13.00 Uhr

Arbeitsgruppe **„Gesundheitspolitik"**
siehe auch KVZ 1/82
Beginn: Samstag, 23.1.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.1.1982, ca. 16.00 Uhr

Arbeitsgruppe 1 **„Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus**
Samstag, Sonntag 6./7.2.1982, Beginn 14.00 Uhr

Die Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstr. 147, Tel. 0611/730231. Dort ist in jedem Fall eine Anmeldung bis spätestens eine Woche vorher notwendig. Weitere Informationen sind dort ebenfalls zu erhalten.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Kein PVC-Werk in Stade

11600 Unterschriften gegen PVC-Werk gesammelt

are. Stade liegt an der Unterelbe ungefähr 60 km nordwestlich von Hamburg mitten im Obstanbaugebiet „Altes Land“ und hat ca. 45000 Einwohner. Am Anfang der 70er Jahre wurde mit dem Bau eines Elbanlegers für 65000t Schiffe und der Inbetriebnahme des 662 MW Kernkraftwerkes die Grundlage für riesige Industrieansiedlungen geschaffen. Neben Dow-Chemical, Vereinigte Aluminiumwerke (VAW) und Aluminium Oxid Stade (AOS), die heute zu den größten Umweltverschmutzern an der Unterelbe gehören, will sich jetzt der schwedische Chemiekonzern Kema-Nord mit einer PVC-Fabrik hier niederlassen.

Innerhalb von zehn Monaten wurde die Stader Bevölkerung zweimal durch Chlorgasausbrüche an die unmittelbare Nachbarschaft der Dow-Chemical erinnert. Am 7.12.1980 wurde in der Haseldorfer Marsch, die auf der gegenüberliegenden Seite der Elbe liegt, Chlorgasalarm gebeben. Der Leiter der Dow erklärte umgehend: „Wir waren es nicht.“ Allerdings wird sonst weit und breit kein Chlor verarbeitet. Am 25.9.1981 explodierte auf dem Werksgelände der Dow ein Gasbehälter, und eine Giftgaswolke wurde zum benachbarten Werksgelände der VAW getrieben. Merhere Chemiewerker der Dow und der VAW wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Im März 1981 brach ein Damm der Rotschlammdeponie der AOS, und deshalb wurden täglich mit behördlicher Genehmigung 1000 m^3 giftiges Spülwasser direkt in die Elbe gepumpt. Die VAW bläst fluorhaltige Abgase in die Luft. Obwohl z.Zt. erst mit 25% der geplanten Endausbaustufe produziert wird, stellte die Obstbauversuchsanstalt Jork in den benachbarten Obstkulturen bereits Fluorschäden fest.

Im Dezember 1980 wurden die Planungen der Kema-Nord, in Kooperation mit der Dow in Stade ein PVC-Werk zu errichten, das erstemal in der Presse erwähnt. Es folgte im Januar eine Meldung, daß damit auch eine Erweiterung der Vinylchlorid (VC)-Kapazitäten bei der Dow verbunden sei. Danach war von offizieller Seite nichts über das Vorhaben zu erfahren, da ja im Herbst die Kommunalwahlen anstanden. Inzwischen hat ein erstes Treffen zur Bildung einer PVC-Initiative stattgefunden. Unmittelbar vor der Wahl hüllten sich die bürgerlichen Parteien in Stillschweigen und Unkenntnis. Nur die neugegründete Liste der Alternativen Stade (AS) forderten in ihrem Wahlprogramm: „Keine Erweiterung der Chlorproduktion, kein PVC- und kein Phenolwerk ...“

Ganze drei Tage nach der Kommunalwahl wurde bekannt, daß die Kema-Nord bei der zuständigen Bezirksregierung in Lüneburg einen Vorbescheid zur Errichtung eines PVC-Werkes in Stade beantragt hat. Daraufhin rief die Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe (AUN) zu einer Informationsveranstaltung über das geplante PVC-Werk auf. Damit wurde die organisierte Arbeit gegen das geplante Projekt aufgenommen. Da ab sofort die Antragsunterlagen zur öffentlichen Einsicht im Ordnungsamt auslagen, aber nicht fotokopiert werden durften, mußten sie abgeschrieben werden. Bereits nach einer Woche lagen sie so der PVC-Gruppe in schriftlicher Form vor. Durch die Bildung von Arbeitsgruppen mit den Schwerpunkten: medizinische Folgen, juristische Fragen, verfahrenstechnische Probleme und Öffentlichkeitsarbeit eigneten sich die Mitglieder der PVC-Gruppe die notwendigen wissenschaftlichen Kenntnisse an. Seit Beginn der Auslegungsfrist wurden Unterschriften gegen das PVC-Werk gesammelt, an Informationsständen wurde die Bevölkerung über die Risiken der PVC-Produktion informiert. In der Umgebung von Stade gründeten sich Initiativen gegen das PVC-Werk, und mehrere Ortsräte faßten Beschlüsse gegen das PVC-Werk. Die von der Ansiedlung betroffenen Wassersportvereine sprachen sich auch gegen die Pläne aus. Die Lokalpresse veröffentlichte 'zig Leserbriefe gegen das PVC-Werk und sprach sich ebenfalls dagegen aus.

Der Stadtdirektor und der Bürgermeister, bekannt als eifrigste Verfechter der Industrialisierung, kamen zunehmend unter Druck. So plante der Bürgermeister für den 14.12.1981 eine öffentliche Ratssitzung zu dem Thema, wo vier Sachverständige die Ratsmitglieder beeinflussen sollten. Die Sachverständigen waren: Dr. Balthasar, Gewerbedirektor Möller, Prof. Lehnert und Prof. Brötz, alles Befürworter des PVC-Werkes, wie Nachforschungen der AS und der AUN ergeben haben. Auf Antrag der Fraktion der AS wurde die Sitzung in einen großen Saal verlegt. Doch zu dieser Veranstaltung kam es nicht mehr. Der Leiter der Kema-Nord gab zu erkennen, daß wegen der schlechten Lage auf dem PVC-Markt der Bau des PVC-Werkes zur Zeit nicht realistisch sei. Das war für den Bürgermeister und den Stadtdirektor der willkommene Vorwand, die Ernsthaftigkeit der Ansiedlungspläne in Frage zu stellen, die öffentliche Ratssitzung abzusetzen und selbst eine Einwendung gegen das PVC-Werk vorzubringen.



Der breite Widerstand der Stader Bevölkerung – am 8.12.1981 wurden von der PVC-Gruppe der AUN 11600 Unterschriften bei der Bezirksregierung eingereicht – hat verhindert, daß das Projekt z.Zt. politisch durchgesetzt werden konnte. Es ist aber noch nicht vom Tisch, die Kema-Nord hat ihren Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides noch nicht zurückgezogen. Die PVC-Gruppe arbeitet weiter, um den Erörterungstermin im Februar zu einem Erfolg im Kampf gegen das PVC-Werk zu machen.

Über die Herstellung von PVC

are. Im folgenden soll kurz auf die Grundlagen der PVC-Herstellung eingegangen werden, um den Produktionsablauf und die entstehenden Risiken einigermaßen verstehen zu können.

Der wichtigste Grundstoff für die PVC-Herstellung ist das aus Erdöl gewonnene Äthylen, was der einfachste gasförmige Kohlenwasserstoff ist. Hieraus wird Vinylchlorid (VC) gewonnen, indem durch einen chemischen Reaktionsablauf eines der vier Wasserstoffatome durch ein Chloratom ersetzt wird. Die chemische Formel hierfür lautet C_2H_3Cl und läßt sich bildlich etwa so darstellen:

$$\begin{matrix} H & & & & H \\ & C & = & C & \\ H & & & & Cl \end{matrix}$$

VC ist ein farbloses, flüssiges Gas, das in hoher Konzentration leicht süßlich riecht. Es ist leicht brennbar und bildet bei Volumenanteilen von 3,8 bis 29,3% mit Luft ein hochexplosives Gas. Schon Anfang der 50er Jahre haben sowjetische Wissenschaftler auf die krebserzeugende Wirkung des VC hingewiesen, diese Warnungen wurden in den westlichen Ländern heruntergespielt. Im Jahr 1960 betrug die maximal zulässige Arbeitsplatzkonzen-

wird in den Antragsunterlagen mit 25000 ppm angegeben, also so hoch, daß die bereits vorher bestehenden gesundheitsschädlichen Konzentrationen nicht wahrgenommen werden könnten.

Anhand des unten abgebildeten Schemas soll der Produktionsablauf erklärt werden. Alle hier verwendeten Zahlen wurden dem Antragsmaterial der Kema-Nord entnommen, man kann ruhig voraussetzen, daß sie insgesamt zu niedrig angesetzt wurden. Die Anlage soll nach dem sogenannten Suspensionsverfahren betrieben werden, hierbei liegt der Kunststoff in kleinen, perlenförmigen und im Wasser verteilten Teilchen vor.

Dem Autoklaven wird unter ständigem Rühren Wasser und VC eingespeist, so daß sich ein fein verteiltes Gemisch bildet. Die Hilfsstoffe werden in gelöster Form zugegeben. Sie bewirken, daß die chemische Reaktion starten kann.

Der Inhalt des Autoklaven wird auf 40° – 80° C erwärmt, hierbei erhöht sich der Druck in dem geschlossenen System auf 6 – 14 bar und die Reaktion beginnt (Vom Prinzip mit einem Schnellkochtopf zu vergleichen). Die einzelnen Gasmoleküle verbinden sich

klaven, dem Silo und den undichten Stellen entweichende VC hinzugezählt wird, ergibt sich eine Jahresmenge von 40t, die an die Außenluft abgegeben wird. Täglich sind es 108 kg, unter Berücksichtigung des TRK-Wertes werden so täglich 200 Mill. m^3 Luft mit 2 ppm verunreinigt, das entspricht einem Raum von 1000 × 2000 m Grundfläche und einer Höhe von 100 m. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß ca. 44% der Emissionen direkt am Arbeitsplatz entstehen, wo der Verdünnungseffekt noch am geringsten ist.

Außer VC sollen täglich noch 190 kg gesundheitsschädliche organische Lösemitteldämpfe, 6 kg giftiges Stickoxid, 75 kg PVC-Staub und 940000 kg Wasserdampf in die Luft geblasen werden. In den Antragsunterlagen der Kema-Nord fehlen Angaben über meteorologische Auswirkungen dieser Emissionen auf das Kleinklima, was aber z.B. nötig wäre zur Beurteilung möglicher Einflüsse auf das naheliegende Obstanbaugebiet.

Näher beschrieben werden die Auswirkungen einer Explosion des 500t fassenden VC-Lagerbehälters. Bei einer Freisetzung von höchstens 25t VC und der Bildung eines detonationsfähigen Gemisches mit Luft, könnte mit

Neues PVC-Werk derzeit eher unrentabel

hel. „Bereits vor dem Bau des Stader Werkes hatte es geheißen, daß Dow (zweitgrößter US-Chemie-Konzern mit 10 Mio. Dollar Umsatz – d.Red.) in Stade selber kein PVC herstellen wolle, die Ansiedlung eines PVC-Herstellers jedoch begrüßen würde“, schreibt das Handelsblatt (9.12.80). „Einzelheiten wollte Rittershausen (Geschäftsführer der Dow Chemical GmbH, Stade – d.Red.) jedoch nicht nennen.“ Und in

und breit kein Chlor verarbeitet. Am 25.9.1981 explodierte auf dem Werksgelände der Dow ein Gasbehälter, und eine Giftgaswolke wurde zum benachbarten Werksgelände der VAW getrieben. Merhere Chemiewerker der Dow und der VAW wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Im März 1981 brach ein Damm der Rotschlammdeponie der AOS, und deshalb wurden täglich mit behördlicher Genehmigung 1000 m^3 giftiges Spülwasser direkt in die Elbe gepumpt. Die VAW bläst fluorhaltige Abgase in die Luft. Obwohl z.Zt. erst mit 25% der geplanten Endausbaustufe produziert wird, stellte die Obstbauversuchs-

inzwischen sogar um 20% gegenüber 1979 gesunken (ECN, Nov. 1981) und die Erzeuger versuchen, durch Preisanhebungen die fallenden Profite auszugleichen. So kündigte Dow z.B. zu Beginn 1981 – für Polyäthylen und Polystyrol – eine 40%ige Preiserhöhung an, mußte sie jedoch auf etwa die Hälfte wieder zurücknehmen.

Die Prognose bei Kema-Nobel ist, daß „der PVC-Markt kurzfristig ohne

zur Errichtung eines PVC-Werkes in Stade beantragt hat. Daraufhin rief die Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe (AUN) zu einer Informationsveranstaltung über das geplante PVC-Werk auf. Damit wurde die organisierte Arbeit gegen das geplante Projekt aufgenommen. Da ab sofort die Antragsunterlagen zur öffentlichen Einsicht im Ordnungsamt auslagen, aber nicht fotokopiert werden durften, mußten sie abgeschrieben werden. Bereits nach einer Woche lagen sie so der PVC-Gruppe in schriftlicher Form vor. Durch die Bildung von Arbeitsgruppen mit den Schwerpunkten: medizinische Folgen, juristische Fragen,

Neues PVC-Werk derzeit eher unrentabel

hel. „Bereits vor dem Bau des Stader Werkes hatte es geheißen, daß Dow (zweitgrößter US-Chemie-Konzern mit 10 Mio. Dollar Umsatz – d.Red.) in Stade selber kein PVC herstellen wolle, die Ansiedlung eines PVC-Herstellers jedoch begrüßen würde“, schreibt das Handelsblatt (9.12.80). „Einzelheiten wollte Rittershausen (Geschäftsführer der Dow Chemical GmbH, Stade – d.Red.) jedoch nicht nennen.“ Und in der European Chemical News (ECN) vom 15.12.1980 heißt es: Dow sucht noch Partner für ‚Stade PVC project‘!“.

Während die großen Tageszeitungen dieses Thema erst einmal nicht wieder anschneiden, berichtet ECN eine Woche später, daß Kema Nobel seine Pläne wiederbelebt hat, „eine neue PVC-Fabrik auf dem westeuropäischen Kontinent zu bauen ... auf dem Gelände der Dow ... mit einer Kapazität von ungefähr 50 – 100000 t/Jahr“.

Die Produktion von PVC stieg in der Bundesrepublik Deutschland von 1975 bis 1979 von 0,83 auf 1,1 Mio.t. Davon wurden 1979 z.B. 0,27 Mio.t zu Folien und 0,42 Mio.t zu Rohren, Schläuchen, Seilen und Profilen verarbeitet. Größere Produzenten sind u.a. Dynamit Nobel mit 0,1 Mio.t/Jahr und die Chemischen Werke Hüls mit 0,4 Mio.t/Jahr in Marl, die übrigens ab 1983 mit Norsk Hydro/Norwegen in Brunsbüttel/Elbe ein PVC-Werk betreiben wollen mit VCM, welches mit Tankern von Norsk Hydro herangeschafft wird. In Wilhelmshaven plant der britische ICI-Konzern für 1981 die Produktion von 0,11 Mio.t/Jahr aufzunehmen, sobald der Aufschwung eintritt ...

Cefic, der Rat der Europäischen Chemischen Industrie, sprach im November 1980 von Überkapazitäten bei Olefinen und Aromaten und empfahl, die optimistische Bedarfshochrechnung von 1979 um ein Jahr zu strecken. Aus den Zahlen ergibt sich eine Auslastung von nur 68% für 1980.

Die Nachfrage nach PVC selbst ist inzwischen sogar um 20% gegenüber 1979 gesunken (ECN, Nov. 1981) und die Erzeuger versuchen, durch Preisanhebungen die fallenden Profite auszugleichen. So kündigte Dow z.B. zu Beginn 1981 – für Polyäthylen und Polystyrol – eine 40%ige Preiserhöhung an, mußte sie jedoch auf etwa die Hälfte wieder zurücknehmen.

Die Prognose bei Kema-Nobel ist, daß „der PVC-Markt kurzfristig ohne Profit“ sei, und „wir sind zuversichtlich, daß wir profitabel arbeiten können durch Kooperation mit anderen Herstellern und durch Reduzierung unserer Kosten“. Das sieht dann so aus: Die ältere PVC-Anlage in Stockvik/Nordschweden wird teilstillgelegt (minus 30000 t/Jahr); ein neuentwickelter Hochtemperatur-Chlorreaktor erhöht die Kapazität dann wieder von 125000 auf sogar 180000t/Jahr; und zusätzlich wird die Zusammenarbeit mit Norsk-Hydro verstärkt, die große Mengen VCM produzieren, ohne über entsprechende PVC-Kapazitäten zu verfügen.

Jedenfalls „ist Kema-Nord überzeugt von der Eignung des Standortes, soweit es das Ausgangsmaterial und die Nähe zum Markt betrifft“ (ECN, 2. Nov. 1981). Zwar hat Kema Nord auch Gespräche mit Hüls und Norsk-Hydro (größter norwegischer Industriekonzern) hinsichtlich einer Beteiligung an dem (verzögerten) PVC-Projekt in Brunsbüttel geführt, doch wäre dies nur eine „Alternative zu dem Stader Projekt“. Bei dem gemeinsam betriebenen PVC-Werk würde jede Gesellschaft entsprechend ihren Produktionskapazitäten ihr eigenes VCM liefern, obwohl exakte Prozentzahlen noch nicht besprochen wurden. Ein PVC-Werk in Stade, neben der Dow, würde hingegen den gesamten Chlorüberschuß der Firma, der z.Zt. noch exportiert werden muß, sowie das bei der Dow überschüssige Äthyldi-chlorid verarbeiten können. – Das Ganze, wie gesagt, sobald die Profite wieder hoch genug sind!

Über die Herstellung von PVC

are. Im folgenden soll kurz auf die Grundlagen der PVC-Herstellung eingegangen werden, um den Produktionsablauf und die entstehenden Risiken einigermaßen verstehen zu können.

Der wichtigste Grundstoff für die PVC-Herstellung ist das aus Erdöl gewonnene Äthylen, was der einfachste gasförmige Kohlenwasserstoff ist. Hieraus wird Vinylchlorid (VC) gewonnen, indem durch einen chemischen Reaktionsablauf eines der vier Wasserstoffatome durch ein Chloratom ersetzt wird. Die chemische Formel hierfür lautet C_2H_3Cl und läßt sich bildlich etwa so darstellen:

$$\begin{matrix} H & & & & H \\ & C & = & C & \\ H & & & & Cl \end{matrix}$$

VC ist ein farbloses, flüssiges Gas, das in hoher Konzentration leicht süßlich riecht. Es ist leicht brennbar und bildet bei Volumenanteilen von 3,8 bis 29,3% mit Luft ein hochexplosives Gas. Schon Anfang der 50er Jahre haben sowjetische Wissenschaftler auf die krebserzeugende Wirkung des VC hingewiesen, diese Warnungen wurden in den westlichen Ländern heruntergespielt. Im Jahr 1960 betrug die maximal zulässige Arbeitsplatzkonzentration (MAK-Wert) in der BRD noch 500 ppm (parts per million = 0,0001%). Bis zum Jahr 1974 wurde er auf 50 ppm herabgesetzt, bereits ein Jahr später wurde VC aus der MAK-Wert-Liste gestrichen und dafür eine technische Richtkonzentration (TRK-Wert) von 5 ppm festgelegt, die 1977 dann auf 2 ppm gesenkt wurde. Damit wird eine gesundheitliche Gefährdung in Kauf genommen. Die MAK-Werte wurden erst herabgesetzt, nachdem bei Dynamit Nobel in Troisdorf viele Arbeiter an schweren Mißbildungen erkrankten. Die Geruchsschwelle für VC wird in den Antragsunterlagen mit 25000 ppm angegeben, also so hoch, daß die bereits vorher bestehenden gesundheitsschädlichen Konzentrationen nicht wahrgenommen werden könnten.

Anhand des unten abgebildeten Schemas soll der Produktionsablauf erklärt werden. Alle hier verwendeten Zahlen wurden dem Antragsmaterial der Kema-Nord entnommen, man kann ruhig voraussetzen, daß sie insgesamt zu niedrig angesetzt wurden. Die Anlage soll nach dem sogenannten Suspensionsverfahren betrieben werden, hierbei liegt der Kunststoff in kleinen, perlenförmigen und im Wasser verteilten Teilchen vor.

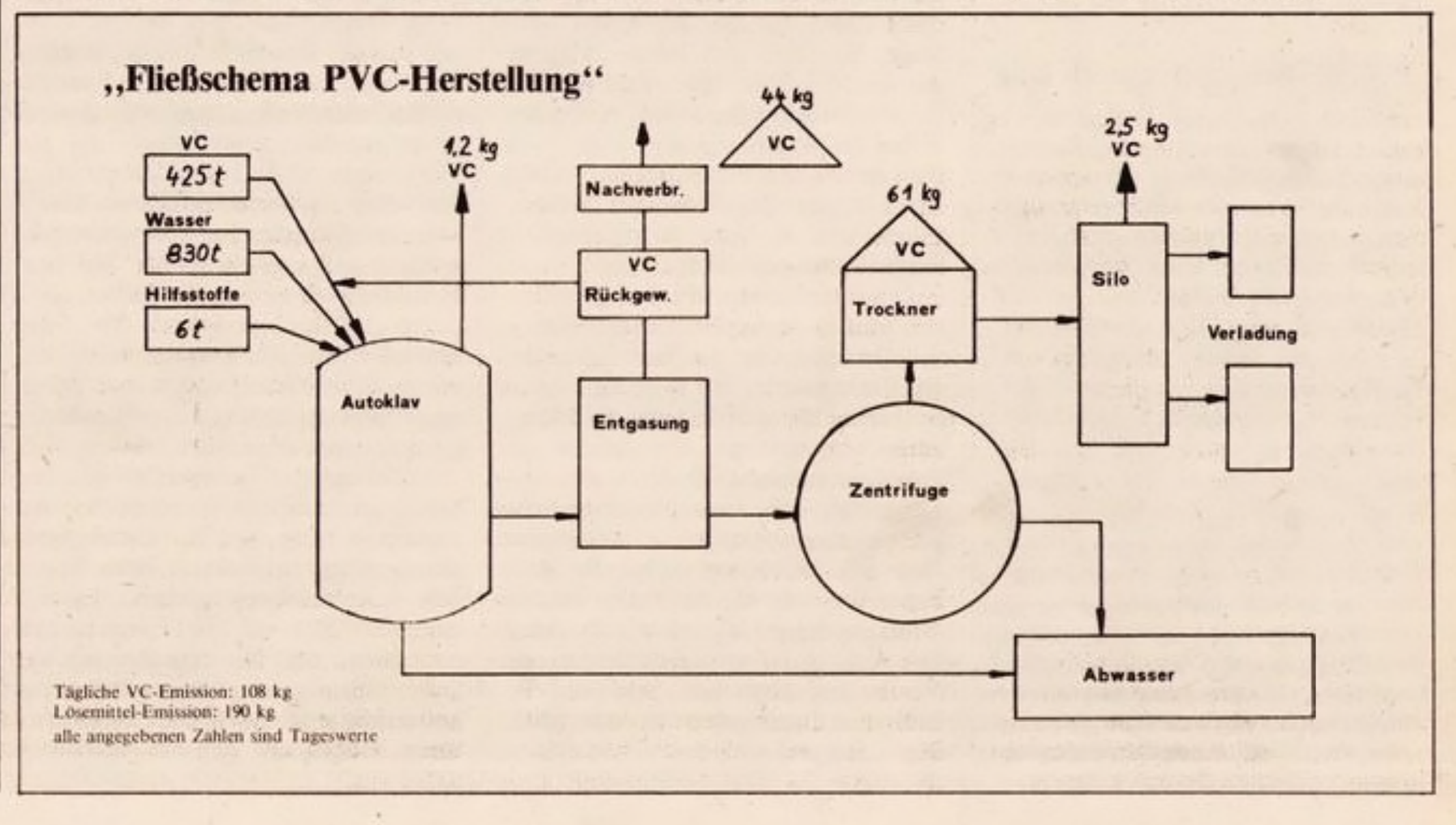
Dem Autoklaven wird unter ständigem Rühren Wasser und VC eingespeist, so daß sich ein fein verteiltes Gemisch bildet. Die Hilfsstoffe werden in gelöster Form zugegeben. Sie bewirken, daß die chemische Reaktion starten kann.

Der Inhalt des Autoklaven wird auf 40° – 80° C erwärmt, hierbei erhöht sich der Druck in dem geschlossenen System auf 6 – 14 bar und die Reaktion beginnt (Vom Prinzip mit einem Schnellkochtopf zu vergleichen). Die einzelnen Gasmoleküle verbinden sich untereinander, so daß große zusammenhängende Molekülketten gebildet werden – das PVC. Lediglich ca. 90% des VC wird zu PVC umgesetzt, die restlichen 10% werden in der Intensiventgasung zum großen Teil zurückgewonnen und fließen wieder in den Produktionsprozeß. Anschließend wird das Wasser-PVC-Gemisch in einer Zentrifuge voneinander getrennt, die PVC-Körnchen werden dann einem Trockner zugeführt. Hier wird der größte Teil vom Rest VC in die Luft geblasen – jährlich etwa 22t (täglich ca. 61 kg). Wenn das aus dem Autoklaven, dem Silo und den undichten Stellen entweichende VC hinzugezählt wird, ergibt sich eine Jahresmenge von 40t, die an die Außenluft abgegeben wird. Täglich sind es 108 kg, unter Berücksichtigung des TRK-Wertes werden so täglich 200 Mill. m^3 Luft mit 2 ppm verunreinigt, das entspricht einem Raum von 1000 × 2000 m Grundfläche und einer Höhe von 100 m. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß ca. 44% der Emissionen direkt am Arbeitsplatz entstehen, wo der Verdünnungseffekt noch am geringsten ist.

Außer VC sollen täglich noch 190 kg gesundheitsschädliche organische Lösemitteldämpfe, 6 kg giftiges Stickoxid, 75 kg PVC-Staub und 940000 kg Wasserdampf in die Luft geblasen werden. In den Antragsunterlagen der Kema-Nord fehlen Angaben über meteorologische Auswirkungen dieser Emissionen auf das Kleinklima, was aber z.B. nötig wäre zur Beurteilung möglicher Einflüsse auf das naheliegende Obstanbaugebiet.

Näher beschrieben werden die Auswirkungen einer Explosion des 500t fassenden VC-Lagerbehälters. Bei einer Freisetzung von höchstens 25t VC und der Bildung eines detonationsfähigen Gemisches mit Luft, könnte mit folgendem gerechnet werden: Entfernung 635 m = 50% der Fensterscheiben zerstört; 201 m = leichte Gebäudeschäden und 98 m = schwere Gebäudeschäden.

Literatur:
F. Vahrenholt, Seveso ist überall, Fischer-Taschenbuch / Emission von Vinylchlorid in: Staub-Reinhaltung der Luft, in: Umwelt 11/77, Davids/Lohrer, Vinylchloridemissionen aus PVC, in: Umwelt 5/77 / Aufbereitung von PVC, VDI-Verlag 1979 / VDI-Richtlinie Nr. 2446 „Vinylchlorid“ / Ullmanns Enzyklopädie der technischen Chemie, Band 19, „Polyvinylchlorid“



„Fließschema PVC-Herstellung“

„Friedenskonferenz“ der Labour-Party

kvz. Auf Initiative der Vereinigung „Gewerkschaften für den Labour-Sieg“ hat die Führung der Labour-Party auf einer Konferenz in der letzten Woche versucht, den Streit zwischen rechtem und linkem Parteiflügel im Hinblick auf die von vielen schon Ende 1983 erwartete allgemeine Wahl beizulegen. Die Gewerkschaften, die kollektiv Mitglieder der Labour-Party sind, sind entscheidend für deren Finanzierung; sie nutzten ihre Position, um einen Burgfrieden zu erzwingen. Parteiführer Michael Foot äußerte die Erwartung, Tony Benn, der Führer des linken Flügels, werde vor den Unterhauswahlen nicht erneut gegen seinen Widersacher vom rechten Flügel, Denis Healy, für den stellvertretenden Parteivorsitz kandidieren; im Herbst war Healy mit hauchdünnem Vorsprung vor Benn gewählt worden, aber einige der wahlentscheidenden Labour-Parlamentarier sind inzwischen zur sozialdemokratischen SDP übergelaufen. Benn machte keine Zusagen; Eric Heffer, sein Parteigänger, verlangte auf der Konferenz, die Partei müsse anerkennen, daß es in ihr viele Gruppen mit unterschiedlicher Meinung gebe; Hexenjagden gegen Andersdenkende dürfte es nicht geben. Das war offensichtlich gegen geplante Maßnahmen des Parteivorstandes gegen eine „Unterwanderung“ der Partei von links gerichtet, zu denen es also vorerst nicht kommen dürfte.

Wachsende Unruhen im Sudan

kvz. Mit der Schließung der Mittelschulen auf unbestimmte Zeit hat die Regierung Numeiris auf die Schülerproteste der letzten Wochen reagiert. Die Demonstrationen der Schüler hatten sich an einer drastischen Erhöhung des Zuckerpreises um fast 40% und anderen wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen wie der Abwertung des sudanesischen Pfunds um 12,5% entzündet, mit denen die Regierung den Auflagen des Internationalen Währungsfonds nachkommen will. Dieser hatte einen Abbau der hohen Regierungssubventionen für Grundnahrungsmittel als Vorbedingung für neue Kredite verlangt. Schon im Oktober vergangenen Jahres, als die Bezinpreise in die Höhe schnellten, hatten Studenten eine Ansprache des Vizepräsidenten der Universität Khartum unterbrochen und zu Demonstrationen aufgerufen, die jedoch von der Polizei unterdrückt worden waren. Die Polizei geht nicht nur mit Tränengas und Schlagstöcken, sondern auch mit „Warnschüssen“ gegen die Schüler vor, wobei am Mittwoch ein Schüler erschossen und drei weitere verletzt worden sein sollen. – Mit der Verhaftung von 20 Politikern des Südens hat die Regierung auf einen Brief des „Rats zur Aufrechterhaltung der Einheit des Südens“ reagiert, der sich gegen den Plan, die südliche Region in drei Provinzen mit eigenen Lokalregierungen aufzuteilen, wandte. Numeiri versucht offenbar, durch Ausnutzung der Stammeswidersprüche und die Aufsplitterung im Süden der Gefahr einer Erhebung gegen die islamischen Kräfte in der Hauptstadt und im arabischen Norden zuvorzukommen.

Umsturzversuch auf Haiti gescheitert

kvz. Auf Haiti ist eine Invasion von Exil-Haitianern gescheitert, die das Regime des „Präsidenten auf Lebenszeit“ Jean-Claude Duvalier stürzen wollten. Die Gruppe von etwa 40 Mann, organisiert von dem in den USA im Exil lebenden Chef der verbotenen oppositionellen „Nationalen Volkspartei Haitis“, wurde offenbar von haitianischen Einheiten vertrieben. In den vergangenen 25 Jahren sind schon mehrere Versuche, die Familiendiktatur der Duvaliers zu stürzen, mißlungen. Haiti gehört zu den ärmsten der unterentwickelten Länder: Das durchschnittliche Jahreseinkommen der sechs Millionen Einwohner liegt bei 297 Dollar, die Zahl der arbeitslosen oder unterbeschäftigten Personen bei 79 Prozent. Das Elend und die terroristischen Unterdrückungsmethoden des Regimes haben seit 1957 mehr als 50000 Haitianer nach Florida flüchten lassen; viele kommen bei der Flucht über See ums Leben; die amerikanischen Behörden pflegen Flüchtlinge wieder nach Haiti zu deportieren. Anfang des Jahres veröffentlichten haitianische Regierungsstellen einen Brief Präsident Reagans an Duvalier, in dem dieser Duvalier zu seiner harten antikommunistischen Einstellung gratulierte und die Opposition des „kubanischen Abenteurertums“ bezichtigte.

Haig nach Ägypten und Israel

chm. US-Außenminister Alexander Haig will nun persönlich in den Nahen Osten reisen, um nach dem Rechten zu sehen. Da wären zuallererst die Autonomieverhandlungen für die Palästinenser im besetzten Westufer des Jordan und im Gazastreifen anzukurbeln, die seit Sadats Tod im Oktober vor sich hinsiechen, weil Ägypten sich weigert, auf Israels Vorschläge für eine Teilautonomie, die den Besatzungszustand aufrechterhält, einzugehen. Nicht nur das – Ägypten erhebt auch die Forderung, daß die 100000 Einwohner des von Israel im vergangenen April annektierten Ostjerusalem ebenfalls in den Autonomieplan einbezogen werden. Also muß Haig zusehen, daß Kairo wieder auf die Marschroute der vollen Unterwerfung unter Israels Interessen hingezwungen wird. Israel will die Autonomieverhandlungen beschleunigen, sie sogar vor dem 28. April, dem Datum seines vollständigen Rückzugs aus dem Sinai, abschließen. Danach wird es kein Druckmittel mehr gegen Ägypten haben. Die ägyptische Außenpolitik der letzten Wochen befindet sich im Wartestand: Israel ja den sehnlichst erwünschten Vorwand nicht liefern, damit es sich nicht aus dem Sinai zurückzieht. Diesem Ziel ordnet sich die gesamte Politik unter. Haig wird versuchen, diese Taktik zu konterkarieren.

Griechenland: „Die wirtschaftlichen Probleme nicht über Nacht lösen“

Regierung Papandreou will keine Abenteuer, sondern vorsichtige Schritte

cof. Die „Vision eines besseren Hellas“, mit der Andreas Papandreou den Wahlkampf in Griechenland bestritt und gewann, steht vor einem „Engpaß“. Papandreou, Ministerpräsident und zugleich Verteidigungsminister, führt das auf das Erbe, das die Pasok von der „Nea Dimokratia“ übernommen hat, zurück.

„Ein verkrustetes System wird aufgeknackt“, überschrieb die „taz“ im November einen längeren Artikel und meinte dort, die Pasok habe klar herausgestellt, daß eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft nur dann möglich ist, wenn die Grundlagen des kapitalistischen Systems angegriffen werden, daß ein Sturmangriff „gegen die Bastionen des Kapitals“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber den Kräfteverhältnissen nicht entsprechen würde.

Wie kommt es dann, daß dieser Tage die bürgerlichen Blätter – scharfe Beobachter des Investitionsklimas – so erleichtert auf die Verlautbarungen aus Athen reagieren? Was bis jetzt an Krusten geknackt wird, läßt den ausländischen Investor und Handelspartner ziemlich kalt: Von der Auswechselung der Posten in der Verwaltung verspricht er sich möglicherweise den reibungsloseren Ablauf seiner Transaktionen; die viermonatigen Anpassungen der Löhne an die Inflation helfen vielleicht Streiks vermeiden, mit denen in der Vergangenheit vor allem bestimmte Angestelltengruppen und andere Teile der rapide gewachsenen städtischen Mittelklassen teils erhebliche Lohnerhöhungen durchsetzen konnten – und von einem Austritt aus EG und NATO ist im Moment kaum noch die Rede.

Grund zur Beruhigung sehen den Kapitalisten vor allem in der Abkehr von einer umfassenden Verstaatlichung großer Privatunternehmen. Zwar hatte Papandreou schon im Wahlkampf gesagt, sein Sozialisierungsprogramm sei vergleichsweise viel weniger ehrgeizig als das Mitterrands – inzwischen aber stellte er in seiner jüngsten Fernsehansprache klar, daß mit „Vergesellschaftung“ in der Regel nicht Enteignung, sondern eine nicht näher definierte Mitbestimmung gemeint ist und Verstaatlichung nur die sogenannten „problematischen Unternehmen“ treffen soll, solche, die aufgrund bislang schier unbegrenzter Staatsbürgschaften hoch verschuldet bei der Zentralbank sind und deren Eigner die ganze Zeit auf Staatskosten lustig Profite scheffeln durften. Hier soll nach „vorsichtigem Studium der besonderen Gegebenheiten eines jeden Einzelfalles ... die Frage der Entschädigung ... oder die Umwandlung von Bankdarlehen in Aktien“ entschieden werden. So hieß es schon in der Regierungserklärung vom 22. November, und damals wie heute sind „ausländische Investitionen willkommen, insofern sie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen und produktive Einheiten fortgeschrittener Technologie betreffen“.

Neben den bereits früher angekündigten Reformen in der Steuerpolitik (Einführung einer geringen Immobiliensteuer und Kampf gegen den „Volkssport“ der kleinen und vor allem der großen Selbständigen: die Steuerhinterziehung und Steuerflucht) und der Förderung des Mietwohnungsbaus stehen jetzt folgende wirtschaftspolitische Maßnahmen an:

– In den jetzt schon staatlich kontrollierten Unternehmen (ein Großteil der Banken, Versicherungen, Energiewirtschaft, Transport- und Fernmeldewesen) sollen in die Aufsichtsräte ebenfalls Vertreter der Arbeiter und teilweise auch der Kommunen einziehen.

– In den privaten Schlüsselindustrien (Werften, Grundstoffindustrie, Stahl, Zement, Düngemittel) sollen Aufsichts- oder Verwaltungsräte gebildet werden, in denen die Beschäftigten, die Gemeindeverbände, der Staat und die Kapitalisten vertreten sind. Sie sollen die Unternehmensführung mit der staatlichen Wirtschaftspolitik koordinieren.

– Noch in diesem Jahr will die Regierung die Gründung einer nationalen pharmazeutischen Industrie vorbereiten, die das Land weitgehend unabhängig von den internationalen Pharma-Konzernen machen soll.

– Investitionsanreize und ein Kreditprogramm für Klein- und Mittelbetriebe (das sind 97% in der gewerblichen Wirtschaft, wo die knappe Hälfte aller Lohnabhängigen beschäftigt ist) sollen zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen.

– Durch Gründung von Agrargenossenschaften soll vor allem dem parasitären Groß- und Zwischenhandel ein Riegel vorgeschoben und den Bauern höhere Erzeugerpreise gesichert werden.

– Marode Unternehmen, denen mit Krediten nicht mehr zu helfen sei, sollen entweder zur Schließung gezwungen oder von staatlich kontrollierten Banken übernommen werden.

Was die Finanzierung betrifft, so hofft die Regierung weiterhin auf Kredite vor allem aus der EG. Um das Defizit der öffentlichen Unternehmen zu verringern, wurden allerdings erstmal die Tarife für Wasser, Post und Telefon erhöht. Die Inflation zu bremsen, dürfte so jedoch schwerfallen. Auch das gerade neu erschienene Verzeichnis der fleißigsten Steuerzahler – noch von den Konservativen zur Hebung der Steuermoral eingeführt – scheint keinerlei Wirkung zu zeigen.

Ob Papandreou mit dieser vorsichtigen Haltung, die auf anderer Ebene auch die wenig rühmlichen Stellungnahmen zu Polen beherrscht, die breite panhellenische sozialistische Bewegung zusammenhalten kann, ist ziemlich fraglich.



Wachsende Unruhen im Sudan

kvz. Mit der Schließung der Mittelschulen auf unbestimmte Zeit hat die Regierung Numeiris auf die Schülerproteste der letzten Wochen reagiert. Die Demonstrationen der Schüler hatten sich an einer drastischen Erhöhung des Zuckerpreises um fast 40% und anderen wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen wie der Abwertung des sudanesischen Pfunds um 12,5% entzündet, mit denen die Regierung den Auflagen des Internationalen Währungsfonds nachkommen will. Dieser hatte einen Abbau der hohen Regierungssubventionen für Grundnahrungsmittel als Vorbedingung für neue Kredite verlangt. Schon im Oktober vergangenen Jahres, als die Bezinpreise in die Höhe schnellten, hatten Studenten eine Ansprache des Vizepräsidenten der Universität Khartum unterbrochen und zu Demonstrationen aufgerufen, die jedoch von der Polizei unterdrückt worden waren. Die Polizei geht nicht nur mit Tränengas und Schlagstöcken, sondern auch mit „Warnschüssen“ gegen die Schüler vor, wobei am Mittwoch ein Schüler erschossen und drei weitere verletzt worden sein sollen. – Mit der Verhaftung von 20 Politikern des Südens hat die Regierung auf einen Brief des „Rats zur Aufrechterhaltung der Einheit des Südens“ reagiert, der sich gegen den Plan, die südliche Region in drei Provinzen mit eigenen Lokalregierungen aufzuteilen, wandte. Numeiri versucht offenbar, durch Ausnutzung der Stammeswidersprüche

lierte und die Opposition des „kubanischen Abenteurertums“ bezichtigte.

Haig nach Ägypten und Israel

chm. US-Außenminister Alexander Haig will nun persönlich in den Nahen Osten reisen, um nach dem Rechten zu sehen. Da wären zuallererst die Autonomieverhandlungen für die Palästinenser im besetzten Westufer des Jordan und im Gazastreifen anzukurbeln, die seit Sadats Tod im Oktober vor sich hinsiechen, weil Ägypten sich weigert, auf Israels Vorschläge für eine Teilautonomie, die den Besatzungszustand aufrechterhält, einzugehen. Nicht nur das – Ägypten erhebt auch die Forderung, daß die 100000 Einwohner des von Israel im vergangenen April annektierten Ostjerusalem ebenfalls in den Autonomieplan einbezogen werden. Also muß Haig zusehen, daß Kairo wieder auf die Marschroute der vollen Unterwerfung unter Israels Interessen hingezwungen wird. Israel will die Autonomieverhandlungen beschleunigen, sie sogar vor dem 28. April, dem Datum seines vollständigen Rückzugs aus dem Sinai, abschließen. Danach wird es kein Druckmittel mehr gegen Ägypten haben. Die ägyptische Außenpolitik der letzten Wochen befindet sich im Wartestand: Israel ja den sehnlichst erwünschten Vorwand nicht liefern, damit es sich nicht aus dem Sinai zurückzieht. Diesem Ziel ordnet sich die gesamte Politik unter. Haig wird versuchen, diese Taktik zu konterkarieren.

der Posten in der Verwaltung verspricht er sich möglicherweise den reibungsloseren Ablauf seiner Transaktionen; die viermonatigen Anpassungen der Löhne an die Inflation helfen vielleicht Streiks vermeiden, mit denen in der Vergangenheit vor allem bestimmte Angestelltengruppen und andere Teile der rapide gewachsenen städtischen Mittelklassen teils erhebliche Lohnerhöhungen durchsetzen konnten – und von einem Austritt aus EG und NATO ist im Moment kaum noch die Rede.

Grund zur Beruhigung sehen den Kapitalisten vor allem in der Abkehr von einer umfassenden Verstaatlichung großer Privatunternehmen. Zwar hatte Papandreou schon im Wahlkampf gesagt, sein Sozialisierungsprogramm sei vergleichsweise viel weniger ehrgeizig als das Mitterrands – inzwischen aber stellte er in seiner jüngsten Fernsehansprache klar, daß mit „Vergesellschaftung“ in der Regel nicht Enteignung, sondern eine nicht näher definierte Mitbestimmung gemeint ist und Verstaatlichung nur die sogenannten „problematischen Unternehmen“ treffen soll, solche, die aufgrund bislang schier unbegrenzter Staatsbürgschaften hoch verschuldet bei der Zentralbank sind und deren Eigner die ganze Zeit auf Staatskosten lustig Profite scheffeln durften. Hier soll nach „vorsichtigem Studium der besonderen Gegebenheiten eines jeden Einzelfalles

Zement, Düngemittel) sollen Aufsichts- oder Verwaltungsräte gebildet werden, in denen die Beschäftigten, die Gemeindeverbände, der Staat und die Kapitalisten vertreten sind. Sie sollen die Unternehmensführung mit der staatlichen Wirtschaftspolitik koordinieren.

– Noch in diesem Jahr will die Regierung die Gründung einer nationalen pharmazeutischen Industrie vorberei-

nis der fleißigsten Steuerzahler – noch von den Konservativen zur Hebung der Steuermoral eingeführt – scheint keinerlei Wirkung zu zeigen.

Ob Papandreou mit dieser vorsichtigen Haltung, die auf anderer Ebene auch die wenig rühmlichen Stellungnahmen zu Polen beherrscht, die breite panhellenische sozialistische Bewegung zusammenhalten kann, ist ziemlich fraglich.



Die Inflation schreitet mit immer größerer Geschwindigkeit voran. Die Lebensmittel haben sich binnen eines Jahres um 33% verteuert.

Putschsöldner der Seychellen kommen doch vor Gericht

Der südafrikanische Kolonialstaat hat die Söldner, die für den Putschversuch auf den Seychellen verantwortlich sind, vor Gericht gestellt. Diese Entscheidung hat die südafrikanische Regierung gefällt aufgrund verstärkten internationalen Drucks und nachdem sie im ersten Anlauf, am 2. Dezember, die 45 Putschisten hatte laufen lassen. Die Putschisten hatten sich als Angler und Rugbyspieler verkleidet nach Mahé, der Hauptstadt der Seychellen, begeben. Schon auf dem Flughafen wurden sie jedoch gestellt, nachdem im Golf-Kilt eines dieser „Sportler“ ein zusammengeklapptes AK-47-Gewehr entdeckt wurde. Um sich den Weg freizuschießen, kaperten die Söldner eine Air-India-Boeing-707 und befahlen dem Piloten, nach Südafrika zu fliegen. Südafrika gehört zu den Unterzeichnern des internationalen Abkommens gegen Luftpiraterie von 1978. Die Freilassung der 45 Söldner hatte Vermutungen bestärkt, daß die südafrikanische Regierung hinter dem Putsch stand. Auf den Seychellen selbst wurde am 5.1.82 der Prozeß eröffnet gegen 7 Söldner, die als „Spähtrupp“ im Lande selbst fungiert haben.

Von Thomas Siepelmeyer, Salisbury

Eine Bande von 40 Söldnern überfiel am 25. und 26. November dieses Jahres den Flughafen der Inselrepublik Seychellen im Indischen Ozean, um nach der Eroberung des Flughafens andere strategisch wichtige Plätze (Polizei, Radio) einzunehmen und die Regierung unter Präsident Réné zu stürzen. Zum Glück ging der Plan schief.

Was im ersten Augenblick wie ein „normaler“ Söldner-Coup aussieht, wie er in den letzten Jahren einige Male erfolgreich oder auch nicht auf den Comoren und in Benin stattfand, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Staatsstreichversuch in diesem strategisch wichtigen Teil des Indischen Ozeans, in den mindestens Südafrika und einige westliche Länder verwickelt sind. Anführer der Bande war der berüchtigte Kongo-Söldner „Mad“ Mike Hoare, dessen Söldner-Leben den Stoff hergab für den Film „Wildgänse“, außerdem Vietnam- und Rhodesienkriegserfahrene Südafrikaner, Amerikaner, Briten und Rhodesier. Offen zugegeben hat seine Beteiligung der ehemalige Präsident der Seychellen, Mancham, der im Juni 1977 von Réné gestürzt worden war und seitdem im Exil in London lebt. Mancham ist der Prototyp des Playboys, der einen großen Teil des Staatsvermögens für seine privaten Belustigungen verschleuderte. Im Exil fand er die Zeit und einen Verleger, um ein Buch über die schönsten Inseln der Welt, die sich noch in Privatbesitz befinden, zu schreiben. Es wurde auf der letzten Frankfurter Buchmesse vorgestellt.

Aber Mancham ist nicht die Hauptperson. Vor kurzem enthüllte ein anderer Söldner, Rocco Salvatore, früher Mitglied des britischen SAS und Kongo-Söldner, daß er an der Planung des Coups beteiligt gewesen war und zur Vorbereitung 16 Länder besucht hat, unter anderem die USA und Südafrika. Ursprünglich waren 300 Söldner für den Coup rekrutiert worden, dann aber war der Plan geändert worden. Eine „mittelöstliche Interessengruppe“ soll 5 Millionen US-Dollar bereitgestellt haben, um Réné zu stürzen. Diese Angaben werden glaubhaft, wenn man sich die strategische Lage der Seychellen anschaut.

Mitten im Indischen Ozean gelegen, ist die Inselgruppe ein begehrtes Ziel der imperialistischen Mächte, die im Indik große Flotten unterhalten. 1000 km östlich liegt Diego Garcia, ein US-Nuklearstützpunkt, von den Briten zur Verfügung gestellt. Die Franzosen haben einen Stützpunkt auf La Réunion im Süden. Die UdSSR benutzt die Häfen Äthiopiens im Roten Meer im Norden. Vor dem Sturz Manchams waren die Seychellen häufiger als amerikanische Flottenbasis benutzt worden. Nach 1977 waren pro Seemacht nur noch 6 Einheiten pro Jahr Ankerrechte zugestanden worden, und das auch nur, wenn sie vorher Angaben über eine eventuelle nukleare Bewaffnung der Schiffe machten. Die USA und Großbritannien weigerten sich, diese Angaben zu machen, und haben so keine Ankerrechte mehr. Die USA können auf den Seychellen nur noch eine Satellitenstation betreiben.

Präsident Réné und seine „Seychelles Peoples Progressive Front“ (SPPF) folgen damit ihrem Programm, in dem sie niedergelegt haben: „... Das Land wird einer Politik der positiven Blockfreiheit folgen und nicht in das Fahrwasser einer Supermacht geraten. Die „Front“ meint, daß der Indische Ozean eine Zone des Friedens werden sollte und fordert die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte und den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus dem Indischen Ozean.“

Nach dem fehlgeschlagenen Putsch erschienen auch im Hafen der Hauptstadt Victoria sofort zwei russische und ein französisches Schiff, „um der Regierung ihre Unterstützung zu versichern“.

Die westlichen Länder streiten jede Beteiligung an den Putschvorbereitungen ab. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben sie einer Untersuchung zugestimmt, die bis zum 30. Januar vorliegen soll. Auslieferung an die Seychellen „wegen des *angeblichen* Staatsstreichversuchs“ kommt nach Südafrikas Premier Botha nicht in Frage.

Interessant dürfte jetzt die Reaktion der Länder sein, die die „Bonner Konvention gegen Flugzeugentführungen“ vor einigen Jahren beschlossen haben, USA, Westdeutschland und die anderen westlichen Länder. Sie wollten im Falle einer Nichtbestrafung von Flugzeugentführern den Flugverkehr mit dem betreffenden Land einstellen. Demnach dürfte Südafrika jetzt nicht mehr angeflogen werden, auch nicht von der Lufthansa. Aber, „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“.

Das sowjetische Verhältnis zur Dritten Welt

Von Klaus Fritsche

Der folgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrags, den der Autor auf der 3. Sozialistischen Konferenz in der Arbeitsgruppe „Sowjetunion“ gehalten hat.* Der Beitrag geht davon aus, daß „die Frage nach der Einschätzung der sowjetischen Politik zu einem der Brennpunkte in der Diskussion über die Aufgaben der Friedensbewegung geworden ist“. Dabei gehe es nicht nur um die theoretische Einschätzung der „in der UdSSR vorherrschenden Produktionsweise“ – umstritten sei auch eine Reihe von Fakten, die die konkrete Erscheinung der sowjetischen Außenpolitik betreffen. Nachweisen lasse sich, daß sich die sowjetische Politik in ihrer Zielsetzung *nicht qualitativ* von der Politik der imperialistischen Mächte unterscheidet. Der Autor versucht, einige Thesen, die einen solchen qualitativen Unterschied behaupten, anhand von Tatsachen aus der Politik der SU gegenüber der Dritten Welt zu widerlegen.

„Höhepunkt des sowjetischen Einflusses in der Dritten Welt lag in den fünfziger Jahren.“

Meiner Ansicht nach stimmt diese These nicht mit der Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen UdSSR – Dritte Welt überein. Die verschiedenen Gruppierungen, die sich auf diese These berufen, stützen sich auf eine Analyse des amerikanischen „Center for Defense“ (1) Diese Studie kommt zu dem genannten Ergebnis, indem die Zahl der von der Sowjetunion „beeinflußten Länder“ zusammengezählt und in ihrer relativen Bedeutung für die Weltpolitik eingeschätzt werden. Dabei versucht man die Zahl der von der Sowjetunion *dominierten* Länder in Beziehung zur Zahl der Staaten der Welt insgesamt, wie in ihrem Anteil an der Weltbevölkerung und am Weltbruttosozialprodukt in Beziehung zu setzen. Dabei kommt man zu folgenden Ergebnissen:

a) Die Zahl der beeinflußten Länder ist von 7 auf 19 gestiegen. Der Zuwachs kommt hauptsächlich aus der Dritten Welt. Diese Länder sind zumeist jedoch sehr arm, auf der untersten Stufe der Entwicklung, und bedürfen dringend fremder Hilfe.

b) Relativ gesehen bedeute dies jedoch ein Nachlassen des Einflusses, da die Zahl der Länder erheblich angestiegen sei.

c) Aus dieser Statistik folgt, „daß der sowjetische Einfluß in der Welt in den fünfziger Jahren auf seinem Höhepunkt stand und daß seitdem kein wesentlicher geopolitischer Vormarsch der Sowjets mehr stattgefunden hat“.

Insbesondere hebt diese Studie dabei zu Recht hervor, daß der Nationalismus der jungen Nationalstaaten ein erhebliches Hindernis für das Festsetzen der Sowjets darstelle, daß gleichzeitig darin aber auch der Grund für die Rückschläge der USA zu suchen sei. Politisch bedeutet das, daß aufgrund des wachsenden Selbstbewußtseins der Länder der Dritten Welt es den Großmächten immer schwerer fällt, einen dauerhaften Einfluß durch die Schaffung von Marionettenregierungen etc. zu finden. (...)

Bei dieser Methode werden die vielfältigen Formen und Methoden vor einer „überwiegenden Einflußnahme der UdSSR“ überhaupt nicht erfaßt. Die Versuche der ökonomischen und politischen Durchdringung, die sich in unterschiedlichem Einfluß in den Ländern selbst dann äußern, können gar nicht aufgenommen werden. (...)

Zuerst einmal ist festzuhalten, daß die *Sowjetunion bis Mitte der fünfziger Jahre in der Dritten Welt vollständig isoliert war.* Dies scheint kaum glaubhaft, stellt sich die UdSSR doch immer als die Kraft dar, die der Dritten Welt eine „immerwährende“ Unterstützung hat zukommen lassen.

entwickelt und ausgedehnt. Diese Entwicklung ging natürlich nicht geradlinig vor sich, sondern brachte Veränderungen in der sowjetischen Politik (auf die hier nicht eingegangen werden soll), aber auch Rückschläge, hervorgerufen durch den Rausschmiß der UdSSR aus einer Reihe von Ländern. Dies trifft nicht nur auf Ägypten und Somalia in den 70er Jahren zu, sondern bereits Mitte der 60er Jahre brachte der Sturz z.B. Sukarnos und Nkrumahs (Ghana) ähnliche Rückschläge. Dennoch ist davon auszugehen, daß sich die Beziehungen verbreitert haben. Welche Argumente sprechen dafür? (...)

Dritte-Welt-Beziehungen: Ein Zusatzgeschäft für die UdSSR?

Von Mitgliedern der Z-Fraktion wurde auf der Sozialistischen Konferenz die These aufgestellt, daß die Beziehungen zur Dritten Welt ein Zusatzgeschäft erfolgt, kann auch hier von einem Zusatzgeschäft keine Rede sein.

KPdSU: „Die Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt zum Aufbau der sowjetischen Wirtschaft nutzen“

Seit Anfang der 60er Jahre (XXII. Parteiag 1961) geht die UdSSR verstärkt daran, die Wirtschaftsbeziehungen mit er DrittenWelt für ihren eigenen wirtschaftlichen Aufbau zu nutzen. Theoretisch wie praktisch geht sie seit der Machtübernahme Breschnews 1965 verstärkt daran, sich der Strukturen des kapitalistischen Weltmarktes zum eigenen Vorteil und zum Nachteil der Entwicklungsländer zu bedienen („komperativer Kostenvorteil“).

Das Ziel, unverhohlen geäußert, ist ein größerer Gewinn als bei Verzicht auf Außenhandel. „Wichtigstes Ziel des sowjetischen Außenhandels ist die Steigerung der Effektivität der gesellschenhandelsverdienst einkassiert. (...)

Diese Ausführungen machen deutlich, daß der sowjetische Handel mit der Dritten Welt, neben den politischen Zielen, nicht nur der „Beschaffung von Gebrauchswerten“ (so Fücks und Stamm, wenn auch mit unterschiedlichen Konsequenzen), sondern der Förderung der sowjetischen Wirtschaft in folgender Hinsicht dient:

a) Beschaffung von Rohstoffen, deren Exploration in der UdSSR teurer als ihr Import wäre.

b) Erwirtschaftung von Devisen, die für den Ankauf westlicher Technologie dringend benötigt werden. Und dies geschieht

– durch die Nutzung der Märkte der Dritten Welt zum Absatz von Waren, die aufgrund technologischer Rückständigkeit im Westen nur schwer abzusetzen sind, und

– durch das Auftreten als Zwischen-

Das Ziel ist jedoch nicht die Schaffung wirklicher Unabhängigkeit, sondern die Schaffung von Zonen eigenen Einflusses.

Die Politik der UdSSR ist nicht ambivalent!

Die Tatsachen der „verräterischen Politik“ der KPdSU werden auch von Gruppen wie Z, SOST und KB zur Kenntnis genommen, aber dadurch versucht abzuschwächen, daß von einer Ambivalenz der sowjetischen Politik ausgegangen wird. Gemeint ist: Zwar unterstütze die UdSSR auch Regierungen und arbeite gegen Befreiungsbewegungen, aber sie unterstützt auch Befreiungsbewegungen in ihrem Unabhängigkeitskampf gegen die USA. So würde sie eine positive Rolle im weltrevolutionären Kampf spielen.

Ein Blick in die Geschichte aber zeigt uns, daß dieses Argument nicht ausreicht, um einen ambivalenten Cha-

seien und deshalb der Vorwurf der Ausbeutung der Dritten Welt vollständig absurd sei. In der Tat ist es natürlich so, daß der Umfang von Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern noch nichts über ihren Charakter aussagt. Von sowjetischer Seite wird ja auch immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei den Beziehungen zwischen Ländern der Dritten Welt und der UdSSR um eine „neue Art von Beziehungen auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitigem Nutzen“ handeln würde. Wenden wir uns deshalb jetzt der „Qualität“ dieser Beziehungen zu.

– Ohne Zweifel sind Vietnam und Kuba für die Sowjetunion ein Zusatzgeschäft. Auf verschiedenen Wegen muß die UdSSR täglich Millionen in diese Länder pumpen, die ohne diese Finanzspritzen schon längst zusam-

schaftlichen Produktion durch Vergrößerung des Zuwachses des Nationaleinkommens über Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung ... Der Effekt aus dem Außenhandel durch Ausnutzung der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung zeigt sich in dem Verhältnis zwischen dem möglichen nationalen Aufwand für die Produktion des Erzeugnisses, das den Import erübrigen würde, und dem Aufwand für die Herstellung und den Export der Waren, mit denen der betreffende Import bezahlt wird.“ (5)

Mit anderen Worten: Die billigeren Produktionskosten z.B. für Rohstoffe in der Dritten Welt sollen ausgenutzt werden, dafür sollen die in der UdSSR billiger zu produzierenden Produkte in die Dritte Welt ausgeführt werden. (...)

händler und Weiterverarbeiter für Rohstoffe aus der Dritten Welt.

„Die UdSSR versucht hauptsächlich, über Befreiungsbewegungen Einfluß in der Dritten Welt zu gewinnen“

Auch dieses von Vertretern der SOST auf der 3. Sozialistischen Konferenz vertretene „Vorurteil“ hält den Tatsachen nicht stand. Zwar unterstützt die Sowjetunion eine Reihe von Befreiungsbewegungen, und arbeitet mit in ihren Augen „progressiven“ Regierungen zusammen. Das ist aber auch nur wieder einmal die Hälfte der Wahrheit. Werfen wir auch hier einen kurzen Blick auf die Entwicklung seit 1955.

Nach 1955/56 versuchte die UdSSR mit allen Entwicklungsländern, die nur wollten, Beziehungen zu knüpfen, unabhängig von ihrer inneren Struktur

rakter der UdSSR zu begründen: Es gehört seit jeher zur Politik der Großmächte, zur Erreichung ihrer strategischen Ziele und der Zersetzung des gegnerischen Lagers Befreiungsbewegungen auch im Machtbereich des Gegners zu unterstützen oder dies zumindest zu versuchen. So wird häufig unterschlagen, daß dies z.B. auch unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die US-amerikanische Politik in Südostasien war, um den französischen Einfluß zu brechen. Und noch ekklatanter: Der deutsche Faschismus hat eine Reihe von antibritischen Bewegungen unterstützt: die irischen Nationalisten, arabische antibritische Bewegungen, Organisationen in Indien. Und dennoch würde niemand auf die Idee kommen, dem Hitler-Faschismus oder dem US-Imperialismus eine ambivalente Politik zu unterstellen. (...)

der Sowjets mehr stattgefunden hat“.

Insbesondere hebt diese Studie dabei zu Recht hervor, daß der Nationalismus der jungen Nationalstaaten ein erhebliches Hindernis für das Festsetzen der Sowjets darstelle, daß gleichzeitig darin aber auch der Grund für die Rückschläge der USA zu suchen sei. Politisch bedeutet das, daß aufgrund des wachsenden Selbstbewußtseins der Länder der Dritten Welt es den Großmächten immer schwerer fällt, einen dauerhaften Einfluß durch die Schaffung von Marionettenregierungen etc. zu finden. (...)

Bei dieser Methode werden die vielfältigen Formen und Methoden vor einer „überwiegenden Einflußnahme der UdSSR“ überhaupt nicht erfaßt. Die Versuche der ökonomischen und politischen Durchdringung, die sich in unterschiedlichem Einfluß in den Ländern selbst dann äußern, können gar nicht aufgenommen werden. (...)

Zuerst einmal ist festzuhalten, daß die *Sowjetunion bis Mitte der fünfziger Jahre in der Dritten Welt vollständig isoliert war.* Dies scheint kaum glaubhaft, stellt sich die UdSSR doch immer als die Kraft dar, die der Dritten Welt eine „immerwährende“ Unterstützung hat zukommen lassen.

ist“. Dabei gehe es nicht nur um die theoretische Einschätzung der „in der UdSSR vorherrschenden Produktionsweise“ – umstritten sei auch eine Reihe von Fakten, die die konkrete Erscheinung der sowjetischen Außenpolitik betreffen. Nachweisen lasse sich, daß sich die sowjetische Politik in ihrer Zielsetzung *nicht qualitativ* von der Politik der imperialistischen Mächte unterscheidet. Der Autor versucht, einige Thesen, die einen solchen qualitativen Unterschied behaupten, anhand von Tatsachen aus der Politik der SU gegenüber der Dritten Welt zu widerlegen.



seien und deshalb der Vorwurf der Ausbeutung der Dritten Welt vollständig absurd sei. In der Tat ist es natürlich so, daß der Umfang von Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern noch nichts über ihren Charakter aussagt. Von sowjetischer Seite wird ja auch immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei den Beziehungen zwischen Ländern der Dritten Welt und der UdSSR um eine „neue Art von Beziehungen auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitigem Nutzen“ handeln würde. Wenden wir uns deshalb jetzt der „Qualität“ dieser Beziehungen zu.

– Ohne Zweifel sind Vietnam und Kuba für die Sowjetunion ein Zusatzgeschäft. Auf verschiedenen Wegen muß die UdSSR täglich Millionen in diese Länder pumpen, die ohne diese Finanzspritzen schon längst zusam-

schaftlichen Produktion durch Vergrößerung des Zuwachses des Nationaleinkommens über Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung ... Der Effekt aus dem Außenhandel durch Ausnutzung der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung zeigt sich in dem Verhältnis zwischen dem möglichen nationalen Aufwand für die Produktion des Erzeugnisses, das den Import erübrigen würde, und dem Aufwand für die Herstellung und den Export der Waren, mit denen der betreffende Import bezahlt wird.“ (5)

Mit anderen Worten: Die billigeren Produktionskosten z.B. für Rohstoffe in der Dritten Welt sollen ausgenutzt werden, dafür sollen die in der UdSSR billiger zu produzierenden Produkte in die Dritte Welt ausgeführt werden. (...)

händler und Weiterverarbeiter für Rohstoffe aus der Dritten Welt.

„Die UdSSR versucht hauptsächlich, über Befreiungsbewegungen Einfluß in der Dritten Welt zu gewinnen“

Auch dieses von Vertretern der SOST auf der 3. Sozialistischen Konferenz vertretene „Vorurteil“ hält den Tatsachen nicht stand. Zwar unterstützt die Sowjetunion eine Reihe von Befreiungsbewegungen, und arbeitet mit in ihren Augen „progressiven“ Regierungen zusammen. Das ist aber auch nur wieder einmal die Hälfte der Wahrheit. Werfen wir auch hier einen kurzen Blick auf die Entwicklung seit 1955.

Nach 1955/56 versuchte die UdSSR mit allen Entwicklungsländern, die nur wollten, Beziehungen zu knüpfen, unabhängig von ihrer inneren Struktur

rakter der UdSSR zu begründen: Es gehört seit jeher zur Politik der Großmächte, zur Erreichung ihrer strategischen Ziele und der Zersetzung des gegnerischen Lagers Befreiungsbewegungen auch im Machtbereich des Gegners zu unterstützen oder dies zumindest zu versuchen. So wird häufig unterschlagen, daß dies z.B. auch unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die US-amerikanische Politik in Südostasien war, um den französischen Einfluß zu brechen. Und noch ekklatanter: Der deutsche Faschismus hat eine Reihe von antibritischen Bewegungen unterstützt: die irischen Nationalisten, arabische antibritische Bewegungen, Organisationen in Indien. Und dennoch würde niemand auf die Idee kommen, dem Hitler-Faschismus oder dem US-Imperialismus eine ambivalente Politik zu unterstellen. (...)

Die Gründe hierfür: Zum einen konzentrierte sich die Stalinsche Außenpolitik fast vollständig auf die Sicherung des Herrschaftsbereiches in Europa, zum zweiten verhinderte die sowjetische Einschätzung der nationalen Regierungen in der Dritten Welt eine politische Annäherung. Ausgehend von ihrer damaligen Überzeugung, daß die politische Unabhängigkeit nur unter Führung einer kommunistischen Partei erkämpft werden könne, wurden die nationalen Regierungen in der Dritten Welt (z.B. Nehru, Indien; Sukarno, Indonesien; Nasser, Ägypten) als Agenten des Imperialismus beschimpft und behandelt. So wurde z.B. die Machtübernahme Nassers in Ägypten als pro-amerikanisches Unternehmen charakterisiert. (2) Entsprechend waren auch die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu diesen Ländern. Anders wurden natürlich die VR China, Nord-Vietnam und Nord-Korea behandelt, die als sozialistische Entwicklungsländer den Entwicklungsvorstellungen der KPdSU entsprachen.

Eine Änderung dieser Politik wurde 1954/55 durch eine Reihe von bilateralen und multilateralen (im Rahmen der UNO) Maßnahmen eingleitet. Hervorstechendes Zeichen dafür war der Besuch der sowjetischen Führung (Chruschtschow und Bulganin) im Herbst 1955 in Indien, Burma und Afghanistan, der einherging mit einer „Rehabilitierung“ Ghandis. Der XX. Parteitag 1956 machte diese Korrektur amtlich. (Vgl. insbesondere die Rede des alten Kominternfunktionärs O. Kuúsinen)

Seitdem haben sich die sowjetischen Beziehungen zur Dritten Welt rapide

mengebrochen wären. Kuba und Vietnam sind jedoch nicht zu verallgemeinern. Nur aufgrund ihrer strategischen Bedeutung und ihres Nutzens für die sowjetische Außenpolitik kommen sie in den Genuß des sowjetischen Geldes.

– Der nächste „Zuzahlungsfaktor“ könnte die „Entwicklungshilfe“ der UdSSR sein. Diese ist zum einen jedoch sehr gering, zum anderen handelt es sich nicht um Geschenke, sondern um Kredite, die zurückgezahlt werden müssen, zumeist in Form von Rohstoffen. Hinzu kommt, daß diese Hilfe entgegen einer alten Forderung der Entwicklungsländer nicht ungebunden gegeben wird, sondern „liefergebunden“, indem die Kredite in Form von Maschinen, Ausrüstungsgegenständen etc. gewährt werden.

Damit aber nicht genug. Von dieser „Entwicklungshilfe“ profitiert die UdSSR ziemlich stark und benutzt dabei Methoden, die denen der westlichen Imperialisten gleichen. (3) Als ein Beispiel sei hier genannt, daß sie allen Währungsfestlegungen des sonst heftig geschmähten Internationalen Währungsfonds (IWF) folgt. So wurde z.B. 1975 die indische Rupie um 40% gegenüber dem Rubel abgewertet. Dies betraf nun aber nicht nur die neuaufgenommenen Kredite, sondern trat rückwirkend in Kraft. So stiegen die Schulden Indiens gegenüber der UdSSR quasi mit einem Federstrich, ohne jede Gegenleistung, um 40%. (4)

– Da der Bereich des Außenhandels und damit auch der Militärhilfe, die sich die UdSSR ja in harten Devisen bezahlen läßt, nach sowjetischer Vorstellung zum „gegenseitigen Nutzen“

Die UdSSR ist nicht nur auf der Jagd nach Gebrauchswerten!

Damit sind aber noch nicht alle Charakteristika sowjetischer Außenhandelspolitik aufgezählt. Zuerst vielleicht noch einmal drei Merkmale dieser Handelspolitik, die mir zum tieferen Verständnis wichtig erscheinen.

Erstens. Seit Beginn/Mitte der 60er Jahre hat die UdSSR einen zunehmenden *Exportüberschuß in ihrem Handel mit der Dritten Welt.* Dieser ist relativ wie absolut enorm gestiegen. Nach Kanet betrug er 1970 ca. 800 Mio. US-Dollar und erreichte 1980 die Höhe von nahezu 4 Mrd. US-Dollar. Dieser Exportüberschuß führt zur Einnahme von „harten“ Devisen; denn ab Mitte der 70er Jahre ist zunehmend festzustellen, daß die UdSSR ihren Waren und Waffen in Devisen bezahlen läßt und nicht mehr auf der Basis von Rohstoff- oder anderen Warenlieferungen.

Zweitens. Die Dritte Welt ist nicht nur als Rohstoffquelle, sondern auch als Absatzmarkt für die UdSSR von großem wirtschaftlichem Interesse. Eine Betrachtung der Exporte von Ausrüstungsgegenständen, Maschinen usw. macht diese deutlich. Ca. 75% dieser Importe gehen in die sozialistischen Länder (darunter befinden sich aber auch einige Länder der Dritten Welt). Von den restlichen 25% gehen wiederum jeweils 50% in die entwickelten kapitalistischen Länder und 50% in die „kapitalistischen Entwicklungsländer“.

Drittens. In ihren Handelsbeziehungen mit der Dritten Welt tritt die UdSSR zunehmend als Zwischenhändler auf, der natürlich auch einen Zwi-

und außenpolitischen Orientierung. In den letzten Jahren unter Chruschtschow änderte sich das Bild. Man beschränkte sich auf die Entwicklung von Beziehungen zu fortschrittlichen Ländern, von einigen Ausnahmen abgesehen.

Unter Breschnew wurde nach 1965 abermals eine Korrektur eingeleitet. Seitdem versucht man konsequent mit allen Ländern Beziehungen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art aufzunehmen, mit dem Ziel, den amerikanischen Einfluß zu liquidieren und selbst Einfluß zu gewinnen. Besonders konzentriert man sich auf die Schaffung eines „neutralen“ strategischen Gürtels um die Sowjetunion herum. So ist zu verstehen, daß der Iran (unter dem Schah) und die Türkei zu den größten Entwicklungshilfeempfängern der UdSSR gehören. So erhielt z.B. die Türkei 1978 einen Kredit in noch nie dagewesener Höhe von 1,2 Mrd. Dollar. Nur einmal war ein höherer Betrag bisher zugesagt worden: Im gleichen Jahr mit 2 Mrd. Dollar an Marokko, trotz des Kampfes der Polisario. Denn dieses Geld dient der Ausbeutung der Phosphatvorkommen in Marokko, auch in den Gebieten, die von der Polisario beansprucht werden.

Hierin liegt auch die Ursache für das unterschiedliche Verhalten der Sowjetunion gegenüber einzelnen Befreiungsbewegungen. Überall dort, wo sie glaubt, über die Regierungen Einfluß gewinnen zu können, arbeitet sie auch mit Reaktionären aller Schattierungen zusammen, auch unter aktiver Beihilfe zur Liquidierung von Befreiungsbewegungen, wie das Beispiel Eritrea zeigt.

Und noch ein letztes: Natürlich sollen und müssen die nationalen Befreiungsbewegungen diesen Widerspruch ausnutzen. Aber mit dem weltweiten Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus hat das alles nichts zu tun, sondern es ist ein Kampf von zwei Großmächten um Einflußsphären.

Anmerkungen:

1) USA-UdSSR. Supermächte zwischen Intervention und Selbstüberschätzung. Militärpolitik Dokumentation, Extra 2, Frankfurt, S. 74–118

2) Vgl. A. Dallin, Sowjetische Außenpolitik unter Stalin, Köln 1961 – Dort sind eine Reihe sowjetischer Quellen ins Deutsche übersetzt.

3) R.E. Kanet, Soviet Policy towards the Developing World. The Role of Economic Assistance, in: R.H. Donaldson, The Soviet Union and the Third World. Successes an Failures, London 1981 – Vgl. auch R.E. Kanet, The Soviet Union and the Developing Nations, London 1974 – Viele Beispiele bei: K. Melchers, Sowjetische Afrikapolitik, Berlin 1980, und H. Papendiek, Die Formen der Ausplünderung Indien durch die Sowjetunion, in: Befreiung 5/76, S. 19-32

4) Vgl. Melchers, a.a.O., S. 155

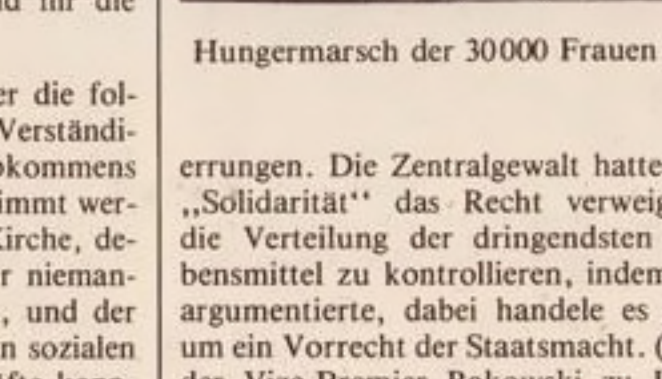
5) S. Skatschkow in: Außenhandel UdSSR, Moskau 1974, Nr. 6, S. 44

* Klaus Fritsche ist Mitarbeiter in der AG „Bewegung blockfreier Staaten“ in der ESG Bochum (Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum)

Zbigniew Kowalewski

Die „Solidarität" am Vorabend des Gewaltstreichs oder der Kampf um die Macht

Übersetzung aus *Le Monde*

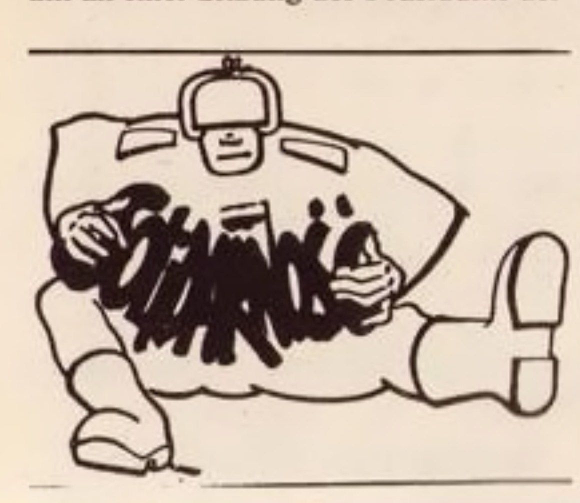



Hungermarsch der 30000 Frauen in Lódz, im Juli 1981

Wir veröffentlichen im folgenden die wesentlichen Passagen aus einem Bericht, den Zbigniew Kowalewski, Mitglied des Präsidiums der Regionalleitung Lódz der „Solidarität" verfaßt hat. Unmittelbar vor Verhängung des Kriegsrechts war er in gewerkschaftlichem Auftrag nach Frankreich geschickt worden, wo er sich heute aufhält und das Pariser Büro der „Solidarität" leitet.
Übersetzung aus Le Monde, 7. Januar 1982

Am 2. Dezember nachmittags traf sich das Präsidium der Regionalleitung von Lódz zu einer außerordentlichen Sitzung. Wir standen unter dem Schock der Nachricht, die uns über den Nachrichtendienst aus Warschau erreicht hatte, unmittelbar bevor die Telefon- und Telexleitungen des Regionalkomitees Masowsze (Warschau, d. Übers.) abgeschnitten worden waren. Polizei und Armee waren zum Sturm auf die Hochschule der Feuerwehr übergegangen und hatten die streikenden Studenten daraus vertrieben. Der stellvertretende Vorsitzende des Regionalverbandes der Gewerkschaft war dabei festgenommen worden. In allen Betrieben in der Region waren die Mitglieder der „Solidarität" in Alarm versetzt worden.

Eine Stunde später mußte Andrzej Slowik, der Vorsitzende unseres Regionalverbandes, nach Warschau fahren, um an einer Sitzung des Präsidums der



Lódz zu einer außerordentlichen Sitzung. Wir standen unter dem Schock der Nachricht, die uns über den Nachrichtendienst aus Warschau erreicht hatte, unmittelbar bevor die Telefon- und Telexleitungen des Regionalkomitees Masowsze (Warschau, d. Übers.) abgeschnitten worden waren. Polizei und Armee waren zum Sturm auf die Hochschule der Feuerwehr übergegangen und hatten die streikenden Studenten daraus vertrieben. Der stellvertretende Vorsitzende des Regionalverbandes der Gewerkschaft war dabei festgenommen worden. In allen Betrieben in der Region waren die Mitglieder der „Solidarität" in Alarm versetzt worden.
Eine Stunde später mußte Andrzej Slowik, der Vorsitzende unseres Regionalverbandes, nach Warschau fahren, um an einer Sitzung des Präsidums der


Landeskommission teilzunehmen, die außer der Reihe durch Lech Walesa einberufen worden war. Wir legten die Position fest, die er dort vertreten sollte, nachdem wir zu einer raschen Einschätzung der Lage im ganzen Land gekommen waren. Eine Schlußfolgerung war beherrschend: Wir waren offenbar schnurstracks dabei, in eine revolutionäre Krise einzutreten. Wenn es sich tatsächlich um einen frontalen Angriff der Staatsmacht auf die Gewerkschaft handeln sollte, dann mußten wir einen Gegenangriff führen. Slowik machte daher einen Aktionsvorschlag für die Gewerkschaft: aktiver Streik, verbunden mit der Aufstellung von Arbeitergarden (...)

Seit zwei Monaten führten die Verantwortlichen der PVAP eine Kampagne für die Schaffung einer Front der nationalen Verständigung. Diese letztere sollte die Front der nationalen Einheit ersetzen, eine total von der machthabenden Partei kontrollierte Institution, die nur in den Wahlperioden überhaupt existent war, um dann eine Einheitsliste zu präsentieren und auf diese Weise das Problem der Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften zu lösen. Die Konzeption der Front war unterschiedlich, je nachdem um welche Führer der PVAP es sich handelte, was die Divergenzen zwischen ihnen bewies, bzw. eine Fraktionskampf. Aber sie alle stimmten in einem Punkt überein: jede Diskussion über den Inhalt einer eventuellen Vereinbarung zu vermeiden. Für sie handelte es sich darum, zunächst diese „Front" zu schaffen; danach könnte man dann die Grundlagen der Verständigung zwischen den verschiedenen teilnehmenden Kräften genauer festlegen. Wir sahen die Falle voraus. Es ging darum, „Solidarität" ihrer Selbständigkeit zu berauben und ihr die Hände zu binden.

Unsere Position war daher die folgende: eine Front, nein; Verständigung, ja. Der Inhalt des Abkommens mußte von drei Kräften bestimmt werden: der Staatsmacht, der Kirche, deren moralische Autorität für niemanden in Zweifel stehen kann, und der Solidarität als der wichtigsten sozialen Bewegung. Die anderen Kräfte konnten den Inhalt dieses Abkommens unterstützen, dessen Grundlagen in nichts anderem bestehen konnten als in den auf dem Kongreß von Solidarność angenommenen (Programm-)Thesen. Das Abkommen mußte konkret drei Punkte behandeln: Kampf gegen die Krise, Realisierung der Wirtschaftsreformen und die Schaffung einer selbstverwalteten Republik (...)

Für freie Wahlen

Am 3. Dezember, während der Sitzung des Präsidums der Landeskommission in Radom, hatten Lech Walesa und zahlreiche andere Gewerkschaftsführer, die wie wir vom revolutionären Charakter der Krise überzeugt waren, zum ersten Mal die Frage gestellt: Wer soll die Macht ausüben? Eine bürokratische Minderheit oder die arbeitenden Massen? Schon seit mehreren Monaten kristallisierte sich diese Frage immer deutlicher in der Arbeiterklasse heraus, und warf damit das fundamentale Problem der polnischen Revolution auf. Das war es, was uns die Arbeiter bei den Versammlungen in den Betrieben immer wieder sagten, wobei sie forderten, daß wir für freie Wahlen einträten.

Für die Regionalleitung der „Solidarität" war das dringendste Problem der Kampf für die Versorgung der Bevölkerung. Seit mehreren Monaten sah

ten den Inhalt dieses Abkommens unterstützen, dessen Grundlagen in nichts anderem bestehen konnten als in den auf dem Kongreß von Solidarność angenommenen (Programm-)Thesen. Das Abkommen mußte konkret drei Punkte behandeln: Kampf gegen die Krise, Realisierung der Wirtschaftsreformen und die Schaffung einer selbstverwalteten Republik (...)
Für freie Wahlen
Am 3. Dezember, während der Sitzung des Präsidums der Landeskommission in Radom, hatten Lech Walesa und zahlreiche andere Gewerkschaftsführer, die wie wir vom revolutionären Charakter der Krise überzeugt waren, zum ersten Mal die Frage gestellt: Wer soll die Macht ausüben? Eine bürokratische Minderheit oder die arbeitenden Massen? Schon seit mehreren Monaten kristallisierte sich diese Frage immer deutlicher in der Arbeiterklasse heraus, und warf damit das fundamentale Problem der polnischen Revolution auf. Das war es, was uns die Arbeiter bei den Versammlungen in den Betrieben immer wieder sagten, wobei sie forderten, daß wir für freie Wahlen einträten.
Für die Regionalleitung der „Solidarität" war das dringendste Problem der Kampf für die Versorgung der Bevölkerung. Seit mehreren Monaten sah

sich Lódz, dieses große industrielle Ballungszentrum, vom Hunger bedroht. Das Verteilungssystem für Güter des dringendsten Bedarfs hatte sich mehr oder weniger alle zwei Monate aufgelöst seit Juli, als auf Initiative der Gewerkschaft der berühmte Hungermarsch von 30000 Frauen stattgefunden hatte. Nachdem wir das System der Zuteilung überprüft hatten, waren wir uns sicher, daß dort eine absolut skandalöse Schlamperei herrsche. Die Provinzverwaltung war unfähig, genau festzustellen, welche genaue Anzahl Personen Anrecht auf den Empfang von Lebensmittelkarten besaßen. Karten wurden im Geheimen an Leute der Gruppe, die zum Apparat der Staatsmacht gehörten, verteilt (...)

Im Oktober hatte die Leitung der „Solidarität" in Lódz die Dezentralisierung des Drucks der Lebensmittelkarten für unsere Region gefordert. Die soziale Spannung und die Gefahr des Ausbruchs von Streiks war so stark gestiegen, daß der Bürgermeister von der Zentralmacht dazu ermächtigt wurde. Wir waren die einzige Region im Land, wo die Lebensmittelkarten seitdem von der „Solidarität" gedruckt, nach einem von uns bestimmten System und unter der Kontrolle einer gemischten Kommission aus Vertretern der Gewerkschaft und der Stadtverwaltung. Endlich stimmte die Zahl der gedruckten Karten, die präzise festgestellt worden war, mit dem Bedarf überein. Wir kontrollierten ebenso die Verteilung der Karten, was es erlaubte, den Privilegien ein Ende zu setzen. Und wir hatten noch einen Erfolg errungen. Die Zentralgewalt hatte der „Solidarität" das Recht verweigert, die Verteilung der dringendsten Lebensmittel zu kontrollieren, indem sie argumentierte, dabei handele es sich um ein Vorrecht der Staatsmacht. (Wie der Vize-Premier Rakowski zu Lech Walesa sagte: „In diesem Land hat der, der die Verteilung der Lebensmittel kontrolliert, auch die Macht inne.")

Nun denn, in unserer Region übten wir eine solche Kontrolle schon aus! Der Bürgermeister von Lódz hatte uns dazu ermächtigt. Spezielle Gruppen von Gewerkschaftern überprüften die Situation in den Einkauf-Zentren auf dem Land, in den Schlachthöfen, den Lagern, im Groß- und Einzelhandel. Die Gewerkschaft war zwar nicht befugt, in den staatlichen Vorratslagern zu kontrollieren, aber das hinderte uns nicht, genauestens über die Warentypen und -mengen dort bescheid zu wissen ... Dank unserer Aktivitäten hatte sich die Versorgung der Bevölkerung verbessert und die Schlangen wurden kürzer. Wir bereiteten schon einen Plan vor, der die Kontrolle über die industrielle Produktion in der Region einführen sollte (...)

Die Wirtschaftsreformen auf Eis

Alle unabhängigen Ökonomen des Landes stimmten darin überein, daß Polen unfähig sein werde, aus der Kri-

Walesa sagte: „In diesem Land hat der, der die Verteilung der Lebensmittel kontrolliert, auch die Macht inne.")
Nun denn, in unserer Region übten wir eine solche Kontrolle schon aus! Der Bürgermeister von Lódz hatte uns dazu ermächtigt. Spezielle Gruppen von Gewerkschaftern überprüften die Situation in den Einkauf-Zentren auf dem Land, in den Schlachthöfen, den Lagern, im Groß- und Einzelhandel. Die Gewerkschaft war zwar nicht befugt, in den staatlichen Vorratslagern zu kontrollieren, aber das hinderte uns nicht, genauestens über die Warentypen und -mengen dort bescheid zu wissen ... Dank unserer Aktivitäten hatte sich die Versorgung der Bevölkerung verbessert und die Schlangen wurden kürzer. Wir bereiteten schon einen Plan vor, der die Kontrolle über die industrielle Produktion in der Region einführen sollte (...)
Die Wirtschaftsreformen auf Eis
Alle unabhängigen Ökonomen des Landes stimmten darin überein, daß Polen unfähig sein werde, aus der Kri-

se herauszukommen, ohne das System der bürgerlichen Zentralisation der Wirtschaft zu liquidieren. Dieser Standpunkt wurde in der Arbeiterklasse breit unterstützt. Die Regierung hatte versprochen, ab dem 1. Januar 1982 die Wirtschaftsreform ins Werk zu setzen. Das hatte unter den Arbeitern enorme Hoffnungen ausgelöst. Aber im November gab die Staatsmacht zu, daß es unmöglich war, noch im Laufe des Jahres 1982 zu einer Wirtschaftsreform zu kommen ... Zur allgemeinen Überraschung war der Gesetzentwurf schließlich durch ein Dekret des Ministerrats ersetzt worden, ohne daß die „Solidarität" konsultiert worden wäre. Das alte System der Wirtschaftslenkung sollte also für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben, sogar mit einer noch stärkeren Zentralisation in einigen Bereichen (...)

Diese Entscheidung der Regierung hatte extreme Unruhe und Unzufriedenheit in den Betrieben zur Folge. „Es ist notwendig, daß wir selbst die Wirtschaftsreformen in die Tat umsetzen, ohne die Behörden, und gegen sie, wenn es sein muß." Das war der unter den Arbeitern immer mehr verbreitete Standpunkt, den wir auf Belegschaftsversammlungen oder bei regionalen Treffen der Mitglieder der Selbstverwaltungsbewegung zu hören bekamen. In der Regionalleitung der Gewerkschaft waren wir der Überzeugung, daß der einzige Ausweg, der der Arbeiterklasse blieb, der aktive Streik sei. Der aktive Streik, das hieß die Übernahme der Produktion in die Kontrolle der Streikkomitees, nach einem von den Arbeitern selbst ausgearbeiteten Plan und in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Ebenso wie die Kontrolle der Verteilung würde sie ermöglichen, mit revolutionären Methoden die Zentralbürokratie ihrer wirtschaftlichen Privilegien zu berauben, damit zu beginnen, eine Wirtschaftsreform in die Tat umzusetzen und die Produktionsmittel zu vergesellschaften. Am 23. Oktober hatte die Landeskommission der ganzen Gewerkschaft empfohlen, sich auf den

kung sollte also für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben, sogar mit einer noch stärkeren Zentralisation in einigen Bereichen (...)
Diese Entscheidung der Regierung hatte extreme Unruhe und Unzufriedenheit in den Betrieben zur Folge. „Es ist notwendig, daß wir selbst die Wirtschaftsreformen in die Tat umsetzen, ohne die Behörden, und gegen sie, wenn es sein muß." Das war der unter den Arbeitern immer mehr verbreitete Standpunkt, den wir auf Belegschaftsversammlungen oder bei regionalen Treffen der Mitglieder der Selbstverwaltungsbewegung zu hören bekamen. In der Regionalleitung der Gewerkschaft waren wir der Überzeugung, daß der einzige Ausweg, der der Arbeiterklasse blieb, der aktive Streik sei. Der aktive Streik, das hieß die Übernahme der Produktion in die Kontrolle der Streikkomitees, nach einem von den Arbeitern selbst ausgearbeiteten Plan und in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Ebenso wie die Kontrolle der Verteilung würde sie ermöglichen, mit revolutionären Methoden die Zentralbürokratie ihrer wirtschaftlichen Privilegien zu berauben, damit zu beginnen, eine Wirtschaftsreform in die Tat umzusetzen und die Produktionsmittel zu vergesellschaften. Am 23. Oktober hatte die Landeskommission der ganzen Gewerkschaft empfohlen, sich auf den

aktiven Streik vorzubereiten.

Diese Drohung hatte die Panik im Staatsapparat ausgelöst. Zuerst General Jaruzelski, dann die Trybuna Ludu, das Organ der PVAP, und schließlich der Sekretär des Zentralkomitees Olszowski beteiligten sich an der Kapagne gegen die Taktik des aktiven Streiks. Sie kündigten an, die Staatsmacht werde alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um zu verhindern, daß er stattfinde (...)

In Lódz waren wir uns durchaus darüber klar, daß im Maße, wie die Krise der Bürokratie sich verschärfte, die einzige Kraft, auf die sie sich stützen konnte, ihr eigener Repressionsapparat war. Die Militarisierung der Staatsmacht war offenkundig. Dennoch vertrauten wir darauf, daß der Kampf der Massen in der Lage sein werde, sich diesem Prozeß entgegenzustellen. Im März war die „Solidarität" auf einen Generalstreik im ganzen Land sehr gut vorbereitet gewesen. Im Dezember war die Staatsmacht bereit, in einen Krieg gegen die Gesellschaft einzutreten – aber sie wußte, daß ihre sicherste Karte die Überraschung war. Es handelte sich darum, zu verhindern, daß die „Solidarität" sich auf den Generalstreik vorbereitete. In einer Region wie Lódz, die entschlossen war, in den aktiven Streik zu treten, war die „Solidarität" in der Lage, das Terrain und den Moment der Konfrontation mit der Staatsmacht zu wählen. Der 13. Dezember hat gezeigt, daß die Bürokratie diese Möglichkeit so sehr fürchtete, daß sie die Flucht nach vorn antrat.

(Vollständiger Text in Info Nr. 2/82 der Polen-Komitees)

Meldungen

Meldungen

Aktionseinheitsverhandlungen über zentrale Polen-Demonstration. Diese sollen am Dienstag, 19. Januar, um 19.00 Uhr in den Räumen der ESG in Bonn, Königstraße 89 stattfinden. Es laden ein der BV der Grünen und der Koordinationsausschuß der Polen-Komitees.

Zentrales Polen-Seminar in Frankfurt. Bisher sind als Referenten gewonnen: Hoffmann-Ostenhoff („Gegenstimmen", Wien) und M. Siegert (Wien); H. Hücking (Soz. Osteuropa-Komitee und Pax Christi, Dortmund), R. Fücks („Moderne Zeiten", Bremen), G. Koenen und W. Wolf. Am Abend wird eine gesonderte Veranstaltung mit A. Smolar, Vertreter des ehemaligen KOR in Paris, stattfinden. – Näheres im Info 2/82 der Komitees und in der letzten KVZ.
Beginn: Samstag, 23.1., 14.00 Uhr, Ende Sonntag 16.00 Uhr
Ort: Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
ANMELDUNG unbedingt erforderlich, telefonisch oder schriftlich bis Mittwoch, 20. Januar, an: Kühl, Postfach 111162, 6000 Ffm 11

Hilfstransporte nach Polen

Die Hilfsaktion von Frau Dr. Krystyna Graef, Frankfurt

Die Frankfurter Kinderärztin Krystyna Graef hat seit Sommer 1981 bis heute Medikamente, Babynahrung u.a. im Werte von ca. 5 Millionen DM nach Polen gebracht. Frau Dr. Graef liefert grundsätzlich nur an Krankenhäuser direkt aus. Alle Transporte wurden von ihr selbst begleitet, die Verteilung selbst überwacht.

Am 3. Februar '82 soll der nächste Transport losgehen!

Er soll nach Lódz, Warschau und Danzig gehen. Grundsätzlich ist Frau Dr. Graef bereit, daß sich weitere Initiativen ihrem Transport am 3. Februar anschließen. Medikamente und Nahrungsmittel werden in den Räumen des *Malteser Hilfsdienstes Frankfurt, Bad Salzschlirfer Straße 21,* gelagert. (Zuständig ist Herr Bergner.) Da der Transport über Breslau führt, besteht auch die Möglichkeit, daß sich ein speziell für Breslau bestimmter LKW dem Konvoi anschließt. Da Frau Graef kein „Hilfsbüro" hat, bat sie uns, daß sich Interessenten zunächst einmal an die Adresse des Koordinationsausschusses wenden möchten.

Spendenkonto:
Malteser Hilfsdienst · Deutsche Bank Limburg · BLZ 511 700 10 · Konto-Nr. 491-8470 · „Polenhilfe K. Gräf"

Dr. Krystyna Graef, Frankfurt
Die Frankfurter Kinderärztin Krystyna Graef hat seit Sommer 1981 bis heute Medikamente, Babynahrung u.a. im Werte von ca. 5 Millionen DM nach Polen gebracht. Frau Dr. Graef liefert grundsätzlich nur an Krankenhäuser direkt aus. Alle Transporte wurden von ihr selbst begleitet, die Verteilung selbst überwacht.
Am 3. Februar '82 soll der nächste Transport losgehen!
Er soll nach Lódz, Warschau und Danzig gehen. Grundsätzlich ist Frau Dr. Graef bereit, daß sich weitere Initiativen ihrem Transport am 3. Februar anschließen. Medikamente und Nahrungsmittel werden in den Räumen des Malteser Hilfsdienstes Frankfurt, Bad Salzschlirfer Straße 21, gelagert. (Zuständig ist Herr Bergner.) Da der Transport über Breslau führt, besteht auch die Möglichkeit, daß sich ein speziell für Breslau bestimmter LKW dem Konvoi anschließt. Da Frau Graef kein „Hilfsbüro" hat, bat sie uns, daß sich Interessenten zunächst einmal an die Adresse des Koordinationsausschusses wenden möchten.
Spendenkonto:
Malteser Hilfsdienst · Deutsche Bank Limburg · BLZ 511 700 10 · Konto-Nr. 491-8470 · „Polenhilfe K. Gräf"

Frau Dr. Graef empfahl uns, bei Nahrungsmitteln besonderes Schwergewicht auf Baby- und Kindernahrung (Trockenmasse!) jeder Art zu legen. Sie hofft, daß auch dies ein gewisser Schutz davor ist, daß sich Soldaten der Kost „annehmen". Für die dringendst benötigten Medikamente kann eine Liste bei uns angefordert werden. Die Medikamente sollten möglichst vorsortiert sein, das ist aber nicht absolute Bedingung. – Außer Medikamenten werden auch andere Güter medizinischen Sachbedarfs dringend benötigt: Reinigungsmittel für Krankenhäuser, Seife, Verbandsstoff, Halothan, Xylokain, Gummihandschuhe, Infusionsbesteck, Gefäßklemmen, Nahtmaterial, insbesondere für Gefäßchirugie, Urinbeutel, Venenkatheder (Subclavia, Jugularis, etc.), Kanülen, Spritzen und Butterflys (für Kinder und Erwachsene).

30. Januar „Tag der Solidarität". Dazu haben Funktionäre der „Solidarność" aufgerufen, die sich am letzten Wochenende auf Einladung des IBFG in Brüssel getroffen haben. Geklärt werden muß jetzt rasch, ob die geplante zentrale Demonstration zu Polen eventuell noch zu diesem Datum stattfinden soll, oder ob örtliche bzw. regionale Aktivitäten besser sind.

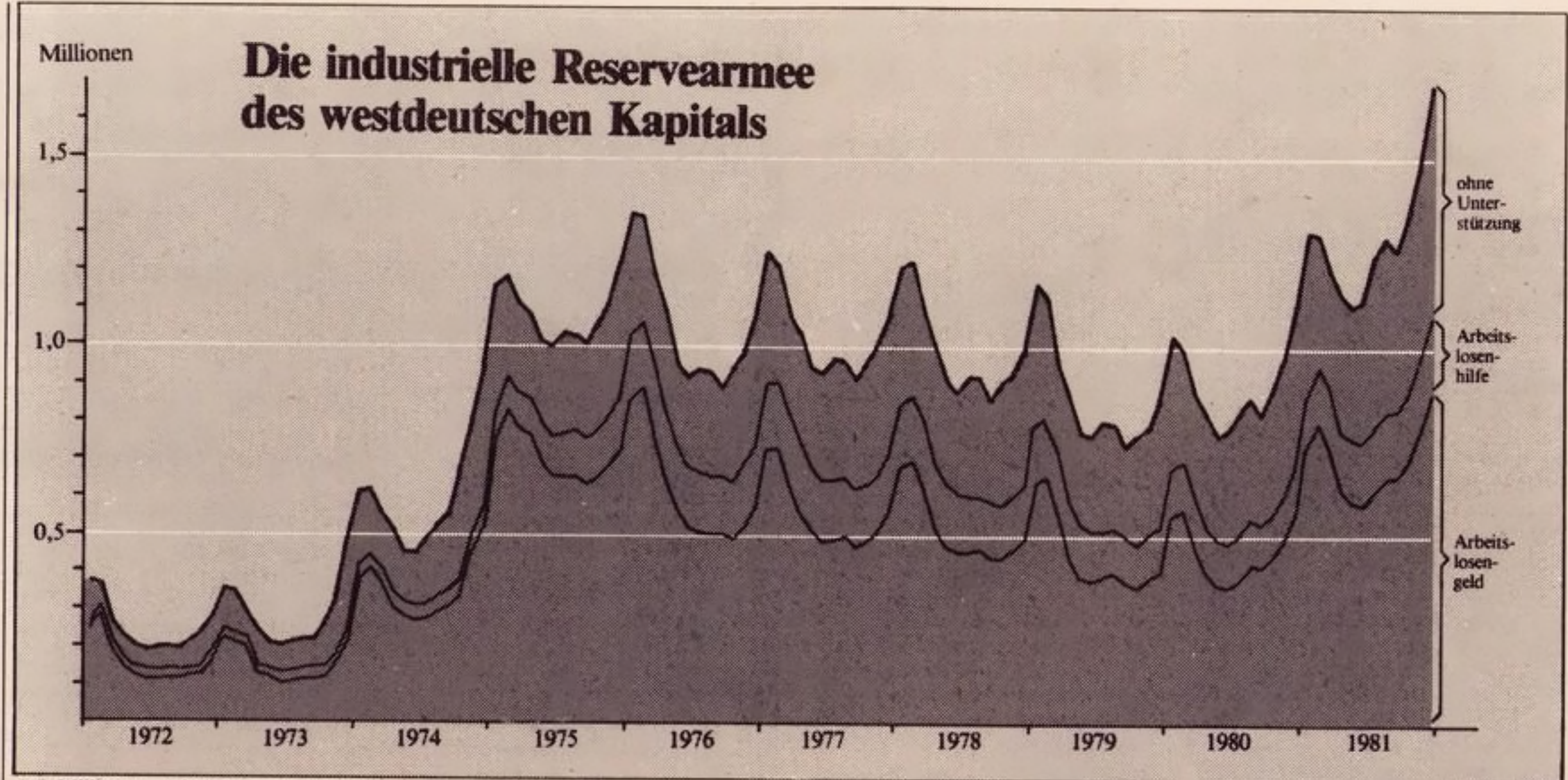
Plaketten „Solidarität mit Solidarność" und andere Materialien können nicht über den Buchvertrieb Hager bezogen werden, sondern nur über „Solidarität mit Solidarność". Hier noch einmal die Adresse, an die alle Bestellungen zu richten sind:
„Solidarität mit Solidarność"
Postfach 112051, 6000 Ffm 1

USA provozieren Chaos auf dem Stahlmarkt

frb. Während im sonnigen Miami/Florida Vertreter der USA, der EG und Japans über Handelsfragen konferieren, haben die amerikanischen Stahlkonzerne bereits das Kriegsbeil ausgegraben. Sie werfen den europäischen Konkurrenten vor, mit Dumping-Preisen auf den US-Markt vorzustoßen und den dortigen ohnehin geplagten Stahlproduzenten das Geschäft wegzunehmen. Mit administrativen Mitteln soll die Importkonkurrenz unterbunden werden. Machen die USA ernst und halten die europäischen Stahlexporte über den Atlantik auf, so werden Millionen ungewollter Tonnen Stahl in der EG den in den letzten 15 Monaten mühsam stabilisierten Markt überschwemmen und erneut ins Chaos stürzen.

Die neuerliche Handelsschlacht wird auf höchster Ebene gefochten. Im Dezember war Außenminister Haig persönlich in Brüssel gewesen, um über das Delikt zu verhandeln. Die EG bot ein geheimes Abkommen an, doch kaum war Haig wieder zu Hause, reichten die US-Konzerne ihre Anti-Dumping-Klagen ein. Die Motive sind durchsichtig. Die amerikanische Stahlindustrie arbeitet mit knapp ⅔ ihrer Kapzität, die der EG mit 60%. Da ist jedes Mittel recht und die passenden Argumente sind auch nicht weit. Die EG macht geltend, ihre Exporte in die USA seien von 1979 bis 1980 um fast die Hälfte gefallen. Auch letztes Jahr seien sie mehr gefallen als der US-Verbrauch, lediglich die Röhrenlieferungen bildeten eine Ausnahme. Dies beruhe auf einer außergewöhnlichen Nachfrage der Ölkonzerne in den USA. Die USA halten dagegen, die Stahlexporte seien subventioniert.

Die Gefahr ist groß, daß sich dieser Konflikt rasch auf andere Bereiche ausweitet. Alle wichtigen Industrien sind in allen Ländern von ausländischer Konkurrenz bedroht und andererseits vom Export abhängig. Der Griff zur Importbeschränkung liegt nahe, der Gegenzug wäre herausgefordert, der Außenhandel würde allseits eingeschnürt, die weltweite Krise enorm verschärft.



1,7 Millionen Arbeitslose waren im Dezember registriert. Dazu müssen rund 600000 nicht registrierte Arbeitssuchende gerechnet werden, im amtlichen Jargon die „Stille Reserve". Im Höhepunkt der Krise von 1974/75 waren 1,35 Mio. Arbeitslose registriert. Damals wurden rund eine Million Unterstützungen gezahlt, kaum weniger als jetzt mit 1,7 Mio. Arbeitslosen. Einige weitere Daten: Im letzten Jahr haben insgesamt 3,5 Mio. Arbeitslose den Gang zum Arbeitsamt angetreten. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug im Dezember 505542. Überdurchschnittlich ist die Arbeitslosigkeit wiederum bei Jugendlichen unter 20 Jahren und bei Ausländern gestiegen. Bemerkenswert ist auch, daß die Arbeitslosigkeit in allen Regionen gestiegen ist.

Die Woche im Rückblick

Das reale Bruttosozialprodukt ist nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr um 0,3% hinter seinem Vorjahresbetrag zurückgeblieben. 1980 hatte das Wachstum 1,8% betragen, 1979 4,4%. Auf Halbjahre berechnet soll das Sozialprodukt in der zweiten Hälfte 1981 geringfügig über den Stand des ersten Halbjahres gewachsen sein. Da die Abschreibungen, die im Bruttosozialprodukt enthalten sind, wiederum einen größeren Anteil beanspruchen, ist das Volkseinkommen sogar noch mehr gesunken. –
Die Arbeitslosenquote in der EG ist im November auf 8,8 Prozent gestiegen. Damit waren knapp 10 Millionen Menschen als Arbeitslose registriert. Die höchsten Quoten verzeichnen Belgien, Großbritannien Irland und Italien. –
Österreichs Regierung hat ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm beschlossen. Es belastet den öffentlichen Haushalt mit 8,7 Mrd. Mark. Im einzelnen ist der Bau eines internationalen Konferenzzentrums für umgerechnet 1 Mrd. DM vorgesehen, der zusätzliche Bau von 5000 Mietwohnungen und 150 Mio. Mark für die Altbausanierung. Ertragsschwachen Unternehmen wird mit einer sechsprozentigen Investitionsprämie unter die Arme gegriffen, bei Bahn und Post werden Bauvorhaben vorgezogen. –
In Frankreich wird das Mietrecht geändert. Nach eigenem Bekunden verfolgt die Regierung mit ihrem neuen Gesetzentwurf eine Stärkung der Position der Mieter. Die Mieterhöhungen sollen eingedämmt werden. Der Mieter soll künftig wählen können zwischen einem Dreijahresvertrag ohne Kündigungsrecht des Vermieters und einem Sechsjahresvertrag mit automatischer Verlängerung um drei Jahre sowie Kündigungsrecht des Vermieters in besonderen Fällen. Die Mietkaution wird auf zwei Monatsmieten begrenzt. –
Die Mietobergrenzen für neu gebaute Sozialwohnungen liegen derzeit zwischen 4,20 DM und 6,50 DM je m². Für die Mehrzahl der Wohnungen gilt eine Miete von rund 6 Mark je m². Im freifinanzierten Wohnungsbau wurde 1980 in verschiedenen Großstädten erstmals eine Bruttokaltmiete von etwa 10,00 DM gezahlt. Dies geht aus dem Mietenbericht des Wohnungsministeriums hervor. –
Mexiko, viertgrößter Ölproduzent der Welt, mußte den Ölverbrauch in seinem eigenen Land rationieren. Das Land befinde sich, wie Präsident Portillo erklärte, in der absurden Lage, daß die Raffinerien nicht ausreichten, den Bedarf zu befriedigen. Einige Erdölprodukte müßten sogar importiert werden. Tags zuvor hatte das Land infolge der derzeitigen Überschwemmung des Ölmarkts seinen Exportpreis um zwei Dollar senken müssen. –
Die acht größten Ölgesellschaften der Welt haben 1980 einen Jahresüberschuß von 25 Milliarden Dollar eingesteckt. Damit haben sie nach Angaben der Deutschen Shell ihre Gewinne um 10% erhöht. Die Bruttoinvestitionen beliefen sich auf 32,6 Mrd. Dollar. –
In der US-Autoindustrie hat die Produktion den niedrigsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Statt dem mit gewaltigen Investitionen herbeigerufenen Aufschwung bröckelte der Absatz weiter ab. Von den Gewerkschaften verlangen die Konzerne einen Lohnverzicht. Die dreijährigen Tarifverträge laufen noch bis September. –
US Steel kann jetzt den Marathon-Ölkonzern aufkaufen, nachdem die Gerichte der ebenfalls an einem Aufkauf interessierten Mobil Oil aus kartellrechtlichen Gründen eine Fusion untersagt haben. Der Stahlkonzern, der ansonsten ständig um Subventionen ansteht und soeben gegen die europäische Billigkonkurrenz zu Felde zieht, legt für das Geschäft 6,3 Mrd. Dollar auf den Tisch. –

Machtpoker im Textilhandel
EG und USA drücken den Entwicklungsländern neues Textilabkommen auf
frb. Das dritte Welttextilabkommen ist abgeschlossen, doch die eigentlichen Ergebnisse werden erst noch folgen. Dann nämlich, wenn die EG im April
tens der EG eingestandenermaßen als Selbstbedienungsladen für einseitige Einfuhrbeschränkungen diente, wurde jetzt abgesehen. Dafür aber findet sich
Einfuhrquoten auszunehmen, wie dies gegenüber den Mittelmeerländern schon praktiziert wird.
der sie dann Maschinen und Industriewaren in den entwickelten Ländern kaufen dürfen. Tatsächlich ist es sogar noch ein Glück für sie, daß andere Kapitalisten gleichzeitig um ihren Markt fürchten. Hält doch der westdeutsche Maschinenbau nahezu ein Drittel des Weltmarktes für Textilmaschinen. Und ist die Textilindustrie der Dritten Welt ein profitträchtiges Absatzfeld für die chemische Industrie. Die Bun-
berücksichtigen und die Einheit insgesamt zu wahren. Hongkong, Südkorea, Macao (Taiwan ist kein Mitglied des Abkommens) werden ihre Exporte in die EG um 10% kürzen, wenn die freiwerdenden Quoten anderen Entwicklungsländern zugeschlagen werden.
Solidarität der Unterdrückten?
Es läßt sich nicht abstreiten, daß die
Argumente sind auch nicht weit. Die EG macht geltend, ihre Exporte in die USA seien von 1979 bis 1980 um fast die Hälfte gefallen. Auch letztes Jahr seien sie mehr gefallen als der US-Verbrauch, lediglich die Röhrenlieferungen bildeten eine Ausnahme. Dies beruhe auf einer außergewöhnlichen Nachfrage der Ölkonzerne in den USA. Die USA halten dagegen, die Stahlexporte seien subventioniert.
Die Gefahr ist groß, daß sich dieser Konflikt rasch auf andere Bereiche ausweitet. Alle wichtigen Industrien sind in allen Ländern von ausländischer Konkurrenz bedroht und andererseits vom Export abhängig. Der Griff zur Importbeschränkung liegt nahe, der Gegenzug wäre herausgefordert, der Außenhandel würde allseits eingeschnürt, die weltweite Krise enorm verschärft.
Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr um 0,3% hinter seinem Vorjahresbetrag zurückgeblieben. 1980 hatte das Wachstum 1,8% betragen, 1979 4,4%. Auf Halbjahre berechnet soll das Sozialprodukt in der zweiten Hälfte 1981 geringfügig über den Stand des ersten Halbjahres gewachsen sein. Da die Abschreibungen, die im Bruttosozialprodukt enthalten sind, wiederum einen größeren Anteil beanspruchen, ist das Volkseinkommen sogar noch mehr gesunken. –
Die Arbeitslosenquote in der EG ist im November auf 8,8 Prozent gestiegen. Damit waren knapp 10 Millionen Menschen als Arbeitslose registriert. Die höchsten Quoten verzeichnen Belgien, Großbritannien Irland und Italien. –
Österreichs Regierung hat ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm beschlossen. Es belastet den öffentlichen Haushalt mit 8,7 Mrd. Mark. Im einzelnen ist der Bau eines internationalen
Bau von 5000 Mietwohnungen und 150 Mio. Mark für die Altbausanierung. Ertragsschwachen Unternehmen wird mit einer sechsprozentigen Investitionsprämie unter die Arme gegriffen, bei Bahn und Post werden Bauvorhaben vorgezogen. –
In Frankreich wird das Mietrecht geändert. Nach eigenem Bekunden verfolgt die Regierung mit ihrem neuen Gesetz-
Die Woche im Rückblick
entwurf eine Stärkung der Position der Mieter. Die Mieterhöhungen sollen eingedämmt werden. Der Mieter soll künftig wählen können zwischen einem Dreijahresvertrag ohne Kündigungsrecht des Vermieters und einem Sechsjahresvertrag mit automatischer Verlängerung um drei Jahre sowie Kündigungsrecht des Vermieters in be-
Die Mietobergrenzen für neu gebaute Sozialwohnungen liegen derzeit zwischen 4,20 DM und 6,50 DM je m². Für die Mehrzahl der Wohnungen gilt eine Miete von rund 6 Mark je m². Im freifinanzierten Wohnungsbau wurde 1980 in verschiedenen Großstädten erstmals eine Bruttokaltmiete von etwa 10,00 DM gezahlt. Dies geht aus dem Mietenbericht des Wohnungsministeriums hervor. –
Mexiko, viertgrößter Ölproduzent der Welt, mußte den Ölverbrauch in seinem eigenen Land rationieren. Das Land befinde sich, wie Präsident Portillo erklärte, in der absurden Lage, daß die Raffinerien nicht ausreichten, den Bedarf zu befriedigen. Einige Erdölprodukte müßten sogar importiert werden. Tags zuvor hatte das Land infolge der derzeitigen Überschwemmung des Ölmarkts seinen Exportpreis um zwei Dollar senken müssen. –
Die acht größten Ölgesellschaften der
steckt. Damit haben sie nach Angaben der Deutschen Shell ihre Gewinne um 10% erhöht. Die Bruttoinvestitionen beliefen sich auf 32,6 Mrd. Dollar. –
In der US-Autoindustrie hat die Produktion den niedrigsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Statt dem mit gewaltigen Investitionen herbeigerufenen Aufschwung bröckelte der Absatz weiter ab. Von den Gewerkschaften verlangen die Konzerne einen Lohnverzicht. Die dreijährigen Tarifverträge laufen noch bis September. –
US Steel kann jetzt den Marathon-Ölkonzern aufkaufen, nachdem die Gerichte der ebenfalls an einem Aufkauf interessierten Mobil Oil aus kartellrechtlichen Gründen eine Fusion untersagt haben. Der Stahlkonzern, der ansonsten ständig um Subventionen ansteht und soeben gegen die europäische Billigkonkurrenz zu Felde zieht, legt für das Geschäft 6,3 Mrd. Dollar auf den Tisch. –

Machtpoker im Textilhandel

EG und USA drücken den Entwicklungsländern neues Textilabkommen auf

frb. Das dritte Welttextilabkommen ist abgeschlossen, doch die eigentlichen Ergebnisse werden erst noch folgen. Dann nämlich, wenn die EG im April mit den knapp 30 Lieferländern in zweiseitige Verhandlungen tritt, um die Quoten und Bedingungen im einzelnen festzusetzen. Der Genfer Abkommenstext ist so vage und interpretationsfähig, daß die handelspolitisch stärkere Seite – also die Industrieländer – zu praktisch nichts verpflichtet wird und sie in ihrer Importpolitik weitgehend einseitig entscheiden kann. Unter diesen Vorzeichen wird es den EG-Außenministern am 25./26. Januar nicht schwer fallen, zunächst ihre formelle Zustimmung zu dem verlängerten Abkommen zu geben.

Dritte Welt ausgesperrt

Das neue Abkommen wird bis Ende Juli 1986 laufen. Sein wohl wichtigster Punkt ist die Beschränkung des Importzuwachses in den Industrieländern unter der bisherigen Zuwachsrate.

Im zweiten Textilabkommen, das mit dem Ende des vorigen Jahres ausgelaufen ist, wurde den Entwicklungsländern ein Zuwachs ihrer Lieferungen von jährlich 6% zugestanden. Damit sollte ihnen in begrenztem Rahmen die Möglichkeit eingeräumt werden, nicht nur am wachsenden Markt teilzunehmen, sondern auch in Wettbewerb um Marktanteile gegenüber Konkurrenten aus Industrieländern zu treten. Schon bisher freilich war diese Regelung durch zahlreiche Ausnahmen eingeschränkt, gedeckt durch eine entsprechende Klausel im alten Abkommen. Von einer Erneuerung dieser Klausel über „vernünftige Abweichungen" (reasonable departure clause), die seitens der EG eingestandenermaßen als Selbstbedienungsladen für einseitige Einfuhrbeschränkungen diente, wurde jetzt abgesehen. Dafür aber findet sich im jetzigen Vertragstext überhaupt keine wenigstens in Worten garantierte Zuwachsrate mehr, und die Praxis der bisherigen Ausnahmeklausel findet sich in zahlreichen Einzelinstrumenten wieder.

Für eine Reihe wichtiger Produkte wird der Importzuwachs auf „über Null", also etwa 0,1% festgesetzt, für andere Produkte, wo die Industrieländer ohnehin stärker sind, sollen höchstens 4% zugestanden worden sein. Andere Berichte – so die Financial Times vom 29.12. – rechnen gar mit einer Begrenzung des Importzuwachses auf unter 1%. Eine weitere Klausel verbietet, daß Lieferländer, die die ihnen zugestandene Quote nicht ausgefüllt haben, dies nachholen können.

Praktisch hat die EG ihren Markt damit für eine weitere Zunahme der Textilimporte aus Entwicklungsländern zugemacht. Die einschlägigen Berichte jubilieren, die EG hätte ihre Position trotz ihrer anfänglichen Isolierung vollständig durchgesetzt, wofür eine Positionsänderung der USA von wesentlicher Bedeutung war. Auch Gesamttextil zeigt sich zufrieden: „In Genf wurden die Weichen richtig gestellt, das Ergebnis ist als Kompromiß vertretbar." Und Bertold Keller erklärte für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, die sich in dieser Frage an der Seite der Textilkapitalisten fand, mit dem velängerten Abkommen seien ihre Hauptforderungen erfüllt worden. Ein Schönheitsfehler bloß, daß es der EG nicht gelungen ist, die Re-Importe der im Ausland produzierenden einheimischen Kapitalisten gleich ganz von den Einfuhrquoten auszunehmen, wie dies gegenüber den Mittelmeerländern schon praktiziert wird.

Verschärfung der Nord-Süd-Widersprüche

Das Verhandlungsergebnis ist das Ergebnis eines reinen Machtpokers. Die Entwicklungsländer hatten mindestens eine feste zeitliche Begrenzung für neue Handelsbeschränkungen gefordert. Schließlich aber blieb ihnen nicht viel anderes übrig, als zuzustimmen. Die Textilindustrie ist die entwickelste ihrer Industrien, und wenn sie überhaupt davon wegkommen wollen, ausschließlich den Rohstofflieferanten zu spielen, so müssen sie gerade Textilprodukte in die Industrieländer liefern. Und die EG ist mit einem Anteil von 40% der größte Markt für Textilprodukte. Die Entwicklungsländer mußten nehmen, was ihnen geboten wurde.

Schon hat die EG-Kommission angekündigt, solle sie in den Verhandlungen mit den einzelnen Ländern ihre Vorstellung nicht durchdrücken können, so würden unter Beachtung der dreimonatigen Kündigungsfrist die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, damit die EG ab 1983 dem Textilabkommen nicht mehr verpflichtet sei. Zweiseitige Verhandlungen wären dann ganz unnötig, die EG könnte dann die Textileinfuhr nach ihrem Belieben beschränken.

Umgekehrt haben die Entwicklungsländer keine Druckmittel in der Hand. Mit Freude dürfen sie weiterhin Rohstoffe liefern, wenn sie billig genug sind. Einschließlich der Baumwolle usw. für die Textilindustrie in den Industrieländern. Und sie müssen froh sein über jede Deviseneinnahme, mit der sie dann Maschinen und Industriewaren in den entwickelten Ländern kaufen dürfen. Tatsächlich ist es sogar noch ein Glück für sie, daß andere Kapitalisten gleichzeitig um ihren Markt fürchten. Hält doch der westdeutsche Maschinenbau nahezu ein Drittel des Weltmarktes für Textilmaschinen. Und ist die Textilindustrie der Dritten Welt ein profitträchtiges Absatzfeld für die chemische Industrie. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation weiß z.B. folgenden Tip: „Die Branche der Hersteller chemischer Hilfsstoffe für die Textilindustrie ist in enger Zusammenarbeit mit dem Ausland ausgebaut worden, wobei Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland diese Kooperation maßgeblich mittragen." Die Rede ist hier nicht von Hongkong oder Süd-Korea, sondern von Indonesien; es könnte aber auch Brasilien, Pakistan, Mexiko oder die Philippinen sein.

Es ist wahr, daß Hongkong, Taiwan, Südkorea und Macao rund die Hälfte der fraglichen Einfuhren auf sich konzentrieren. Darin drückt sich auch die unsinnige Einseitigkeit aus, mit der dort Industrialisierung betrieben wird. Tatsächlich aber geht es um eine Frage, die die Entwicklungsländer überhaupt berührt. Es geht darum, ob die Entwicklung des Weltmarktes nur solange stattfindet, solange dies den entwickelten kapitalistischen Ländern Vorteile bietet, oder ob sich die Länder der Dritten Welt eine wenigstens formell gleiche Beteiligung am Welthandel erkämpfen können.

Das neue Textilabkommen nennt vier Kategorien von Entwicklungsländern: dominierende Exporteure, neue Anbieter auf einem bestimmten Markt, kleine Lieferländer und baumwollproduzierende Exportländer. Dahinter steckt einerseits der Versuch der Spaltung seitens der Industrieländer. Andererseits enspricht dies aber auch einer Differenzierung, die die Entwicklungsländer bereits in einer Vorkonferenz erwogen hatten, um Unterschiede zu berücksichtigen und die Einheit insgesamt zu wahren. Hongkong, Südkorea, Macao (Taiwan ist kein Mitglied des Abkommens) werden ihre Exporte in die EG um 10% kürzen, wenn die freiwerdenden Quoten anderen Entwicklungsländern zugeschlagen werden.

Solidarität der Unterdrückten?

Es läßt sich nicht abstreiten, daß die Billigimporte die Krise der letzten Jahre in der Textilindustrie verschärft haben. Aber Krise gibt es auch in verschiedenen Entwicklungsländern. Pakistan etwa, dessen Textilindustrie 40% der Industriearbeiter beschäftigt, hat im vergangenen Jahr 309 Mio. m² Baumwollstoff produziert, während es 1971/72 noch 658 Mio. m² waren. 44% der Webekapazität steht still. Die philippinische Textilindustrie läuft mit 60% Auslastung, 17000 Arbeiter wurden letztes Jahr gefeuert. Ähnlich sieht es in anderen Ländern aus. Die Stellung der Arbeiter dort verbessert sich nicht dadurch, daß ihren Produkten der Absatz abgeschnitten wird.

Wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist, muß die Position der Länder der Dritten Welt gegenüber den sie unterdrückenden und ausbeutenden Industrieländern stärken; auch die Bedingungen für die innere Umwälzung reifen so am ehesten. Man denke sich bloß, die Methode des Textilabkommens würde auf alle Industrieprodukte der Dritten Welt ausgedehnt, sobald sie konkurrenzfähig werden. Die bestehenden Widersprüche würden sich noch vertiefen. Nicht umsonst ist die Forderung nach Aufhebung der Handelsschranken für die Industrieprodukte der Entwicklungsländer Bestandteil der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Das Elend und die Abhängigkeit der Dritten Welt wird damit einer seiner Wurzeln beraubt. Ein allgemeiner Handelsboykott dagegen nützt den Arbeitern und Bauern in den Entwicklungsländern auch langfristig nichts.

Ein weiterer Schlag für die Revolution

Der Zusammenbruch der iranischen Wirtschaft

Die innenpolitische Lage im Iran wird immer düsterer. In einer Erklärung, die der im Exil lebende Führer der Volksmoudjahedin Ende Dezember an die französische Zeitung Le Monde schickte, spricht er von 3500 Toten und über 20000 politischen Gefangenen in der Zeit von Juni bis jetzt. Es gibt offensichtlich Machtkämpfe in den Reihen der Mullahs und der Islamisch Republikanischen Partei – der Innenminister Nekravesch ist ohne Angabe von Gründen zurückgetreten, die Besetzung des Postens eines Außenministers hat lange gedauert. Velayati, der schließlich auf diesen Posten gesetzt wurde, war vorher als Ministerpräsident abgelehnt worden, er sei zu jung für den Posten. Die Repression gegen die Kräfte der Opposition und die kurdischen Befreiungskämpfer verschärft sich immer mehr, Nachrichten über Widerstandsaktionen werden demgegenüber spärlicher. Deshalb verdient der Streik, den die Arbeiter des staatlichen Automobilwerkes „Iran National“ in der vergangenen Woche durchgeführt haben, besondere Beachtung. Bei seiner Zerschlagung sollen sieben Arbeiter erschossen worden sein. – Wir veröffentlichen hier einen Artikel aus „Le Monde diplomatique“ über die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes, die zwar durch den Krieg mit Irak noch verschärft wird, für die aber die Planlosigkeit und das Fehlen jeglicher Strukturveränderung die eigentlichen Ursachen bilden.

Seit der Errichtung der islamischen Republik vor drei Jahren haben sich die verschiedenen aufeinanderfolgenden Verantwortlichen kaum um die wirtschaftliche Krise gesorgt, die sie von dem Regime des Schah geerbt haben und die inzwischen alle Schichten der Bevölkerung trifft. Die Oppositionsbewegungen, insbesondere die Volksmoudjahedin – linksislamisch – werden beschuldigt, schuld an allen Übeln, die den Iran nach der Revolution bedrücken, zu sein.

Verbirgt sich hinter dieser Priorität, die man der ideologischen Auseinandersetzung auf Kosten einer strukturellen Neuorganisation der Wirtschaft beimißt, uneingestandene Unfähigkeit, Ohnmacht oder der begründete Wunsch, nichts in diesem Bereich zu verändern? Jede Initiative, die seit der Revolution ergriffen wurde, zeigt nur, daß das Regime des Imam Khomeiny bereit ist, *die* Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die seit der Herrschaft des Schah in Kraft ist.

Seit dem Staatsstreich des CIA im Jahre 1953 gegen die Regierung Mossadegh fand eine wirtschaftliche Rekonstruktion von Grund auf statt, die wesentlich durch die beschleunigte Integration in die Weltwirtschaft charakterisiert ist nach dem klassischen Schema: Export von Rohstoffen (Erdöl) und Import von Fertigwaren.

Nach der Vervierfachung des Preises für das schwarze Gold 1973 besteht eine vollständige Abhängigkeit der industriellen Entwicklung vom Erdöl. Somit war die iranische Wirtschaft am Vorabend der Revolution in einem Teufelskreis gefangen: Die Steigerung der Erdölexporte überschwemmt das Land mit Petrodollars; die Aufblähung der Einkommen führt zu einer stark wachsenden Nachfrage, welche einen Inflationsschub hervorruft, der um so heftiger wirkt, als der Produktionsapparat im Innern nicht in der Lage ist, diese Nachfrage zu befriedigen; die Übernahme westlicher Konsumgewohnheiten richtet die Nachfrage auf ausländische Waren, die Importe wachsen, und der Erdölexport muß gesteigert werden, um sie zu bezahlen.

Einige Zahlen: Von 1969 bis 1973 stiegen die Importe mit dem massiven Zustrom an Petrodollars aus dem Industrieländern um 80% auf 3 Mrd. Dollar im Jahr; seit dem Jahr der Vervierfachung des Bruttopreises findet ein neuer Sprung statt, die Importrechnung beträgt 10.5 Mrd. Dollar in den Jahren 1974/75, 16 Mrd. in 1976/77 und fast 18 Mrd. in 1978/79; sie machen damit ¼ des Bruttosozialproduktes aus. Diese Importpolitik, die zum Nachteil der inneren Produktion betrieben wird, verwandelt den Iran rasch in ein Land mit einer Monostruktur: Von 1975/75 bis 1978/79 macht das Erdöl im Schnitt 70% der Staatseinnahmen aus; die Einnahmen aus der

hängigkeit vom Ölexport noch gewachsen.
Seit 1974 konnte der Iran auf die Stabilität seiner Exporte rechnen – ungefähr 5 Mio. Barrel am Tag. Aber diese sind seit der Revolution kontinuierlich gesunken. Seit April 1979 fallen sie auf 2,4 Mio. Barrel pro Tag. Der Rausschmiß ausländischer Experten, die Säuberungen gegenüber iranischen Ingenieuren und Technikern wegen ihrer „Bindungen an das alte Regime“, die permanente Sabotage an technischen Einrichtungen durch arabische Autonomisten aus Khouzistan ließen sie von neuem um fast 50% sinken. Westliche Spezialisten schätzen die tägliche Ausbeute auf 1,3 Mio. Barrel im Schnitt der Monate Januar bis April 1980, mit Einbrüchen auf weniger als 700000 Barrel. Im August gibt der Erdölminister Ali Akbar Moinfar offiziell zu, daß kaum 1 Mio. Barrel pro Tag überschritten werden, ein Niveau, das aber über große Strecken des Jahres 1981 trotz des Krieges mit dem Irak und des Verlusts der Raffinerie Abadan gehalten werden konnte. Dennoch fiel die Ölausfuhr seit einem nicht näher bekannten Datum – das Kriegsrecht, das seit dem Ausbruch der
der finsteren Sabotage durch „Agenten des Imperialismus“; aber die von der Revolution an die Macht getragenen Ökonomen beschuldigen den herschenden klerikalen Apparat, sich systematisch jeder grundlegenden Reform der Wirtschaftsstruktur, die das Schah-Regime geschaffen hat, zu widersetzen. Die drei nacheinander verabschiedeten Haushaltspläne seit der Revolution verraten in der Tat keinerlei Anstrengungen, die Gewinne aus dem Erdölgeschäft – wie sehr die Förderung auch gesunken sei – der Inlandsproduktion zuzuführen: Während diese nicht mal die Nachfrage befriedigen kann, bleiben die Erdöleinnahmen, die zugleich die Inflation anheizen, ausnahmslos dem Erwerb ausländischer Erzeugnisse vorbehalten. Der Teufelskreis der Abhängigkeit bleibt intakt.
Nach den am 15. Juni 1980 von der Zollverwaltung veröffentlichten Statistiken beliefen sich die Importe 1979/80 auf 9,8 Mrd. Dollar, während die Ausfuhr von anderen als Erdölprodukten nur 795 Mio. Dollar betrug: Das Defizit im Außenhandel stieg somit – ohne Öl – auf mehr als 9 Mrd. Dollar. 1980/81 hatte dieses Defizit die

mit war die iranische Wirtschaft am Vorabend der Revolution in einem Teufelskreis gefangen: Die Steigerung der Erdölexporte überschwemmt das Land mit Petrodollars; die Aufblähung der Einkommen führt zu einer stark wachsenden Nachfrage, welche einen Inflationsschub hervorruft, der um so heftiger wirkt, als der Produktionsapparat im Innern nicht in der Lage ist, diese Nachfrage zu befriedigen; die Übernahme westlicher Konsumgewohnheiten richtet die Nachfrage auf ausländische Waren, die Importe wachsen, und der Erdölexport muß gesteigert werden, um sie zu bezahlen.
Einige Zahlen: Von 1969 bis 1973 stiegen die Importe mit dem massiven Zustrom an Petrodollars aus dem Industrieländern um 80% auf 3 Mrd. Dollar im Jahr; seit dem Jahr der Vervierfachung des Bruttopreises findet ein neuer Sprung statt, die Importrechnung beträgt 10.5 Mrd. Dollar in den Jahren 1974/75, 16 Mrd. in 1976/77 und fast 18 Mrd. in 1978/79; sie machen damit ¼ des Bruttosozialproduktes aus. Diese Importpolitik, die zum Nachteil der inneren Produktion betrieben wird, verwandelt den Iran rasch in ein Land mit einer Monostruktur: Von 1975/75 bis 1978/79 macht das Erdöl im Schnitt 70% der Staatseinnahmen aus; die Einnahmen aus der
Inlandsproduktion, die nicht an das Öl gebunden ist, übersteigen kaum die Marke von 5%.

Mit der Revolution übernimmt das neue Regime eine Wirtschaftsordnung, die vollständig auf Erdölexport und der Einfuhr von Fertigwaren beruht. Die lebensnotwendigen Sektoren hängen vom Ausland ab, sofern sie nicht aus den Fugen geraten oder todkrank sind wie die Landwirtschaft, der Schlüssel für das Gebäude der Unabhängigkeit. Aber wie sieht es heute in dieser Beziehung aus?

Im vergangenen Oktober gestand Mohammad Taghi Banki, beratender Minister und Direktor der Organisation für Planung und Haushalt ein, daß „fast drei Jahre nach der Revolution die iranische Wirtschaft immer noch am Erdöl hängt, eine schmerzhafte Realität“.

In der Tat hat diese Abhängigkeit seit dem Sturz des Schah-Regimes nicht aufgehört zu wachsen: Nach offiziellen Angaben betrugen die Einnahmen aus dem Öl 1979/80 71%, dann 75% in den Jahren 1980/81, und ihr Anteil hat sich im Laufe '81 noch merklich erhöht. Das vom islamischen Parlament abgenommene Budget für die Jahre 1981–82 beläuft sich auf 39 Mrd. Dollar, wovon 19 Mrd. – also 50% – aus dem Erdölsektor stammen. Aber stellt man in Rechnung, daß die Behörden mit einer Ölausführ von 2,5 Mio. Barrel pro Tag rechnen, um ein Haushaltsdefizit zu decken, das die Regierung auf 9 Mrd. Dollar schätzt (und das nach inoffiziellen Angaben noch höher liegt), dann vertraut der Haushaltsplan 1981/82 sogar „zu 80% auf die Finanzierung ausschließlich aus den Öleinnahmen“. Mithin ist die Abhängigkeit vom Ölexport noch gewachsen.

Seit 1974 konnte der Iran auf die Stabilität seiner Exporte rechnen – ungefähr 5 Mio. Barrel am Tag. Aber diese sind seit der Revolution kontinuierlich gesunken. Seit April 1979 fallen sie auf 2,4 Mio. Barrel pro Tag. Der Rausschmiß ausländischer Experten, die Säuberungen gegenüber iranischen Ingenieuren und Technikern wegen ihrer „Bindungen an das alte Regime“, die permanente Sabotage an technischen Einrichtungen durch arabische Autonomisten aus Khouzistan ließen sie von neuem um fast 50% sinken. Westliche Spezialisten schätzen die tägliche Ausbeute auf 1,3 Mio. Barrel im Schnitt der Monate Januar bis April 1980, mit Einbrüchen auf weniger als 700000 Barrel. Im August gibt der Erdölminister Ali Akbar Moinfar offiziell zu, daß kaum 1 Mio. Barrel pro Tag überschritten werden, ein Niveau, das aber über große Strecken des Jahres 1981 trotz des Krieges mit dem Irak und des Verlusts der Raffinerie Abadan gehalten werden konnte. Dennoch fiel die Ölausfuhr seit einem nicht näher bekannten Datum – das Kriegsrecht, das seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Kraft ist, verbietet die Verbreitung strategischer Informationen – erneut um die Hälfte und betrug Ende September 1981 nicht mehr als 0,5 Mio. pro Tag.

Lebensmitteleinfuhren auf dem Höchststand

Der beständige Fall der Öleinnahmen hat ernste Auswirkungen auf den Staatshaushalt: 1980/81 wurde er deshalb mehrfach nach unten revidiert, der Betrag der Einkünfte aus diesem Sektor – insgesamt ¾ des Haushalts – war ursprünglich auf 23,2 Mrd. Dollar beziffert worden und mußte auf 11,8 Mrd. Dollar korrigiert werden. Der Krieg mit dem Irak, der totale Ausfuhrstopp im Oktober 1980, dem eine schwache Belebung folgte, haben das Haushaltsdefizit auf mehr als 10 Mrd. Dollar 1980/81, trotz mehrerer „dringlicher Anpassungsmaßnahmen“, klettern lassen.

Wenngleich durch das Kriegsrecht und das Verbot oppositioneller Zeitungen die Informationen begrenzt sind, lassen die Angaben, die hin und wieder aus offziellen Quellen tröpfeln, vermuten, daß sich die Wirtschaft heute in ernsten Schwierigkeiten befindet. Im vergangenen April zeichnete der Premierminister ein düsteres Bild der Lage: Die gesamte Schuldenlast des Iran hatte sich von März 1978 bis März 1981 verdoppelt, auf fast 25 Mrd. Dollar.

Wo liegt die Verantwortung? Die islamischen Behörden argumentieren immer mit der von der Schah-Regierung überkommenen Verwaltung und der finsteren Sabotage durch „Agenten des Imperialismus“; aber die von der Revolution an die Macht getragenen Ökonomen beschuldigen den herschenden klerikalen Apparat, sich systematisch jeder grundlegenden Reform der Wirtschaftsstruktur, die das Schah-Regime geschaffen hat, zu widersetzen. Die drei nacheinander verabschiedeten Haushaltspläne seit der Revolution verraten in der Tat keinerlei Anstrengungen, die Gewinne aus dem Erdölgeschäft – wie sehr die Förderung auch gesunken sei – der Inlandsproduktion zuzuführen: Während diese nicht mal die Nachfrage befriedigen kann, bleiben die Erdöleinnahmen, die zugleich die Inflation anheizen, ausnahmslos dem Erwerb ausländischer Erzeugnisse vorbehalten. Der Teufelskreis der Abhängigkeit bleibt intakt.

Nach den am 15. Juni 1980 von der Zollverwaltung veröffentlichten Statistiken beliefen sich die Importe 1979/80 auf 9,8 Mrd. Dollar, während die Ausfuhr von anderen als Erdölprodukten nur 795 Mio. Dollar betrug: Das Defizit im Außenhandel stieg somit – ohne Öl – auf mehr als 9 Mrd. Dollar. 1980/81 hatte dieses Defizit die Marke von 11,4 Mrd. Dollar erreicht, was so ziemlich den Erdöleinnahmen eines Jahres entspricht. Wenngleich es zu früh ist, um den Anstieg der Einfuhren für das Jahr 1981 abzuschätzen, weist alles auf eine deutliche Steigerung hin.

Nach Angaben der OECD waren 1980/81 die wichtigsten Lieferländer des Iran: Japan (13,8%), Westdeutschland (13,2%), Großbritannien (8%), Frankreich (6,3%), Italien (5%), Niederlande (3,1%), Spanien (2,9%), Australien (2,5%), die Schweiz (2,4%); der Anteil der EG insgesamt belief sich auf 40%. Während auf der einen Seite die USA völlig aus dem iranischen Markt verdrängt wurden – sie standen am Vorabend der Revolution an erster Stelle seiner Lieferanten (15,8% der Importe) – ist auf der anderen Seite keine Auskunft über den Handel mit den Ostblockländern erhältlich. 1977/78 waren die Länder der OECD mit 85% an den Gesamtverkäufen an den Iran, die Länder des Ostens mit 6% beteiligt; für 1980/81 – der Anteil der OECD war auf 70% gefallen – schätzen bestimmte Beobachter, daß der Handel mit dem Ostblock fühlbar gesteigert wurde.

Trotz der wirtschaftlichen Sanktionen, die die Regierungen des Westens vom Mai 1980 bis Januar 1981 als Antwort auf die Geißelnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran gegen den Iran verhängt hatten, hat die EG es mehr oder weniger geschafft, das Niveau ihrer Exporte während der ganzen Periode des „Boykotts“ zu halten: mit einem Minus von nur 3,7%, gemäß der o.g. Studie. Darüberhinaus haben bestimmte europäische Länder, die von Teheran als „Speerspitze des Imperialismus“ und „Feinde der islamischen Revolution“ betrachtet werden, ihre Exporte seit dem Sturz des Schah merklich steigern können. Das gilt vor allem für Großbritannien, das nicht nur auf einen wachsenden Anteil am Handel mit dem Iran blicken kann – 8% 1980/81 gegenüber 6,9% 1977/78 –, sondern das nach der Ausschaltung der USA zum drittgrößten Lieferanten des Iran aufstieg.

Die Struktur der iranischen Einfuhr im Jahr 1980 enthüllt das Ausmaß der Abhängigkeit vom Weltmarkt, vor allem im lebenswichtigen Bereich der Landwirtschaft. Mehr als 6 Mrd. Dollar wurden (wiederum nach der genannten Veröffentlichung der Zollverwaltung vom Juni 1980) – das ist mehr als die Hälfte der Käufe im Ausland – allein für die Lebensmitteleinfuhr ausgegeben.

1973/74 hatte der Iran für 900 Mio. Dollar Lebensmittel importiert; 1975/76 für 1,4 Mrd. und 1977/78 für mehr als 2 Mrd. Dollar. Zwei Jahre nach der Revolution waren diese Käufe um mehr als 300%, verglichen mit dem letzten Jahr unter dem Schah, angewachsen, was eine Vorstellung vom totalen Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion im Innern vermittelt. Das islamische Regime versucht, diese Wirklichkeit zu verschleiern, indem es die Information der Zensur unterwirft; aber die Schätzungen der Zentralbank, die von oppositionellen Zeitungen einige Wochen vor ihrem Verbot veröffentlicht wurden, stellten eine Wachstumsrate der Landwirtschaft – einschließlich Viehzucht und Fischfang – von 2,5% für 1979/80 und ein Nullwachstum für 1980/81 fest. Über Umfang und Art der landwirtschaftlichen Importe sind überhaupt keine aktuellen Zahlen zu haben. Der letzten Untersuchung aus der Zeit vor der Revolution zufolge deckte der Iran nach offiziellen Angaben vor allem folgenden Bedarf im Ausland: 97% des verbrauchten Reises – Reis ist Grundnahrungsmittel der Iraner –, mehr als 25% des benötigten Weizens, mehr als 40% an Fleisch, mehr als 50% seiner Futtermittel, 50% des Zuckers und 80% der Molkereiprodukte ... Und nichts deutet auf eine Tendenzwende in der Art der Importe seit der Revolution hin. Dagegen stellt eine Studie des amerikanischen Landwirtschaftsamtes vom April '81 eine Änderung der Warenströme zugunsten von Australien und der EG, vor allem Frankreichs, fest auf Kosten der USA, und zwar insbesondere was die Einfuhr von Getreide und Zucker betrifft.

Im industriellen Bereich haben sich die Importe, wie es scheint, deutlich verringert, nachdem der Weggang ausländischer Experten die laufenden, in den letzten Jahren des Schah geförderten Großprojekte schwer getroffen

stellten eine Wachstumsrate der Landwirtschaft – einschließlich Viehzucht und Fischfang – von 2,5% für 1979/80 und ein Nullwachstum für 1980/81 fest. Über Umfang und Art der landwirtschaftlichen Importe sind überhaupt keine aktuellen Zahlen zu haben. Der letzten Untersuchung aus der Zeit vor der Revolution zufolge deckte der Iran nach offiziellen Angaben vor allem folgenden Bedarf im Ausland: 97% des verbrauchten Reises – Reis ist Grundnahrungsmittel der Iraner –, mehr als 25% des benötigten Weizens, mehr als 40% an Fleisch, mehr als 50% seiner Futtermittel, 50% des Zuckers und 80% der Molkereiprodukte ... Und nichts deutet auf eine Tendenzwende in der Art der Importe seit der Revolution hin. Dagegen stellt eine Studie des amerikanischen Landwirtschaftsamtes vom April '81 eine Änderung der Warenströme zugunsten von Australien und der EG, vor allem Frankreichs, fest auf Kosten der USA, und zwar insbesondere was die Einfuhr von Getreide und Zucker betrifft.
Im industriellen Bereich haben sich die Importe, wie es scheint, deutlich verringert, nachdem der Weggang ausländischer Experten die laufenden, in den letzten Jahren des Schah geförderten Großprojekte schwer getroffen
hatte wie auch bestimmte Industriezweige, z.B. die Stahlindustrie. Dennoch scheint aus den jüngsten Erklärungen der islamischen Führer hervorzugehen, daß die Behörden ins Auge fassen, eventuell ihre totale Weigerung, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, zurückzunehmen und insbesondere die Mitwirkung von Experten aus solchen Ländern zu gestatten, die nicht gegen die Revolution gearbeitet haben. Übrigens wird die iranische Industrie durch den Mangel an Halbfabrikaten und Rohstoffen beeinträchtigt, da die Importe noch immer durch strittige Finanzierungsmodelle mit mehreren Ländern behindert werden, was all die in Planung befindlichen Transaktionen betrifft.

Aber die schwerwiegendsten Probleme, denen sich die Industrie gegenübersieht, resultieren einerseits aus dem völligen Mangel an wirtschaftlicher Planung – das Regime hat sich noch immer nicht zu einer zusammenhängenden abgestimmten Entwicklung entschlossen – und andererseits aus dem schlechten sozialen und politischen Klima in den verstaatlichten Unternehmen. Nach den verschiedenen Säuberungswellen ziehen die Betriebsleiter eine abwartende Haltung vor gegenüber Entscheidungen, für die sie heftig kritisiert werden könnten. Somit waren die industriellen Kapazitäten im Juni 1980 nur zu 15% ausgelastet, wie ausländische Beobachter berichten. Nach offiziellen Angaben hat die Automontage 1980/81 gerade 50% ihres Normalstandes erreicht, und die großen Maschinenfabriken von Tabriz und Arak – errichtet von der Sowjetunion und lebenswichtig für die Industrie – waren weiterhin durch die unlösbaren inneren politischen Widersprüche gelähmt ... Diese wenigen Fakten mögen zu einer Erklärung dafür beitragen, warum mehr als 4 Mrd. Dollar – von insgesamt 11,4 Mrd. – in den Jahren 1980/81 für die Einfuhr von industriellen Vor- und Endprodukten ausgegeben wurden.

Amtliche Preise und freier Markt

Die Unfähigkeit des Regimes, den Rückfluß der Erdölgewinne in einen kaum existierenden oder quasi totkranken Produktionsapparat zu organisieren, ruft heftige inflationäre Schübe hervor, die zu einem Anschwellen der Einfuhr ausländischer Waren führen. Der Preisindex – er wird im Iran auf der Basis der Preise von 376 Produkten und Dienstleistungen ermittelt – ist nach den Schätzungen der Zentralbank 1979/80 um 12% und 1980/81 um mehr als 30% gestiegen. Für dieses letzte Jahr zeigt der Index der Lebensmittelpreise, daß Reis um 52%, Fleisch um 46%, Mehl um 39%, Obst, Gemüse und Molkereiprodukte um 24% teurer geworden sind. Seitdem klettert der Preisindex weiter; für die 5 ersten Monate des laufenden iranischen Jahres – also von März bis Juli 1981 – stiegen Obst um 85%, Gemüse um 49%, Fleisch um 26% und Reis um 28% im Preis. Der Index der Industrieerzeugnisse zeigt – Juni 1981 im Vergleich zum Vorjahresmonat – vor allem eine Steigerung bei Brennstoffen um 43%, 30% bei Textilien und Bekleidung, 19% für industrielle Grundstoffe und 17% für Basismetalle ... Weiterhin hat sich der Preisindex für Waren und Dienstleistungen in den ersten fünf Monaten des Jahres um mehr als 25% erhöht. Offiziell betrug die Inflation etwa 30% jährlich; in dem Maß jedoch, wie diese Rate auf Grundlage amtlicher Preise solcher Waren, die jetzt teilweise rationiert sind, berechnet wird, muß man von einer in Wirklichkeit zweifellos viel höheren Inflationsrate ausgehen. In Wirklichkeit hat der chronische Mangel an bestimmten wichtigen Produkten seit dem Krieg mit dem Irak einen parallelen grauen und für ganz bestimmte Sachen einen Schwarzmarkt hervorgebracht, vor allem für Heizöl, Butangas und Kohle.

Während der offizielle Markt viel billiger, aber eben streng rationiert und sehr dürftig ist, findet sich alles auf dem freien oder schwarzen Markt. Jedenfalls macht die Spanne zwischen dem offiziellen und dem „freien“ Preis – 1 : 4 bei Fleisch und Reis, 1 : 2 für Speiseöl, 1 : 7 bei Zucker – diese Produkte für die Mehrheit der Iraner unerreichbar. Laut amtlichen Verlautbarungen liegt die Arbeitslosigkeit heute bei 3 Mio. Personen – auf eine aktive Bevölkerung von ungefähr

und Bekleidung, 19% für industrielle Grundstoffe und 17% für Basismetalle ... Weiterhin hat sich der Preisindex für Waren und Dienstleistungen in den ersten fünf Monaten des Jahres um mehr als 25% erhöht. Offiziell betrug die Inflation etwa 30% jährlich; in dem Maß jedoch, wie diese Rate auf Grundlage amtlicher Preise solcher Waren, die jetzt teilweise rationiert sind, berechnet wird, muß man von einer in Wirklichkeit zweifellos viel höheren Inflationsrate ausgehen. In Wirklichkeit hat der chronische Mangel an bestimmten wichtigen Produkten seit dem Krieg mit dem Irak einen parallelen grauen und für ganz bestimmte Sachen einen Schwarzmarkt hervorgebracht, vor allem für Heizöl, Butangas und Kohle.
Während der offizielle Markt viel billiger, aber eben streng rationiert und sehr dürftig ist, findet sich alles auf dem freien oder schwarzen Markt. Jedenfalls macht die Spanne zwischen dem offiziellen und dem „freien“ Preis – 1 : 4 bei Fleisch und Reis, 1 : 2 für Speiseöl, 1 : 7 bei Zucker – diese Produkte für die Mehrheit der Iraner unerreichbar. Laut amtlichen Verlautbarungen liegt die Arbeitslosigkeit heute bei 3 Mio. Personen – auf eine aktive Bevölkerung von ungefähr
10 Mio. – und selbst diese Schätzung trägt nicht den 1,5 Mio. Flüchtlingen Rechnung, die seit dem Krieg die Provinz Khouzistan verlassen haben und unter miserablen Bedingungen in den Lagern leben, noch bezieht sie diejenigen aus Kurdistan – 5 Mio. Einwohner – mit ein, das sich seit 3 Jahren im offenen Krieg mit dem islamischen Regime in Teheran befindet.

Die Beibehaltung der vom Schah-Regime ererbten Wirtschaftsstruktur hat zwei weitere schwerwiegende Folgen für die islamische Republik: Auf internationalem Gebiet steht das Land aufgrund der Integration in den Weltmarkt, seiner Abhängigkeit vom Erdölexport und von der Einfuhr von Fertigwaren, wehrlos der Strategie der großen Industriemächte gegenüber, so daß sich die Losung des Imam Khomeiny „Weder Ost noch West“ auf eine hohle Formel reduziert. Im Innern lassen die Zerstörung des Produktionsapparats, die Inflation und die Arbeitslosigkeit die Unzufriedenheit der Bevölkerung und die sozialen Spannungen wachsen und stellen von neuem das Reservoir her, in dem die Opposition, vor allem die Volksmoudjahedin, heutzutage ihre Aktivisten rekrutiert. Erliegt der Imam Khomeiny nicht dem gleichen Irrtum wie der Schah, indem er an einem Wirtschaftssystem festhält, das ein Hohn auf Unabhängigkeit ist und die nationale Produktion zerstört? Indem er wie der Schah den Ausdruck der Unzufriedenheit des Volkes zu ersticken wünscht und darauf verzichtet, sich mit den Ursachen auseinanderzusetzen, ist er da nicht heute genauso ohnmächtig, ein Auseinanderfallen seiner Herrschaft zu verhindern, wie es sein Vorgänger am Vorabend der Revolution war?

Von Ahmad Faroughy, aus: Le Monde diplomatique, Dezember 1981. Eigene Übersetzung

„Nicht die Möglichkeiten eines bevorstehenden Streiks geringschätzen“

— Bericht aus Westberlin —

söh. Die gewählten Vertreter der Gewerkschaft ÖTV haben sich festgelegt: scheitert das Spitzengespräch zwischen den Vertretern des Bundes, der Länder und Gemeinden auf der einen und der ÖTV auf der anderen Seite, dann wird es gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen geben. Die Große Tarifkommission der ÖTV wird zur Urabstimmung über Streikmaßnahmen aufrufen. Man kann nicht sagen, daß der Hauptvorstand der ÖTV diesen Schritt ungenügend vorbereitet hätte. Bereits im September 81, unmittelbar nach den vom Bundeskabinett beschlossenen Sparvorhaben hat der Hauptvorstand eine Sondernummer seiner Zeitschrift für Funktionäre „ÖTV Argumente“ herausgegeben, in der er unmißverständlich darauf hinweist, daß „Sonderopfer“ für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht hingenommen werden. Die beiden folgenden Sondernummern sind in der Tat Argumente für die ÖTV-Funktionäre, die Arbeitskampfmaßnahmen inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten.

In Westberlin hat es zudem noch am 14. Dezember eine Funktionärsversammlung der ÖTV gegeben, auf der der Hauptvorstand der ÖTV nochmals bekräftigte, daß mehr als die Tatsache des Versuchs des weiteren Reallohnabbaus die Art und Weise dieses Versuches, nämlich bei den Beamtenbesoldungen gesetzlich zu kürzen, was sich auf die Arbeiter und Angestellte auswirkt, Kampfmaßnahmen erfordert. Zu Recht wird darin ein Angriff auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften gesehen und damit ein Angriff auf einen Eckpfeiler gewerkschaftlicher Rechte.

Soweit so gut. Trotzdem kommen Zweifel innerhalb der Gewerkschaft auf, ob im Falle einer Urabstimmung eine ausreichende Mehrheit für Streik stimmt und inwieweit auch tatsächlich die organisatorischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für einen solchen Arbeitskampf vorhanden sind. Soweit solche Zweifel dazu veranlassen, die Anstrengungen zu verstärken, um aufzuklären über die Bedeutung dieses Kampfes, mögen sie fruchtbar sein; soweit sie aber dazu dienen, die Möglichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Streiks geringzuschätzen und darüber die Vorbereitungen zu unterlassen, sind sie schädlich und gefährlich.

Ich halte es für eine erhebliche Geringschätzung des gewerkschaftlichen Bewußtseins der ÖTV-Mitglieder, zu meinen, daß sie die Bedeutung dieser Auseinandersetzung nicht erkennen könnten. Was steckt hinter Überlegungen, in denen nachgewiesen werden soll, daß es unterm Strich das gleiche wäre, wenn jetzt die 1%ige Kürzung niedergekämpft wird, und dann die nächste erkämpfte Lohnerhöhung um dieses Prozent magerer ausfallen wird? Wer sagt, daß das das Gleiche ist, verkennt den erheblichen Unterschied, ob es gelingt, die Tarifautonomie mittels des Beamtengesetzes auch noch für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes zu unterhöhlen. Geäußert werden solche Überlegungen doch meist mit skeptischem Gesicht über die Masse der Beschäftigten, die angeblich nur sieht, was sie unmittelbar auf dem Lohnzettel findet.

Dabei bleibt es ausgemachter Unsinn, daß die Masse den Zusammenhang zwischen ihren Rechten und ihrem allgemeinen Lohn- und Lebensstandard nicht erfahrungsgemäß kennt. Die Gewerkschaftsfunktionäre könnten sich ihre Drohungen gegenüber der Bundesregierung nicht leisten, wüßten sie nicht ebenfalls aus Erfahrung über die tatsächliche Wirkung eines Streikaufrufes gegen die Zulagenkürzung. Aus der „Berliner Verkehrsgesellschaft“ (BVG), die den Streik 1974 anführte, kann man ohne Geheimnisse zu verraten vermelden, daß eine Streikbereitschaft vorhanden ist und die organisatorischen Vorbereitungen getroffen sind. In anderen Bereichen geht man daran, die Vorbereitungen für eine Urabstimmung zu treffen. Leichtfertigkeit ist dabei fehl am Platze, aber schleppende Vorbereitung wird noch mit dem Aufruf zur Urabstimmung in der ÖTV zu korrigieren sein. Schwerer wiegt die nicht vorhandene Zusammenarbeit mit der DAG. Ich würde es für politisch klug halten, wenn es gelänge, die DAG in ein gemeinsames Vorgehen hineinzubekommen. Zumindest Angebote sollten ihr auch von den ÖTV-Vorständen wieder öffentlich gemacht werden. Das bedeutet keine Rechtfertigung der DAG-Politik.



Der Streik im öffentlichen Dienst wird vorbereitet

geh. Die ÖTV bereitet weiter den Streik gegen die Kürzung der Einkommen im öffentlichen Dienst vor. Jetzt ist der Verhandlungsführer der Gemeinden, der Ulmer OB Lorenser, aus der gemeinsamen Front der öffentlichen Arbeitgeber ausgebrochen: Die Gemeinden sind dafür, alles zusammen in der Tarifrunde zu verhandeln. Dies hatte die ÖTV gefordert. Bundesinnenminister Baum hat dagegen kein Einlenken signalisiert. Der öffentliche Dienst müsse seinen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten. Der öffentliche Dienst dürfe sich nicht der beschlossenen Maßnahme verschließen. Auf eine Kürzung bei den Arbeitern und Angestellten zu verzichten, störe den „sinnvollen Gleichklang zwischen den Statusgruppen“. „Für mich ist die Gleichbehandlung in dieser Frage eine Grundposition des öffentlichen Dienstes“, sagte Baum auf der Beamtenpolitischen Arbeitstagung des Beamtenbundes letzte Woche.

Sicher, es geht Baum ums Geld. Rund 2,3 Mrd. DM pro Haushaltsjahr '82 und '83, für 1984 und 1985 sind schon mehr als 2,7 Mrd. „Ersparungen“ eingeplant. Wieviel das für die Beschäftigten ausmacht, haben wir unten in einer Tabelle dargestellt. Es geht Baum und den anderen Verfechtern der Kürzung um noch mehr.

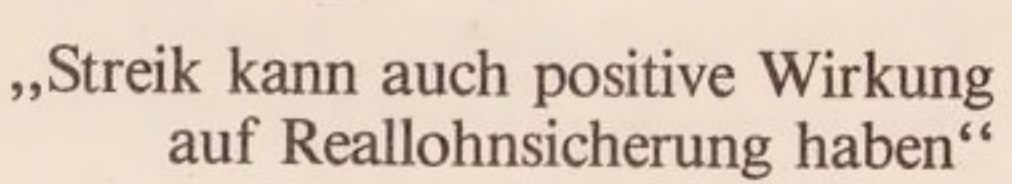
Durch eine Entscheidung des Bundestages wurden hier wie den Beamten den Angestellten und Arbeitern die Gehälter und Löhne um 1% gekürzt. Dies geschah nicht nur bei den Bundesbeschäftigten, sondern auch bei denen der Länder und Gemeinden. In vielfältiger Weise wurde hier faktisch gegen die Tarifautonomie verstoßen.

Die Absicht ist, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Beamte zu verwandeln oder sie in ihren Rechten auf den Beamtenstatus zu reduzieren. „Einschränkung der Tariffreiheit“ wird gefordert, weil „Streik im öffentlichen Dienst Erpressung ist“.

Vehement hat Baum vor der oben angesprochenen Tagung des Beamtenbundes die Beibehaltung des Beamtentums im bisherigen Umfang verteidigt, weil die staatliche Aufgabenerfüllung zu sichern sei. Und „mit dieser verfassungsrechtlichen Aufgabenerfüllung durch Beamte ist ein Streik von Beamten unvereinbar“. Beamte müßten deshalb auch Streikbruch-Arbeiten übernehmen. (Siehe Dokument auf der rechten Seite.)

Kommt dieser Kürzungsvorstoß durch, so sind mit diesem Bruch der Tarifautonomie Schleusen auch für andere Bereiche geöffnet. Daran haben auch die Beschäftigten außerhalb des öffentlichen Dienstes kein Interesse. Ebensowenig daran, daß alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter die Kuratel des Beamtenrechts kommen. Im Gegenteil brauchen auch die Beamten das Streikrecht. Deshalb sind die Aktionen der ÖTV so berechtigt wie notwendig und müssen unterstützt werden.

Die Streikvorbereitung ist unterschiedlich. Die Arbeiter sind meist streikbereit, aber nur wenn sie nicht allein die Kastanien aus dem Feuer holen müssen. Bei den Angestellten in den Verwaltungen ist dies noch unklar. Drei Diskussionsbeiträge aus dem öffentlichen Dienst sollen die Vorbereitungen schildern und helfen, Klarheit über nächste Schritte zu schaffen.



„Streik kann auch positive Wirkung auf Reallohnsicherung haben“
— Vertrauensmann aus Frankfurt berichtet —
wen.Frankfurt. Obwohl ein umfassender Überblick über die Streikbereit-
plante Kürzung von Weihnachtsgeld (um 30%), Urlaubsgeld (Wegfall) und
„Jeder täuscht sich, der glaubt,daß der Druck des Arbeitslosenheeres im öffentlichen Dienst nicht existiert“
— Eine Stellungnahme aus Bremen —
chw.Bremen. Bis dato gibt es durch die ÖTV-Kreisverwaltung keine Vorberei-
ge Urabstimmung, Streikbeginn im Februar. Dies wird in der Müllverbren-
ÖTV jetzt schon angefangen hat und was entsprechend empfindliche Reak-
baus die Art und Weise dieses Versuches, nämlich bei den Beamtenbesoldungen gesetzlich zu kürzen, was sich auf die Arbeiter und Angestellte auswirkt, Kampfmaßnahmen erfordert. Zu Recht wird darin ein Angriff auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften gesehen und damit ein Angriff auf einen Eckpfeiler gewerkschaftlicher Rechte.
Soweit so gut. Trotzdem kommen Zweifel innerhalb der Gewerkschaft auf, ob im Falle einer Urabstimmung eine ausreichende Mehrheit für Streik stimmt und inwieweit auch tatsächlich die organisatorischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für einen solchen Arbeitskampf vorhanden sind. Soweit solche Zweifel dazu veranlassen, die Anstrengungen zu verstärken, um aufzuklären über die Bedeutung dieses Kampfes, mögen sie fruchtbar sein; soweit sie aber dazu dienen, die Möglichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Streiks geringzuschätzen und darüber die Vorbereitun-
wüßten sie nicht ebenfalls aus Erfahrung über die tatsächliche Wirkung eines Streikaufrufes gegen die Zulagenkürzung. Aus der „Berliner Verkehrsgesellschaft“ (BVG), die den Streik 1974 anführte, kann man ohne Geheimnisse zu verraten vermelden, daß eine Streikbereitschaft vorhanden ist und die organisatorischen Vorbereitungen getroffen sind. In anderen Bereichen geht man daran, die Vorbereitungen für eine Urabstimmung zu treffen. Leichtfertigkeit ist dabei fehl am Platze, aber schleppende Vorbereitung wird noch mit dem Aufruf zur Urabstimmung in der ÖTV zu korrigieren sein. Schwerer wiegt die nicht vorhandene Zusammenarbeit mit der DAG. Ich würde es für politisch klug halten, wenn es gelänge, die DAG in ein gemeinsames Vorgehen hineinzubekommen. Zumindest Angebote sollten ihr auch von den ÖTV-Vorständen wieder öffentlich gemacht werden. Das bedeutet keine Rechtfertigung der DAG-Politik.
ist der Verhandlungsführer der Gemeinden, der Ulmer OB Lorenser, aus der gemeinsamen Front der öffentlichen Arbeitgeber ausgebrochen: Die Gemeinden sind dafür, alles zusammen in der Tarifrunde zu verhandeln. Dies hatte die ÖTV gefordert. Bundesinnenminister Baum hat dagegen kein Einlenken signalisiert. Der öffentliche Dienst müsse seinen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten. Der öffentliche Dienst dürfe sich nicht der beschlossenen Maßnahme verschließen. Auf eine Kürzung bei den Arbeitern und Angestellten zu verzichten, störe den „sinnvollen Gleichklang zwischen den Statusgruppen“. „Für mich ist die Gleichbehandlung in dieser Frage eine Grundposition des öffentlichen Dienstes“, sagte Baum auf der Beamtenpolitischen Arbeitstagung des Beamtenbundes letzte Woche.
Sicher, es geht Baum ums Geld. Rund 2,3 Mrd. DM pro Haushaltsjahr '82 und '83, für 1984 und 1985 sind schon mehr als 2,7 Mrd. „Ersparun-
ten in einer Tabelle dargestellt. Es geht Baum und den anderen Verfechtern der Kürzung um noch mehr.
Durch eine Entscheidung des Bundestages wurden hier wie den Beamten den Angestellten und Arbeitern die Gehälter und Löhne um 1% gekürzt. Dies geschah nicht nur bei den Bundesbeschäftigten, sondern auch bei denen der Länder und Gemeinden. In vielfältiger Weise wurde hier faktisch gegen die Tarifautonomie verstoßen.
Die Absicht ist, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Beamte zu verwandeln oder sie in ihren Rechten auf den Beamtenstatus zu reduzieren. „Einschränkung der Tariffreiheit“ wird gefordert, weil „Streik im öffentlichen Dienst Erpressung ist“.
Vehement hat Baum vor der oben angesprochenen Tagung des Beamtenbundes die Beibehaltung des Beamtentums im bisherigen Umfang verteidigt, weil die staatliche Aufgabenerfüllung zu sichern sei. Und „mit dieser verfassungsrechtlichen Aufgabenerfüllung
halb auch Streikbruch-Arbeiten übernehmen. (Siehe Dokument auf der rechten Seite.)
Kommt dieser Kürzungsvorstoß durch, so sind mit diesem Bruch der Tarifautonomie Schleusen auch für andere Bereiche geöffnet. Daran haben auch die Beschäftigten außerhalb des öffentlichen Dienstes kein Interesse. Ebensowenig daran, daß alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter die Kuratel des Beamtenrechts kommen. Im Gegenteil brauchen auch die Beamten das Streikrecht. Deshalb sind die Aktionen der ÖTV so berechtigt wie notwendig und müssen unterstützt werden.
Die Streikvorbereitung ist unterschiedlich. Die Arbeiter sind meist streikbereit, aber nur wenn sie nicht allein die Kastanien aus dem Feuer holen müssen. Bei den Angestellten in den Verwaltungen ist dies noch unklar. Drei Diskussionsbeiträge aus dem öffentlichen Dienst sollen die Vorbereitungen schildern und helfen, Klarheit über nächste Schritte zu schaffen.

„Streik kann auch positive Wirkung auf Reallohnsicherung haben“

— Vertrauensmann aus Frankfurt berichtet —

wen.Frankfurt. Obwohl ein umfassender Überblick über die Streikbereitschaft in den Betrieben und die Streikvorbereitungen noch aussteht, sieht die Situation recht günstig aus. Besonders in den kommunalen Betrieben (mit hohem Organisationsgrad) ist die Streikbereitschaft hoch. Diesmal wollen aber auch Betriebe der Länder- und Bundesverwaltung in die Kampfmaßnahmen einbezogen werden, um einer Gefahr der Spaltung der Beschäftigten in verschiedene Bereiche entgegenzuwirken. Es wird nämlich befürchtet, daß unter Umständen die kommunalen Arbeitgeber-Verbände die 1%-Kürzungen aufschieben, um dem Streik die Hauptwirkung zu nehmen.

Schon seit Ende des Jahres wurde ein Flugblatt in den Stadtteilen Frankfurts verteilt, in dem die ÖTV die Bevölkerung über die Auswirkung der Stellensperren informiert und um Verständnis für Kampfmaßnahmen wirbt. In Hessen werden 1982 freiwerdende Stellen (Bereich Land) für sechs Monate gesperrt, 15% fallen dann davon weg. Der Magistrat der Stadt Frankfurt vernichtet 838 Arbeitsplätze, 2000 werden nicht besetzbar sein.

In einem neuen Flugblatt der Kreisverwaltung Frankfurt an alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden die Kürzungspläne politisch angegriffen, wie ja auch einige sich dessen bewußt sind, daß ein konsequent geführter Tarifkampf gegen sämtliche Kürzungspläne der Regierung politische Dimensionen erhält. Unter der Überschrift „10000 DM weniger“ wird errechnet, daß sich 1%-Kürzung, Verschiebung der Lohnerhöhung, Kürzung des Kindergeldes, Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und noch geplante Kürzung von Weihnachtsgeld (um 30%), Urlaubsgeld (Wegfall) und des Essensgeldzuschusses (Wegfall) sich bis 1985 auf eine Kürzung von ca. 10000 DM aufsummieren.

Zeigt sich eine gute Mobilisierung bei der Urabstimmung und läuft der Streik im Februar parallel zur Aktion der IGM gut an, so kann das positive Auswirkungen auf die Reallohnsicherung in der Tarifrunde haben, wie auch die Regierung nicht nur bei der 1%-Kürzung in Schwierigkeiten kommt. Insofern geht es hierbei nicht nur „ums Prinzip“ der Tarifautonomie. Über die Tarifforderungen gibt es bisher keine Beschlüsse. Andererseits gibt es die Befürchtung, daß es nach einer Verschiebung der 1%-Kürzung in die Tarifrunde bei den Drohungen bleibt, und die ÖTV, der in dieser Tarifrunde politisch eine Vorkämpferrolle zukommt, dann erst das Metall-Ergebnis abwartet. Die Erfahrung aus den letzten Tarifkämpfen und der Widerspruch zwischen großen Tönen und kleinen Brötchen gibt Anhaltspunkte für diese Entwicklung. Immerhin ging die Protestveranstaltung gegen Stellenkürzungen am 9.11. gründlich in die Hose (nur 2–3000 Teilnehmer aus *allen* Gewerkschaften). Kein Wunder, hatte man doch nach einer Protestversammlung der Stadtverwaltung mit 10000 Leuten gegen die Reduzierung der Personalräte von 48 auf einen, nur einen faulen Kompromiß von 26 Personalräten ausgehandelt. Dies zeigt aber auch, daß sich die ÖTV ein Leerlaufenlassen einer Mobilisierung nicht noch einmal erlauben kann. Schon jetzt gibt es zahlreiche Austritte in Hessen wegen der positiven Haltung der ÖTV Hessen zur Startbahn West.

„Jeder täuscht sich, der glaubt,daß der Druck des Arbeitslosenheeres im öffentlichen Dienst nicht existiert“

— Eine Stellungnahme aus Bremen —

chw.Bremen. Bis dato gibt es durch die ÖTV-Kreisverwaltung keine Vorbereitungen für einen Streik gegen die 1%ige Gehaltskürzung im Öffentlichen Dienst. Dies soweit es mir aus einigen wichtigen Betrieben des Öffentlichen Dienst in Bremen bekannt ist. Aussage eines ÖTV-Sekretärs nach Befragung bezüglich Streikvorbereitungen: In Bremen ist alles viel schwieriger. Fragt sich nur, wer es hier wem schwierig macht. ÖTV-Kreisverwaltung und verschiedene Sekretäre schmettern sämtliche Anfragen und Kritiken ab, da erst einmal die Verhandlungen am 19.1. abgewartet werden müssen. Jede Diskussion, die über die eigenständige in den Behörden hinausgeht, wird verhindert, was einer Demobilisierung der ÖTV-Mitglieder gleichkommt. Dafür steht die bisher einzige offizielle Äußerung des ÖTV-Kreisvorstandes, daß die „Bremer Bürger“ keine Angst vor einem Streik im Öffentlichen Dienst zu haben brauchen, wofür die Haustarife bei den Stadtwerken (zuständig für Strom- und Gasversorgung) sorgen.

Trotzdem wird natürlich in den unteren Ebenen der ÖTV der eventuelle Streik diskutiert und gibt es einige Initiativen zur Vorbereitung. Recht unumstritten ist die Auffassung, daß es in jedem Fall ein Schwerpunkt-Streik sein wird. Dies ist auch zumindest in Bremen das einzig Denkbare, schon wegen der sehr unterschiedlichen Organisationsgrade in den Behörden. „Traditionelles“ Streikamt ist das Amt für Stadtreinigung. ÖTV-Vertrauensleutekörper und Personalrat dort gehen von dem Scheitern der Verhandlungen am 19.1. aus und schließen auf eine baldige Urabstimmung, Streikbeginn im Februar. Dies wird in der Müllverbrennungsanlage unterstützt, weil der große Teil der Beschäftigten hier eine Sache des Prinzips sieht und wegen der politischen Bedeutung bereit zum Streiken wäre. Bei den Müllfahrern sieht es negativer mit der Streikbereitschaft aus. Diese waren in der Vergangenheit stets die ersten, die gestreikt haben, und hatten nach den niedrigen Tarifabschlüssen am Ende allein die finanziellen Konsequenzen zu tragen – die Resignation ist verständlich. Dazu kommt der äußere Druck, wie z.B. die Forderungen nach Privatisierung. In einem Bremer Krankenhaus haben die ÖTV-Vertrauensleute beschlossen, wenn in einer Bremer Behörde gestreikt wird, eine Delegation von 30–50 Kollegen dorthin zu schicken, da sicher davon ausgegangen werden kann, daß im Krankenhaus nicht gestreikt wird. Sie wollen für ihre geplante Aktion vom Kreisvorstand Unterstützung erhalten, damit sie offizielleren Charakter hat.

Für die Verhandlungen am 19.1. gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder scheitern oder der Kompromiß lautet Einbeziehung der beschlossenen Kürzungen in eventuell vorgezogene Tarifverhandlungen. Letzteres, was übrigens von einem Vertreter der kommunalen Arbeitgeber ähnlich vorgeschlagen wurde (sicherlich mit anderen Hintergedanken), läßt meines Erachtens wirkungsvolleres Eingreifen der ÖTV in die Tarifverhandlungen zu. Ein Streik gegen die 1%ige Kürzung ist im wesentlichen ein politischer Streik für Tarifautonomie und, als Nebenaspekt, gibt er Anlaß für eine breite Propaganda gegen das Beamtentum (was die ÖTV jetzt schon angefangen hat und was entsprechend empfindliche Reaktionen auf seiten des Dienstherrn provoziert hat). Ökonomisch ist die Sache mit der 1%-Kürzung nicht so bedeutend, denn jeder täuscht sich, der glaubt, daß der Druck des Arbeitslosenheeres im öffentlichen Dienst nicht existiert. Gerade die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen wissen, daß ihr Arbeitsplatz nicht sicher ist und was sie bei Arbeitslosigkeit erwartet.

Ein längerer Streik gegen die Kürzung erfordert also ein ziemlich hohes gewerkschaftliches Bewußtsein und auch eine Stärke, die die Arbeitgeberseite zur Rücknahme der Kürzung zwingt. Dies zu erreichen, erscheint mir außerordentlich zweifelhaft. Der Vorteil der Einbeziehung der Kürzungen in die Tarifverhandlungen in dem Sinne, daß sie als Gesetzesmaßnahme zurückgezogen wären, liegt auf der Hand. Für eine Forderung, die den Inflationsausgleich anstrebt und die unteren Lohngruppen überproportional abschneiden läßt (meines Erachtens wäre eine Festgeldforderung um die 140 DM am günstigsten), wird wesentlich größere Teile im Öffentlichen Dienst für Kampfmaßnahmen mobilisieren können, da es direkt um die einigermaßene Verteidigung des bisherigen Lebensstandards geht. Dies wirkt auch im unorganisierten Bereich eher. Kurzum: Scheitern der Verhandlungen am 19.1., muß die ÖTV die Urabstimmung einleiten (negativ dabei: die 75% für Streik scheinen mir nicht gesichert). Ein Kompromiß oder die Verkürzung des Streikziels könnte dann lauten: Sofortige Aufnahme der Tarifverhandlungen inclusive der 1%igen Kürzung und Aussetzung des Streiks.

Statt Beamtenrecht – „einheitlicher Rechtsstatus für alle Arbeitnehmer"

bil.Frankfurt. Kaum hat die Gewerkschaft ÖTV Kampfmaßnahmen gegen die 1%-Kürzung im öffentlichen Dienst angekündigt, wird der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Argumente fangen bei der Sicherheit der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst an und reichen bis zur „staatspolitischen Drückebergerei". Das Ende vom Lied ist das „leuchtende Beispiel an Selbstbescheidung", das der öffentliche Dienst setzen müsse. Wohin „Selbstbescheidung" führt, darüber gibt es die Erfahrungen mit der Brüning-Regierung. Immerhin konnten die Kapitalisten damals, *nachdem* Kürzungen im öffentlichen Dienst durchgesetzt waren, eine durch Gesetz verabschiedete Kürzung der Löhne und Gehälter in der gesamten Industrie von 10 bis 15% erreichen. Die Tarifautonomie war damit außer Kraft gesetzt.

Weshalb kann die Regierung den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst vorab per Gesetz 1% des Lohns kürzen? Von den insgesamt 4,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind knapp 2 Millionen verbeamtet. 70% der Bediensteten gehören dem einfachen und mittleren Dienst an. In vielen Dienststellen – insbesondere bei der Post – wird die gleiche Tätigkeit von Beamten und Arbeitern ausgeführt. Obwohl beide gleiche Arbeit verrichten, haben sie ganz unterschiedliche Rechte. Der Arbeiter im öffentlichen Dienst schließt einen Arbeitsvertrag ab, die Bedingungen seiner Arbeit sind durch Tarifvertrag geregelt. Er kann für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen streiken, ebenso für höheren Lohn. Der Beamte hat keinen Arbeitsvertrag. Er unterliegt einem „öffentlich-rechtlichen Treueverhältnis", das durch einseitige Ernennung seitens des Staates begründet wird. Er muß sich „voller Hingabe seinem Beruf widmen", Gehorsam gegenüber Anweisungen leisten und sich bei seiner politischen Betätigung gemäß der „Stellung seines Amtes mäßigen". Er ist verpflichtet, ohne Vergütung Überstunden zu machen, Anspruch besteht nur auf Freizeitausgleich, der oft nicht gewährt wird, weil „zwingende Bedürfnisse des Dienstes" entgegenstehen.

Die Entlohnung des Beamten wird nicht durch Tarifvertrag, sondern durch Gesetz (Bundesbesoldungsgesetz) geregelt. Die Gewerkschaften haben dabei nur ein Anhörungsrecht. Das Gesetz regelt keine zeitliche Abfolge von Besoldungserhöhungen, sondern nur, daß eine Anpassung der Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse erfolgen soll. Ein Anspruch auf Beibehaltung eines bestimmten Gehaltes besteht nicht. Von Beginn an ist diese rechtliche Lage der Arbeitsbedingungen der Beamten in die Verfassung (Art. 33 GG) aufgenommen worden. In mehreren Entscheidungen haben die Verfassungsrichter jedenfalls juristisch festgeschrieben, daß der Beamte keinen Lohn, sondern Alimente erhält. Daraus folgt: Der einzelne Beamte hat keine Möglichkeit, auf die Höhe seines Gehaltes einzuwirken. Kollektive wirtschaftliche Kampfmaßnahmen zur Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen sind ihm untersagt.

Diese Rechtslage, die knapp die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von der Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes aller Bediensteten abspaltet und die Regierung ermuntert, die Beamten – unter Androhung von Disziplinarstrafen bei Nichtbefolgen – als Streikbrecher einzusetzen, hängt nicht zuletzt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Beschlußfassung zusammen. Der DGB hat erst spät seine Auffassungen zum Berufsbeamtentum revidiert. Bis 1967 waren der DGB und die Einzelgewerkschaften nicht bereit, sich mit Forderungen wie der Abschaffung des Berufsbeamtentums zu beschäftigen. Das beamtenpolitische Programm des DGB formulierte beispielsweise 1956: „Im demokratischen Staat ist der Beamte dem Volk verantwortlich. Er hat jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten und verfassungsfeindlichen Bestrebungen entgegenzuwirken. Der Treuepflicht des Beamten zum Staate entspricht die Fürsorgepflicht des Staates für den Beamten und seine Familie ... Die Rechte und Pflichten des Beamten werden durch Gesetz geregelt."

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wurde durch die Pläne der Regierung zur Dienstrechtsreform darauf gestoßen, seine Grundsätze zu ändern. 1970 veröffentliche die Regierung erstmals Thesen zur Dienstrechtsreform. U.a. hieß es darin: „Sozialstaats- und Rechtsstaatsprinzip schließen jede Art von Arbeitskampf insbesondere im öffentlichen Dienst aus ... Eine gewisse Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstrechts ist nach den Grundsätzen und soweit möglich im Rahmen des Beamtenrechts langfristig anzustreben." Die vom Bundesinnenminister eingesetzte Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts legte im Mai 1973 ihre Ergebnisse vor. Mehrheitlich schlägt die Kommission vor, nahezu alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Bestimmungen des Beamtenrechts zu unterwerfen, d.h. gesetzliche Regelung des materiellen und sozialen Rechts aller Bediensteten, Ausschluß von Kampfmaßnahmen. Gleichzeitig will die Kommission das Beamtenrecht ändern, um die Möglichkeit von Rationalisierungen, erhöhter Mobilität und Leistungsanforderungen (Herabsetzung der Gehälter bei Nichteinhaltung der gesetzlich formulierten Leistungsanforderungen und Überprüfung der Leistung alle zwei Jahre durch sogenannte Beurteilungszeugnisse) zu eröffnen.

Der Vorschlag der Kommission wird von den Gewerkschaften einheitlich zurückgewiesen. Als Antwort ändert die Regierung ihr Konzept und setzt auf die stückweise Durchsetzung der Dienstrechtsreform. Durch das Haushaltsstrukturgesetz von 1975 wird die Regelbeförderung und Stellenbündelung abgeschafft. Mit der Bundeslaufbahnverordnung von 1979 wird die Eignung eines Beamten für eine höherwertige Tätigkeit von einer Erprobungszeit abhängig gemacht.

Seit 1978 erprobt die Regierung in den Bundesverwaltungen die sogenannte Befähigungs- und Leistungsbeurteilung. Geplant ist, Abstufungen vorzunehmen, wenn die Durchschnittskategorien nicht erreicht werden. Heute stellen die Gewerkschaften zunehmend die Tendenz fest, daß immer mehr Angestellte dem Beamtenverhältnis unterworfen werden. So wird den Auszubildenden in der Regel eine Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung nur für den Fall angeboten, daß sie sich bereiterklären, in das Beamtenverhältnis einzutreten. Die gewerkschaftliche Antwort darauf war eine grundlegende Änderung der Programmatik, die sich, wenn auch zögernd, seit 1976 durchgesetzt hat. Seit 1976 wird die Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht erhoben. Die Rede des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im März 1981 kennzeichnet diesen Fortschritt: „Wir wollen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes das uneingeschränkte Koalitionsrecht und die volle Tarifautonomie ... wir fordern für Beamte die gleichen Verhandlungsrechte, die jeder Arbeiter und Angestellte schon seit vielen, vielen Jahren besitzt ... Unser Ziel ist ein einheitlicher Rechtsstatus für alle Arbeitnehmer, egal wie und wo und bei wem sie arbeiten."

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung ist der Angriff der Regierung mit der 1%-Kürzung der erste Auftakt zur Aufhebung der Tarifautonomie. Die Regierung hat diese Maßnahme auch bewußt so gewählt, denn sie gilt über eine unglückliche Regelung im Bundesangestelltentarifvertrag (der BAT sieht in seinem §29 die Anbindung des Ortszuschlages an die Regelungen, die für Beamte gelten, vor) auch für alle Angestellten.

Dienst an. In vielen Dienststellen – insbesondere bei der Post – wird die gleiche Tätigkeit von Beamten und Arbeitern ausgeführt. Obwohl beide gleiche Arbeit verrichten, haben sie ganz unterschiedliche Rechte. Der Arbeiter im öffentlichen Dienst schließt einen Arbeitsvertrag ab, die Bedingungen seiner Arbeit sind durch Tarifvertrag geregelt. Er kann für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen streiken, ebenso für höheren Lohn. Der Beamte hat keinen Arbeitsvertrag. Er unterliegt einem „öffentlich-rechtlichen Treueverhältnis", das durch einseitige Ernennung seitens des Staates begründet wird. Er muß sich „voller Hingabe seinem Beruf widmen", Gehorsam gegenüber Anweisungen leisten und sich bei seiner politischen Betätigung gemäß der „Stellung seines Amtes mäßigen". Er ist verpflichtet, ohne Vergütung Überstunden zu machen, Anspruch besteht nur auf Freizeitausgleich, der oft nicht gewährt wird, weil „zwingende Bedürfnisse des Dienstes" entgegenstehen.
Die Entlohnung des Beamten wird nicht durch Tarifvertrag, sondern durch Gesetz (Bundesbesoldungsgesetz) geregelt. Die Gewerkschaften haben dabei nur ein Anhörungsrecht. Das Gesetz regelt keine zeitliche Abfolge von Besoldungserhöhungen, sondern nur, daß eine Anpassung der Be-
Berufsbeamtentum revidiert. Bis 1967 waren der DGB und die Einzelgewerkschaften nicht bereit, sich mit Forderungen wie der Abschaffung des Berufsbeamtentums zu beschäftigen. Das beamtenpolitische Programm des DGB formulierte beispielsweise 1956: „Im demokratischen Staat ist der Beamte dem Volk verantwortlich. Er hat jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten und verfassungsfeindlichen Bestrebungen entgegenzuwirken. Der Treuepflicht des Beamten zum Staate entspricht die Fürsorgepflicht des Staates für den Beamten und seine Familie ... Die Rechte und Pflichten des Beamten werden durch Gesetz geregelt."
Der Deutsche Gewerkschaftsbund wurde durch die Pläne der Regierung zur Dienstrechtsreform darauf gestoßen, seine Grundsätze zu ändern. 1970 veröffentliche die Regierung erstmals Thesen zur Dienstrechtsreform. U.a. hieß es darin: „Sozialstaats- und Rechtsstaatsprinzip schließen jede Art von Arbeitskampf insbesondere im öffentlichen Dienst aus ... Eine gewisse Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstrechts ist nach den Grundsätzen und soweit möglich im Rahmen des Beamtenrechts langfristig anzustreben." Die vom Bundesinnenminister eingesetzte Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts legte im Mai
terbeschäftigung nach der Ausbildung nur für den Fall angeboten, daß sie sich bereiterklären, in das Beamtenverhältnis einzutreten. Die gewerkschaftliche Antwort darauf war eine grundlegende Änderung der Programmatik, die sich, wenn auch zögernd, seit 1976 durchgesetzt hat. Seit 1976 wird die Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht erhoben. Die Rede des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im März 1981 kennzeichnet diesen Fortschritt: „Wir wollen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes das uneingeschränkte Koalitionsrecht und die volle Tarifautonomie ... wir fordern für Beamte die gleichen Verhandlungsrechte, die jeder Arbeiter und Angestellte schon seit vielen, vielen Jahren besitzt ... Unser Ziel ist ein einheitlicher Rechtsstatus für alle Arbeitnehmer, egal wie und wo und bei wem sie arbeiten."
Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung ist der Angriff der Regierung mit der 1%-Kürzung der erste Auftakt zur Aufhebung der Tarifautonomie. Die Regierung hat diese Maßnahme auch bewußt so gewählt, denn sie gilt über eine unglückliche Regelung im Bundesangestelltentarifvertrag (der BAT sieht in seinem §29 die Anbindung des Ortszuschlages an die Regelungen, die für Beamte gelten, vor)

Beamtenpolitische Entschließung (Auszüge)

(verabschiedet vom 11. Deutschen Beamtentag des DGB, 1981)

Uneingeschränktes Koalitionsrecht

Das Koalitionsrecht ist für jedermann und für alle Berufe – also auch für Beamte – verfassungsrechtlich gewährleistet.

Abreden, die diese Rechte einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit umschließt die Gewährleistung sowohl der Existenz als auch der Betätigung der Koalition. Der Beamte muß sich aktiv und uneingeschränkt an der Ausübung des Koalitionsrechts beteiligen können. Mit diesen Prinzipien ist es unvereinbar, den Beamten wegen seiner Beteiligung als gewähltes Mitglied in satzungsmäßigen gewerkschaftlichen Organen an der Beschlußfassung über ein übliches gewerkschaftliches Koalitionsmittel bzw. wegen seines öffentlichen Eintretens für solche Beschlüsse disziplinarrechtlich zu verfolgen.

Insbesondere widerspricht jede Anordnung, Beamte während eines Streiks der Arbeiter und Angestellten mit der Erledigung von deren Arbeiten zu beauftragen, dem Selbstverständis der Beamten im demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Eine solche Anordnung ist ein Eingriff des Staates in die Tarifautonomie zum Nachteil der Arbeitnehmer.

Verhandlungsrecht und Beteiligungsverfahren

Wesentliche Elemente der Tarifautonomie sind gleichberechtigte gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Arbeitnehmer sowie die Mitverantwortung für die erzielten Verhandlungsergebnisse. Wichtigster Koalitionszweck ist für die gewerkschaftlich organisierten Beamten eine dementsprechende Weiterentwicklung des Dienstrechts.

Diese Weiterentwicklung kann nicht gegen den Widerstand der Betroffenen, nur mit deren Unterstützung verwirklicht werden; dazu ist die aktive und konstruktive gewerkschaftliche Gestaltungskraft unerläßlich. Dies setzt die qualitative Veränderung des Beteiligungsrechts der Spitzenorganisationen zum vollen gewerkschaftlichen Verhandlungsrecht voraus.

Als erster Schritt zum vollen Verhandlungsrecht ist das im Rahmen des Beteiligungsrechts praktizierte Beteiligungsverfahren zu verbessern.

Lohnvergleich Unternehmen / Staat

Jahr	Durchschnittliche Arbeitseinkommen* Unternehmen in DM	Unternehmen 1960 = 100	Staat** in DM	Staat** 1960 = 100	Verhältnis der Zuwächse (gg. 1960) Staat: Unternehmen in Prozent
	1	2	3	4	5
1960	6895	100	9895	100	X
1961	7613	110	10673	108	76
1962	8357	121	11060	112	56
1963	8848	128	11788	119	67
1964	9617	140	12374	125	64
1965	10505	152	13619	138	72
1966	11272	164	14763	149	77
1967	11612	168	15257	154	79
1968	12427	180	16122	163	78
1969	13577	197	17908	181	84
1970	15755	229	20195	204	81
1971	17521	254	23243	235	88
1972	19296	280	24980	253	85
1973	21732	315	28254	286	86
1974	24290	352	31723	321	87
1975	26184	380	33750	341	86
1976	28493	413	35126	355	81
1977	30406	441	37340	377	81
1978	32178	467	38946	394	80
1979	34135	496	40634	411	78
1980	36386	528	43215	437	79

Anmerkungen: * Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit, d.h. Bruttolöhne und -gehälter und Sozialbeiträge der Arbeitgeber, geteilt durch die Jahresdurchschnittszahl der beschäftigten Arbeiternehmer im Inland. – ** Staat: Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Lohnvergleich Unternehmen / Staat

Jahr	Durchschnittliche Arbeitseinkommen* Unternehmen in DM	Unternehmen 1960 = 100	Staat** in DM	Staat** 1960 = 100	Verhältnis der Zuwächse (gg. 1960) Staat: Unternehmen in Prozent
	1	2	3	4	5
1960	6895	100	9895	100	X
1961	7613	110	10673	108	76
1962	8357	121	11060	112	56
1963	8848	128	11788	119	67
1964	9617	140	12374	125	64
1965	10505	152	13619	138	72
1966	11272	164	14763	149	77
1967	11612	168	15257	154	79
1968	12427	180	16122	163	78
1969	13577	197	17908	181	84
1970	15755	229	20195	204	81
1971	17521	254	23243	235	88
1972	19296	280	24980	253	85
1973	21732	315	28254	286	86
1974	24290	352	31723	321	87
1975	26184	380	33750	341	86
1976	28493	413	35126	355	81
1977	30406	441	37340	377	81
1978	32178	467	38946	394	80
1979	34135	496	40634	411	78
1980	36386	528	43215	437	79

Anmerkungen: * Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit, d.h. Bruttolöhne und -gehälter und Sozialbeiträge der Arbeitgeber, geteilt durch die Jahresdurchschnittszahl der beschäftigten Arbeiternehmer im Inland. – ** Staat: Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

So wirkt sich die beabsichtigte Einkommenskürzung in Mark und Pfennig aus:

Lohngruppen

Gemeinde HLT	Bund	Länder	Tätigkeit (Beispiel)	Kürzungsbetrag jährlich
Ia und 5%	–	–	–	285,87
–	I	IX	komplizierte Arbeiten	285,22
Ia	IIa	VIIIa	Facharbeiter m. b. Kenntn.	272,22
I	II	VIII	Facharbeiter	261,17
II	III	VII	Busfahrer, Heizer	250,77
III	IV	VI	Hausmeister, n. 5 Jahren	240,89
IV	V	V	Hausmeister	231,53
–	VI	IV	Lagerarbeiter	230,11
V	VII	III	Hilfsarbeiter n. 1. Jahr	222,56
VI	VIII	II	Putzfrau, Hilfsarbeiter	214,11

Besoldungsgruppe	Tätigkeit (Beispiel)	entspr. Vergütungsgruppe	Kürzungsbetrag jährlich
A 1	Hilfsarbeiten	X	189,54
A 2	Hilfsarbeiten	IX, IXb, Kr.I	196,69
A 3	Boten	IXa, Kr.II	205,79
A 4	–	–	210,99
A 5	einfache Angestellte	VIII	216,06
A 6	Schreibkraft	VII, Kr.III	224,64
A 7	–	VIb/a, Kr. IV u. V	237,25
A 8	Sekretärin, Sachbearbeiter	Vc, Kr. VI	245,18
A 9	Verwaltungsangestellte	Vb/a, Kr.VIIu.VIII	270,01
A 10	Techn. Angestellte	IVb, Kr.IX	288,73
A 11	Dipl. Bibliothekar	IVa, Kr. X u. XI	324,35
A 12	–	III, Kr. XII	346,71
A 13	Rat, Assistenz-Arzt	IIa/b, II	392,34
A 14	Oberrat	Ib	401,44
A 15	Ltd. Wissenschaftler	Ia	442,13
A 16	und Ärzte	I	482,17

Nur beabsichtigte Einkommenskürzung der öffentlichen Arbeitgeber – nicht mitgerechnet Kürzung des Kindergeldes, Erhöhung der Sozialversicherung und andere Belastungen des Sparprogramms

Baum vor dem Deutschen Beamtenbund:

„Die unbedingte Aufgabenerfüllung durch Beamte soll von Verfassungs wegen sichergestellt werden"

„... Für den Bürger vollzieht sich verfassungsmäßiges Handeln des Staates und der anderen Träger öffentlicher Gewalt in erster Linie durch die öffentliche Verwaltung.

Ziele und Programme der politischen Führung werden im wesentlichen durch die vollziehende Gewalt konkretisiert und kommen erst mit ihrer Verwirklichung dem Staatsbürger zu Bewußtsein. Der öffentliche Dienst ist dabei dem Vollzug des demokratisch gebildeten Staatswillens verpflichtet. Darin liegt der politische Charakter der Aufgabe des öffentlichen Dienstes.

Das Berufsbeamtentum in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in diesem Sinne als Faktor sachpolitischer Stabilität bewährt. Einer schleichenden Entwertung des Funktionsvorbehalts Art. 33 Abs. 4 GG muß daher entgegengetreten werden. Es wäre mit der verfassungsmäßigen Verpflichtung nicht zu vereinbaren, wenn in einzelnen Verwaltungszweigen und Funktionsbereichen ohne Rücksicht auf die Aufgaben der Anteil der Beamten gesenkt und die Attraktivität des Beamtenberufs gemindert würden. Das gilt es auch für die Ausbildungsphase zu berücksichtigen.

Wer Entbeamtungstendenzen das Wort redet und dies als „fortschrittlich" ausweist, der zeigt deutlich, daß er Inhalt und Bedeutung der Funktion des Berufsbeamtentums gründlich verkennt. (...)

Um die Interessen der Bürger an der staatlichen Aufgabenerfüllung zu sichern, sieht das Grundgesetz die Sicherung und Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung durch Personen vor, die in einem engen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zum Staat stehen. Mit dieser verfassungsrechtlichen Gewährleistung des Kernbereichs staatlicher Aufgabenerfüllung durch Beamte ist ein Streik von Beamten unvereinbar. Denn die unbedingte Aufgabenerfüllung durch Beamte soll ja gerade von Verfassungs wegen sichergestellt weden. (...)

Eine Ungleichbehandlung der Beamten gegenüber Arbeitnehmern oder eine Einschränkung des Koalitionsrechts ist dies nicht. Denn diese Differenzierung ergibt sich aus dem besonderen Dienst- und Treueverhältnis – eine Bindung, die der Beamte bewußt eingegangen ist.

Das gleiche gilt im übrigen auch für streikähnliche Maßnahmen oder Streikaufrufe, wie das Bundesverwaltungsgericht anläßlich der Fluglotsenstreiks festgestellt hat.

Auch zum Thema „Streikbrecher" steht meine Grundauffassung unverändert fest: Beamte, die bei einem Streik auf Anordnung ihrer Dienststelle für die Allgemeinheit wichtige Dienstleistungen übernehmen, verhalten sich rechtmäßig. Es ist diffamierend, sie als Streikbrecher zu bezeichnen.

Es wäre vom Grundverständnis des öffentlichen Dienstes her ein Widerspruch, etwa bei den großen Betriebsverwaltungen in großem Umfang Beamte zu beschäftigen, um für die Bürger wesentliche öffentliche Funktionen zu gewährleisten, ohne diese Beamten einsetzen zu können, wenn es notwendig wird.

Daß die Dienstvorgesetzten von der Möglichkeit solcher Einsätze angesichts der aufgeheizten Atmosphäre eines Arbeitskampfes mit Augenmaß Gebrauch machen sollten, ist die andere Seite der Medaille. Ich bin überzeugt, daß hier – im Bereich des Faktischen – ein Konsens möglich sein wird.



Frankfurt. Bei den Metromärkten geht es heiß her. Zum dritten Mal hat jetzt die Rödelheimer Geschäftsleitung 2 Betriebsrätinnen gekündigt, darunter der Vorsitzenden, und zwar fristlos. Bislang hatte das Frankfurter Arbeitsgericht den Kündigungen immer widersprochen. Die HBV liegt seit längerem im Kampf mit dem Handelsriesen, der pro Beschäftigtem insgesamt jeden Monat 2000 DM Reingewinn macht, so daß bei 28000 Beschäftigten insgesamt jeden Monat 650 Mio. DM an Profit gemacht wird. Um ihn weiter zu erhöhen, versuchen die Kapitalisten schon seit 1980, die Samstagsarbeit durchzusetzen. Gab es mal eine Betriebsvereinbarung, so wurde die durch neugewählte HBV-Betriebsräte gekündigt und auch vor Gericht wurde bislang in 1. Instanz entschieden, die Samstagsarbeit ist nicht zulässig. Seit diesem Zeitpunkt macht die Geschäftsleitung Druck und Repression und versucht, vor allem zwischen den verschiedenen Zweigstellen zu spalten. Die Lage in den Betrieben ist unterschiedlich – auch was die Organisierung von Arbeitern und Betriebsräten in der HBV angeht. Der Gewerkschaftssekretär bekam Hausverbot und kommt nur noch mit Gerichtsvollzieher in den Betrieb. Gegen die jetzt wieder vorgenommenen fristlosen Kündigungen wird wieder vor Gericht gezogen, auf das Urteil über die Samstagsarbeit in 2. Instanz wird gewartet und sicher ist damit auch faktisch, daß die Verhandlung danach vor den BGH kommt.

Generelles Asbestverbot in Schweden

coi. Die schwedische Arbeitsschutzbehörde hat im Dezember beschlossen, die Anwendung von Asbest ab 1. Juli 1982 zu verbieten. Nur in den Fällen, wo Asbest nicht durch ein anderes Material ersetzbar ist, kann eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Die Arbeitsschutzbehörde will jedoch sehr restriktiv vorgehen. Das Asbestverbot umfaßt auch PKW-Bremsbeläge, die bislang durchgehend Asbest enthalten. Diese müssen während einer Übergangsperiode ausgetauscht werden. Die schwedische Automobilindustrie hat bereits angekündigt, ihre PKWs ab 1982 mit asbestfreien Belägen auszurüsten, die darüberhinaus eine 50% höhere Verschleißfestigkeit haben sollen. Der Übergang zu asbestfreien Bremsbelägen für LKWs sei z.Z. noch nicht möglich, aber auf lange Sicht durchführbar.

DGB-Solidaritätsaktion für Polen: 1 Million Mark

kvz. Auf das Konto der DGB-Aktion „Solidarität für Polen" sind bis jetzt rund 500000 DM eingezahlt worden. Mit der ½ Mio. DM, die der DGB

sein. Auch für die kommenden Sonntage und kommenden Mittwoch und Donnerstag hat der Gewerkschaftsvorstand zum Streik aufgerufen, nachdem aus der Gewerkschaft der Druck für einen unbefristeten Streik immer stärker wird. Schon seit vorletzter Woche wurden alle Überstunden verweigert. Es geht darum, die Bahnverwaltung zur Zahlung einer dreiprozentigen Lohnerhöhung zu zwingen, die im Rahmen einer Lohnerhöhung von insgesamt 11% im August vereinbart worden war. British Railway verweigert die Zahlung mit dem windigen Argument, erst müßten die Eisenbahner die angekündigte Schichtregelung akzeptieren, die Arbeitszeiten zwischen 7- und 9stündiger Dauer vorsieht.

DGB plant neue Mitbestimmungsinitiative

kvz. Noch vor dem DGB-Bundeskongreß im Mai will der DGB eine neue Mitbestimmungsinitiative ergreifen. Der jetzige Bundestag soll damit gezwungen werden, noch vor dem Ende der Legislaturperiode ein neues Mitbestimmungssicherstellungs-Gesetz zu verabschieden, das die Montan-Mitbestimmung auch unter veränderten Bedingungen sicherstellt.

trieb. Gegen die jetzt wieder vorgenommenen fristlosen Kündigungen wird wieder vor Gericht gezogen, auf das Urteil über die Samstagsarbeit in 2. Instanz wird gewartet und sicher ist damit auch faktisch, daß die Verhandlung danach vor den BGH kommt.

Generelles Asbestverbot in Schweden

coi. Die schwedische Arbeitsschutzbehörde hat im Dezember beschlossen, die Anwendung von Asbest ab 1. Juli 1982 zu verbieten. Nur in den Fällen, wo Asbest nicht durch ein anderes Material ersetzbar ist, kann eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Die Arbeitsschutzbehörde will jedoch sehr restriktiv vorgehen. Das Asbestverbot umfaßt auch PKW-Bremsbeläge, die bislang durchgehend Asbest enthalten. Diese müssen während einer Übergangsperiode ausgetauscht werden. Die schwedische Automobilindustrie hat bereits angekündigt, ihre PKWs ab 1982 mit asbestfreien Belägen auszurüsten, die darüberhinaus eine 50% höhere Verschleißfestigkeit haben sollen. Der Übergang zu asbestfreien Bremsbelägen für LKWs sei z.Z. noch nicht möglich, aber auf lange Sicht durchführbar.

DGB-Solidaritätsaktion für Polen: 1 Million Mark

kvz. Auf das Konto der DGB-Aktion „Solidarität für Polen" sind bis jetzt rund 500000 DM eingezahlt worden. Mit der ½ Mio. DM, die der DGB

sein. Auch für die kommenden Sonntage und kommenden Mittwoch und Donnerstag hat der Gewerkschaftsvorstand zum Streik aufgerufen, nachdem aus der Gewerkschaft der Druck für einen unbefristeten Streik immer stärker wird. Schon seit vorletzter Woche wurden alle Überstunden verweigert. Es geht darum, die Bahnverwaltung zur Zahlung einer dreiprozentigen Lohnerhöhung zu zwingen, die im Rahmen einer Lohnerhöhung von insgesamt 11% im August vereinbart worden war. British Railway verweigert die Zahlung mit dem windigen Argument, erst müßten die Eisenbahner die angekündigte Schichtregelung akzeptieren, die Arbeitszeiten zwischen 7- und 9stündiger Dauer vorsieht.

DGB plant neue Mitbestimmungsinitiative

kvz. Noch vor dem DGB-Bundeskongreß im Mai will der DGB eine neue Mitbestimmungsinitiative ergreifen. Der jetzige Bundestag soll damit gezwungen werden, noch vor dem Ende der Legislaturperiode ein neues Mitbestimmungssicherstellungs-Gesetz zu verabschieden, das die Montan-Mitbestimmung auch unter veränderten Bedingungen sicherstellt.

schon vorher bereitgestellt hatte, beträgt jetzt der Kontostand 1 Mio. DM. Dies erklärte H.O. Vetter am Dienstag vor der Presse. Der DGB will für die Verteilung der Hilfe in Polen ein eigenes Verteilungssystem. In Warschau soll erreicht werden, daß auch Solidarność-Vertreter dabei beteiligt werden. Bevor kein solches Verteilungssystem besteht, sollen die Kanäle der karitativen Organisationen benutzt werden. Um die Sammlung zu fördern, will der DGB Veranstaltungen zu Polen durchführen.

DGB will einen einheitlichen Solidarność-Gesprächspartner

kvz. Der DGB ist nach den Worten seines Vorsitzenden bemüht, einen Zusammenschluß der Solidarność-Vertreter und -Mitglieder in Westdeutschland zu erreichen. Dazu stünden die Bundesschulen des DGB bereit. Ein erster Versuch sei am letzten Wochenende durch die gleichzeitig stattfindende Brüsseler Konferenz nicht gelungen. Für eine solches Komitee will der DGB dann technische oder personelle Mittel bereitstellen.

Britische Eisenbahner im Warnstreik

kvz. Zwei Tage lang standen diese Woche in Großbritannien alle Züge still, nachdem die Gewerkschaft der Lokführer und Heizer (Aslef) zu einem zunächst befristeten Streik aufgerufen hat. In Groß-London soll lediglich etwa die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz erschienen

Schweizer Baumwollarbeiter im Kampf für 4 Urlaubswochen

kvz. In vielen Fabriken der Baumwollindustrie haben am vergangenen Wochenende die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Protestversammlungen zur Durchsetzung der sofortigen Einführung der vierten Urlaubswoche und für die Beibehaltung der Lohnfortzahlung bei kurzfristiger Krankheit durchgeführt. Die Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP) hatte zu diesen Versammlungen aufgerufen, um die Kapitalisten zu zwingen, die entsprechenden Vereinbarungen anzunehmen. Diese wollen die vierte Urlaubswoche erst im Jahre 1983 gewähren und die Karenztage abschaffen.

Westberlin: ÖTV beschließt Arbeitskampfleitungen

wos. In Betrieben und Verwaltungen werden von der ÖTV jetzt „Arbeitskampfleitungen" gebildet. Falls am Montag die Verhandlungen scheitern, soll unverzüglich die Urabstimmung eingeleitet werden. ÖTV-Bezirksvorsitzender Hackbarth schloß darüberhinaus spontane Arbeitsniederlegungen nicht aus, „wenn die öffentlichen Arbeitgeber an ihrem Plan festhalten, die laufenden Einkommen der Beschäftigten zu kürzen und damit in die Tarifautonomie einzugreifen." Zu den bekannten, überall beabsichtigten Kürzungen kommt in Westberlin dazu, daß die Beschäftigten ein „Sonderopfer" bringen sollen: der örtliche Sonderzuschlag (3% des Grundgehaltes) wird in den nächsten drei Jahren um je ein Prozent weggestrichen.

„... alles tun, damit die Werte nicht verschludert werden"

Streik gegen Betriebsschließung bei Videocolor in Ulm begonnen

acm. Seit Montag dieser Woche befindet sich die Belegschaft des Farbröhrenwerkes Videocolor in Ulm im Streik. Die 1630 Arbeiter und Angestellten wollen so den Kampf gegen die geplante Schließung des Werkes und die ersten 368 Entlassungen zum 23.1. weiterführen. In der Vorwoche hatte das Amtsgericht in Ulm dem Vergleichsantrag von Videocolor zugestimmt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die vom Betriebsrat geforderten 46 Millionen für einen Sozialplan nicht aufzubringen sein werden, sondern daß es bei den bereits früher angebotenen 13 Mio. DM bleiben wird. Mittlerweile geht es in dem Kampf aber nicht mehr um die Durchsetzung des Sozialplanes, sondern um die vollständige Verhinderung der Schließung des Betriebes.

In einem Kommuniqué der Belegschaft an die Ulmer Bevölkerung, die Regierung, an die französischen und italienischen Kollegen der anderen Werke mit dem Titel „Wir kämpfen um den Erhalt unserer Arbeitsplätze" führen sie entlang von Tatsachen den Beweis, daß Videocolor keinesfalls wegen mangelnder Gewinnaussichten geschlossen werden soll, oder weil die Lage sich so zugespitzt hat, sondern wegen der umfassenden Konzeption des französischen Thomson-Brandt-Konzerns zur Rationalisierung und Konzentrierung der Produktion.

Die bei Videocolor produzierten Bildröhren für Farbfernseher in der Größenordnung von 56 cm (22 Zoll) – so beweisen die Arbeiter – haben gute Marktchancen. Videocolor hat noch in den letzten Jahren größere Investitionen vorgenommen, die zur Produktion dieser Röhren notwendig sind. Die Abschreibungssumme ist in den nächsten Jahren so hoch, daß große Gewinnaussichten zwar nicht bestehen, andererseits aber die Bilanz keine gefährliche Lage ausweist. Das Werk Ulm stellt als einziges in Europa diese 22-Zoll-Bildröhren her. Insbesondere stützen sich die Arbeiter in ihrem Kommuniqué auf das Schreiben des Leiters des Entwicklungszentrums unter dem Stichwort „Verbleib der Betriebseinrichtungen vom 20.11.81". In dem Schreiben heißt es: „Die Zahlen zeigen, daß der Markt weltweit, wie auch in Europa, als steigend eingeschätzt wird und mittelfristig sich die 22-Zoll-Röhre als zweitstärkstes Format herausbilden wird. Ein europäischer Bedarf von 313000 Stück 22-Zoll-Röhren pro Monat heißt rund 3,75 Mio. pro Jahr. Mit nur 30% davon für Ulm wären 1,13 Mio. zu produzieren, was bei loyaler Einkaufspolitik der Firmen Thomson und AEG ohne weiteres zu erreichen und zu übertreffen wäre. Ich folgere daraus, daß nicht die 22-Zoll-Fabrik Ulm als unwirtschaftlich eingeschätzt wird, sondern daß die Schließung von Ulm den Zweck hat, die anderen VL-Fabriken besser auszulasten, das heißt, unsere Produkte nach dort zu verlegen. Konsequenz: Man muß ein berechtigtes Interesse an unseren Einrichtungen und an unserem Know-How unterstellen und alles tun, damit diese Werte nicht verschludert werden." Was der Leiter damit zum Ausdruck bringt ist, daß Thomson-Brandt eventuell auch die ja noch neu installierten Maschinen nur in andere Werke verlagern will – und deshalb soll das Werk in Ulm geschlossen werden.

Diese Vermutung hat sich mittlerweile als Tatsache herausgestellt. Manager des Konzern haben die Konzentration der Produktion in einer Fabrik anvisiert und gleich nach dem Vergleich in Ulm sollte die Produktion aufgenommen werden.

In ihrem Kommuniqué weisen die Arbeiter und Angestellten von Videocolor zu Recht darauf hin, daß die Konzernstrategie auch die französischen und italienischen Werke und die dort beschäftigten Kollegen treffen wird. Auch hier drohen Entlassungen, wenn nicht gar Betriebsschließungen. Deswegen rufen sie ihre Kollegen in Italien und Frankreich und deren Gewerkschaften auf, aktiv den Kampf der Beschäftigten in Ulm zu unterstützen und ihrerseits die Vorhaben des Thomson-Brandt-Konzerns zu bekämpfen.

Der Streik läuft jetzt. Die Geschäftsleitung hat den Betriebsrat aufgefordert, er solle die Belegschaft wieder an die Arbeit bringen. Der Betriebsrat hat das Ansinnen zurückgewiesen. Der Vergleichsverwalter hat schon von „Meuterei" der Belegschaft gesprochen, während die Arbeiter in dem Kommuniqué darauf hinweisen, daß sich solche Leute auf ihre Kosten schadlos halten, die lebten förmlich von der kapitalistischen Krisenpolitik.

Jetzt schon ist deutlich, daß der Kampf verbissen werden wird. Im Kommuniqué wird auf VDM und Dual verwiesen, auf die Kämpfe und die Strategien der Kapitalisten dort. Die Arbeitslosigkeit droht und die Kosten sollen die Versicherten tragen – auch das greifen die Arbeiter von Videocolor in ihrer Erklärung an. Mit aller Brutalität für die Arbeiterklasse soll ein weiteres mal die Krise zum Argument *und* Mittel werden, den Kapitalisten Höchstprofit zu sichern. Aber für ihren Kampf haben die Arbeiter noch relativ günstige Ausgangsbedingungen.



geschlossen werden soll, oder weil die Lage sich so zugespitzt hat, sondern wegen der umfassenden Konzeption des französischen Thomson-Brandt-Konzerns zur Rationalisierung und Konzentrierung der Produktion.

Die bei Videocolor produzierten Bildröhren für Farbfernseher in der Größenordnung von 56 cm (22 Zoll) – so beweisen die Arbeiter – haben gute Marktchancen. Videocolor hat noch in den letzten Jahren größere Investitionen vorgenommen, die zur Produktion dieser Röhren notwendig sind. Die Abschreibungssumme ist in den nächsten

gen. Konsequenz: Man muß ein berechtigtes Interesse an unseren Einrichtungen und an unserem Know-How unterstellen und alles tun, damit diese Werte nicht verschludert werden." Was der Leiter damit zum Ausdruck bringt ist, daß Thomson-Brandt eventuell auch die ja noch neu installierten Maschinen nur in andere Werke verlagern will – und deshalb soll das Werk in Ulm geschlossen werden.

Diese Vermutung hat sich mittlerweile als Tatsache herausgestellt. Manager des Konzern haben die Konzentration der Produktion in einer Fabrik

Jetzt schon ist deutlich, daß der Kampf verbissen werden wird. Im Kommuniqué wird auf VDM und Dual verwiesen, auf die Kämpfe und die Strategien der Kapitalisten dort. Die Arbeitslosigkeit droht und die Kosten sollen die Versicherten tragen – auch das greifen die Arbeiter von Videocolor in ihrer Erklärung an. Mit aller Brutalität für die Arbeiterklasse soll ein weiteres mal die Krise zum Argument und Mittel werden, den Kapitalisten Höchstprofit zu sichern. Aber für ihren Kampf haben die Arbeiter noch relativ günstige Ausgangsbedingungen.



Die Demonstration der GEW stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Sparmaßnahmen der Regierung im öffentlichen Dienst und vor allem im Schulwesen.

Janßen legte Gewicht auf untere Lohngruppen

Verhandlungen haben begonnen / Gesamtmetall sichert sich gegen Ausscheren

geh. Am Dienstag haben in Mainz zwischen der IG Metall und den regionalen Metallkapitalisten die ersten Verhandlungen in der Metallindustrie begonnen. Bis zum 20.1. folgen die anderen Tarifgebiete. Auf die aufgestellten Forderungen haben die Kapitalisten noch nicht mit einem Angebot reagiert. Das war auch noch nicht zu erwarten.

Auf der Pressekonferenz der IG Metall zu Beginn der Woche hat H. Janßen Signale, sowohl was die „Höhe" und die „soziale Komponente" angehe, verlangt. Die waren schon seit dem Jahreswechsel von Gesamtmetall deutlich zu hören. „Erheblich unter dem Ergebnis des letzten Jahres." „Ein Ausgleich der Teuerung ist nicht möglich." Noch am letzten Wochenende hatte Kirchner von Gesamtmetall davon gesprochen, die Mindestkomponente sei „Gift". Schon der Tarifabschluß im letzten Jahr habe 90000 Arbeitsplätze gekostet.

Für die Beschäftigten in der Metallindustrie ist es zum ersten Mal gelungen, in allen Tarifbereichen Forderungen durchzusetzen, die eine Festgeldkomponente haben oder zumindest die besondere Anhebung der untersten Lohngruppen fordern. Auch was man vor der IG Metall jetzt vor dem Beginn der Verhandlungen hörte, war nach den Manövern bei der Aufstellung der Forderung teilweise erfreulich. „Erhebliche Realeinkommensverluste in zwei aufeinanderfolgenden Jahren in Kauf zu nehmen, kommt für die IG Metall nicht in Frage", so Janßen zum Ziel in dieser Lohnrunde. Die Arbeitnehmer in den unteren Lohngruppen müßten über 60% ihres Einkommens für den Grundbedarf ausgeben. Deshalb würden sich Lohnerhöhungen hier überdurchschnittlich in Nachfrage umsetzen und so als Kaufkraft wirken. Das mag so sein, nur das Problem der in den mittleren und oberen Lohn- und Gehaltsgruppen eingruppierten Arbeiter und Angestellten ist auch nicht ihre zu hohe Sparquote. Trotzdem ist es günstig, wenn sich der Vorstand auf die „soziale Komponente" festlegt. Dann kann er hinterher nicht so leicht einen reinen Prozent-Abschluß als das Ziel der Tarifrunde verkaufen.

Die Rahmenbedingungen, in denen dieser Kampf stattfindet, haben sich mit der Zunahme der Arbeitslosen im Dezember auf 1,7 Mio. auf der einen Seite sicher verschlechtert. Auf der anderen Seite ist die Investitionskonjunktur noch nicht zusammengebrochen. Das Ifo-Institut sieht es in seiner Oktober-Auswertung so: „Die Talfahrt bei den Investitionen ist beendet." Außer bei der elektrotechnischen Investitionsgüter-Industrie nimmt die Investitionsgüterindustrie mit zwei Punkten gegenüber dem Vormonat und um drei Punkte gegenüber dem Vorjahr ein besseres Geschäftsklima an.

Hier sind vor allem die Auftragseingänge positiv. Seit dem letzten Jahr sind die Lagerbestände weiter abgebaut worden. Vielleicht sind dies die Gründe für die unterschiedliche Reaktion der baden-württembergischen Metallindustriellen. Gegen ein neuerliches Ausscheren eines Metallarbeitgeberverbandes hat Gesamtmetall jetzt ein Sicherungssystem eingeführt. Bei jeder Verhandlungsdelegation ist ein Gesamtmetallvertreter, der Veto-Recht gegen einen Abschluß hat. Dieser Tarifkampf '82 könnte leicht noch härter als der des Vorjahres werden.

Resolution der Direktion der Kommunistischen Partei Italiens:

Reflektion über die dramatischen Ereignisse in Polen – eine neue Phase im Kampf für den Sozialismus

Am 29.12.1981 verabschiedete die Direktion der KPI eine ausführliche Resolution zu Polen, deren Fortschritt (und Schärfe) vor allem darin liegt, daß hier erstmals in einem parteioffiziellen Dokument eine Analyse der Ursachen für die „Rückentwicklung“ der osteuropäischen Gesellschaften versucht wird.

1 Die Kommunisten ... bekräftigen ihre entschiedene Verurteilung des polnischen Militärputsches, der Verhaftungen und Kriegsgerichtsverfahren, der Unterbindung jeglicher Aktivität der politischen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen. Diese Maßnahmen – die mit unseren demokratischen und sozialistischen Idealen unvereinbar sind – können die tiefe Krise der polnischen Nation nicht lösen. Auch können sie nicht mit der Notwendigkeit gerechtfertigt werden, die Substanz eines sozialistischen Regimes zu retten, denn wenn man nicht mehr in der Lage ist, dem Protest der Arbeiterklasse und des Volkes mit politischen Mitteln zu begegnen und zu militärischen Mitteln greift, dann stellt gerade das einen Schlag gegen die Sache des Sozialismus dar ...

2 Die KPI bekräftigt ihre Überzeugung, daß Demokratie und Sozialismus untrennbar sind und nur bei uneingeschränkter Beachtung des Rechts eines jeden Volkes, über das eigene Schicksal selbst zu bestimmen, verwirklicht werden können.

Die dramatischen Ereignisse dieser Tage überzeugen uns noch mehr von der Notwendigkeit, völlig neue Wege zu finden ..., um dem Kampf für Demokratie und Sozialismus in der ganzen Welt neuen Elan zu geben. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur wegen der andersartigen Bedingungen, unter denen die Kräfte der westeuropäischen Linken operieren müssen. Es ist eine Tatsache, daß in den Ländern Osteuropas Rückentwicklungen, wiederkehrende und dramatische Krisen stattfinden, die die monolithische Konzeption der Macht in Frage stellen, ebenso wie das Fehlen von Institutionen, die tatsächlich die gesellschaftlichen Differenzierungen repräsentieren können, wie die starre hierarchische Konzeption der Beziehungen innerhalb des „sozialistischen Lagers“, wie die Idee eines Sozialismus als Modell und nicht als historischer Prozeß, der sich auf Weltebene in den verschiedensten Formen entwickelt.

Es hat sich ein Widerspruch herausgebildet zwischen einerseits einer Reihe von demokratischen und sozialistischen Faktoren, zwischen dem kulturellen Reifeprozeß und neuen Differenzierungen, die die gesellschaftliche Entwicklung in jenen Ländern geschaffen hat und andererseits einem System, das eine reale demokratische Beteiligung sowohl im produktiven als auch im politischen Bereich nicht duldet. Das führt nicht nur zu einer Fesselung der Freiheiten und kreativen Energien, sondern hemmt auch die wirtschaftliche, technologische und kulturelle Dynamik dieser Gesellschaften, wodurch es zu einem Dauerkonflikt zwischen Reformbestrebungen und autoritärer Einengung kommt.

Man muß also konstatieren, daß auch diese Phase der Entwickung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, ihre vorwärtstreibende Kraft erschöpft hat, wie sich die Phase des Entstehens und der Entwicklung der an die 2. Internationale gebundenen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsbewegungen auch erschöpft hat ... Die Menscheit steht vor riesigen; bis dahin ungekannten Problemen – sogar des Überlebens –, zu deren Lösung der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist. Neue Bedürfnisse und Bestrebungen der Völker sind es, die sich auf verschiedene Weise nicht nur in den Ländern des kapitalistischen Westens und der 3. Welt, sondern auch in den Ländern sozialistischen Typs ausdrücken ...

Tatsache, daß in den Ländern Osteuropas Rückentwicklungen, wiederkehrende und dramatische Krisen stattfinden, die die monolithische Konzeption der Macht in Frage stellen, ebenso wie das Fehlen von Institutionen, die tatsächlich die gesellschaftlichen Differenzierungen repräsentieren können, wie die starre hierarchische Konzeption der Beziehungen innerhalb des „sozialistischen Lagers“, wie die Idee eines Sozialismus als Modell und nicht als historischer Prozeß, der sich auf Weltebene in den verschiedensten Formen entwickelt.

Es hat sich ein Widerspruch herausgebildet zwischen einerseits einer Reihe von demokratischen und sozialistischen Faktoren, zwischen dem kulturellen Reifeprozeß und neuen Differenzierungen, die die gesellschaftliche Entwicklung in jenen Ländern geschaffen hat und andererseits einem System, das eine reale demokratische Beteiligung sowohl im produktiven als auch im politischen Bereich nicht duldet. Das führt nicht nur zu einer Fesselung der Freiheiten und kreativen Energien, sondern hemmt auch die wirtschaftliche, technologische und kulturelle Dynamik dieser Gesellschaften, wodurch es zu einem Dauerkonflikt zwischen Reformbestrebungen und autoritärer Einengung kommt.

Man muß also konstatieren, daß

Das Vorankommen des Sozialismus hängt in der aktuellen Phase immer stärker von den Ideen und demokratischen und sozialistischen Errungenschaften in den entwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere in Westeuropa ab, ebenso wie von dem Erfolg der fortschrittlichsten, auf die Ziele des Sozialismus gerichteten eigenständigen Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt. Es ist wesentlich, dem Kampf für den Sozialismus in Westeuropa neue Impulse zu geben und neue Horizonte zu eröffnen, um eine neue Phase für den Sozialismus in der ganzen Welt zu beginnen und um zur demokratischen Erneuerung der osteuropäischen Gesellschaft beizutragen.

3 Die im Sommer 1980 in Polen ausgebrochene Krise hat vielfältige Ursachen. Es handelte sich in der Tat um eine extrem scharfe gesellschaftliche und politische Krise, die diese Gesellschaft bis in die Tiefe erschüttert hat und immer noch erschüttert. Sie kann nicht Manövern reaktionärer und anti-sozialistischer Kräfte angelastet werden, auch wenn sie selbstverständlich Raum und Gelegenheiten für solche Manöver geboten hat und bietet. Die Krise hat weit zurückliegende Ursachen und kann nicht erklärt werden, ohne das politische Regime Polens, seine Starrheit, seinen Widerstand gegen jede tatsächliche Veränderung ins Zentrum der kritischen Analyse zu rücken.

Andererseits stellten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die unmittelbare Ursache der Unzufriedenheit und der Rebellion der polnischen Arbeiterklasse in Danzig und allen polnischen Betrieben waren, nur den Endpunkt einer Wirtschaftspolitik und einer der Gesellschaft (besonders Anfang der siebziger Jahre) aufgezwungenen Entwicklung dar, die nicht den realen Möglichkeiten entsprach und die Ungleichgewichte und Verzerrungen unterschiedlicher Art verschärfte, da die notwendigen Wirtschaftsreformen nicht in Angriff genommen worden waren. Es ging jedoch nicht nur um wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Unzufriedenheit und Rebellion richtete sich gegen das Fehlen von demokratischem Leben in diesem politischen System, gegen ein Verhältnis zwischen Partei und Massen, das im wesentlichen bürokratisch geworden war, gegen die Unfähigkeit der offiziellen Gewerkschaften, die täglichen Interessen der Werktätigen zu verteidigen und zu schützen, und auch gegen Privilegien und Korruptionsfälle innerhalb der Partei selbst. Im August 1980 wurde deutlich, welches Gewicht das Fehlen von repräsentativen Organen und Kommunikationskanälen hatte, durch welche sich eine kritische Meinung hätte bilden und äußern können, und womit eine auf den notwendigen Konsens gestützte Wende in der Wirtschaftspolitik hätte herbeigeführt werden können. In Wirklichkeit stellte sich das Problem von Veränderungen und Reformen im politischen System des Landes ...

Dokument eine Analyse der Ursachen für die „Rückentwicklung“ der osteuropäischen Gesellschaften versucht wird.

klasse in Danzig und allen polnischen Betrieben waren, nur den Endpunkt einer Wirtschaftspolitik und einer der Gesellschaft (besonders Anfang der siebziger Jahre) aufgezwungenen Entwicklung dar, die nicht den realen Möglichkeiten entsprach und die Ungleichgewichte und Verzerrungen unterschiedlicher Art verschärfte, da die notwendigen Wirtschaftsreformen nicht in Angriff genommen worden waren. Es ging jedoch nicht nur um wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Unzufriedenheit und Rebellion richtete sich gegen das Fehlen von demokratischem Leben in diesem politischen System, gegen ein Verhältnis zwischen Partei und Massen, das im wesentlichen bürokratisch geworden war, gegen die Unfähigkeit der offiziellen Gewerkschaften, die täglichen Interessen der Werktätigen zu verteidigen und zu schützen, und auch gegen Privilegien und Korruptionsfälle innerhalb der Partei selbst. Im August 1980 wurde deutlich, welches Gewicht das Fehlen von repräsentativen Organen und Kommunikationskanälen hatte, durch welche sich eine kritische Meinung hätte bilden und äußern können, und wo-

Der Erfolg von Solidarność ... war der Ausdruck des stürmischen Auftritts der polnischen Arbeiterklasse auf der politischen Bühne, die die effektive Möglichkeit forderte, in die Leitung der Betriebe, der Wirtschaft und des Staates einzugreifen ...

Angesichts des Ausmaßes dieser Krise gab es keine ausreichende Konsequenz und Ausdauer auf dem Weg der Erneuerung. In der Tat scheint heute klar zu sein, daß eine volle Einbeziehung der Werktätigen und mit ihnen aller wesentlichen Komponenten der polnischen Gesellschaft in die Verantwortung notwendig war, um eine gemeinsame Anstrengung zur Gesundung und Erneuerung zu unternehmen. Und das wäre allein durch eine Veränderung des polnischen Sozialismus im demokratischen und pluralistischen Sinn bei Kenntnisnahme der Realitäten möglich gewesen ...

Der negative Einfluß, den in dieser Krise die Haltung der UdSSR und anderer Länder des Warschauer Paktes ausübte, war groß. Es hat schwerwiegende Pressionen, unzulässige Einmischungen, eine massive politische und ideologische Kampagne gegen die Erneuerungsbestrebungen eines Teils der PVAP, der Solidarność und der Kirche gegeben. All das hat dazu beigetragen, die notwendige Isolierung und die Niederlage der verschiedenen extremistischen Bestrebungen zu erschweren, die sich im politischen Leben Polens in der Gewerkschaft und der Partei herausgebildet haben und die auf den Zusammenstoß zielten. Diese Bestrebungen haben Solidarność dazu gebracht, Forderungen zu erheben, die z.T. unter den wirtschaftlichen und produktiven Gegebenheiten des Landes nicht vertretbar waren. Wobei jedoch hinzuzufügen ist, daß auch solche Bestrebungen, die der polnischen Arbeiterklasse eine volle Übernahme ihrer Verantwortung als führende nationale Kraft nicht erlaubten, zum Teil Ergebnis eines Prozesses sind, der sich innerhalb von Jahren entwickelt und zur Entfernung eines großen Teils der Arbeiterklasse und anderer Schichten – u.a. der jungen Generation – aus dem politischen Leben geführt hatte, und zwar in besorgniserregender Weise.

4 Die polnischen Ereignisse der letzten anderhalb Jahre und ihr dramatischer Ausgang in diesen Tagen verlangen nach einer weitergehenden Reflexion über die Gesellschaften mit sozialistischer Zielsetzung, über ihre historische und politische Entwicklung in den letzten 35 Jahren und über die aktuellen Probleme des Kampfes für den Sozialismus in Europa und in der Welt.

Ausgangspunkt dieser Reflexion, die für die italienischen Kommunisten nicht erst heute beginnt, sind die Schäden, die die Übernahme eines einzigen Modells, nämlich des sowjetischen Typs, in den osteuropäischen Ländern angerichtet hat: und zwar sowohl in der Ökonomie als auch vor allem im politischen System. Die Behauptung, dies sei eine unausweichliche Konsequenz der Abkommen von Jalta gewesen, ist nicht aufrechtzuerhalten; und zwar um so weniger, als es in der unmittelbaren Nachriegszeit zu einer Diskussion unter den kommunistischen Führer über den eigentlichen Charakter der Volksdemokratien kam. Die Wendung wurde deutlich mit der Bildung der Kominform (1947) und mit der Verurteilung Jugoslawiens von 1948, das sich entschieden hatte, einen eigenen, selbstständigen Weg zum Sozialismus einzuschlagen ... Hinzu kam, mit dem kalten Krieg, die Verschärfung der internationalen Spannungen. Faktum ist, daß damals in allen Ländern Osteuropas eine schwere Phase begann, in der – u.a. mit tragischen Prozessen gegen Führer und Kader – die bis zu diesem Moment nach der Niederlage des Nazismus in den verschiedenen Ländern gemachten Versuche liquidiert wurden, politische Verhältnisse zu schaffen, die einerseits mit den reaktionären und autoritären Traditionen brachen, und die andererseits – auf der Grundlage einer Politik der Freundschaft mit der Sowjetunion – die Geschichte, Gesellschaftsstruktur und Kultur der verschiedenen Völker berücksichtigten.

und anderer Schichten – u.a. der jungen Generation – aus dem politischen Leben geführt hatte, und zwar in besorgniserregender Weise.

4 Die polnischen Ereignisse der letzten anderhalb Jahre und ihr dramatischer Ausgang in diesen Tagen verlangen nach einer weitergehenden Reflexion über die Gesellschaften mit sozialistischer Zielsetzung, über ihre historische und politische Entwicklung in den letzten 35 Jahren und über die aktuellen Probleme des Kampfes für den Sozialismus in Europa und in der Welt.

Ausgangspunkt dieser Reflexion, die für die italienischen Kommunisten nicht erst heute beginnt, sind die Schäden, die die Übernahme eines einzigen Modells, nämlich des sowjetischen Typs, in den osteuropäischen Ländern angerichtet hat: und zwar sowohl in der Ökonomie als auch vor allem im politischen System. Die Behauptung, dies sei eine unausweichliche Konsequenz der Abkommen von Jalta gewesen, ist nicht aufrechtzuerhalten; und zwar um so weniger, als es in der unmittelbaren Nachriegszeit zu einer Diskussion unter den kommunistischen

Damit wurde diesen Ländern ein Angleichungsprozeß an das sowjetische Modell in allen entscheidenden Fragen aufgezwungen, d.h. an ein Modell, das in den späteren Jahren in der SU selbst zum Gegenstand drastischer Anklagen wurde. Die Länder, die „Volksdemokratien“ genannt wurden, erzielten zweifellos bedeutende Erfolge im Bereich des wirtschaftlichen Aufbaus, der kulturellen Entwicklung, der Verbesserung des Lebensstandards; aber es kam nicht zu einer wirklichen Entwicklung der Demokratie in diesen Ländern, auch im ökonomischen Bereich akkumulierten Widersprüche, die sich mit der Zeit als immer schwerwiegender erwiesen, zumindest in einigen Ländern wurde auf unterschiedliche Weise die nationale Identität selbst ausgelöscht.

Es ist kein Zufall, daß es zur ersten ernsten polnischen Krise nach dem Krieg kurz nach der Verurteilung Jugoslawiens kam. Die Beschuldigung des Nationalismus gegen die Führungsgruppe der polnischen Partei war ein Anzeichen für den Prozeß, der in diesen Jahren den osteuropäischen Ländern aufgezwungen werden sollte.

Insbesondere in einem Land wie Polen mußte die Schaffung eines neuen sozialen und politischen Systems die Eigenheiten der Geschichte und Kultur der polnischen Nation berücksichtigen: das Vorhandensein großer bäuerlicher Massen mit eigenen Organisationen; das Gewicht und die Funktion der katholischen Kirche; das Vorhandensein starker jüdischer Minderheiten. Im ökonomischen Bereich wären Differenzierungen notwendig gewesen, die die Interessen und Erwartungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten berücksichtigten. Deshalb bedeutete die im wesentlichen stattfindende Angleichung an das sowjetische Modell für Polen, wie auch für Ungarn und für andere Länder, einen ersten Fehler, dessen schwerwiegende Auswirkungen in den folgenden Jahren sichtbar wurden.

Der 20. Kongreß der KPdSU war in diesem Zusammenhang ein Ereignis außerordentlicher Tragweite und erweckte große Hoffnungen. Auf diesem Kongreß besann man sich darauf zurück, von der Notwendigkeit verschiedener Wege zum Sozialismus zu reden, und man verpflichtete sich auf die vollständige Wiederherstellung der sozialistischen Rechtssicherheit und auf die Demokratisierung. Die Frage eines anderen – ökonomischen, politischen, kulturellen – Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern des Ostens, das sich auf die volle Respektierung der Souveränität jedes Staates gründete, wurde ernsthaft aufgeworfen. Das Konzept des führenden Staats und der führenden Partei wurde für abgeschafft erklärt. Neue Möglichkeiten schienen sich in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion selbst zu eröffnen. Und auch in der Welt aufgrund der Politik der friedlichen Koexistenz, die nach dem 20. Kongreß einen entscheidenden Impuls erhalten hatte.

Aber nach einigen Jahren versandete dieser Erneuerungsprozeß – der schon von Anfang an mit Widersprüchen, Unsicherheiten und Widerständen verschiedener Art behaftet war, wie Palmiro Togliatte 1964 in seinem „Memorial von Jalta“ feststellte. Und zwar auch aufgrund der vom 20. Kongreß selbst aufgerichteten Schranken, der sich auf die Kritik des sogenannten „Personenkults“ konzentrierte und dem es deshalb nicht gelang, zu einer gründlicheren Analyse der Struktur des politischen Systems der UdSSR vorzustoßen.

weckte große Hoffnungen. Auf diesem Kongreß besann man sich darauf zurück, von der Notwendigkeit verschiedener Wege zum Sozialismus zu reden, und man verpflichtete sich auf die vollständige Wiederherstellung der sozialistischen Rechtssicherheit und auf die Demokratisierung. Die Frage eines anderen – ökonomischen, politischen, kulturellen – Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern des Ostens, das sich auf die volle Respektierung der Souveränität jedes Staates gründete, wurde ernsthaft aufgeworfen. Das Konzept des führenden Staats und der führenden Partei wurde für abgeschafft erklärt. Neue Möglichkeiten schienen sich in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion selbst zu eröffnen. Und auch in der Welt aufgrund der Politik der friedlichen Koexistenz, die nach dem 20. Kongreß einen entscheidenden Impuls erhalten hatte.

Aber nach einigen Jahren versandete dieser Erneuerungsprozeß – der schon von Anfang an mit Widersprüchen, Unsicherheiten und Widerständen verschiedener Art behaftet war, wie Palmiro Togliatte 1964 in seinem „Memorial von Jalta“ feststellte. Und zwar auch aufgrund der vom 20. Kongreß selbst aufgerichteten Schranken, der sich auf die Kritik des sogenannten „Personenkults“ konzentrierte und

5 Daher die Notwendigkeit einer weitergehenden Reflexion, die über die Kritik einzelner Fehler hinausgeht.

Warum sind diese wiederholten Erneuerungsversuche gescheitert? Die objektiven Schwierigkeiten, der Druck des Feindes, der diese Länder jahrelang mit der Gefahr des Krieges und der inneren Subversion belastete, die Befürchtungen wegen der Einkreisung, die Schwierigkeiten des kalten Krieges erklären nicht alles. Der Beweis war die Invasion in die Tschechoslowakei von 1968. In diesem Land wurde die Einleitung eines neuen demokratischen Kurses versucht und geführt nicht von einer Kraft wie Solidarność, sondern vom Zentralen Komitee der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, das entschlossen war, einen politischen und ökonomischen Kurs zu reformieren, der in scharfen Widerspruch zur ökonomischen und kulturellen Entwicklungsstufe der tschechoslowakischen Gesellschaft geraten war.

Die Invasion in die Tschechoslowakei und die gewaltsame Unterbrechung dieses mutigen Erneuerungsversuchs lieferte daher den Beweis dafür, daß die Notwendigkeit der grundlegenden Erneuerung der Verhältnisse im Osten nicht nur in Widerspruch zu dem sowjetischen Modell trat, sondern auch zu einem Konzept des „sozialistischen Lagers“, das die selbständige Entwicklung der verbündeten Länder begrenzt ...

Indem wir ohne Vorbehalte die Krise der osteuropäischen Länder zuende reflektieren, kommen wir nicht zu dem Schluß, daß sich die Perspektiven des Sozialismus verdunkelt haben oder daß diese Krise sein Scheitern beweist. Die Grenzen des Sozialismus stimmen nicht überein mit den Grenzen der osteuropäischen Länder, da der Sozialismus eine historische Bewegung ist, die sich im Weltmaßstab entwickelt.

6 Die sozialistische Oktoberrevolution von 1917 war das größte revolutionäre Ereignis unserer Epoche. Seine vorwärtstreibende Kraft für die Entfaltung der Befreiungs- und Emanzipationskämpfe der Werktätigen und unterdrückten Völker war in der gesamten Welt enorm ...

Die KPI unterschätzt nicht die Rolle der UdSSR, die sie im Weltmaßstab spielt. Diese Rolle entspricht manchmal den Interessen jener Länder und Völker, die gegen den Imperialismus und reaktionäre Regimes, für nationale Befreiung und Unabhängigkeit kämpfen, manchmal tritt sie zu diesen Interessen in Widerspruch, wenn sie sie nicht sogar offen verletzt, wie es für den Fall der militärischen Intervention in Afghanistan gilt.

7 Die Notwendigkeit, sich in Europa für einen „dritten Weg“ zu entscheiden, entsteht aus diesen historischen Entwickungen und theoretischen Ausarbeitungen. Diejenigen irren, die glauben machen wollen, die Notwendigkeit einer sozialistischen Transformation sei inzwischen überholt. In Wahrheit sind alte politische und ideologische Schemata überholt: eine bestimmte Konzeption des Sozialismus, der Organisation des Staates und der Macht, der Beziehungen zur Gesellschaft. Aber aus den Sachen selbst, aus der Verschärfung der Widersprüche, die das Schicksal der menschlichen Zivilisation in Frage stellen und die der Kapitalismus nicht mehr bewältigen kann, erwächst das Bedürfnis nach dem Sozialismus als einer objektiven Notwendigkeit, als historisches Bedürfnis. Das in der Sowjetunion angestrebte und auf die Länder des Ostens übertragene „Modell“ ist unwiederholbar, und jede Trennung zwischen Sozialismus und Demokratie, zwischen Formen des Eigentums und der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktionsmittel und Formen der demokratischen Organisation der politischen Macht ist unannehmbar.

Andererseits ist auch klar, daß man über die Erfahrungen der sozialdemokratischen Parteien hinauskommen muß ... Die gegenwärtige kapitalistische Krise – mit ihren Konsequenzen für die Volksmassen und mit der Gefahr, die sie für den Frieden und für das Schicksal der Demokratie bedeutet –, erfordert mehr denn je, daß sich alle Kräfte der europäischen Arbeiterbewegung für einen neuen Weg zum Sozialismus einsetzen.

mation sei inzwischen überholt. In Wahrheit sind alte politische und ideologische Schemata überholt: eine bestimmte Konzeption des Sozialismus, der Organisation des Staates und der Macht, der Beziehungen zur Gesellschaft. Aber aus den Sachen selbst, aus der Verschärfung der Widersprüche, die das Schicksal der menschlichen Zivilisation in Frage stellen und die der Kapitalismus nicht mehr bewältigen kann, erwächst das Bedürfnis nach dem Sozialismus als einer objektiven Notwendigkeit, als historisches Bedürfnis. Das in der Sowjetunion angestrebte und auf die Länder des Ostens übertragene „Modell“ ist unwiederholbar, und jede Trennung zwischen Sozialismus und Demokratie, zwischen Formen des Eigentums und der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktionsmittel und Formen der demokratischen Organisation der politischen Macht ist unannehmbar.

Andererseits ist auch klar, daß man über die Erfahrungen der sozialdemokratischen Parteien hinauskommen muß ... Die gegenwärtige kapitalistische Krise – mit ihren Konsequenzen für die Volksmassen und mit der Gefahr, die sie für den Frieden und für das Schicksal der Demokratie bedeutet –, erfordert mehr denn je, daß sich alle Kräfte der europäischen Arbeiterbewegung für einen neuen Weg zum So-

Westeuropa kann und muß im Kampf um eine neue internationale politische Ordnung und eine neue Weltwirtschaftsordnung eine große Rolle spielen. Dazu ist es notwendig, tiefgreifende innere Reformen in Angriff zu nehmen. Die konservativen Antworten auf die Krise, die die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ergriffen hat, sind unhaltbar, führen zu Millionen Arbeitslosen, zur Blockierung der Produktivkräfte, zur Degradation und Unterwerfung unter die stärksten kapitalistischen Mächte.

8 Die italienischen Kommunisten bekräftigen die selbständige und positive Rolle, die sie in der Diskussion, in den Treffen und in der offenen Auseinandersetzung mit den an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien und insbesondere mit der sowjetischen Partei spielen. Die KPI beabsichtigt die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zu allen kommunistischen Parteien, auf die gleiche Weise, wie zu jeder anderen sozialistischen, revolutionären und progressiven Kraft, ohne besondere oder privilegierte Beziehungen zu irgendjemand, auf der Grundlage absoluter Selbständigkeit des Denkens und politischen Handelns, ohne ideologische, politische oder organisatorische Fesseln.

Die KPI bekräftigt ihre Auffassung, daß die Vorstellung einer homogenen kommunistischen Bewegung, die von der Gesamtheit der Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung und damit von den sozialistischen, progressiven und Befreiungsbewegungen getrennt ist, überholt ist ...

If you're white
It's alright
If your're brown
Stick around
But if you're black
Oh brother
Git back
Git back

jot.Frankfurt. Zu einigen Titeln und Interpreten schrieb Manfred Miller – bekannt als Rundfunkkommentator „in Sachen Blues“ – den Plattentext. Wenn man Blues als musikalischen Begriff benutzt, ist der Titel zu weit gefaßt. Unter diesem Gesichtspunkt handelt es sich tatsächlich um R&B, von Schwarzen und Weißen gespielt. Chester Burnett gibt mit seiner Version des „Little red rooster“ den 2. Teil des Namens des Albums. Die erste bekannte Aufnahme ist von ihm 1962 bei „Chess“ in Memphis gespielt. „Chess“ war das erste Label, unter dem zu dieser Zeit Schwarze Musik produzieren konnten – von einigen Parade-Schwarzen des kommerziellen Jazz mal abgesehen. Besser bekannt sein dürfte Burnett unter seinem Musiker-Namen „Howling Wolf“.*

Fast alle der schwarzen R&B-Interpreten des Albums sind der Chicago-Blues-Szene zuzurechnen. Die Aufnahmen stammen aus der Mitte der 50er Jahre und sind heute Dokumente, obwohl dies schon die 2. Generation des Chicago-Blues ist. Die erste begann in den 20er Jahren, als fast eine Million Schwarze zum Arbeiten und Leben nach Chicago kamen. Bis in die 50er Jahre wurde ihre Musik „Rassenmusik“ genannt – alle öffentlichen Rundfunkanstalten waren ihr verschlossen.

BLACK & WHITE BLUES – THE LITTLE RED ROOSTER
2 LPs
HOWLIN' WOLF
MUDDY WATERS
JOHN LEE HOOKER
WILLIE MABON
EDDIE BOYD
SONNY BOY WILLIAMSON
CHUCK BERRY
BO DIDDLEY
ELMORE JAMES
OTIS RUSH
TOMMY TUCKER
BIG BILL BROONZY
OTIS SPANN
LITTLE WALTER
A.O.
BLACK & WHITE BLUES
ALEXIS KORNER
ROLLING STONES
CANNED HEAT
JOHN MAYALL
ERIC CLAPTON
THEM & VAN MORRISON
TEN YEARS AFTER
PETER GREEN
JOHNNY WINTER
ERIC BURDON & THE ANIMALS
DAS DRITTE OHR
CAPTAIN BEEFHEART
SAVOY BROWN
A.O.

... ist der Titel eines im letzten Jahr herausgegebenen Doppel-LP-Albums. Wer Rhythm&Blues (R&B), Chicago Blues oder englischen R&B der 60/70er Jahre mag, wird an diesen Aufnahmen Freude haben.

Blues ist herkömmlich auf Gitarre oder Banjo gespielt worden, gelegentlich unterstützt durch Mundharmonika oder eine Schelle. Dieser Blues ist durch Konzerte bekannter Interpreten mit dem spartanischen Stuhl und einem einsamen Mikrophon und Lichtkegel auf dunkler Bühne bekannt.

Nun hatte aber die instrumentale Ausrüstung beim ursprünglichen Blues wenig mit Musikstil und noch weniger mit Romantik zu tun. Das Erhalten der Blues-Tradition war für Big Bill Broonzy, Leadbelly und auch für viele andere der Grund, diese Lieder zu singen. Der Wanderarbeiter, Erntehelfer, Gelegenheitsarbeiter, vor allem aber ein großer Teil der Schwarzen, aber auch einige weiße Arbeiter spielten ein gängiges Instrument, um sich gelegentlich etwas zu verdienen – hinzuzuverdienen kann man schlecht sagen, weil sie oft keine Arbeit hatten oder fanden. Aber nur von der Musik leben konnte auch keiner. Je nachdem, wo sie gerade waren, spielten sie Polka, Step-Walz, Hillybilly und Country. Die meisten konnten ihre Instrumente durch lange Übung spielen, ohne Kenntnisse von Notenlesen oder gar Musikwissenschaft.

Seit Anfang des Jahrhunderts wuchsen die Industriezentren Nordamerikas, und ein großer Teil der Umherreisenden mußten, um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, in der Erntesaison an die Westküste und danach in die Baumwollfelder. Die großen Industriestädte wuchsen entlang der Ostküste der USA. Der Begriff „Mississippi-Delta“ ist bei seiner Verwendung seit dieser Zeit unter den fahrenden Arbeitern nicht die Mündung des Mississippi in den Golf von Mexiko, sondern das Dreieck zwischen Memphis-Mississippi und dem Yazoo-River abwärts, bis der Yazoo-River bei Vicksburg in den Mississippi mündet. Hier kreuzen sich so ziemlich alle Reiserouten durch die Staaten. Der „Mississippi-Delta-Blues“ hat hier seinen Ursprung, die Texte vieler Stücke berichten aus dieser Gegend. Hier waren die großen Baumwollplantagen, auf denen die Großeltern mancher Farbiger als Sklaven arbeiteten, aber auch die Nachkommen jener europäischen Einwanderer, die als „identured servants“ nach Nordamerika gekommen waren. Da diese Einwanderer nicht für ihre Überfahrt hatten zahlen können, mußten sie die Kosten in der Regel in 8jähriger Schuldsklaverei abarbeiten, unter ähnlichen Bedingungen wie die Schwarzen.

Aus diesem Grund waren nördlich von Memphis in Kansas, Kentucky und Westvirginia, wo das Land der sklavenhaltenden Tabak- und Baumwollplantagenbesitzer zu Ende ist und in denen zur Zeit der Sezessionskriege für die Flüchtlinge die Freiheit zu sein schien, die „Rassenvorurteile“ weniger ausgeprägt. „So befreiten mehrfach in blutigen Kämpfen weiße Arbeiter schwarze Strafgefangene, die während Arbeitskämpfen im Bergbau als Streikbrecher eingesetzt werden sollten.“ (Miller) Der vorurteilsfreiere Kontakt hat sich im Austausch von musikalischen Traditionen niedergeschlagen. Auf der „schwarzen“ Seite symbolisiert Chuck Berry die Synthese R&B.



So entwickelten sie nicht selten einen eigenwilligen Stil der Musik, was für die Behandlung der Instrumente ebenso galt, wie für den vorgetragenen Gesang. Oft waren auch die Instrumente recht mutige Eigenkonstruktionen (Bild: Washboard Sam mit seinem Instrument). In ihrer Lage konnten sie aber kaum ein größeres Instrument verwenden. Klavier, Schlagzeug oder Standbaß waren finanziell unerschwinglich und transportierbar.

1931 in St. Louis geboren, hat er früh angefangen, selbst Musik zu machen. Beeinflußt durch den Country Blues aus Tennesse, Kentucky und West Virginia, der von den Schwarzen, aber auch von den Weißen gespielt wurde. Chuck Berry baute eine Art Country Rythmus in seine Musik ein, das unverkennbare „Chuck-Berry-Schrammeln“. Von seinen bekannten Titeln ist dies am deutlichsten bei „Mabellin“ zu hören. Rolling Stones, Beatles, Animals – eigentlich jede Beat- bzw. Rock-Gruppe der 60er/70er Jahre – hatte mehrere seiner Stücke im Repertoire. Von 1972 ist auf der Platte die Aufnahme „Mean old world“. Ian McLagan, Kenny Jones von den frühen Small Faces spielen zusammen mit Chuck Berry.

Chuck Berrys Anfang war schwer, denn für konservative Schwarze war er zu weiß und galt oft als bestochen. Für die weißen Mittelständler war er „Nigger“ und die weiße Intelligenz hielt ihn außerdem für dumm und kriminell.

Das Bemerkenswerte sind seine Texte. Es sind authentisch dargebotene Lebensbeschreibungen speziell der Jugend zur damaligen Zeit. „Sweet little Sixteen“ hat inzwischen eine Unmenge von Strophen. Und diese Jugend – ob schwarz oder weiß – mochte ihn, weil er „ihren R&B“ ausdrückte.

Black & White Blues, was ist das eigentlich? Jeder kennt den Blues. Jeder hört den Blues. Aber das schließt keineswegs aus, daß kaum jemand weiß, was er da hört. Nur vage und meist irreführende Vorstellungen sind im Umlauf darüber, was für eine Musik das eigentlich ist. Gibt es überhaupt weißen Blues? Manfred Miller versucht eine Antwort zu geben. Er zitiert Leadbelly, einen der Bluessänger der 30er/40er Jahre: „Kein weißer Mann hatte jemals den Blues, denn der Weiße hatte keine Sorgen ...“. Dagegen äußert er vorsichtige Bedenken und führt dann Muddy Waters ins Feld, gestützt auf den Plattentitel „Got my mojo working“ mit Paul Butterfield, Mike Bloomfield (beide sind jünger und weiß). Nach den Aufnahmen sagte Waters: „Wer mir noch mal mit diesem Schwarz-Weiß Quatsch kommt, dem gebe ich sein Gebiß zu schlucken. Schließlich haben Mike und Paul schon jahrelang mit uns gelebt und gespielt.“ Das gemeinsame Album hieß dann auch nicht „Black & White“, sondern „Väter und Söhne“.

Auf der Platte steht für den Weißen Blues eine Aufnahme von 1961, Alexis Korner Blues Incorporates „Hoochie Coochie man“, mit Dave Stevens, Jack Bruce, Mick Jagger, Cyril Davis. Ein Beweis dafür, daß es Weiße gibt, die den „Blues der Schwarzen“ spielen und gut spielen. Nur, das macht keinen „weißen“ Blues aus. „Jeder kennt den Blues, wenn du ihn heute nicht hast, dann hast du ihn wahrscheinlich gestern schon gehabt. Oder du wirst ihn morgen kriegen“, so sagen die Blues-Leute. Oder Leadbelly, ich zitiere das, was Manfred Miller auf der Plattenhülle anfängt, aber abbricht zu Ende: „.... wenn du im Bett liegst und dich von einer Seite auf die andere wälzt und du kannst nicht schlafen, was ist dann mit dir los? Der Blues hat dich.“ Die Weißen müssen „ihren Blues“ aber schon selber machen.

*Die Aufnahme der Platte ist von einem Londoner Konzert und erschien mit dem Titel „The London Session Howlin' Wolf“. Die Aufnahme war nur in geringer Auflage im Handel. Mit „Howlin' Wolf“ spielen u.a. Eric Clapton, Stevie Winwood, Bill Wyman, Charly Watts.

acm. Die vorliegende Schallplatte, die vom Arbeitskreis Umwelt in Münster herausgegeben wurde, dient der Unterstützung der Angeklagten im Brokdorf-Prozeß. Von dem Verkaufspreis von 15 DM sollen (mindestens) 6 DM für die hohen Prozeßkosten aufgewandt werden. Die Platte „soll den Angeklagten helfen, zum einem mit der finanziellen Notlage (Prozeßkosten etc.), die sie ruinieren soll, ein bißchen besser klarzukommen, soll zum anderen eine breitere Öffentlichkeit auf diesen polizeilichen und juristischen Skandal aufmerksam machen“, schreiben die Herausgeber in ihrer Beilage. In dieser Beilage zur Platte befinden sich noch Informationen über Michael Duffkes Prozeß (der immer noch in Haft ist), eine Liste der Angeklagten mit ihren Adressen und ein paar weitere, aber nicht besonders neue, Informationen über die Prozeßfront.



Dave Lippmann & The Urgent-Ensemble aus den USA haben eine Lied gegen das Atombombenlaboratorium in Berkeley beigesteuert, die Aufnahme entstand im Oktober in Greven / Münster. „Shut down the labe“ ist wie alle weiteren englischen Texte auf der Beilage abgedruckt und die Herausgeber haben versucht (wie sie selber vorsichtig anmerken) eine deutsche Übersetzung vorzunehmen. Ian Mackintosh's „Wild Utopian Dream“ wurde im Wohnzimmer aufgenommen – der Atmosphäre tat es keinen Schaden. Der Blues-Stilist Gerry Lockran hat mit „She's a very Good Friend of Mine“ zur Platte beigetragen. Außerdem sind noch die Sands Family aus Nordirland mit „Blame the World“, Christy Moore aus Irland und An Delen Dir (aus der Bretagne) mit gleichnamigem Titel zu hören. Diese Beiträge sind alles ruhige, folkloristische Lieder gegen AKWs, atomare Bedrohung durch Waffen und den Krieg.

Die Beiträge von Liederjan, Zupfgeigenhansel und Hannes Wader sind vielleicht auch sonst leichter zugänglich, aber „Swinging Mescalero“ und die „Mobile Einsatz Kapelle Bochum“, sprich MEK Bochum, bringen noch leicht spontane Züge und eine härtere Gangart auf die Platte. Dabei ist das live aufgenommene Unikum „Rasterfahndung positiv“ vom MEK Bochum der absoute Lacherfolg – jedenfalls beim ersten Hören.

Insgesamt also auf der Platte 12 Lieder, die schon hörenswert sind. Die Platte kann man sich beschaffen über einige linke Buchläden, die sie in ihrem Vertrieb haben (manchmal auch dort, wo Büchergilde-Bücher zu haben sind)

AKU Münster, Bremer Str. 57, 4400 Münster, Tel. 0251/661206 (einzeln) gegen Vorausüberweisung von 15 DM + 2,50 DM Versandk. auf das Konto Karl Steinhoff-Sonderkonto 5692802 bei der DKM Münster, BLZ 400 60 265)

Fernsehtip

Familiengeheimnisse

Nach einem Roman von Ross Mc Donald wurde dieser Film in der Reihe „Thriller“ gemacht. Mc Donalds Kriminalromane mit dem Privatdetektiv Lew Archer sind weit mehr als der übliche „Thriller“, weil die „kriminelle Handlung“ zumeist angesiedelt ist in den Lebensverhältnissen der Mittel und Oberschicht Amerikas. Lew Archers Nachforschungen lassen Abgründe erscheinen, zerstören die oberflächlich geordneten Verhältnisse und machen die Absurdität und Morbidität des „American Way of Live“ sichtbar. Damit sind Ross McDonalds Romane immer auch gesellschaftspolitischer Anschauungsunterricht. Ob diese Atmosphäre auch in dem Film umgesetzt wurde, dürfte allerdings fraglich sein.
Samstag, 16.1., 23.15 Uhr im ZDF

Die Macht der Gottheit

Dieser thailändische Spielfilm von 1981 soll die Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung mittels dörflichem Aberglauben zum Zwecke der Landberaubung und -spekulation verdeutlichen. Die im Vordergrund ablaufende Liebesgeschichte bildet das Transportmittel für die Kritik sowohl der zurückbleibenden bäuerlichen Verhältnisse als der gewaltsam einbrechenden „progressiven“ Entwicklung.
Montag, 18.1., 23.00 Uhr im ARD

Beim Bund

Für das Vorabendprogramm hat man eine neunteilige Serie „Beim Bund“ fertigen lassen. Alle wichtigen Themenbereiche sollen angeschnitten werden, heißt es: „Zett Zwo“, „Befehl und Gehorsam“, „Führungsprobleme“, „Jeder Punkt zählt“, Unternehmen Katzenfell“, „Eine Ehe“, sind einige. „Kritische Würdigung“, so heißt's über die Serie. Eben auch eine neue Methode, die Bundeswehr in „die Gesellschaft zu integrieren“.
Donnerstags, jeweils 18.20 Uhr im ZDF

Löhne, Preise und Tarife

Beilage zur Kommunistischen Volkszeitung 2/1982

Erhöhung der Tariflohn- und -gehaltssätze im 1. Halbjahr 1981 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Tariflohnerhöhungen								
	Zahl der Arbeiter in 1000			Lohnerhöhungen in vH					
	insgesamt	davon begünstigt von		insgesamt		davon			
						beim Inkrafttreten der Verträge		Stufenerhöhungen[1]	
		Neuabschlüssen	Stufenerhöhungen[1]	Stundenlohn	davon Lohnausgleich[2]	Stundenlohn	davon Lohnausgleich[2]	Stundenlohn	davon Lohnausgleich[2]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft[3]	342	342	—	5,9	1,6	5,9	1,6	—	—
Bergbau, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	177	177	—	4,7	—	4,7	—	—	—
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	887	887	—	4,7	—	4,7	—	—	—
Investitionsgüterindustrien	2 553	2 553	—	4,9	—	4,9	—	—	—
Verbrauchsgüterindustrien	887	856	73	4,9	—	5,0	—	0,7	—
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	104	104	—	5,2	—	5,2	—	—	—
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1 087	1 087	0	4,1	—	4,1	—	2,5	—
Handwerk	794	785	38	5,3	0,1	5,3	—	2,0	1,8
Handel, Banken, Versicherungen[4]	629	629	—	5,1	—	5,1	—	—	—
Verkehr und Nachrichtenübermittlung[4]	512	512	4	5,0	0,0	5,0	—	2,5	2,5
Private Dienstleistungen und öffentliche Dienste[4]	1 236	1 236	—	4,7	0,1	4,7	0,1	—	—
gesamte Wirtschaft	9 208	9 168	115	4,9	0,1	4,9	0,1	1,2	0,7

1) Lohn- und Gehaltserhöhungen, die nicht schon mit Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhungen (in der Berichtszeit oder im Vorjahr vereinbart) erst zu einem späteren Termin während der Laufzeit des Vertrages wirksam werden. — 2) Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen. Der Lohnausgleich ist jeweils im Erhöhungssatz des Stundenlohnes der Vorspalte enthalten. — 3) Einschl. der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. — 4) ohne Beamte.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Wirtschaftsbereich	Tarifgehaltserhöhungen					
	Zahl der Angestellten in 1 000			Gehaltserhöhungen in vH		
	insgesamt	davon begünstigt von		insgesamt	davon	
		Neuabschlüssen	Stufenerhöhungen[1]		beim Inkrafttreten der Verträge	Stufenerhöhungen[1]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft[3]	4	4	—	4,6	4,6	—
Bergbau, Elektrizitäts-, Gas und Wasserversorgung	40	40	—	4,7	4,7	—
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	401	401	—	4,8	4,8	—
Investitionsgüterindustrien	1 189	1 189	—	4,9	4,9	—
Verbrauchsgüterindustrien	246	236	19	4,9	5,0	0,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	51	51	—	5,2	5,2	—
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	211	211	—	4,1	4,1	—
Handwerk	166	165	2	5,4	5,4	1,0
Handel, Banken, Versicherungen[4]	1 652	1 652	—	5,0	5,0	—
Verkehr und Nachrichtenübermittlung[4]	153	153	—	4,8	4,8	—
Private Dienstleistungen und öffentliche Dienste[4]	1 544	1 544	—	4,3	4,3	—
gesamte Wirtschaft	5 657	5 646	21	4,7	4,7	0,7

1) Lohn- und Gehaltserhöhungen, die nicht schon mit Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhungen (in der Berichtszeit oder im Vorjahr vereinbart) erst zu einem späteren Termin während der Laufzeit des Vertrages wirksam werden. — 2) Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen. Der Lohnausgleich ist jeweils im Erhöhungssatz des Stundenlohnes der Vorspalte enthalten. — 3) Einschl. der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. — 4) ohne Beamte.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Quelle: WSI-Mitteilungen, September 1981

Reallöhne und -gehälter für Industrie und Handel 1979 – 1981

	Juli 1979		Juli 1980					Januar 1981				Juli 1981				
	brutto	netto	brutto		netto			brutto		netto		brutto		netto		
	DM	DM	DM	(1)	DM	(1)	(2)	DM	(3)	DM	(3)	DM	(1)	DM	(1)	(2)
Arbeiter, männlich																
Industrie gesamt	2451	1627	2606	6,3	1700	4,5	**−0,8**	2563	−1,3	1695	−0,1	2713	4,1	1771	4,2	**−1,6**
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	2520	1660	2645	5,0	1718	3,5	**−1,8**	2589	−0,7	1708	0,5	2739	3,6	1784	3,8	**−2,0**
Eisen- u. Stahlind.	2485	1643	2597	4,5	1696	3,2	**−2,1**	2507	−0,5	1667	0,5	2662	2,5	1745	2,9	**−2,9**
Chemische Industrie	2589	1694	2700	4,3	1744	3,0	**−2,3**	2739	1,9	1784	2,6	2842	5,3	1833	5,1	**−0,7**
Investitionsgüterind.	2451	1627	2623	7,0	1708	5,0	**−0,3**	2563	−1,5	1695	−0,2	2731	4,1	1780	4,2	**−1,6**
Verbrauchsgüterind.	2309	1558	2442	5,8	1621	4,0	**−1,3**	2442	0	1632	0,7	2541	4,1	1684	3,9	**−1,9**
Druckindustrie	2722	1755	2847	4,6	1810	3,1	**−2,2**	2855	0	1839	1,4	2946	3,5	1883	4,0	**−1,8**
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2387	1595	2494	4,5	1647	3,3	**−2,0**	2567	−0,8	1697	0,2	2666	6,9	1747	6,1	**0,3**
Hoch- und Tiefbau	2438	1620	2593	6,4	1694	4,6	**−0,7**	2481	−5,3	1652	−3,2	2696	4,0	1763	4,1	**−1,7**
Arbeiter, weiblich																
Industrie gesamt	1668	1185	1789	7,3	1261	6,4	**1,1**	1772	−0,4	1242	−1,0	1871	4,6	1305	3,5	**−2,3**
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	1802	1269	1914	6,2	1337	5,4	**0,1**	1909	−0,3	1330	−0,5	2008	4,9	1390	4,0	**−1,8**
Eisen- u. Stahlind.	1746	1234	1858	6,4	1303	5,6	**0,3**	1819	−0,2	1273	−0,7	1914	3,0	1332	2,2	**−3,6**
Chemische Industrie	1823	1283	1926	5,7	1345	4,8	**−0,5**	1948	0,9	1354	0,4	2038	5,8	1407	4,6	**−1,2**
Investitionsgüterind.	1750	1237	1879	7,4	1316	6,4	**1,1**	1836	−1,9	1284	−2,1	1965	4,6	1364	3,6	**−2,2**
Verbrauchsgüterind.	1574	1125	1681	6,8	1192	6,0	**0,7**	1686	1,1	1189	0,4	1759	4,6	1235	3,6	**−2,2**
Druckindustrie	1754	1240	1879	7,1	1316	6,1	**0,8**	1883	−0,3	1313	−0,7	1952	3,9	1356	3,0	**−2,8**
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1535	1100	1638	6,7	1165	5,9	**0,6**	1660	0,8	1172	0,2	1724	5,3	1212	4,0	**−1,8**
Angestellte, männlich																
Industrie gesamt	3426	2079	3693	7,8	2188	5,2	**−0,1**	3714	0,1	2239	2,0	3885	5,2	2317	5,9	**0,1**
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	3472	2099	3758	8,2	2217	5,6	**0,3**	3789	0,6	2274	2,4	3954	5,2	2348	5,9	**0,1**
Eisen- u. Stahlind.	3426	2079	3697	7,9	2190	5,3	**0**	3636	−1,4	2204	0,9	3864	4,5	2308	5,4	**−0,4**
Chemische Industrie	3529	2126	3823	8,3	2245	5,6	**0,3**	3886	1,5	2317	3,1	4025	5,3	2379	6,0	**0,2**
Investitionsgüterind.	3479	2103	3751	7,8	2214	5,3	**0**	3758	0	2260	2,0	3940	5,0	2341	5,7	**−0,1**
Verbrauchsgüterind.	3144	1948	3376	7,4	2046	5,0	**−0,3**	3421	0,4	2102	2,0	3561	5,5	2168	6,0	**0,2**
Druckindustrie	3486	2106	3736	7,2	2207	4,8	**−0,5**	3748	−0,4	2255	1,6	3916	4,8	2332	5,7	**−0,1**
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3110	1932	3313	6,5	2017	4,4	**−0,9**	3412	0,4	2098	2,1	3506	5,8	2143	6,2	**0,4**
Hoch- und Tiefbau	3604	2159	3887	7,9	2272	5,2	**−0,1**	3845	−1,8	2299	0,6	4064	4,6	2397	5,5	**−0,3**
Handel, Kreditinstitute, Versicherungen	2813	1797	3041	8,1	1895	5,5	**0,2**	3096	0,9	1952	2,4	3186	4,8	1993	5,2	**−0,6**
Angestellte, weiblich																
Industrie gesamt	2272	1536	2444	7,6	1623	5,7	**0,4**	2472	0,7	1647	1,2	2580	5,6	1703	4,9	**−0,9**
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	2437	1619	2617	7,4	1705	5,3	**0**	2653	0,6	1741	1,5	2768	5,8	1798	5,5	**−0,3**
Eisen- u. Stahlind.	2237	1518	2401	7,3	1601	5,5	**0,2**	2401	−0,4	1610	0,2	2525	5,2	1676	4,7	**−1,1**
Chemische Industrie	2554	1677	2736	7,1	1761	5,0	**−0,3**	2776	0,8	1802	1,9	2892	5,7	1857	5,5	**−0,3**
Investitionsgüterind.	2279	1540	2457	7,8	1628	5,7	**0,4**	2471	0,4	1648	1,0	2591	5,5	1710	5,0	**−0,8**
Verbrauchsgüterind.	2078	1432	2232	7,4	1514	5,7	**0,4**	2269	1,0	1539	1,1	2353	5,4	1585	4,7	**−1,1**
Druckindustrie	2264	1532	2425	7,1	1613	5,3	**0**	2447	0,9	1635	1,4	2548	5,1	1688	4,6	**−1,2**
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2148	1471	2299	7,0	1549	5,3	**0**	2356	0,8	1586	1,1	2440	6,1	1632	5,4	**−0,4**
Hoch- und Tiefbau	2219	1509	2395	7,9	1598	5,9	**0,6**	2422	0,7	1622	1,2	2522	5,3	1674	4,8	**−1,0**
Handel, Kreditinstitute, Versicherungen	1937	1352	2087	7,7	1436	6,2	**0,9**	2123	1,4	1457	1,1	2202	5,5	1501	4,5	**−1,3**

(1) Veränderung gegenüber demselben Monat im Vorjahr in Prozent – (2) Veränderung unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate (Entwicklung des Netto-Reallohns) – (3) Veränderung gegenüber dem 1. Monat des vorhergehenden Quartals in Prozent – Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16, Löhne und Gehälter, davon Reihe 2.1 Arbeiterverdienste in der Industrie und Reihe 2.2 Angestelltenverdienste in Industrie und Handel. Eigene Berechnungen

Einige Anmerkungen zur Berechnung und zu den möglichen Schlußfolgerungen:

Die Bruttoverdienste der Arbeiter sind aus den Bruttowochenverdiensten hochgerechnet (mit einem Faktor 4,3). In ihre Veränderung gehen also sowohl Änderungen des Lohns als auch Änderungen der tatsächlichen Arbeitszeit ein. Bei Arbeitern wie bei Angestellten gehen in die Durchschnittswerte Änderungen in der Besetzung der Lohn- und Gehaltsgruppen innerhalb einer Branche ein.

Zur Berechnung des Nettoverdienstes wurde die Lohnsteuer entsprechend der Steuertabelle sowie die Sozialversicherung berücksichtigt. Es wurde die Steuerklasse I (identisch mit IV, ohne Kind) gewählt. Arbeitslosenversicherung betrug immer 3%, die Rentenversicherung 1979 und 1980 18%, 1981 18,5%. Bei der Krankenversicherung wurde der jeweils zu Jahresbeginn geltende Durchschnittswert aller gesetzlichen Krankenkassen gewählt: 1979 11,3%, 1980 11,4% und 1981 11,8%. Als Preissteigerungsrate wurde die für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen geltende gewählt. Das war für den Juli 1980 5,3% und für den Juli 1981 5,8%.

Verglichen werden können in der Regel nur dieselben Monate verschiedener Jahre. So wird z.B. im Juli in vielen Fällen Urlaubsgeld ausgezahlt, er ist also nicht unbedingt mit einem anderen Monat vergleichbar. Der Januar 1981 wurde zusätzlich gewählt, weil sich hier in den Differenzen der Lohnsteigerungen zwischen Brutto- und Nettoverdienst die Auswirkungen der Steueränderungsgesetze, die zum 1. Jauar 1981 in Kraft traten, einerseits, wie der veränderten Sozialversicherungsbeiträge andererseits ablesen lassen. Dabei ist die Veränderung sowohl brutto wie netto auf den Oktober 1980 bezogen, was alleine aus rechnerischen Gesichtspunkten geschehen ist. Es zeigt sich jedenfalls deutlich, daß bei sehr niedrigen Löhnen die Steuersenkungen die Erhöhungen der Sozialversicherung nicht auffangen konnten, dagegen ergibt sich bei höheren Gehältern ein deutliches Übergewicht der Steuersenkungen.

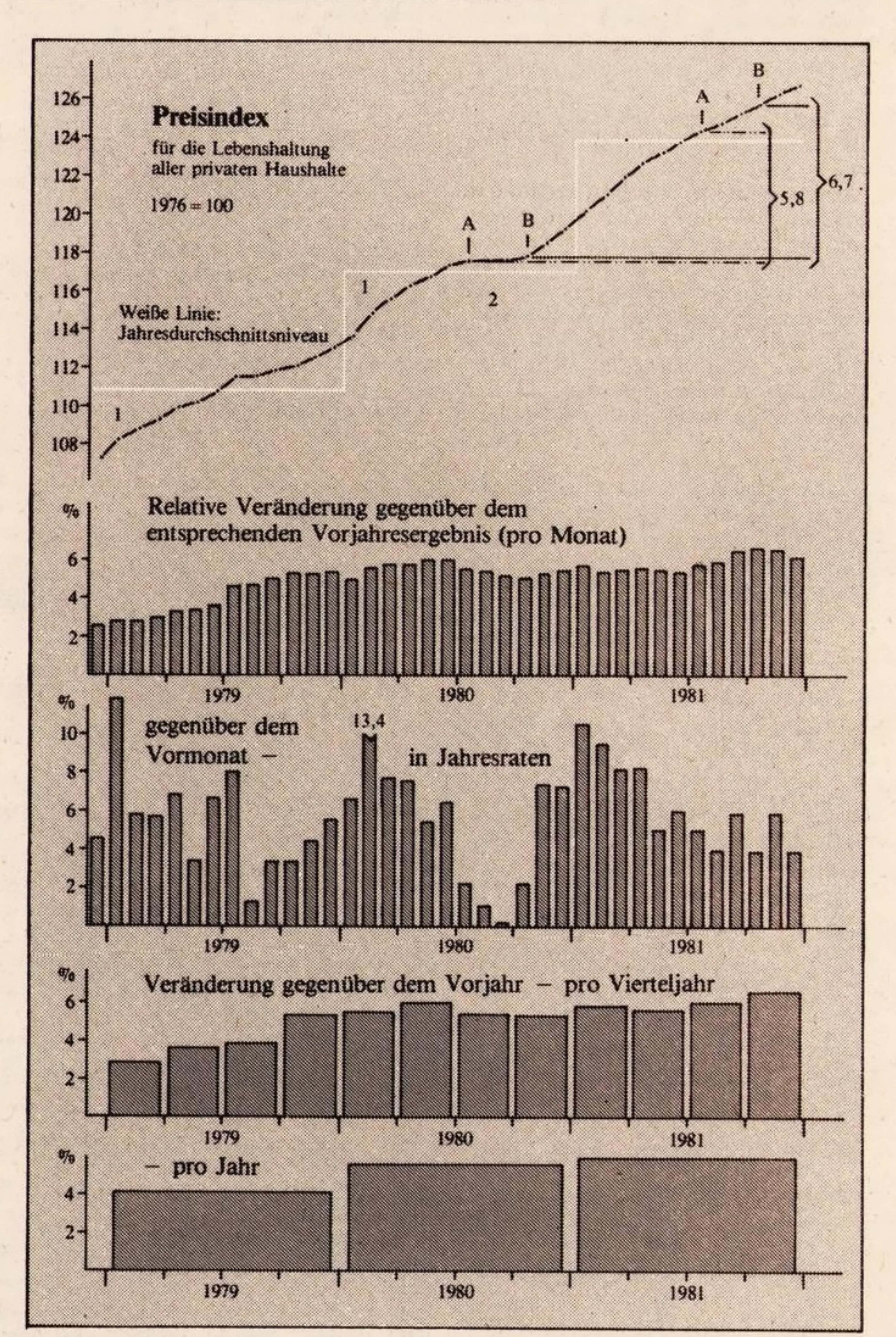
Index und Veränderungsraten – statistische Zusammenhänge

„Im Dezember sind die Preise um 6,3% gestiegen", „Das reale Sozialprodukt lag im dritten Quartal um 0,3% über dem Vorjahresniveau", so und ähnlich lauten die Kennzeichnungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit Hilfe der hier gezeichneten Schaubilder sollen diese Ausdrucksweisen verständlich gemacht werden.

Grundlegend für die Beurteilung von Veränderungsraten ist immer, daß man sich klar macht, auf welche absoluten Größen sie sich beziehen. Einfach ist dies etwa bei Angaben zum Wachstum des Sozialprodukts. Das Sozialprodukt läßt sich in Währungseinheiten (DM) messen und die prozentuale Veränderung gibt die Entwicklung, bezogen auf den früheren Zustand, an. Schwieriger ist bereits, die Entwicklung des Tariflohnes zu messen, sobald es nicht bloß um einen Tarifbereich geht. In die durchschnittliche Entwicklung muß die Erhöhung im Tarifbereich der Metallindustrie mit größerem Gewicht eingehen als die Tariferhöhung etwa der Druckindustrie. Um einen Durchschnitt zu erhalten, muß man das Ergebnis jeder Branche oder jedes Tarifbereiches gewichten entsprechend der Anzahl der Betroffenen der jeweiligen Tariferhöhungen. So geht etwa der letzte Tarifabschluß in der Metallindustrie mit 42% (=0,42) in die Ermittlung der Durchschnittsentwicklung ein, weil rund 42% der Arbeiter aller Wirtschaftsbereiche in der Metallindustrie arbeiten (Vergleiche die Tabelle zur Erhöhung der Tariflohnsätze).

Etwas komplizierter ist die Ermittlung der Preissteigerungen. Die Ausgangsbasis bildet hier der Preisindex. In ihn geht jede Preisänderung entsprechend dem unterstellten Anteil ein, den die jeweilige Ware am Gesamtverbrauch hat. So gehen Mieterhöhungen mit größerem Gewicht in den Gesamtindex ein als die Erhöhung der Apfelpreise. Es ist klar, daß daher die Festlegung der Gewichte von großer Bedeutung für die Feststellung der Gesamtentwicklung ist. Das Statistische Bundesamt rechnet gegenwärtig mit einer Zusammensetzung des Warenkorbes, die 1976 aufgrund von Stichproben ermittelt wurde. Zweifellos aber haben sich die Verbrauchsverhältnisse seither verändert. So hat z.B. der Oldenburger Professor Wolfgang Pfaffenberger errechnet, daß der amtliche Index die Preissteigerungen um 0,8% zu niedrig gegenüber den tatsächlich vom Durchschnitt aller Haushalte zu tragenden Preissteigerungen angibt. Grund hierfür sei, daß die überdurchschnittlichen Steigerungen der Energieund Heizkostenpreise mittlerweile ein größeres Gewicht an den Haushaltsausgaben haben.

Die monatlich veröffentlichte Preissteige-



rung wird ermittelt, indem der Index z.B. im Dezember 1981 verglichen wird mit dem Indexwert vom Dezember 1980. Eine Preissteigerung von 6,3% gibt daher die Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis an. Es ist offensichtlich, daß die Entwicklung dieser Preisrate davon abhängt, wie sich die Preise im Vergleichszeitraum entwickelt haben. Dies wird am Schaubild deutlich. Von Juli bis Oktober 1981 hat sich die amtliche Preisrate von 5,8 auf 6,7% erhöht. Dies lag aber nicht daran, daß sich das Tempo der Preissteigerungen in diesem Zeitraum erheblich beschleunigt hätte, sondern daran, daß sich das Preisniveau im Vergleichszeitraum Juli 80 bis Oktober 80 nur wenig verändert hat. Umgekehrt bedeutet die Tatsache, daß sich die Inflationsrate im Dezember auf 6,3% ermäßigt hat, nicht eine Verminderung des Tempos der gegenwärtigen Preissteigerungen. Solche Einflüsse gehen dann als „Basiseffekt" in die Diskussion ein.

In einigen Ländern wird im Unterschied zu dieser Methode ausgegangen von der Steigerung von Monat zu Monat. Auch der Sachverständigenrat benutzt diese andere Methode. Der Index im Dezember 1981 wird dazu verglichen mit dem Stand vom November 1981. Diese Darstellung zeigt das dritte Schaubild, wobei unterstellt wird, daß die Steigerung von einem Monat zum anderen ein volles Jahr anhält. Die Veränderung eines Monats wird in Jahresraten umgerechnet, weil die Rechnung in Jahresraten auch bei anderen Größen üblich ist. Diese Darstellung gibt sozusagen die jeweilige Geschwindigkeit der Preissteigerung an. Es zeigt sich aber auch, daß sich ein recht unruhiges Auf und Ab ergibt, denn in die Veränderung zwischen zwei Monaten gehen zahlreiche Sondereinflüsse ein, die sich über längere Zeit wieder ausgleichen. Im Januar 1979 und im Februar 1980 z.B. machten die Preise einen Sprung gegenüber dem Vormonat. Im zweiten Schaubild ist dies aber kaum zu erkennen. (Siehe die mit der Ziffer 1 bezeichneten Stellen.) Ein weiteres deutlich sichtbares Beispiel ist die Preisentwicklung Mitte 1980. (Siehe Ziffer 2)

Für die gegenwärtige Preisentwicklung läßt sich sagen, daß sie sich zwischen vier und sechs Prozent bewegt. Sicher ist, daß die amtliche Inflationsrate, die für Januar veröffentlicht werden wird, die mittelfristige Entwicklung unterzeichnet. Dies, weil im Januar 1981 ein außergewöhnlicher Sprung zu verzeichnen war. Weiterhin wirken die Erhöhung der Branntwein- und Sektsteuer zum 1. April und der Tabaksteuer zum 1. Juni preistreibend.

Für Dezember wird die Inflationsrate mit 6,3% angegeben, für das ganze Jahr 1981 aber mit 5,9%. Woher dieser Unterschied? Weil die 6,3% den Preisstand vom Dezember 1981 mit demjenigen von Dezember 1980 vergleichen, während der Jahresdurchschnitt das durchschnittliche Preisniveau 1981 mit jenem des Jahres 1980 vergleicht. Dieses durchschnittliche Jahresniveau ist im ersten Schaubild mit der weißen Linie gekennzeichnet. Die Veränderungsraten gibt das unterste Schaubild wieder. Die Vierteljahresraten im zweituntersten Schaubild werden entsprechend berechnet. Diesen Unterschied im Bezugszeitraum muß man auch bei der Ermittlung der Reallohnentwicklung beachten. Nimmt man die Preisveränderung pro Monat, so muß man andererseits natürlich auch für die Entwicklung des Nominallohnes die Veränderungsraten pro Monat nehmen. So ergibt sich ein Vergleich Dezember zu Dezember usw. Will man die Entwicklung des jahresdurchschnittlichen Reallohnes errechnen, so muß der Jahresdurchschnittslohn um die jährliche Inflationsrate bereinigt werden – für 1981 also 5,9%.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich auch, daß die vom Sachverständigenrat für 1982 prognostizierte Inflationsrate von 5,5% überhaupt nur eintreten kann, wenn die Geschwindigkeit der Preissteigerung im Verlauf des Jahres erheblich sinkt. Entsprechende Zusammenhänge wie zwischen Preisindex und Veränderungsrate ergeben sich bei anderen Größen wie dem Sozialprodukt, der Lohnentwicklung usw.

Preise

Zeit	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 1) – Insgesamt – 1976 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	darunter: Investitionsgütergewerbe	Verbrauchsgüter	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 2) – Insgesamt – 1976 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Indizes der Preise im Außenhandel – Ausfuhr (1976 = 100)	Einfuhr (1976 = 100)	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 8) – Insgesamt – 1976 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	davon: Nahrungsmittel	Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter	Dienstleistungen und Reparaturen	Wohnungs- und Garagennutzung
1962 D	64,0	+ 1,0	61,7	64,3	.	.	62,2	62,6	58,1	.	62,3	65,2	48,1	44,7
1963 "	64,3	+ 0,5	61,9	65,4	.	.	62,3	63,8	59,8	+ 2,9	64,2	66,1	50,6	47,1
1964 "	65,0	+ 1,1	62,7	66,7	.	.	63,8	64,9	61,2	+ 2,3	65,7	66,7	52,6	49,7
1965 "	66,6	+ 2,4	64,5	68,2	.	.	65,2	66,6	63,2	+ 3,3	68,5	67,6	54,7	52,5
1966 "	67,7	+ 1,8	65,8	70,0	.	.	66,5	67,8	65,4	+ 3,5	70,3	68,8	58,1	56,7
1967 "	67,1	— 0,9	65,1	69,5	.	.	66,5	66,3	66,5	+ 1,7	69,7	69,6	60,2	60,5
1968 "	66,6	— 0,7	65,1	69,3	68,7	.	65,8	65,8	67,6	+ 1,7	68,1	70,2	63,4	64,8
1969 "	67,9	+ 1,9	67,2	70,6	73,0	+ 6,3	68,4	66,9	68,9	+ 1,9	70,3	70,2	64,7	68,8
1970 "	71,2	+ 4,9	72,5	73,3	67,3	— 7,8	70,5	66,2	71,2	+ 3,3	71,7	72,5	67,7	71,8
1971 "	74,3	+ 4,3	77,0	76,0	69,9	+ 3,9	72,9	66,5	74,9	+ 5,2	74,6	75,8	72,9	76,1
1972 "	76,2	+ 2,6	79,1	78,7	77,0	+10,2	74,4	66,1	79,1	+ 5,6	79,0	79,3	77,9	80,7
1973 "	81,3	+ 6,6	82,4	84,6	81,9	+ 6,4	79,2	74,6	84,6	+ 7,0	85,3	84,7	83,4	85,4
1974 "	92,1	+13,4	90,1	94,5	79,2	— 3,3	92,7	95,6	90,5	+ 7,0	89,9	91,5	89,7	89,6
1975 "	96,4	+ 4,7	96,7	97,1	89,7	+13,3	96,3	94,2	95,9	+ 6,0	95,4	96,5	95,6	95,3
1976 "	100	+ 3,7	100	100	100	+11,5	100	100	100	+ 4,3	100	100	100	100
1977 "	102,7	+ 2,7	103,7	102,9	98,9	— 1,1	101,7	101,5	103,7	+ 3,7	102,4	103,7	104,9	103,3
1978 "	103,9	+ 1,1	106,0	104,6	95,5	— 3,4	103,3	97,7	106,5	+ 2,7	103,6	106,5	108,9	106,3
1979 "	108,9	+ 4,8	109,1	109,7	96,9	+ 1,5	108,2	109,1	110,9	+ 4,1	105,4	111,8	114,0	109,6
1980 "	117,1	+ 7,6	114,4	117,9	99,3	+ 2,5	115,1	125,3	117,0	+ 5,5	109,9	119,0	119,5	115,0
1980 Nov.	119,5	+ 7,4	115,6	119,8	101,1	+ 1,4	116,5	129,8	118,6	+ 5,3	110,2	120,7	121,8	116,7
Dez.	120,0	+ 7,4	115,7	119,9	102,8	+ 1,7	116,6	130,9	119,3	+ 5,5	111,0	121,6	122,4	116,9
1981 Jan.	121,2	+ 6,8	116,6	120,6	102,0	+ 1,3	117,8	135,1	120,3	+ 5,8	113,3	122,5	123,2	117,3
Febr.	122,2	+ 6,7	117,2	121,3	102,1	+ 1,5	118,9	139,0	121,2	+ 5,5	114,0	123,4	124,4	117,7
März	123,3	+ 7,0	117,7	121,7	103,0	+ 2,6	119,5	139,3	122,0	+ 5,5	115,0	124,5	124,8	118,3
April	124,5	+ 6,8	118,3	122,4	102,9	+ 4,5	120,3	140,3	122,8	+ 5,6	116,5	125,2	125,2	118,9
Mai	125,3	+ 7,0	119,0	123,4	102,4	+ 4,8	120,9	142,4	123,3	+ 5,6	117,1	125,8	125,5	119,3
Juni	125,8	+ 7,3	119,3	123,8	101,9	+ 5,5	121,5	144,5	123,9	+ 5,5	116,6	126,3	127,2	119,8
Juli	127,1	+ 8,1	119,7	124,4	102,8	+ 6,6	122,3	146,6	124,4	+ 5,8	116,0	127,1	128,0	120,3
Aug.	128,0	+ 8,8	119,9	124,8	103,3	+ 8,3	122,9	149,1	124,8	+ 6,0	114,6	128,1	128,4	120,8
Sept.	128,2	+ 8,9	120,1	125,0	p) 106,8	+ 9,9	122,9	146,9	125,4	+ 6,5	115,1	129,0	128,8	121,2
Okt.	129,0	+ 8,7	120,4	125,7	p) 108,3	+ 9,6	122,7	144,4	125,8	+ 6,7	116,1	129,0	129,4	121,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv. – 1 1960 ohne Berlin; bis 1967 Umsatzsteuer schätzungsweise ausgeschaltet, ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. – 2 Ohne Mehrwertsteuer. – 8 Angaben für die Jahre 1962 bis 1975 wurden von den Originalbasen 1962 bzw. 1970 umgerechnet. – p Vorläufig.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Dezember 1981

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Verbraucherpreise										
1960	57,6	49,7	44,0	36,8	39,7	44,4	55,0	53,6	33,2	45,9	49,8
1961	58,8	50,2	45,1	37,8	40,5	44,1	55,6	54,2	35,0	46,9	50,7
1962	60,6	50,9	47,4	39,3	42,4	45,1	56,2	54,8	37,3	49,1	52,9
1963	62,4	52,0	49,9	40,1	45,6	46,6	56,9	55,7	40,2	50,5	54,7
1964	63,5	54,1	51,4	41,4	48,3	49,3	57,6	56,8	41,7	52,2	56,4
1965	65,9	56,3	52,8	43,3	50,4	52,2	58,6	58,1	44,5	54,9	58,3
1966	68,2	58,7	54,2	45,0	51,6	55,2	60,4	60,3	46,7	58,4	61,1
1967	69,3	60,4	55,7	46,2	53,5	57,1	62,0	62,5	48,6	60,9	63,5
1968	70,5	62,0	58,2	48,4	54,3	59,3	64,6	65,0	51,2	62,1	65,0
1969	71,8	64,4	61,8	51,0	55,7	63,6	68,1	67,9	53,9	63,7	66,7
1970	74,2	66,9	65,4	54,2	58,4	66,0	72,1	70,2	58,0	68,2	69,1
1971	78,1	69,8	69,0	59,3	61,3	70,9	75,2	72,2	61,6	73,3	73,6
1972	82,5	73,6	73,3	63,6	64,8	76,5	77,7	75,7	64,3	77,7	78,5
1973	88,2	78,7	78,7	69,4	71,8	82,6	82,6	81,4	71,9	82,9	85,4
1974	94,4	88,7	89,5	80,5	85,5	90,5	91,6	90,3	89,4	91,1	93,7
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,3	109,2	109,6	116,5	116,8	108,8	105,8	107,5	109,3	110,3	101,7
1977	108,1	116,9	119,9	135,0	136,7	115,8	112,7	116,1	118,1	122,9	103,3
1978	111,1	122,2	130,8	146,2	153,3	120,5	121,2	126,5	122,6	135,1	104,1
1979	115,6	127,6	144,8	165,8	175,9	125,6	134,9	138,1	127,0	144,9	107,9
1980	122,0	136,1	164,1	195,6	213,2	133,8	153,1	152,1	137,2	164,7	112,2
1981 1. Hj.	127,5	143,6	179,4	213,1	241,9	140,4	165,0	166,2	143,0	181,1	117,5
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[3])										
1969	54,9	41,4	45,6	42	35,8	48	66,0	55,1	37,3	51,9	61,1
1970	63,0	46,3	50,4	47	43,3	53	69,4	59,7	43,5	59,0	65,1
1971	69,9	51,9	56,0	52	48,4	59	73,9	64,8	49,9	63,3	71,3
1972	76,2	59,2	62,4	59	52,9	67	79,1	70,0	57,6	72,6	77,6
1973	84,1	68,8	71,5	67	65,0	76	84,7	76,3	68,5	78,4	84,5
1974	92,8	83,2	85,3	79	78,1	89	91,7	86,6	84,7	87,0	93,2
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,4	111,1	114,1	115,5	120,9	109	108,1	113,8	112,5	115,2	101,6
1977	113,9	121,2	128,5	127,4	154,3	117	117,6	126,1	122,9	127,3	103,6
1978	120,0	129,8	145,2	146,0	179,3	125	127,7	135,2	131,6	141,5	106,7
1979	126,9	139,8	164,1	168,4	213,9	131	138,7	147,0	139,4	153,9	109,9
1980	•135,3	152,8	188,8	199,9	260,7	136	150,5	161,9	148,3	168,3	116,2
1981 1. Hj.	140,3	163,9	204,1	218,9	307,1	137	162,4	...	154,4	...	...
	Anteil am Warenhandel[4]) der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1976—1980	x	*8,1*	*12,1*	*5,6*	*8,1*	*11,1*	*6,9*	*0,9*	*2,0*	*2,6*	*4,3*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle, umbasiert von Originalbasis 1976 = 100.
[3]) Italien, Niederlande: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates, Bundestagsdrucksache 9/1061

Um aus den in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Indexwerten jährliche Steigerungsraten für die Verbraucherpreise und die Durchschnittslöhne zu erhalten, muß folgendermaßen gerechnet werden (z.B. Veränderung 1980 gegenüber 1979): Index 1980 minus Index 1979, dividiert durch den Index von 1979. Dasselbe bei den Löhnen. Die so erhaltenen Veränderungsraten können dann direkt verglichen werden, nicht jedoch die Indexzahlen.

Arbeitsmarktzahlen für Dezember 1981

Merkmale		Zahl	Veränderung gegenüber Vormonat absolut	Vormonat %	Vorjahr absolut	Vorjahr %
I. Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt						
Zugänge an Arbeitslosen	im Berichtsmonat	385 184	+ 41 875	+ 12,2	+ 73 092	+ 23,4
	seit Jahresbeginn	3 531 038	—	—	+ 446 970	+ 14,5
Zugänge an off. Stellen	im Berichtsmonat	67 338	- 18 040	- 21,1	- 14 855	- 18,1
	seit Jahresbeginn	1 354 633	—	—	- 354 531	- 20,7
Arbeitsvermittlungen	im Berichtsmonat	106 194	- 11 806	- 10,0	- 10 192	- 8,8
	seit Jahresbeginn	1 622 483	—	—	- 282 660	- 14,8
II. Gemeldete offene Stellen - Bestand -		118 410	- 13 951	- 10,5	- 107 691	- 47,6
darunter: nur für Teilzeitarbeit		10 202	- 842	- 7,6	- 7 014	- 40,7
III. Kurzarbeiter – Monatsmitte –		505 542	+ 69 489	+ 15,9	+ 148 499	+ 41,6
IV. Arbeitslose - Bestand -		1 703 862	+ 213 886	+ 14,4	+ 585 560	+ 52,4
davon: Männer		955 281	+ 181 923	+ 23,5	+ 372 092	+ 63,8
Frauen		748 581	+ 31 963	+ 4,5	+ 213 468	+ 39,9
darunter: Ausländer		230 120	+ 20 796	+ 9,9	+ 89 658	+ 63,8
Jugendliche unter 20 Jahren		156 591	+ 16 948	+ 12,1	+ 63 853	+ 68,9
Schwerbehinderte		101 976	+ 5 170	+ 5,3	+ 27 451	+ 36,8
59 Jahre und älter		93 481	+ 9 240	+ 11,0	+ 23 457	+ 33,5
Teilzeitarbeitslose		234 990	+ 7 647	+ 3,4	+ 50 766	+ 27,6
davon: Männer		2 449	+ 44	+ 1,8	+ 68	+ 2,9
Frauen		232 541	+ 7 603	+ 3,4	+ 50 698	+ 27,9
V. Leistungsempfänger – Monatsmitte –		1 085 086	+ 111 758	+ 11,5	+ 398 183	+ 58,0
dar.: von Nahtlosigkeitsleistungen		831	+ 63	+ 8,2	.	.
Leistungs-Fortz. bei Arbeitsunfähigkt.		24 734	- 3 886	- 13,6	.	.
VI. Teilnehmer an beruflichen Förderungsmaßnahmen (Ende 9/81)		171 142	- 12 600[1]	- 6,9[1]	- 1 137	- 0,7
darunter: Vollzeitunterricht		110 698	- 6 766[1]	- 5,8[1]	+ 2 615	+ 2,4
VII. Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen		38 309	- 2 607	- 6,4	+ 1 156	+ 3,1

Saisonbereinigte Zahlen in 1000: Monat	Arbeitslose	offene Stellen
12.80	1 038	275
1.81	1 051	263
2.81	1 091	251
3.81	1 142	238
4.81	1 176	227
5.81	1 232	222
6.81	1 270	206
7.81	1 317	198
8.81	1 372	190
9.81	1 429	176
10.81	1 479	163
11.81	1 526	152
12.81	1 566	144

Arbeitslosenquote	Berichtsmonat	Vormonat	Vorjahr
Arbeitslose - Bestand	7,3	6,4	4,8
Männer	6,7	5,4	4,1
Frauen	8,4	8,0	6,0
Ausländer	11,1	9,9	6,5
Jugendliche unter 20 Jahren	6,9	6,2	4,1
Schwerbehinderte	.	.	.
59 Jahre und älter	.	.	.
Teilzeitarbeitslose	.	.	.
davon: Männer	.	.	.
Frauen	.	.	.

1) Veränderung gegenüber Vorquartal

Quelle: Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit 1/82

Lebenserwartung, Verrentung, Krankenstand

Der Zugang von BU/EU-Renten 1979 und 1970 im Verhältnis zu den Versicherten in v. H.

Alter	– ArV – Männer 1970	Männer 1979	Frauen 1970	Frauen 1979	– AnV – Männer 1970	Männer 1979	Frauen 1970	Frauen 1979
50—54	1,55	1,99	1,10	1,66	0,63	0,79	0,72	1,16
55	2,95	3,63	2,09	3,25	1,37	1,63	1,39	2,06
56	3,21	4,27	2,14	3,81	1,45	1,97	1,49	2,70
57	3,58	5,31	2,45	5,04	1,58	2,62	1,59	3,36
58	4,01	6,49	3,01	6,26	1,85	3,18	1,89	4,69
59	5,01	7,94	3,93	9,47	2,22	3,85	2,22	6,45
60	7,03	11,08	9,40	19,31	3,65	4,72	4,30	7,18
61	7,67	12,19	8,50	16,63	4,28	5,25	3,80	7,89
62	9,04	12,57	9,11	15,47	5,52	6,00	4,35	9,54
63	10,18	11,72	10,45	16,14	6,49	5,52	4,94	8,61
64	10,72	9,85	10,20	15,38	7,39	3,93	5,24	5,23
65	6,41	6,99	19,25	27,34	1,29	3,19	5,71	10,35

Quelle: Die Angestelltenversicherung, April 1981

Lebenserwartung im Alter x in Jahren

Vollendetes Alter	1949/51	1960/62	1970/72	1977/79
männlich				
0	64,56	66,86	67,41	69,36
40	32,32	31,91	31,77	32,71
60	16,20	15,49	15,31	16,22
weiblich				
0	68,48	72,39	73,83	76,07
40	34,67	36,09	36,77	38,30
60	17,46	18,48	19,12	20,48

Krankenstand

Arbeitsunfähig kranke Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung in % der Pflichtmitglieder

	1970	1972	1974	1976	1978	1980
insgesamt	5,6	5,5	5,5	5,3	5,5	5,7
Männer	5,7	5,6	5,8	5,6	5,8	6,0
Frauen	5,4	5,3	5,3	5,0	5,2	5,2

Steuereinnahmen des Staates

	1980	1981	1982
in Mrd. DM			
Direkte Steuern 1)	187,8	188	199
Lohnsteuer	111,6	116,5	124,9
Einkommensteuer	36,8	33,5	34,5
Körperschaftsteuer	21,3	20	21
Vermögensteuer	4,7	4,5	5
Sonstige direkte Steuern	13,4	13,5	14
Indirekte Steuern 1)	189,9	195	203,5
Steuern vom Umsatz	93,5	98,5	103
Gewerbesteuer	27,1	25,5	25,5
Tabaksteuer	11,3	11,5	13
Branntweinsteuer	3,9	4,5	4,5
Mineralölsteuer	21,4	22	23
Kfz-Steuer	6,6	6,5	6,5
Sonstige indirekte Steuern	26,3	27	28
Steuern insgesamt	377,7	383,5	402,5

Quellen: 1980 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums der Finanzen, 1981 Schätzungen des DIW, 1982 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Gemeinsame Presseerklärung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (9. Dezember 1981)

Mitglieder des Vorstands der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und der DGB-Bundesvorstand trafen sich am Mittwoch in Bonn unter Leitung ihrer Vorsitzenden Herbert Wehner und Heinz O. Vetter zu einem Gespräch.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Die Gesprächspartner sehen in der Lösung dieses Problems die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe, denn eine anhaltend hohe und wachsende Arbeitslosigkeit gefährdet den sozialen Frieden. Eine gegenüber der Arbeitslosigkeit gleichgültige Politik, wie sie zur Zeit die Regierungen in England und USA praktizieren, wird auf die Dauer zwangsläufig scheitern.

Beide Seiten sprachen sich für eine beschäftigungspolitische Offensive aus, bei der Regierung, Länder, Kommunen, Parteien, Verbände und die Bundesbank das Schwergewicht ihrer Anstrengungen darauf legen müssen, der steigenden Arbeitslosigkeit nach Kräften entgegenzuwirken.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion verwies auf seinen Brief vom 3. September 1981 an alle Fraktionsmitglieder, in dem er bekräftigt, im Bundeskabinett den Vorbehalt der Sozialdemokraten angemeldet zu haben, bei steigender Arbeitslosigkeit auf umfangreiche beschäftigungspolitische Maßnahmen zurückzukommen. Dieser Festlegung wolle man und müsse man auch entsprechen. Wenn Ende Januar 1982 der Jahreswirtschaftsbericht vorliege, sei die Zeit gekommen, um sich mit dem Bundeskabinett auf geeignete Maßnahmen zu verständigen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat auch hervorgehoben, daß sie sich jedem Versuch einer Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall („Karenztage") weiterhin entschieden entgegenstellen würde.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßte es, daß der jetzt im Vermittlungsausschuß erzielte Kompromiß unbestritten auch eine Reihe beschäftigungspolitisch wirksamer Elemente enthalte, aber dies allein löse die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verwies auf seine Vorschläge für eine Mobilisierung privater und öffentlicher Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Beschleunigung des qualitativen Wachstums vom März dieses Jahres. Man stimmte darin überein, daß die dabei genannten Schwerpunktbereiche Energieeinsparung, Wohnungsbau-, Umwelt- und Verkehrspolitik geeignete Ansatzpunkte zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Modernisierung der Volkswirtschaft bei gleichzeitiger Deckung dringlicher Bedarfe sind.

Diese Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes werden von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion als ein wichtiger Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung angesehen und decken sich weitgehend mit den Überlegungen für beschäftigungspolitische Initiativen, die von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im April dieses Jahres ausgearbeitet wurden.

Beide Gesprächspartner stimmen darin überein, daß zur Lösung der beschäftigungspolitischen Probleme alle gesellschaftlich verantwortlichen Gruppen zusammenarbeiten müssen. Zustimmung bei der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion fand der Hinweis des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß bei der Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen die soziale Ausgewogenheit beachtet werden muß.

Übereinstimmung besteht auch darin, daß der Staat, das heißt Bund, Länder und Gemeinden, ihre Finanzpolitik vordringlich auf die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung einzustellen haben. In bezug auf den Bundeshaushalt 1982 stellten beide Seiten nachdrücklich fest, weitere konjunkturbedingte Defizite können nicht durch weitere Kürzungen im Haushalt finanziert werden.

Die Vertreter der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wiesen auf die Probleme der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hin. Diese würden verschärft durch das Haushaltsstrukturgesetz. Lösungsmöglichkeiten seien gegenwärtig noch nicht erkennbar.

Quelle: DGB Nachrichten-Dienst Nr. 251/81